Bibliothèque numérique

medic@

Sander, Adolf. - Die Irrengesetze in Frankreich, Genf, den Niederlanden, England, Norwegen, Belgien und Schweden

In : Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie, 1863, Supplementheft zum XX

BIUM

(c) Bibliothèque interuniversitaire de médecine (Paris)
Adresse permanente : http://www.bium.univ-paris5.fr/histmed/medica/cote?90648x1863xsupplx01

©BIUM

Die Irrengesetze

in

Frankreich, Genf, den Niederlanden, England, Norwegen, Belgien und Schweden.

Supplementheft zum XX. Bande der Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie.

Berlin.
Verlag von August Hirschwald.
1863.

©BIUM

©BIUM

Vorwort.

Die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Irrenpflege hat sich überall herausgestellt, wo man den Geisteskranken die nöthige Fürsorge zuwandte. Irrengesetze sind in Folge dessen in mehreren Staaten Europas erlassen, während in den deutschen Staaten einzelne Bestimmungen, hier und da nach augenblicklichen Bedürfnissen gegeben, maassgebend sind. Und doch kann es kaum in Frage kommen, dass eine einheitliche Gesetzgebung zum Schutze der Geisteskranken nothwendig ist. Preussen bietet den besten Beweis dafür durch die Art der Handhabung des Irrenwesens daselbst. Auch hier besteht eine Menge zerstreuter Bestimmungen (als deren Grundlage das Königliche Reglement vom 16. April 1802 für die zu Neu-Ruppin angelegte Kurmärkische Irrenanstalt angesehen werden kann), die nicht einmal für alle Fälle ausreichen; eine Folge ist, dass in einzelnen Punkten bei verschiedenen Behörden eine ganz verschiedene Praxis in der Handhabung der Irrenangelegenheiten besteht und nicht immer zum Vortheile der betreffenden Parteien. Eine Zusammenfassung aller dieser Bestimmungen in ein Gesetz für den ganzen Staat würde, um bei Preussen zu bleiben, gerade dort von um so grösserem Nutzen sein, da dort verschiedene Rechtssysteme bestehen, unter denen das im grössten Theile der Rheinprovinz geltende französische Recht, abgelöst von seinem Mutterboden, keine Fortschritte in seiner Entwicklung gemacht hat, während in Frankreich selbst im Laufe der Jahre Zusätze und Aenderungen nothwendig gefunden und eingeführt worden sind.

©BIUM

Dass gerade bei einem Irrengesetze sehr vielfache Rücksichten concurriren und manche Klippen zu vermeiden sind, um in jeder Beziehung einen guten Erfolg zu sichern, kann nicht zweifelhaft sein.

Einerseits muss ein solches Gesetz, wenn es die Handhabung des Irrenwesens nicht erschweren anstatt erleichtern soll, den Angehörigen von Geisteskranken hinlängliche Freiheit lassen, um in einzelnen Fällen speciellere Sorge für den Kranken treffen zu können, andererseits darf es dem Staate nicht zu grosse Lasten aufbürden, wie z. B. in England durch die Bestimmung*) geschah, dass alle Irre, bestimmte Fälle ausgenommen, in Asylen unterzubringen seien. Auch das müsste vermieden werden, dass nicht durch zu minutiöse Bestimmungen die Aufnahme von Irren in Anstalten erschwert und dadurch die Aussicht auf Heilung verringert würde.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich in allen Ländern, in welchen Irrengesetze erlassen sind, die Nothwendigkeit der Anstellung von besonderen Beamten zur Handhabung derselben herausgestellt hat. Es mag dabei die Gefahr nahe liegen, dass dadurch eine zu grosse Uniformität eingeführt, die individuelle ihrem Boden entsprechende Entwicklung der einzelnen Anstalten gehemmt oder unterdrückt werden könnte; es würde das durch eine verständige Praxis leicht vermieden werden können.

Die bisher vorhandenen, nachstehend mitgetheilten Gesetze bieten, wenn sich auch in allen gewisse Hauptzüge wiederholen, doch Verschiedenheiten, welche der jedesmaligen Entwicklungsgeschichte entsprechen. Um ein allseitiges Urtheil über Nutzen oder Nachtheil der einzelnen Gesetze zu ermöglichen, was bei Aufstellung neuer Gesetze doch ohne Zweifel nothwendig sein würde, kann daher auch eine einfache Sammlung, wie die nachstehende, nicht genügen; dazu würde eine genaue Einsicht in die betreffenden Verhältnisse (Kenntniss der Vorverhandlungen und sonstigen Materialien der Gesetze und der von ihnen auf das Irren-

*) Vergleiche weiter unten S. V.

©BIUM

wesen des betreffenden Landes ausgeübten Wirkung) erforderlich sein, wie solche nur an Ort und Stelle gewonnen werden kann. Eine Erörterung dieser Verhältnisse kann daher auch nicht hier erwartet werden; gleichwohl dürfte die Mittheilung einiger historischen Notizen wenigstens über eines der nachfolgenden Gesetze nicht ohne Interesse sein. Ueber keines derselben mag so viel berathen sein, keines mag eine so lange Entstehungsgeschichte haben, wie das englische und doch wird die Behauptung, dass die englische Irrengesetzgebung ihren definitiven Abschluss noch nicht gefunden hat, kaum bestritten werden können.

Nicht gar lange nach Beendigung der grossen Verfassungskämpfe wurde die erste gesetzliche Bestimmung über die Bewachung von Geisteskranken gegeben: im 17ten Jahre der Regierung Georg II. (The Vagrant Act. 17 G. 2. c. 5 1744). In Section 20 dieses Gesetzes*) wird bestimmt, dass Rasende oder so sehr ihrer Sinne Beraubte, dass sie der öffentlichen Sicherheit gefährlich werden, auf Befehl zweier Richter ergriffen, an einem sicheren Ort bewahrt und, wenn die Richter es für nöthig halten, gefesselt werden können. Ein weiteres Gesetz ging im Jahre 1774 durch (14 G. 3. c. 49.), worin die Besitzer von Privat-Irrenhäusern verpflichtet werden, jährlich einen neuen Erlaubnissschein zur Haltung derselben zu lösen. Zugleich werden Commissionen zur Untersuchung dieser Anstalten ernannt. Ueber die Errichtung von öffentlichen Asylen und die Aufnahme von geisteskranken Armen und Verbrechern in dieselben wurde 1808 (48 G. 3. c. 96) das erste Gesetz erlassen. Die Anstalten werden unter die Aufsicht von Visitoren gestellt, die von den Richtern der betreffenden Grafschaft ernannt werden. Weitere Verbesserung erfuhr dieses Gesetz in den folgenden

*) Ich folge dabei den Angaben von Lumley: The new lunacy acts 8 & 9 Vict. cc. 100, 126, with an introduction, abstracts, notes, and index; and an appendix, containing the statutes relating to insane criminals and prisoners, and a statement of the different forms of insanity. London, 1845 und Anhang dazu 1847. — Vergleiche auch: Julius, Beiträge zur britischen Irrenheilkunde. Berlin, 1844.

©BIUM

Jahren (Gesetz vom 51sten Jahre Georg III. c. 79; 55 G. 3, c. 46.; 59 G. 3. c. 127.; und 5 G. 4. c. 71). Das Gesetz 51 G. 3. c. 79 ermächtigt die Richter, den Befehl zur Aufnahme von angeblichen Geisteskranken in Asyle zu verweigern und verpflichtet zur ärztlichen Untersuchung der betreffenden Personen. Ausserdem giebt es den Anstaltsärzten auf, an die Friedensrichter regelmässige Berichte über die Geisteskranken zu erstatten. Die übrigen Gesetze enthalten Zusätze zu einzelnen Punkten. Sämmtliche wurden 1828 durch das Gesetz 9 G. 4. c. 40 aufgehoben. Dieses neue Gesetz trug den Titel: An act to facilitate the erection of county lunatic asylums, and to improve the treatment of lunatics. Es wird darin den einzelnen Grafschaften freigegeben, ob sie Asyle errichten wollen oder nicht; die Folge war, dass dergleichen nur an wenigen Orten entstanden. Das neueste Gesetz nun (8 & 9 Vict. c. 126. An act to amend the laws for the provision and regulation of lunatic asylums for counties and boroughs, and for the maintenance and care of pauper lunatics in England. 8th August 1845) ordnet definitiv die Errichtung von Asylen in den Grafschaften an, ebenso die Aufbringung der Kosten dafür, den Aufnahme- und Entlassungsmodus für geisteskranke Arme, die Ueberwachung der Verwaltung und Verpflegung.

Eine Aufnahme dieses Gesetzes in diese Sammlung schien nicht rathsam, da der grössere Theil des Gesetzes aus Bestimmungen über die Art, wie die Errichtung von Asylen zu erreichen und wie die Kosten dafür aufzubringen seien, besteht. Die Anordnung der Aufsicht über dieselben ist ebenso, wie in dem nachstehenden Gesetze 8 & 9 Vict. c. 100 vorgeschrieben ist; über den Visitoren stehen hier wie dort die commissioners in lunacy. Bei der Aufnahme von geisteskranken Armen ist nur ein ärztliches Zeugniss erforderlich, während nach 8 & 9 Vict. c. 100 deren zwei für nicht Arme verlangt werden.

Von besonderem Interesse sind die Bestimmungen, welche in Section 47—50 enthalten sind. Die Armen-Directionen haben hiernach regelmässige Listen über die in ihrem Bezirke befindlichen Geisteskranken zu führen und dieselben

©BIUM

sowohl den commissioners in lunacy als den poor law commissioners in bestimmten Terminen einzureichen. Sect. 48 bestimmt, dass die Districtsärzte und Armenpfleger verpflichtet sein sollen, den Richtern Mittheilung über jeden Geisteskranken zu machen, von dem sie Kenntniss bekommen, und der Richter, nach vorheriger Constatirung der Geisteskrankheit durch einen Arzt, denselben einem Asyle oder einem mit einer Irrenabtheilung versehenen Hospitale überweisen soll. Die Kosten sollen im Unvermögensfalle des Kranken die betreffenden Communen tragen. Doch kann der Richter auf das Verlangen der Angehörigen, wenn ihm dieselben hinreichende Garantien zu bieten scheinen, erlauben, dass der Kranke in deren Pflege bleibe.

Die Ausführung dieser Bestimmung scheiterte an der nicht genügenden Zahl und Ausdehnung von Asylen, so dass eine Unterbringung aller Geisteskranken unmöglich war. Der Richter war ja gezwungen, auch ganz harmlose und unheilbare Kranke den Asylen zu überweisen. Durch ein neues Gesetz (8 & 9 Vict. c. 84. An act to amend the law concerning lunatic asylums and the care of pauper lunatics in England. 26th August 1846) wurde diesem Uebelstande abgeholfen. Hiernach bleibt es dem Ermessen des Richters überlassen, ob er einen Kranken dem Asyle überweisen will oder nicht, ausgenommen, wenn ausser dem vorschriftsmässigen ärztlichen Atteste der betreffende Districtsarzt ein damit übereinstimmendes Attest über die Nothwendigkeit der Aufnahme ausstellt. Aenderungen an Bestimmungen des Gesetzes 8 & 9 Vict. c. 100 sind in diesem letzten Gesetze nicht enthalten.

Ueber geisteskranke Verbrecher und Gefangene wurden mehrere Gesetze erlassen; zuerst 39 & 40 Geo. 3. cap. 94: An act for the safe custody of insane persons charged with offences. 28th July 1800. Dasselbe wurde theilweise aufgehoben durch das Gesetz 1 & 2 Vtct. cap. 14: An act to repeal so much of an act of the thirty-ninth and fortieth years of King Georg the Third as authorizes magistrates to commit to gaols or houses of correction persons who are apprehended under circumstances that denote a derangement

©BIUM

of mind and a purpose of committing a crime; and to make other provisions for the safe custody of such persons (30th March 1838). Personen, die wegen anscheinender Geisteskrankheit und Gemeingefährlichkeit arretirt werden, sollen nicht mehr in Arbeitshäusern oder Gefängnissen, sondern nur in Irrenanstalten untergebracht werden, und auch dazu sollen zwei Richter erst Befehl ertheilen können, nachdem ein Arzt, Wundarzt oder Apotheker die Geisteskrankheit constatirt hat; doch können solche Kranke auch der Pflege ihrer Angehörigen übergeben werden, wenn diese dem Richter hinreichende Garantien für ihre Bewachung bieten.

Für Gefangene, die geisteskrank geworden sind, ordnet das Gesetz 3 & 4 Vict. cap. 54 (An act for making further provision for the confinement and maintenance of insane prisoners. 4th August 1840) die Unterbringung in Irrenanstalten an. Die Kosten sollen vom Vermögen des Kranken, wenn solches vorhanden, gedeckt werden.

Das Bedürfniss nach einer allseitig ausreichenden und übersichtlichen Irrengesetzgebung hat sich auch in Deutschland wiederholt ausgesprochen. Auf den mit den Versammlungen der Naturforscher und Aerzte zusammenhängenden jährlichen Versammlungen von Irren-Aerzten wurde die Sache wiederholt in Anregung gebracht, schliesslich eine Commission ernannt, um eine Sammlung aller in Deutschland geltenden Verordnungen über Irrenwesen zu veranstalten. Bei der letzten psychiatrischen Versammlung, die vor der Carlsbader allgemeinen Versammlung der Naturforscher und Aerzte in Dresden abgehalten wurde, ist diese Sammlung fertig vorgelegt worden. Professor Jessen sen. in Kiel übernahm es, zur nächsten Versammlung einen Entwurf zu einem Deutschen Irrengesetze vorzulegen.

Die vorliegende Sammlung wurde (auf Anregung des Directors der rheinischen Provinzial-Irren-Heilanstalt Dr. Fr. Hoffmann) in der Hoffnung angelegt, dass sie ein willkommener Beitrag zu den so gesammelten Materialien

©BIUM

und zur Staatsarzneikunde überhaupt sein würde. Auch ohnedem dürfte die Erwartung, dass eine übersichtliche Zusammenstellung der theilweise schwer zugänglichen ausserdeutschen Irrengesetze Irrenärzten sowohl wie sonstigen Freunden vergleichender Gesetzgebung willkommen sein würde, gerechtfertigt erscheinen.

Vom englischen, niederländischen und schwedischen Gesetze ist zugleich die Uebersetzung beigefügt, was bei den in französischer Sprache erschienenen Gesetzen überflüssig erschien. Das norwegische Gesetz folgt, da mir ein Exemplar in der Ursprache nicht zur Disposition stand, in der im neunten Bande S. 444 ff. der „Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie" mitgetheilten Uebersetzung. In der Uebersetzung des englichen Gesetzes ist in einigen Paragraphen, soweit sie nur Wiederholungen von in allen englischen Gesetzen sehr schwerfälligen Formen enthalten, nur der Inhalt angegeben, um unnütze Weitläufigkeit zu vermeiden. Eine Wiederholung der überall ziemlich ähnlichen Aufnahme- und sonstigen Formulare bei jedem Gesetze schien ebenfalls überflüssig, wenn auch hier und da auf solche Formulare hingewiesen ist.

Das französische Gesetz ist aus der Sammlung von Louis Tripier (Les codes français collationés sur les éditions officielles. Paris, 1851) mitgetheilt; das Genfer Gesetz nach einem officiellen Exemplare, die Reglements uud Erlasse des Staatsrathes nach in der Regierungs-Kanzlei ausgefertigten Abschriften. Das niederländische Gesetz folgt nach dem Anhange zu: Studien over krankzinnigheid en gemoedslijden, een leerboek vor de kennis der krankzinnigheid en de geneeskundige verpleging van krankzinnigen door Dr. H. Neumann; vermeerderd met de nederlandsche wetgeving op krankzinnigen en krankzinnigen-gestichten, en met aanteekeningen bewerkt vor Nederland door Dr. J. J. Kerbert. Amsterdam, 1860. Das englische Gesetz ist ebenfalls nach einem officiellen Exemplare mitgetheilt, ebenso das belgische (Loi et règlements sur le régime des aliénés. Bruxelles, imprimerie de Deltombe 1851). Daselbst ist noch ein neuer Zusatz ausgegeben: Circulaire

©BIUM

relative à l'exécution des dispositions organiques et règlementaires sur le régime des aliénés. 16 Mars 1853. Dasselbe enthält Ausführungen über einzelne Punkte, unter anderen sehr specielle Vorschriften über den Transport der Kranken nach den Anstalten. Eine Mittheilung dieses Circulars liegt ausserhalb der Gränzen dieser Sammlung. Das schwedische Gesetz folgt nach dem officiellen Abdrucke in der Swensk Författnings-Samling. 1858. Nr. 50.

Die Gesetze sind nach der Zeit ihres Erscheinens angeordnet; zur Erleichterung der Uebersicht ist ein Register angefügt.

Schliesslich erlaube ich mir, den Herrn in und ausser Deutschland, die mir bei Erlangung der einzelnen Gesetze behülflich waren, meinen besten Dank abzustatten.

Siegburg im October 1862.

Dr. Adolf Sander.

©BIUM

Inhalts-Uebersicht.

Seite

I. Französisches Irrengesetz.
1) Loi du 30 Juin 1838 sur les aliénés 1
2) Ordonnance du 18 Décember 1839, relative aux établissements publics et privés consacrés aux aliénés 11

II. Irrengesetz von Genf.
1) Loi sur le placement et la surveillance des aliénés du 5 Février 1838 18
2) Règlement du conseil d'état pour l'exécution de la loi du 5 Février 1838 sur le placement et la surveillance des aliénés du 7 Avril 1838 23
3) Arrête du conseil d'état sur l'inspection supérieure de l'établissement public des aliénés, du 27 Avril 1838 26
4) Arrête du conseil d'état sur l'administration de la maison cantonale des aliénés du 14 Juin 1841 27

III. Niederländisches Irrengesetz.
1) Wet van 29 Mei 1841 28
2) Koninklijk besluit van 5 October 1841 46

III. a. Niederländisches Irrengesetz. Deutsche Uebersetzung 29

IV. Irrengesetz für England und Wales. Anno octavo et nono Victoriae Reginae. Cap. 100. An act for the regulation of the care and treatment of lunatics. 4th August 1845 54

IV. a. Irrengesetz für England und Wales. Deutsche Uebersetzung 55

V. Norwegisches Irrengesetz vom 17. August 1848. Deutsche Uebersetzung 172

©BIUM

Seite

VI. Belgisches Irrengesetz.
1) Loi du 18 Juin 1850, sur le régime des aliénés 179
2) Règlement général et organique sur le régime des aliénés en application de la loi du 18 Juin 1850 190
3) Règlement spécial pour l'organisation de l'établissement d'aliénés de Gheel 204
VII. Schwedisches Irrengesetz. Kngl. Mj:ts nådiga Stadga angående sinnessjukes behandling och wård. Gifwen 5 Mars 1858 214
VII. a. Schwedisches Irrengesetz. Deutsche Uebersetzung 215
Register 240

©BIUM

I. Französisches Irrengesetz.

1. Loi du 30 juin 1838 sur les aliénés.

Titre I.

Des établissements d'aliénés.

Art. 1. Chaque département est tenu d'avoir un établissement public, spécialement à recevoir et soigner les aliénés ou de traiter, à cet effet, avec un établissement public ou privé soit de ce département soit d'un autre département. — Les traités passés avec les établissements publics ou privés devront être approuvés par le ministre de l'interieur.

Art. 2. Les établissements publics consacrés aux aliénés sont placés sous la direction de l'autorité publique.

Art. 3. Les établissements privés consacrés aux aliénés sont placés sous la surveillance de l'autorité publique.

Art. 4. Le préfet et les personnes spécialement déléguées à cet effet par lui ou par le ministre de l'intérieur, le président du tribunal, le procureur du Roi, le juge de paix, le maire de la commune sont chargés de visiter les établissements publics ou privés consacrés aux aliénés. — Ils recevront les reclamations des personnes qui y seront placées et prendront, à leur égard, tous renseignements propres à faire connaître leur position. — Les établissements privés seront visités, à des jours indéterminés, une fois au moins chaque trimestre par le procureur du Roi de l'arondissement. Les établissements publics le seront de la même manière, une fois au moins par semestre.

Art. 5. Nul ne pourra ni diriger ni former un établissement privé consacré aux aliénés sans l'autorisation du gouvernement. — Les établissements privés consacrés au traitement d'autres maladies ne pourront recevoir les personnes atteintes

©BIUM

d'aliénation mentale, à moins qu'elles ne soient placées dans un local entièrement séparé. Ces établissements devront être, à cet effet, spécialement autorisés par le gouvernement, et seront soumis en ce qui concerne les aliénés, à toutes les obligations présentés par la présente loi.

Art. 6. Des règlements d'administration publique détermineront les conditions auxquelles seront accordées les autorisations énoncées en l'article précédent, les cas où elles pourront être retirées et les obligations auxquelles seront soumis les établissements autorisés.

Art. 7. Les règlements intérieurs des établissements publics consacrés, en tout ou en partie, au service des aliénés, seront dans les dispositions relatives à ce service soumis à l'approbation du ministre de l'intérieur.

Titre II.

Des placements faits dans les établissements d'aliénés.

Section I.

Des placements volontaires.

Art. 8. Les chefs ou préposés responsables des établissements publics et les directeurs des établissements privés et consacrés aux aliénés ne pourront recevoir une personne atteinte d'aliénation mentale, s'il ne leur est remis:

1) Une demande d'admission contenante les noms, profession, âge et domicile, tant de la personne qui la formera que de celui dont placement sera réclamé et l'indication du degré de parenté ou à défaut, de la nature des relations qui existent entre elles. — La demande sera écrite et signée par celui qui la formera, et s'il ne sait pas écrire, elle sera reçu par le maire ou le commissaire de police, qui en donnera acte.

Les chefs, préposés ou directeurs, devront s'assurer, sous leur responsabilité de l'individualité de la personne qui aura formé la demande, lorsque cette demande n'aura pas été reçue par le maire ou le commissaire de police. — Si la demande d'admission est formée par le tuteur d'un interdit, il devra fournire, à l'appui, un extrait du jugement d'interdiction;

2) un certificat de médecin constatant l'état mental de la personne à placer et indiquant les particularités de sa maladie et la nécessité de faire traiter la personne désignée dans un établissement d'aliénés et de l'y tenir renfermée.

Ce certificat ne pourra être admis, s'il a été délivré plus de quinze jours avant sa remise au chef ou directeur; s'il est signé d'un médecin attaché á l'établissement, ou si le médecin signataire est parent ou allié, au second dégré inclusivement, des chefs ou propriétaires de l'établissement, ou de la personne qui fera effectuer le placement.

En cas d'urgence les chefs des établissements publics pourront se dispenser d'exiger le certificat du médecin;

3) le passe-port ou toute autre pièce propre à constater l'individualité de la personne à placer. — Il sera fait mention de toutes les pièces produites dans un bulletin d'entrée, qui sera renvoyé, dans les vingt-quatre heures, avec un certificat du médecin de l'établissement, et la copie de celui-ci dessus mentionné, au préfet de police à Paris, au préfet ou au souspréfet dans les communes chefs-lieux de département ou d'arondissement et aux maires dans les autres communes. Le souspréfet ou le maire en fera immédiatement l'envoi au préfet.

Art. 9. Si le placement est fait dans un établissement privé, le préfet, dans les trois jours de la reception du bulletin, chargera un ou plusieurs hommes de l'art de visiter la personne désignée dans ce bulletin, à l'effet de constater son état mental et d'en faire rapport sur-le-champ. Il pourra leur adjoindre telle autre personne qu'il désignera.

Art. 10. Dans le même dèlai, le préfet notifiera administrativement les noms, profession et domicile, tant de la personne placée, que de celle qui aura demandé le placement et les causes du placement:

1) au procureur du Roi de l'arondissement du domicile de la personne placée;

2) au procureur du Roi de l'arondissement de la situation de l'établissement: ces dispositions seront communes aux établissements publics et privés.

Art. 11. Quinze jours après le placement d'une personne dans un établissement public ou privé, il sera adressé au préfet, conformément au dernier paragraphe de l'article 8, un nouveau certificat du médecin de l'établissement, ce certificat confirmera ou rectifiera, s'il y a lieu, les observations contenues dans le premier certificat, en indiquant le retour plus ou moins fréquent des accès ou des actes de démence.

Art. 12. Il y aura dans chaqne établissement un registre coté et paraphé par le maire, sur lequel seront immédiatement inscrits les noms, profession, âge et domicile des personnes

©BIUM

placées dans les établissements; la mention du jugement d'interdiction, si elle a été prononcé, et le nom de leur tuteur; la date de leur placement; les noms, professions et la demeure de la personne, parente ou non parente, qui l'aura demandé.

Seront également transcrits sur le registre:

1) Le certificat du médecin, joint à la demande d'admission.

2) Ceux, que le médecin de l'établissement fera adresser à l'autorité, conformément aux articles 8 et 11. — Le médecin sera tenu de consigner sur ce registre, au moins tous les mois, les changements survenus dans l'état mental de chaque malade. Ce registre constatera également les sorties et les décès. — Ce registre sera soumis aux personnes qui, d'après l'article 4, auront le droit de visiter l'établissement, lorsqu'elles se présenteront pour en faire la visite; après l'avoir terminée, elles apposeront sur le registre leur visa, leur signature et leurs observations, s'il y a lieu.

Art. 13. Toute personne placée dans un établissement d'aliénés cessera d'y être retenue aussitôt que les médecins de l'établissement auront déclaré, sur le registre énoncé en l'article précédent, que la guérison est obtenue. — S'il s'agit d'un mineur ou d'un interdit, il sera donné immédiatement avis de la déclaration des médecins aux personnes auxquelles il devra être remis, et au procureur du Roi.

Art. 14. Avant même que les médecins aient déclaré la guérison, toute personne placée dans un établissement d'aliénés cessera également d'y être retenue, dès que la sortie sera requise par l'une des personnes ci-après désignées savoir.

1) Le curateur nommé en exécution de l'article 38 de la présente loi.

2) L'époux ou l'épouse.

3) S'il n'y a pas d'époux ou d'épouse, les ascendants.

4) S'il n'y a pas d'ascendants les déscendants.

5) La personne qui aura signée la demande d'admission, à moins qu'un parent n'ait déclaré à ce qu'elle use de cette faculté sans l'assentiment du conseil de famille.

6) Toute personne à ce autorisée par le conseil de famille. — S'il résulte d'une opposition notifiée au chef de l'établissement pour un ayant droit qu'il y a dissentiment, soit entre les ascendants, soit entre les déscendants le conseil de famille prononcera.

Néanmoins si le médecin de l'établissement est d'avis que l'état mental du malade pourrait compromettre l'ordre public

©BIUM

ou la sûreté des personnes, il en sera préalablement connaissance au maire, qui pourra ordonner immédiatement un sursis provisoire à la sortie, à la charge d'en référer, dans les vingt-quatre heures, au préfet. Le sursis provisoire cessera de pleine droit à l'expiration de la quinzaine, si le préfet n'a pas dans ce delai donné d'ordres contraires, conformément à l'article 21 ci-après. L'ordre du main sera transcrit sur le registre tenu en exécutiou de l'article 12. En cas de minorité ou d'interdiction, le tuteur pourra seul requérir la sortie.

Art. 15. Dans les vingt-quatre heures de la sortie, les chefs, préposés ou directeurs en donneront avis aux fonctionnaires désignés dans le dernier paragraphe de l'article 8, et leur feront connaître le nom et la résidence des personnes qui auront retiré le malade, son état mental au moment de la sortie, et autant que possible, l'indication du lieu où il aura conduit.

Art. 16. Le préfet pourra toujours ordonner la sortie immédiate des personnes placées volontairement dans les établissement d'aliénés.

Art. 17. En aucun cas l'interdit ne pourra être remis qu'à son tuteur, et le mineur, qu'à ceux sous l'autorité desquels il est placé par la loi.

Section II.

Des placements ordonnés par l'autorité publique.

Art. 18. A Paris, le préfet de police, et, dans les départements les préfets ordonneront d'office le placement, dans un établissement d'aliénés, de toute personne interdite ou non interdite, dont l'état d'aliénation compromettrait l'ordre public ou la sûreté des personnes. — Les ordres des préfets seront motivés et devront énoncer les circonstances qui les auront rendus nécessaires. Ces ordres ainsi que ceux qui seront donnés conformément aux articles 19, 20, 21 et 23, seront inscrits sur un registre semblable à celui qui est prescrit par l'article 12 ci-dessus, dont toutes les dispositions seront applicables aux individus placés d'office.

Art. 19. En cas de danger imminent, attesté par le certificat d'un médecin ou par la notoriété publique les commissaires de police à Paris, et les maires dans le autres communes, ordonneront, à l'égard des personnes atteintes d'aliénation mentale toutes les mesures provisoires nécessaires, à la charge d'en référer dans les vingt-quatre heures au préfet, qui statuera sans délai.

©BIUM

Art. 20. Les chefs, directeurs ou préposés responsables des établissements, seront tenus d'adresser aux préfets, dans le premier mois de chaque semestre, un rapport rédigé par le médecin de l'établissement, sur l'état de chaque personne, qui y sera retenue, sur la nature de sa maladie et les résultats du traitement. — Le préfet prononcera sur chacune individuellement, ordonnera sa maintenue dans l'établissement ou sa sortie.

Art. 21. A l'égard des personnes, dont le placement aura été volontaire, et dans le cas où leur état mental pourrait compromettre l'ordre public ou la sûreté des personnes le préfet pourra dans les formes tracées par le deuxième paragraphe de l'article 8, décerner un ordre spécial, à l'effet d'empêcher qu'elles ne sortent de l'établissement sans son autorisation, si ce n'est pour être placées dans un autre établissement. — Les chefs, directeurs ou préposés responsables, seront tenu à se conformer à cet ordre.

Art. 22. Les procureurs du Roi seront informés de tous les ordres donnés en vertu des articles 18, 19, 20 et 21. — Ces ordres seront notifiés au maire du domicile des personnes soumises au placement, qui en donnera immédiatement avis aux familles. — Il en sera rendu compte au ministre de l'intérieur. — Les diverses notifications prescrites par le présent article seront faites dans les formes et délais énoncés en l'article 10.

Art. 23. Si, dans l'intervalle qui s'écoulera entre les rapports ordonnés par l'article 20, les médecins déclarent, sur le registre tenu en exécution de l'article 12, que la sortie peut être ordonnée, les chefs, préposés ou directeurs responsables des établissements, seront tenus, sous peine d'être poursuivis, conformément à l'article 30 ci-après, d'en référer aussitôt au préfet, qui statuera sans délai.

Art. 24. Les hospices et hôpitaux civils seront tenus de recevoir provisoirement les personnes qui leur seront adressées en vertu de l'article 18 et 19, jusqu'à ce qu'elles soient dirigés sur l'établissement spécial destiné à les recevoir, aux termes de l'article 1, ou pendant le trajet qu'elles feront pour s'y rendre. — Dans toutes les communes où il existe des hospices où hôpitaux, les aliénés ne pourront être déposés ailleurs que dans ces hospices ou hôpitaux. Dans les lieux où il n'en existe pas, les maires devront pourvoir à leur logement, soit dans une hôtellerie, soit dans un local loué à cet effet. — Dans aucun cas les aliénés ne pourront être ni conduits avec les condamnés

©BIUM

ou les prévenus, ni déposés dans une prison. — Les dispositions sont applicables à tous les aliénés dirigés par l'administration sur un établissement public ou privé.

Section III.

Dépenses du service des aliénés.

Art. 25. Les aliénés dont le placement aura ordonné par le préfet, et dont les familles n'auront pas demandés l'admission dans un établissement privé, seront conduits dans l'établissement appartenant au département, ou avec lequel il aura traité. — Les aliénés dont l'état mental ne compromettrait point l'ordre public ou la sûreté des personnes y seront également admis, dans les formes, dans les circonstances et aux conditions qui seront réglées par le conseil général, sur la proposition du préfet, et approuvées par le ministre.

Art. 26. La dépense du transport des personnes dirigées par l'administration sur les établissements d'aliénés sera arrêtée par le préfet sur le mémoire des agents, préposés à ce transport. — La dépense de l'entretien, du séjour et du traitement des personnes placées dans les hospices ou établissements publics d'aliénés sera réglée d'après un tarif arrêté par le préfet. — La dépense de l'entretien, du séjour et du traitement des personnes placées par les départements dans les établissements privés sera fixée par les traités passés par le département, conformément à l'article 1.

Art. 27. Les dépenses énoncés dans l'article précédent sesont à la charge des personnes placées; à défaut à la charge de ceux auxquels il peut être demandé des aliments aux termes des articles 205 et suivants du code civil. — S'il y a contestation sur l'obligation de fournir des aliments, ou sur leur quotité, il sera statué par le tribunal compétent, à la diligence de l'administrateur désigné en exécution des articles 31 et 32. — Le recouvrement des sommes dues sera poursuivi et opéré à la diligence de l'administration de l'enregistrement et des domaines.

Art 28. A défaut ou en cas d'insuffisance des ressources énoncées en l'article précédent, il y sera pourvu sur les centimes affectés, par la loi des finances, aux dépenses ordinaires du département auquel l'aliéné appartient, sans préjudice du concours de la commune du domicile de l'aliéné, d'après les bases proposées par le conseil général sur l'avis du préfet, et approuvées par le gouvernement. — Les hospices seront tenus

©BIUM

à une indemnité proportionnée au nombre des aliénés dont le traitement ou l'entretien était à leur charge, et qui seraient placés dans un établissement spécial d'aliénés. — En cas de contestation, il sera statué par le conseil de préfecture.

Section IV.

Dispositions communes à toutes les personnes placées dans les établissements d'aliénés.

Art. 29. Toute personne placée ou retenue dans un établissement d'aliénés, son tuteur, si elle est mineure, son curateur tout parent ou ami, pourront, à quelque époque que ce soit, se pourvoir devant le tribunal du lieu de la situation de l'établissement, qui après les vérifacitions nécessaires, ordonnera, s'il y a lieu, la sortie immédiate.

Les personnes qui auront demandé le placement, et le procureur du Roi, d'office, pourront se pourvoir aux mêmes fins. — Dans le cas d'interdiction, cette demande ne pourra être formée, que par le tuteur de l'interdit. — La décision sera rendu, en chambre du conseil et sans délai; elle ne sera point motivée. — La requête, le jugement et les autres actes auxquels la réclamation pourrait donner lieu, seront visées pour timbre et enregistrés en débet. — Aucunes requêtes, aucunes réclamations adressées, soit à l'autorité judiciaire, soit à l'autorité administrative, ne pourront être supprimées ou retenues par les chefs d'établissements, sous les peines portées au titre III ci-après.

Art. 30. Les chefs, directeurs ou préposés responsables ne pourront, sous les peines portées par l'article 120 du code pénal, retenir une personne placée dans un établissement d'aliénés, dès que sa sortie aura été ordonnée par le préfet, aux termes des articles 16, 20, 23, ou par le tribunal, aux termes de l'article 29, ni lorsque cette personne se trouvera dans les cas énoncés aux articles 13 et 14.

Art. 31. Les commissions administratives ou de surveillance des hospices ou établissements publics d'aliénés exerceront, à l'égard des personnes non interdites qui y seront placées, les fonctions d'administrateurs provisoires. Elles désigneront un de leurs membres pour les remplir: l'administrateur, ainsi désigné, procédera au recouvrement des sommes dues à la personne placée dans l'établissement, et à l'acquittement de ses dettes; passera des bons qui ne pourront excéder trois ans, et pourra même, en vertu d'une autorisation spéciale accordée par le président du tribunal civil, faire vendre le mobilier. —

©BIUM

Les sommes provenant, soit de la vente, soit des autres recouvrements seront versées directement dans la caisse de l'établissement, et seront employées, s'il y a lieu, au profit de la personne placée dans l'établissement.

Le cautionnement du receveur sera affecté à la garantie des dits derniers, par privilège aux créances de toute autre nature. — Néanmoins les parents, l'époux ou l'épouse des personnes placées dans des établissements d'aliénés dirigés ou surveillés par des commissions administratives, ces commissions elles-mêmes, ainsi que le procureur du Roi, pourront toujours recourir aux dispositions des articles suivants.

Art. 32. Sur la demande des parents, de l'époux ou de l'épouse, sur-celle de la commission administrative ou sur la provocation, d'office, du procureur du Roi, le tribunal civil du lieu du domicile pourra, conformément à l'article 497 du code civil, nommer en chambre du conseil, un administrateur provisoire aux biens de toute personne non interdite placée dans un établissement d'aliénés. Cette nomination n'aura lieu qu'après délibération du conseil de famille, et sur les conclusions du procureur du Roi. Elle ne sera pas sujette à l'appel.

Art. 33. Le tribunal, sur la demande de l'administrateur provisoire, ou à la diligence du procureur du Roi, désignera un mandataire spécial à l'effet de représenter en justice tout individu non interdit et placé ou retenu dans un établissement d'aliénés, qui serait engagé dans une contestation judiciaire au moment du placement, ou contre lequel une action serait intentée postérieurement.

Le tribunal pourra ainsi, dans le cas d'urgence, désigner un mandataire spécial à l'effet d'intenter, au nom des mêmes individus, une action mobilière ou immobilière. L'administrateur provisoire pourra, dans les deux cas, être désigné pour mandataire spécial.

Art. 34. Les dispositions du code civil, sur les causes qui dispensent de la tutelle, sur les incapacités, les exclusions ou les destitutions des tuteurs, sont applicables aux administrateurs provisoires nommés par le tribunal. — Sur la demande des parties intéressées ou sur celle du procureur du Roi, le jugement qui nommera l'administrateur provisoire pourra en même temps constituer sur ses biens une hypothèque générale ou spéciale, jusqu'à concurrence d'une somme déterminée par le dit jugement. — Le procureur du Roi devra, dans le délai de quin-

©BIUM

zaine, faire inscrire cette hypothèque au bureau de la conservation: elle ne datera que du jour de l'inscription.

Art. 35. Dans le cas où un administrateur provisoire aura été nommé par jugement, les significations à faire à la personne placée dans un établissement d'aliénés seront faites à cet administrateur.

Les significations faites au domicile, pourront, suivant les circonstances, être annullées par les tribunaux. — Il n'est point dérogé aux dispositions de l'article 173 du code de commerce.

Art. 36. A défaut d'administrateur provisoire, le président, à la requête de la partie la plus diligente, commettra un notaire pour représenter les personnes non interdites placées dans les établissements d'aliénés, dans les inventaires, comptes, partages et liquidations dans lesquelles elles seraient intéressées.

Art. 37. Les pouvoirs conférés en vertu des articles précédents cesseront de plein droit, dès que la personne placée dans un établissement d'aliénés n'y sera plus retenue. — Les pouvoirs conférés par le tribunal en vertu de l'article 32 cesseront de plein droit à l'expiration d'un délai de trois ans: ils pourront être renouvelés. — Cette disposition n'est pas applicable aux administrateurs provisoires qui seront donnés aux personnes entretenues par l'administration dans des établissements privés.

Art. 38. Sur la demande de l'intéressé de l'un de ses parents, de l'époux ou de l'épouse, d'un ami, ou sur la provocation d'office du procnreur du Roi, le tribunal pourra nommer en chambre de conseil, par jugement non susceptible d'appel, en outre de l'administrateur provisoire un curateur à la personne de tout individu non interdit placé dans un établissement d'aliénés, lequel devra veiller 1) à ce que ses revenus soient employés à adoucir son sort et à accélérer sa guérison; 2) à ce que le dit individu soit rendu au libre exercice de ses droits aussitôt que sa situation le permettra.

Ce curateur ne pourra pas être choisi parmi les héritiers présomptifs de la personne placée dans un établissement d'aliénés.

Art. 39. Les actes faites par une personne placée dans un établissement d'aliénés, pendant le temps, qu'elle y aura retenue, sans que son interdiction ait été prononcée ni provoquée, pourront être attaqués pour cause de démence, conformément à l'article 1304 du code civil. — Les dix ans de l'action en

©BIUM

nullité courront, à l'égard de la personne retenue qui aura souscrit les actes, à dater de la signification qui lui en aura été faite, ou de la connaissance qu'elle en anra eue après sa sortie definitive de la maison d'aliénés; —

Et, à l'égard des ses héritiers, à dater de la signification qui leur en aura été faite, ou de la connaissance, qu'ils en auront eue, depuis la mort de leur auteur.

Lorsque les dix ans auront commencé de courir contre celui-ci, ils continueront de courir contre les héritiers.

Art. 40. Le ministère public sera entendu dans toutes les affaires qui intéresseront les personnes placées dans un établissement d'aliénés, lors même qu'elles ne seraient pas interdites.

Titre III.

Dispositions générales.

Art. 41. Les contraventions aux dispositions des articles 5, 8, 11, 12 du second paragraphe de l'article 13; des articles 15, 17, 20, 21 et du dernier paragraphe de l'article 29 de la présente loi et aux règlements rendus en vertu de l'article 6, qui seront commises par les chefs, directeurs ou préposés responsables des établissements publics ou privés d'aliénés, et par les médecins employés dans ces établissements, seront punies d'un emprisonnement de cinq jours à un an, et d'une amende de cinquante francs à trois mille francs, ou de l'une ou l'autre de ces peines. — Il pourra être fait application de l'article 463 du code pénal.

---

2. Ordonnance du 18 Décembre 1839, relative aux établissements publics et privés consacrés aux aliénés.

Titre I.

Des établissements publics consacrés aux aliénés.

Art. 1. Les établissements publics consacrés au service des aliénés seront administrés sous l'autorité de notre ministre sécretaire d'Etat au département de l'interieur et des préfets des départements, et sous la surveillance de commissions gratuites,

©BIUM

par un directeur responsable, dont les attributions seront ci-après déterminées.

Art. 2. Les commissions de surveillance seront composées de cinq membres nommés par les préfets et renouvelés chaque année par cinquième.

Les membres des commissions de surveillance ne pourront être revoqués que par notre ministre de l'intérieur, sur le rapport du préfet. — Chaque année, après le renouvellement, les commissions nommeront leur président et leur secrétaire.

Art. 3. Les directeurs et les médecins en chef et adjoints seront nommés par notre ministre secrétaire d'Etat au département de l'intérieur, directement pour la première fois, et pour les vacances suivantes, sur une liste de trois candidats présentés par les préfets. — Pourront aussi être appelés aux places vacantes, concurrement avec les candidats présentés par les préfets, les directeurs et les médecins en chef ou adjoints qui auront exercé leurs fonctions pendant trois ans dans d'autres établissements d'aliénés. — Les élèves attachés aux établissements d'aliénés seront nommés pour un temps limité, selon le mode déterminé par le règlement sur le service intérieur de chaque établissement. — Les directeurs, les médecins en chef et les médecins adjoints ne pourront être revoqués que par notre ministre de l'intérieur sur le rapport des préfets.

Art. 4. Les commissions institués par l'article 1, chargées de la surveillance générale de toutes les parties du service des établissements, sont appelées à donner leur avis sur le régime intérieur, sur le budjet et les comptes, sur les actes relatifs á l'administration, tel que le mode de gestion des biens, les projets des travaux, les procès à intenter ou à soutenir, les transactions, les emprunts, les ventes ou échanges d'immeubles, les acceptations de legs, de donations, les pensions à accorder, s'il y a lieu, les traités à conclure pour le service des malades.

Art. 5. Les commissions de surveillance se réuniront tous les mois. Elles seront, en outre, convoquées par les préfets ou les souspréfets toutes les fois que les besoins du service l'éxigeront. —

Le directeur de l'établissement et le médecin chargé en chef du service médical assisteront aux séances de la commission; leur voix sera seulement consultative. Néanmoins, le directeur et le médecin en chef devront se retirer de la séance au moment où la commission délibréra sur les comptes d'administra-

tion et sur les rapports qu'elle pourrait avoir à adresser directement au préfet. —

Art. 6. Le directeur est chargé de l'administration intérieure de l'etablissement et de la gestion de ses biens et revenus. — Il pourvoit, sous les conditions prescrites par la loi, à l'admission et à la sortie des personnes placées dans l'établissement. — Il nomme les préposés de tous les services de l'établissement; il les révoque, s'il y a lieu. Toutefois, les surveillants, les infirmiers et les gardiens devront être agrées par le médecin en chef; celui-ci pourra demander leur révocation au directeur. En cas de dissentiment le préfet prononcera.

Art. 7. Le directeur est exclusivement chargé de pourvoir à tout ce qui concerne le bon ordre et la police de l'établissement, dans les limites du réglement du service intérieur, qui sera arrêté, en exécution de l'article 7 de la loi du 30 juin 1838, par notre ministre de l'intérieur.

Il résidera dans l'établissement.

Art. 8. Le service médical, en tout ce qui concerne le régime physique et moral, ainsi que la police médicale et personelle des aliénés est placé sous l'autorité du médecin dans les limites du réglement de service intérieur mentionné à l'article précédent. — Les médecins adjoints, dans les maisons où le réglement intérieur en établira, les élèves, les surveillants, les infirmiers et les gardiens sont, pour le service médical, sous l'autorité du médecin en chef.

Art. 9. Le médecin en chef remplira les obligations imposées aux médecins par la loi du 30 juin 1838 et délivrera tous les certificats relatifs à ses fonctions.

Ces certificats ne pourront être délivrés par le médecin adjoint qu'en cas d'empêchement constaté du médecin en chef. — En cas d'empêchement constaté du médecin en chef et du médecin adjoint, le préfet est autorisé à pourvoir provisoirement à leur remplacement.

Art. 10. Le médecin en chef sera tenu de résider dans l'établissement. — Il pourra toute fois être dispensé de cette obligation par une décision spéciale de notre ministtre de l'intérieur, pourvu qu'il fasse chaque jour au moins une visite générale des aliénes confiés à ses soins, et qu'en cas d'empêchement il puisse être suppléé par un médecin résidant.

Art. 11. Les commissions administratives des hospices civils, qui ont formé ou qui formeront à l'avenir, dans ces établissements, des quartiers affectés aux aliénés, seront tenu de faire

©BIUM

agréer par le préfet un préposé responsable qui sera soumis à toutes les oblgations imposées par la loi du 30 juin 1838. — Dans ce cas il ne sera pas créé de commission de surveillance.

Le règlement intérieur des quartiers consacrés au service des aliénés sera soumis à l'approbation de notre ministre de l'intérieur, conformément à l'article 7 de cette loi.

Art. 12. Il ne pourra être créé dans les hospices civils, des quartiers affectés aux aliénes, qu'autant qu'il sera justifié que l'organisation de ces quartiers permet de recevoir et de traiter cinquante aliénés au moins. — Quant aux quartiers actuellement existants où il ne pourrait être traité qu'un nombre moindre d'aliénés, il sera statué sur leur maintien par notre ministre de l'intérieur.

Art. 13. Notre ministre de l'intérieur pourra toujours autoriser, ou même ordonner d'office, la réunion des offices de directeur et de médecin.

Art. 14. Le traitement du directeur et du médecin sera déterminé par un arrêté de notre ministre de l'intérieur.

Art. 15. Dans tous les établissements publics où le travail des aliénés sera introduit comme moyen curatif, l'emploi du produit de ce travail sera déterminé par le règlement intérieur de cet établissement.

Art. 16. Les lois et règlements relatifs à l'administration générale des hospices et établissements de bienfaisance, en ce qui concerne notamment l'ordre de leurs services financiers, la surveillance de la gestion du receveur, les formes de la comptabilité sont applicables aux établissements publics d'aliénés en tout ce qui n'est pas contraire aux dispositions qui précèdent.

Titre II.

Des établissements privés consacrés aux aliénés.

Art. 17. Quiconque voudra former ou diriger un établissement privé destiné au traitement des aliénés, devra en adresser la demande au préfet du département où l'établissement devra être situé.

Art. 18. Il justifiera: — 1) qu'il est majeur et exercant ses droits civils; — 2) qu'il est de bonne vie et moeurs; il produira à cet effet un certificat délivré par le maire de la commune ou de chacune des commnnes où il aura résidé depuis trois ans; — 3) qu'il est docteur en médecine.

Art. 19. Si le requérant n'est pas docteur en médecine, il

©BIUM

produira l'engagement d'un médecin qui se chargera du service médical de la maison, et déclarera se soumettre aux obligations spécialement imposées sous ce rapport, par les lois et reglements. — Ce médecin devra être agréé par le préfet, qui pourra toujours le révoquer. Toutefois la révocation ne sera pas définitive qu'autaut qu'elle aura été approuvée par notre ministre de l'intérieur.

Art. 20. Le requérant indiquera dans sa demande, le nombre et le sexe des pensionnaires que l'établissement pourra contenir; il en sera fait mention dans l'autorisation.

Art. 21. Il déclarera si l'établissement doit être uniquement affecté aux aliénés ou s'il recevra d'autres malades. Dans ce dernier cas, il justifiera par la production du plan de l'établissement, que le local consacré aux aliénés est entièrement séparé au celui qui est affecté au traitement des autres malades.

Art. 22. Il justifiera 1) que l'établissement n'offre aucune cause d'insalubrité, tant au dedans qu'au dehors, et qu'il est situé de manière que les aliénés ne soient pas incommodés par un voisinage bruyant ou capable de les agiter; — 2) qu'il peut être alimenté, en tout temps, d'eau de bonne qualité et en quantité suffisante; — 3) que par la disposition des localités il permet de séparer complétement les sexes, l'enfance et l'âge mur; d'établir un classement regulier entre les convalescens, les malades paisibles et ceux qui sont agités; de séparer également les malades épileptiques; — 4) que l'établissement contient de locaux particuliers pour les aliénés atteintes de maladies accidentelles et pour ceux qui ont des habitudes de malpropreté; — 5) que toutes les précautions ont été prises, soit dans les constructions, soit dans la fixation du nombre des gardiens, pour assurer le service et la surveillance de l'établissement.

Art. 23. Il justifiera également, par la production du règlement intérieur de la maison, que le régime de l'établissement offrira toutes les garanties convenables sous le rapport des bonnes moeurs et de la sûreté des personnes.

Art. 24. Tout directeur d'un établissement privé consacré au traitement des aliénés devra, avant d'entrer en fonctions, fournir un cautionnement dont le montant sera déterminé par l'ordonnance royale d'autorisation.

Art. 25. Le cautionnement sera versé, en espèces, à la caisse des dépôts et consignations, et sera exclusivement destiné à pourvoir, dans les formes et pour les cas déterminés dans l'article suivant, aux besoins des aliénés pensionnaires.

©BIUM

Art. 26. Dans tous les cas où, par une cause quelconque, le service d'un établissement privé, consacré aux aliénés, se trouverait suspendu, le préfet pourra constituer, à l'éffet de remplir les fonctions de directeur responsable, un régisseur provisoire entre les mains duquel la caisse des dépôts et consignations, sur les mandats du préfet, versera ce cautionnement, en tout ou en partie, pour l'appliquer au service des aliénés.

Art. 27. Tout directeur d'un établissement privé consacré aux aliénés pourra, à l'avance, faire agréer par l'administration, une personne qui se chargera de le remplacer dans le cas où il viendrait à cesser ses fonctions, par suite de suspension, d'interdiction judiciaire, d'absence, de faillite, de décès ou pour toute autre cause. — La personne ainsi agréé sera de droit, dans ces divers cas, investir de la gestion provisoire de l'établissement et soumise à ce titre, à toutes les obligations du directeur lui-même. — Cette gestion provisoire ne pourra jamais se prolonger au delà d'un mois sans une autorisation spéciale du préfet.

Art. 28. Dans le cas où le directeur cesserait ses fonctions par une cause quelconque, sans avoir usé de la faculté ci-dessus, ses héritiers ou ayant-cause seront tenus de désigner, dans les vingt-quatres heures la personne qui sera chargée de la régie provisoire de l'établissement et soumise, à ce titre, à toutes les obligations du directeur. — A défaut, le préfet fera lui-même cette désignation.

Les héritiers ou ayant-cause du directeur devront, en outre, dans le délai d'un mois, présenter un nouveau directeur pour en remplir définitivement les fonctions. Si la présentation n'est pas faite dans ce délai, l'ordonnance royale d'autorisation sera rapportée de plein droit, et l'établissement sera fermé.

Art. 29. Lorsque le directeur d'un établissement privé, consacré aux aliénés, voudra augmenter le nombre des pensionnaires qu'il aura été autorisé a recevoir dans cet établissement, il devra former une demande en autorisation à cet effet, et justifier que les bâtiments primitifs ou ceux additionnels qu'il aura fait construire sont, ainsi que leurs dépendances, convenables et suffisants pour recevoir le nombre déterminé de nouveaux pensionnaires. — L'ordonnance royale qui statuera sur cette demande déterminera l'augmentation proportionelle que le cautionnement pourra recevoir.

Art. 30. Le directeur de tout établissement privé consacré aux aliénés devra résider dans l'établissement.

— Le médecin attaché à l'établissement dans le cas pourvu par l'article 19 de la présente ordonnance, sera soumis à la même obligation.

Art. 31. Le retrait de l'autorisation pourra être prononcé, suivant la gravité des circonstances, dans tous les cas d'infraction aux lois et règlements sur la matière, et notamment dans les cas ci-après: — 1) Si le directeur est privé de l'exercice de ses droits civils; — 2) S'il reçoit un nombre de pensionnaires supérieur à celui fixé par l'ordonnance d'autorisation; — 3) S'il reçoit des aliénés d'un autre sexe que celui indiqué par cette ordonnance; — 4) S'il reçoit des personnes atteintes de maladies autres que celles qu'il a déclaré vouloir traiter dans l'établissement; — 5) Si les dispositions des lieux sont changées ou modifiées de manière à ce qu'ils cessent d'être propres à leur destination, ou si les précautions prescrites pour la sûreté des personnes ne sont pas constamment observées; — 6) S'il est commis quelque infraction aux dispostions du règlement du service intérieur en ce qui concerne les moeurs; — 7) S'il a été employé à l'égard des aliénés des traitements contraires à l'humanité; — 8) Si le médecin agréé par l'administration est remplacé par un autre médecin, sans qu'elle en ait approuvé le choix; — 9) Si le directeur contrevient aux dispositions de l'article 8 de l. l. d. 30. j. 38; — 10) S'il est frappé d'une condemnation prononcée en exécution d'article 41 de la même loi.

Art. 32. Pendant l'instruction relative au retrait de l'ordonnance royale d'autorisation, le préfet pourra prononcer la suspension provisoire du directeur, et instituera un régisseur provisoire, conformément à l'article 26.

Art. 33. Il sera statué pour le retrait des autorisations par une ordonnance royale.

Dispositions générales.

Art. 34. Les établissements publics ou privés consacrés aux aliénés du sexe masculin, ne pourront employer que des hommes pour le service personnel des aliénés. — Des femmes seules seront chargées du service personnel des aliénés dans les établissements destinés aux individus du sexe féminin.

Dispositions transitoires.

Art. 35. Les établissements privés actuellement existants devront, dans six mois, à dater du jour de la présente ordonnance, se pourvoir en autorisation, dans les formes prescrites par les articles ci-dessus; passé ce délai, les dits établissements seront fermés.

©BIUM

II. Irrengesetz von Genf.

1. Loi sur le placement et la surveillance des aliénés du 5 Février. 1838.

Titre I.

Des placements faits dans les établissements d'aliénés.

Art. 1. Aucun propriétaire ou directeur responsable d'un établissement public ou privé destiné au traitement ou à la garde des aliénés, ne pourra y recevoir ou y retenir un individu quelconque comme atteint d'aliénation mentale, sans une autorisation ou un ordre par écrit du lieutenant de police.

Est considéré comme établissement privé, tout domicile ou l'aliéné est retenu par contrainte et soigné, même seul, par une personne qui n'appartient pas à sa famille.

Art. 2. L'autorisation de placement dans un établissement public ou privé, pourra être accordée par le lieutenant de police sur la demande des parents ou du conjoint de l'aliéné.

L'ordre de placement dans un établissement public pourra être donné d'office par ce Magistrat.

Art. 3. L'autorisation ou l'ordre ne pourront être donnés qu'après que la personne prétendue aliénée aura été vue, ou par le lieutenant de police, ou par un auditeur délégué à cet effet, ou par le maire de la commune, à moins que la mesure ne soit appuyée de l'avis d'un docteur de la faculté de médecine de Genève, ou d'un officier de santé.

Art. 4. L'autorisation ou l'ordre ne peuvent avoir d'effet pendant plus de six mois; ils peuvent être renouvelés. Après

le troisième renouvellement, ils peuvent n'être renouvelés que d'année en année.

Art. 5. Le lieutenant de police donnera connaissance au procureur-général, dans les vingt-quatres heures, des autorisations, ordres ou renouvellements qu'il aura accordés en vertu des articles précédents.

Art. 6. Les réclamations contre l'autorisation ou l'ordre de placement, contre leur renouvellement ou contre le refus de l'une de ces mesures, et en général les difficultés relatives au placement d'une personne prétendue aliénée, dans un établissement public ou privé, seront soumises au collége de syndics.

Le conseil d'État nommera une commission de docteurs de faculté de médecine de Genève, que le collége des syndics pourra charger d'examiner la personne qui donne lieu à la réclamation. Cette commission donnera son avis médical sur l'état de la personne prétendue aliénée.

Le procureur-général sera prévenu de toute réclamation portée au collége des syndics. Il y sera entendu toutes les fois qu'il l'éstimera convenable.

Le collége des syndics statuera définitivement. En cas de partage, l'avis favorable à la libération prévaudra.

Art. 7. L'individu placé dans un établissement d'aliénés, n'y sera plus retenu dès que les causes du placement auront cessé.

Les causes du placement seront considérées comme ayant cessé :

1) Si le temps pour lequel l'autorisation ou l'ordre sont valables s'est écoulé sans qu'ils aient été renouvelés;

2) si le tribunal, saisi de la demande en main levée de l'interdiction, l'a prononcée;

3) si les parens ou le conjoint qui avaient requis l'autorisation, demandent que l'individu placé leur soit rendu;

4) si les médecins qui donnent des soins dans la maison où l'aliéné est placé estiment qu'il y a lieu de permettre sa sortie.

Toutefois la libération, dans ces trois derniers cas, n'a lieu qu'autant que le lieutenant de police, informé par le directeur responsable de l'établissement, n'y met pas opposition.

Si ce magistrat a des motifs pour s'opposer à la sortie, il déférera la difficulté au collége des syndics.

Art. 8. Le collége de syndics peut dans tous les cas, après avoir demandé le préavis du lieutenant de police, ordonner

©BIUM

la sortie immédiate de toute personne placée dans un établissement d'aliénés.

Art. 9. Tout propriétaire ou directeur responsable d'un établissement d'aliénés, qui y recevrait une personne comme atteinte d'aliénation mentale sans l'autorisation ou l'ordre du lieutenant de police, ou qui l'y retiendrait, soit après avoir reçu l'ordre de sortie, sera passible des peines portées par l'article 120 du code pénal.

Titre II.

De la surveillance des établissements d'aliénés.

Art. 10. Nul ne peut former ou diriger un établissement privé consacré au traitement ou à la garde des aliénés, sans en avoir fait préalablement la déclaration au Conseil d'Etat.

Le Conseil d'Etat peut faire fermer ces établissements.

Art. 11. Les établissements publics et privés recevant des aliénés seront placés sous la surveillance du Conseil d'Etat.

Le lieutenant de police et les personnes q'il déléguera à cet effet, le procureur-général et ses substituts, seront admis à les inspecter toutes les fois qu'ils l'estimeront convenable.

Art. 12. Dans tout établissement destiné au traitement ou à la garde des aliénés, il sera tenu un registre spécial coté et paraphé à chaque feuillet par le lieutenant de police. Ce registre indiquera le nom, prénoms, âge, lieu de naissance et domicile des individus qui y seront placés. Il contiendra de plus la mention de l'autorisation ou de l'ordre en vertu desquels il aura été reçu et retenu, ainsi que des renouvellements, l'époque de l'entrée et celle de la sortie.

S'il a été nommé un administrateur provisoire des biens de l'aliéné, ou un tuteur à l'interdit, le registre en contiendra l'indication.

Ce registre sera présenté aux personnes chargées de la surveillance des établissemens d'aliénés, sur leur première réquisition.

Titre III.

Effets du placement de l'aliéné sur l'administration de ses biens et sur sa capacité de contracter.

Art. 13. Lorsqu'une personne placée dans un établissement public ou privé n'est pas pourvue de tuteur, ses parens, son conjoint et le procureur-général pourront demander la nomination d'un administrateur provisoire de ses biens.

©BIUM

La commission administrative de l'établissement public pourra faire la même demande pour les personnes qui y sont placées.

Cette demande sera adressée au tribunal civil qui statuera dans la chambre de délibération. Avant de prononcer, le tribunal pourra ordonner que le conseil de famille de l'aliéné soit convoqué, pour donner son avis sur la convenance de nommer l'administrateur provisoire.

Le greffier du tribunal donnera à l'établissement dans lequel est retenu l'aliéné, avis du jugement qui nomme un administrateur provisoire de ses biens.

Art. 14. Dans les dix jours qui suivront le placement dans un établissement privé, le propriétaire ou directeur de l'établissement devra soumettre le cas au procureur-général qui provoquera la nomination de l'administrateur provisoire, s'il l'estime convenable.

Art. 15. L'administrateur provisoire fera tous les actes conservatoires des biens de l'aliéné, et ceux de simple administration. Il pourra vendre les fruits de l'année; et, sur une autorisation du président du tribunal civil, ceux des effets mobiliers, susceptibles de se detériorer. — Il pourra être assujéti, par l'ordonnance de nomination, à faire inventaire lors de son entrée en fonctions.

Art. 16. Le tribunal, à la requête de la partie la plus diligente, commettra un notaire pour représenter l'aliéné dans les inventaires, comptes, partages et liquidations, dans lesquels celui-ci sera intéressé.

Art. 17. Les significations à faire à une personne placée dans un établissement d'aliénés, devront, à peine de nullité, avoir lieu au domicile de l'administrateur provisoire, s'il en a été nommé un, ou à défaut au parquet du procureur-géneral.

L'administrateur provisoire assistera l'aliéné dans les demandes qui seront formées contre lui.

Art. 18. Le procureur-général ou ses substituts seront entendus dans toutes les causes concernant les personnes placées dans un établissement d'aliénés.

Art. 19. Les pouvoirs conférés en exécution des articles 13, 14 et 15 cesseront de plein droit, dès que la personne placée dans un établissement d'aliénés n'y sera plus retenue.

Ils cesseront aussi après deux années révolues, lorsqu'ils n'auront pas été renouvelés avant l'expiration de ce terme, et que la personne aliénée devra continuer à être retenu dans l'établissement.

©BIUM

Ils cesseront enfin par la révocation de l'administrateur provisoire, laquelle serait prononcée par le tribunal civil, sur la demande des personnes mentionnées dans l'article 13 et en suivant les formes tracées par le dit article.

Art. 20. Les pouvoirs conférés au notaire d'après l'article 16, cesseront également aussitôt que l'aliéné, n'étant plus retenu se présentera pour exercer ses droits.

Art. 21. La demande en renouvellement pourra être formée par toutes les personnes mentionnées dans l'article 13, et par l'administrateur provisoire lui-même, qui demeurera dans tous les cas responsable de sa gestion ou du défaut de gestion jusqu'au renouvellement.

Art. 22. Le procureur-général pourra, pour cause d'imbécillité ou de démence, provoquer d'office l'interdiction de l'aliéné placé depuis deux ans dans un établissement public ou privé, lors même qu'il aurait un conjoint ou des parens connus.

Art. 23. A la cessation de ses fonctions, l'administrateur provisoire rendra compte de sa gestion à qui de droit.

Art. 24. Après la mort d'un individu dont l'interdiction n'aura été ni prononcée ni provoquée, les actes par lui faits pendant qu'il était placé dans un établissement d'aliénés, pourront être attaqués pour cause de démence nonobstant la disposition de l'article 504 du code civil.

Titre IV.

Dipositions générales.

Art. 25. Le Conseil d'Etat fera tous les règlements que pourra nécessiter l'exécution de la présente loi.

Art. 26. Toute personne qui formerait un établissement privé destiné au traitement ou à la garde des aliénés, sans avoir fait la déclaration prescrite par l'article 10, ou qui continuerait à recevoir des aliénés dans un établissement dont le Conseil d'Etat aurait ordonné la clôture, sera punie d'une amende qui pourra s'élever à trois mille florins.

Art. 27. Tout propriétaire ou directeur responsable d'un établissement privé, qui ne se conformerait pas aux dispositions des articles 12 et 14 de la présente loi, et aux règlements faits par le Conseil d'Etat en vertu de l'article 25, sera passible de l'amende portée en l'article précédent.

Art. 28. Le directeur d'un établissement public sera passible de la même amende, soit dans les cas prévus par

©BIUM

l'article 12, soit pour les contraventions aux règlements prévus en l'article 25.

Art. 29. Le Conseil d'Etat est chargé de déterminer l'époque de la mise à éxecution de la présente loi.

Dans le mois qui suivra, les directeurs d'établissements publics ou privés devront remplir les formalités et exécuter en ce qui les concerne toutes les dispositions de la présente loi, sous les peines qui y sont portées.

Art. 30. La présente loi sera revue dans la session de Décembre 1847.

---

2. Règlement du Conseil d'Etat pour l'exécution de la loi du 5 Février 1838 sur le placement et la surveillance des aliénés du 7 Avril 1838.

Le Conseil d'Etat,

vu l'article 25 de la loi du 5. Février dernier, sur le placement et la surveillanee des aliénés, qui le charge de faire tous les règlements que pourra nécessiter l'exécution de la dite loi;

arrête:

Art. 1. La demande à présenter, conformément à l'article 2 de la loi, par le conjoint on par les parents de l'aliéné pour son placement dans un établissement public ou privé, devra être adressée au lieutenant de police, en indiquant les noms et la demeure de l'aliéné. L'avis médical qui pourra y être joint dans le but de dispenser les requérants de représenter à ce magistrat la personne de l'aliéné, devra être donné, par écrit, par un docteur de la faculté de médecine de Genève, ou par un officier de santé reçu dans le canton.

Art. 2. L'autorisation de placement ou l'ordre d'office donné par le lieutenant de police en l'absence de demande de la part de la famille ou du conjoint, contiendra les noms, prénoms, âge et nationalité de la personne présumée aliénée, la désignation de l'établissement où elle doit être placée, et les noms des requérants lorsque le placement n'est pas prescrit d'office.

Elle mentionnera la visite du magistrat ou le certificat du médecin qui aura été présenté pour y suppléer.

©BIUM

Les autorisations et ordres ci-dessus seront inscrit sur un registre ouvert à cet effet.

Art. 3. Cette autorisation sera donnée en double expédition, dont l'une restera en mains du directeur de l'établissement, l'autre sera rendu au lieutenant de police et contiendra le récépissé du directeur, constatant l'entrée de l'aliéné.

Art. 4. A l'échéance des autorisations ou des ordres de placement, les demandes en renouvellement faites par la famille ou par le conjoint de l'aliéné devront être adressées au lieutenant de police avec un rapport du médecin qui lui donne des soins ou avec la demande de le faire visiter de nouveau.

Lorsque le lieutenant de police renouvellera d'office les ordres de placement dans les établissements publics, il exigera pareillement un rapport écrit soit des médecins qui y donnent des soins, soit de tout autre qu'il déléguera.

Art. 5. Toute personne qui aura une réclamation à présenter contre l'autorisation ou l'ordre de placement, contre leur renouvellement ou contre le refus de l'une de ces mesures, devra l'adresser par écrit au syndic-président du Conseil d'Etat.

Art. 6. Le collége de syndics pourra faire comparaître les réclamants.

La commission d'experts qu'il pourra charger, conformément à l'article 6 de la loi, d'examiner la personne donnant lieu à la réclamation, sera composée de trois docteurs de la faculté de médecine de Genève, et de trois suppléants désignés pour les cas d'absence.

Ils seront nommés à la fin de chaque année pour l'année suivante.

Art. 7. Dans les cas prévus par le paragraphe 2, 3, et 4 de l'article 7 de la loi, pour la sortie de l'aliéné, le directeur de l'établissement devra en informer le lieutenant de police six jours au moins avant la date proposée. Ce magistrat lui remettra un récépissé de l'avis.

Sur la simple opposition du lieutenant de police, le directeur devra surseoir à la sortie jusqu'à ce que l'opposition ait été levée.

Art. 8. Lorsqu'il y aura un administrateur provisoire des biens de l'aliéné il devra être informé, par le directeur responsable, de l'époque proposée pour la sortie, dans les mêmes délais et dans les mêmes formes.

Art. 9. Le propriétaire ou directeur responsable d'un établissement privé en informant le procureur-général, conformé-

©BIUM

ment à l'article 14 de la loi, de chaque entrée d'aliéné, devra lui communiquer les renseignements qui sont à sa connaissance sur la position de l'aliéné, et en particulier les détails indiqués à l'article 12 de la loi; s'il recueille plus tard de nouveaux renseignements sur le même sujet, il devra également les communiquer à ce magistrat.

Art. 10. Le procureur-général donnera au propriétaire ou directeur responsable un récépissé de chaque avis d'entrée, afin de lui servir de décharge pour l'accomplissement de cette obligation.

Art. 11. Les déclarations des personnes qui veulent former ou diriger des établissements privés consacrés au traitement ou à la garde des aliénés, seront faites à la chancellerie, sur un registre ouvert à cet effet (article 10 de la loi).

Elles indiqueront le lieu où l'établissement sera situé, les noms et prénoms des propriétaires et des directeurs responsables. Les mutations subséquentes devront être déclarées dans la même forme.

Il sera donné aux déclarants des récépissés de leurs déclarations, signés par l'un des secrétaires d'Etat

Art. 12. Lorsqu'il s'élèvera des plaintes contre un établissement privé d'aliénés, le Conseil d'Etat fera faire une enquête dans laquelle le propriétaire ou le directeur responsable sera entendu. Lorsque le Conseil d'Etat prescrira la clôture de l'établissement, le lieutenant de police sera chargé de l'exécution de cet ordre.

Art. 13. L'inspection de chaque établissement public et privé recevant des aliénés devra être fait au moins deux fois par année par le lieutenant de police.

Si ce magistrat use du droit de délégation qui lui est conféré par l'article 11 de la loi, il ne pourra se faire remplacer pour cette inspection que par un auditeur ou par le maire de la commune où est situé l'établissement.

Art. 14. Les propriétaires ou directeurs responsables ne pourront refuser au lieutenant de police ou à ses délégués, au procureur-général ou à ses substituts lorsqu'il inspecteront les établissements publics ou privés d'aliénés, aucun des renseignements qu'ils demanderont.

Art. 15. Les contraventions aux articles 7, 8, 9, 11 et 14 du présent règlement, seront passibles d'une amende qui pourra s'élever à trois mille florins (article 27 de la loi).

Art. 16. Le présent règlement sera exécutoire dès le 1 Mai prochain.

©BIUM

3. Arrête du Conseil d'Etat sur l'inspection supérieure de l'établissement public des aliénés du 27 Avril 1838.

Le Conseil d'Etat,
vu la loi du 9 Janvier 1835;
arrête:

Art. 1. Une commission composée de trois membres du Conseil d'Etat, sera chargée de surveiller l'exécution des règlements généraux et intérieurs concernant l'établissement public des aliénés, et celle de la convention conclue pour son administration entre le Conseil d'Etat et la direction de l'hôpital.

Cette commission sera nommée par le Conseil d'Etat.

Art. 2. Seront soumis à cette commission tous les règlements ou les changements de règlements que l'administration intérieure de la maison pourrait nécessiter.

La commission provoquera au besoin l'attention de la direction de l'hôpital et du Conseil d'Etat sur ceux qu'elle estimera convenables.

Elle adressera à la direction de l'hôpital ou à ses représentants toute observation qu'elle aurait à faire sur l'administration.

Art. 3. La commission s'assemblera au moins une fois par mois, et elle pourra inviter le commissaire désigné par la direction à se réunir á elle pour fournir les informations dont elle aurait besoin.

Elle aura la même faculté à l'égard des employés supérieurs de la maison.

Art. 4. Il sera fait par la commission inspectrice, dans le cours de chaque trimestre et sans avertissement préalable, une visite générale de l'établissement; le procès-verbal de la visite sera signé par les membres présents.

Art. 5. Indépendamment des visites trimestrielles obligatoires, la commission en corps et chacun de ses membres séparement pourront en tout temps visiter les différentes parties de la maison.

©BIUM

4. Arrête du Conseil d'Etat sur l'administration de la maison cantonale des aliénés du 14 Juin 1841.

Le Conseil d'Etat;

arrête:

Art. 1. L'administration de la maison cantonale des aliénés sera dirigée par une commission nommée par le Conseil d'Etat, et qui sera désignée sous le nom de commission administrative de la maison cantonale des aliénés.

Art. 2. La commission sera composée:

1) de trois conseillers d'Etat,

2) de deux membres pris hors du Conseil d'Etat, dont un remplira les fonctions de secrétaire.

Ces membres seront nommés pour le terme de trois ans et rééligibles.

Art. 3. Les fonctions de la commission seront de diriger et de surveiller tout ce qui tient à la maison, particulièrement ce qui se rapporte au régime intérieur, aux approvisionnements, au mobilier.

Un règlement intérieur approuvé par le Conseil d'Etat, determinera le mode et la distribution de cette surveillance.

Art. 4. La commission devra référer au Conseil d'Etat sur toutes les décisions de quelque importance qui ne seraient pas prévus par les règlements.

Art. 5. A la fin de chaque année comptable la commission rendra au Conseil d'Etat un compte général de son administration.

Art. 6. Le présent règlement sera exécutoire à dater du 1 Janvier 1842. Le règlement du 27 Avril 1838 sur l'inspection supérieure de l'établissement cantonale des aliénés est abrogé à dater de ce jour.

©BIUM

III. Niederländisches Irrengesetz.

1. Wet van 29 Mei 1841. Staatsbl. 20.

Allgemeene Bepaling.

Art. 1. Onder krankzinnigen worden in deze wet verstaan, allen die van het geheel of gedeeltelijk vrije gebruik van hunne verstandelijke vermogens beroofd zijn.

Eerste Hoofdstuk.

Van de gestichten tot opneming en verzorging van krankzinnigen bestemd.

Art. 2. De bestaande gestichten, bestemd tot opneming en verzorging van krankzinnigen, worden onderscheiden in geneeskundige gestichten, bepaaldelijk ingerigt met het doel, om hunne herstelling te bevorderen, en in bewaarplaatsen, dienende om diegenen, welke volgens de bepalingen dezer wet, daarin opgenomen kunnen worden, van de maatschappij af te zonderen.

De Koning verklaart welke gestichten tot de geneeskundige, en welke tot de bewaarplaatsen behoroen.

Wanner dringende omstandigheden zulks noodzakelijk maken, zal de Koning zoodanige bewaarplaatsen, welker inrigting zulks mogt gedoogen, tijdelijk en bij uitzondering, onder de geneeskundige gestichten kunnen rangschikken.

Als gestichten worden ook beschouwd, bijzondere woonhuizen, in welke meer dan één krankzinnige, anders dan bij hnnne bloedverwanten of aangehuwden worden verpleegd.

Art. 3. Van het oogenblick der uitvaardiging van deze wet af aan, mogen geene nieuwe bewaarplaatsen worden daargesteld.

©BIUM

III. a. Niederländisches Irrengesetz.

1. Gesetz vom 29. Mai 1841.

Allgemeine Bestimmung.

Art. 1. In diesem Gesetze werden diejenigen, welche ganz oder theilweise des freien Gebrauches ihrer Verstandeskräfte beraubt sind, unter Irren verstanden.

Erstes Capitel.

Ueber die zur Aufnahme und Behandlung der Irren bestimmten Anstalten.

Art. 2. Die bestehenden Anstalten, welche zur Aufnahme und Behandlung von Irren bestimmt sind, sind theils Häuser für ärztliche Behandlung, eigens zu dem Zwecke Heilung herbeizuführen eingerichtet, theils Bewahranstalten, bestimmt, um Personen, die nach diesem Gesetze zur Aufnahme darin geeignet sind, aus der Gesellschaft zu entfernen.

Der König bestimmt, welche Anstalten Heilanstalten sein sollen und welche als Bewahranstalten anzusehen sind.

Bei dringenden Umständen und wenn ihre Einrichtung es gestattet, kann der König Bewahranstalten ausnahmsweise und für eine bestimmte Zeit unter die Heilanstalten einreihen.

Als Anstalten werden auch Privathäuser angesehen, in welche mehrere Irre, die nicht Verwandte oder Angehörige der Bewohner dieser Häuser sind, aufgenommen werden.

Art. 3. Vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes an darf keine neue Bewahranstalt errichtet werden.

©BIUM

Bij bestaande behoeften zullen er geneeskundige gestichten kunnen worden opgerigt, doch niet anders dan met toestemming des Konings.

Die gestichten zullen uitsluitend voor krankzinnigen bestemd zijn.

Geene krankzinnigen mogen tegelijk met andere personen, die niet krankzinnig zijn, in hetzelfde gebouw verpleegd worden, dan in geval van dringende noodzakelijkheid, met bewilliging des Konings, en dan nog altijd in daartoe ingerigte afzonderlijke afdeelingen.

Art. 4. De gestichten voor krankzinnigen, bij de nitvaardiging dezer wet bestaande, om het even, welke derzelver oorsprong zij, kunnen onverminderd de bepalingen van het volgend artikel blijven bestaan, mits, binnen drie maanden na die nitvaardiging van derzelver aanwezen worde kennis gegeven aan de Gouverneurs der provinciën, en onder verpligting voor de eigenaars of bestuurders, om zich overeenkomstig de bepalingen dezer wet te gedragen.

Art. 5. Er zal, op last des Konings, een plaatselijk onderzoek geschieden naar de wijze van bewaren en verzorgen der krankzinnigen in de bestaande gestichten; degenen, in welke de wijze bevonden wordt, tot verergering van hunnen toestand, aanleiding te geven, zullen op last des Konings, door het administratief gezag worden opgeheven en gesloten, wanneer niet binnen en dartoe te stellen termijn, zoodanige verbeteringen daaraan worden toegebragt, waardoor die anleiding ophoudt.

Op dezelfde wijze zullen gesloten worden de gestichten, omtrent welke de bij het vorig artikel bedoelde kennisgeving niet zal zijn gedaan, of die zonder toestemming des Konings mogten worden opgerigt.

Art. 6. Wanneer de gestichten, die gesloten mogten worden, fundatiën zijn, zullen de inkomsten dier fundatiën, voor zoo verre zij tot verpleging van krankzinnigen zijn bestemd, na die opheffing gebezijgd worden tot voorziening in de kosten der verzorging van de krankzinnigen der plaats of plaatsen, welke de stichters hebben willen bevoordeelen.

Indien en zoo lang die inkomsten daartoe niet noodig zijn, zal het overschot derzelve, onder's Konings goedkeuring, bestemd worden, tot zoodanige weldadige einden, ten behoeve

©BIUM

Bei vorhandenem Bedürfnisse können mit Genehmigung des Königs neue Heilanstalten errichtet werden.

Diese Anstalten sollen ausschliesslich für Irre bestimmt sein.

Irre können nicht zugleich mit anderen Personen, die nicht geisteskrank sind, in demselben Gebäude behandelt werden, ausser im Falle zwingender Nothwendigkeit, mit Genehmigung des Königs und jedenfalls nur in abgesonderten dazu eingerichteten Abtheilungen.

Art. 4. Die zur Zeit der Veröffentlichung dieses Gesetzes bestehenden Irrenanstalten können fortbestehen, welches auch ihr Ursprung sein mag, unbeschadet der Bestimmungen des folgenden Artikels, unter der Bedingung, dass den Gouverneuren der Provinzen binnen drei Monaten nach der erwähnten Veröffentlichung Nachricht von ihrer Existenz gegeben werde, und dass die Eigenthümer oder Directoren sich verpflichten, den Vorschriften dieses Gesetzes Folge zu leisten.

Art. 5. Es wird, auf Anordnung des Königs, an Ort und Stelle eine Untersuchnng über Art und Weise der Bewahrung und Behandlung der Irren in den bestehenden Anstalten vorgenommen werden. Diejenigen, in welchen man diese Art und Weise so finden wird, dass dadurch Anlass zur Verschlimmerung des Zustandes der Irren gegeben wird, sollen auf Befehl des Königs und nach Anordnung der Verwaltungsbehörde aufgehoben und geschlossen werden, wenn nicht in einem zu bestimmenden Zeitraum solche Verbesserungen gemacht werden, dass dieser Anlass aufhört.

Ebenso sollen die Anstalten geschlossen werden, über welche die in obigem Artikel vorgeschriebene Anzeige nicht gemacht ist, oder die etwa ohne Bewilligung des Königs errichtet worden sind.

Art. 6. Wenn die aufzuhebenden Anstalten Stiftungen sind, so sollen die Einkünfte von diesen Stiftungen, soweit sie zum Unterhalt von Irren bestimmt sind, nach erfolgter Aufhebung zur Deckung der Kosten für die Behandlung von Irren aus dem Orte oder den Orten, denen die Stifter diesen Vortheil zuwenden wollten, verwandt werden.

Wenn, und so lange die Einkünfte diese Kosten übersteigen, soll der Ueberschuss, mit Genehmigung des Königs, für denselben Ort oder dieselben Orte zu solchen wohlthätigen

©BIUM

derzelfde plaats of plaatsen, als kan geacht worden meest met de bedoeling der stichters overeen te komen.

Art. 7. Zoowel de reeds bestaande, als de nader op te rigten gestichten, zijn en blijven, onverminderd het toezigt hetwelk daarop, in verband tot derzelver oorsprong, volgens de bestaande voorschriften moet worden uitgeoefend door de provinciale of plaatselijke besturen, zonder eenige uitzondering, onderworpen aan het oppertoezigt der Regering, die zich, zoo dikwerf zij zulks noodig oordeelt, door plaatselijk onderzoek verzekert, dat zij aan hunne bestemming blijven beantwoorden.

Indien het daarbij blijkt, dat een gesticht niet meer aan deszelfs bestemming voldoet, kan hetzelve, na verhoor der gedeputeerde Staten der provincie, in welke het gelegen is, op de bij art. 5 vermelde wijze worden gesloten.

Art. 8. De Staten der provinciën, in welke geen geneeskundig gesticht afzonderlijk kan of behoeft te worden tot stand gebragt, zullen eene billijke overeenkomst sluiten met het bestuur of de besturen van een of meer in andere provinciën aanwezige gestichten, nopens de wijze en de voorwaarden, op welke de behoeftige krankzinnigen hunner provincie daarin geplaatst zullen kunnen worden.

Die overeenkomsten mogen slechts worden aangegaan met besturen van geneeskundige gestichten.

Art. 9. De officieren bij de Arrondissements-Regtbanken zullen, vergezeld van den presideut der provinciale of plaatselijke geneeskundige commissie, of, zoo deze verhinderd of de geneesheer van het gesticht is, van eenen geneeskundige tot die commissiën behoorende, op onbepaalde tijdstipden, doch telke drie maanden ten minste eenmaal, al de gestichten voor krankzinnigen in hun ressort bezoeken, om zich te verzekeren, dat niemand wederregtelijk in dezelve geplaatst is, noch terruggehouden wordt, en dat de krankzinnigen behoorlijk worden behandeld.

Te dien einde zullen de besturen dier gestichten aan de officieren van Justitie kennis geven van elke opneming in, en ontslag nit dezelve, binnen 24 uren na het bewerkstelligen daarvan, met inachtneming ten aanzien van het ontslag, van de voorschriften van art. 27. (V. g. l. het achter deze wet volgende Koninklijk Besl. van 5 Oct. 1841, art. 4, 12.)

©BIUM

Zwecken verwandt werden, welche am meisten den Absichten des Stifters entsprechen.

Art. 7. Unbeschadet der Ueberwachung, welche, je nach ihrem Ursprunge, nach den bestehenden Vorschriften durch die Provinzial- oder Orts-Behörden ausgeübt wird, sind und bleiben die bestehenden und noch zu errichtenden Anstalten ohne Ausnahme der Oberaufsicht der Regierung unterworfen, die, so oft sie es für passend hält, sich durch Untersuchungen an Ort und Stelle überzeugt, dass diese Anstalten fortwährend ihrer Bestimmung entsprechen.

Wenn es sich herausstellt, dass eine Anstalt ihrem Zwecke nicht mehr entspricht, so kann sie, nach Einholung der Genehmigung der Provinzial-Stände, in der in Art. 5 angegebenen Weise geschlossen werden.

Art. 8. Die Stände der Provinzen, in welchen die Errichtung einer besonderen Heilanstalt nicht möglich oder nicht Bedürfniss ist, sollen mit der Direction oder den Directoren einer oder mehrerer Anstalten anderer Provinzen eine Uebereinkunft treffen über Art und Bedingungen der Aufnahme armer Irren ihres Bezirks.

Diese Uebereinkünfte können nur mit Verwaltungen von Heilanstalten getroffen werden.

Art. 9. Die Staats-Anwälte der Bezirks-Gerichte zusammen mit dem Präsidenten der Medicinal-Commission der Provinz oder des Ortes, oder wenn letzterer verhindert oder zugleich Arzt einer Anstalt ist, zusammen mit einem Arzte, der zu dieser Commission gehört, sollen zu unbestimmten Zeiten, oder mindestens einmal im Trimester alle Irrenanstalten ihres Bezirkes untersuchen, um sich zu vergewissern, dass Niemand darin ungesetzlich aufgenommen oder festgehalten ist, und ob die Irren daselbst ordentlich behandelt werden.

Zu diesem Zwecke sollen die Verwaltungen der Anstalten den Staats-Anwälten binnen 24 Stunden von jeder Aufnahme und von jeder Entlassung Nachricht geben, in Bezug auf Entlassungen mit Beobachtung der Vorschriften des Art. 27. (Vgl. Art. 4 und 12 des Königl. Beschlusses vom 5. Oct. 1841).

©BIUM

Tweede Hoofdstuk.

Van de opneming van krankzinnigen in de gestichten.

Art. 10. Wanneer er, tengevolge van krankzinnigheid van jemand, die niet, of althans niet te dier zake, onder curatele is gesteld, noodzakelijkheid geboren wordt om onverwijld in het toezigt op en de verpleging van den lijder te voorzien, zal deszelfs echtgenoot, alsmede jeder bloedverwant, aangehuwde of die eenig toezigt over den lijder uitoefent, zich kunnen wenden tot den president van de Arrondissements-Regtbank van de woonplaats of van het tijdelijk verblijf des krankzinnigen, ten einde te worden gemagtigd om denzelven, voorloopig te doen opnemen in een geneeskundig gesticht voor krankzinnigen.

Het Openbaar Ministerie heeft dezelfde bevoegdheid bij ontstentenis van bovengemelde personen, of wanneer dezen den lijder geheel onverzorgd laten, en is daartoe verpligt, wanneer het stellen des krankzinnigen onder verzekerd toezigt, in het belang der openbare orde of ter voorkoming van ongelukken, noodzakelijk wordt geoordeelt.

Inmidels zal de krankzinnigen door het plaatselijk bestuur op eene doeltreffende wijze in bewaring gesteld kunnen worden, mits daarvan binnen 24 uren aan het Openbaar Ministerie worde kennis gegeven.

Art. 11. Jeder meerderjarig, niet under curatele gesteld persoon, die gevoelt dat zijn toestand zijne verpleging in een geneeskundig gesticht voor krankzinnigen wenschelijk maakt, zal die magtiging vor hem zelven kunnen vragen.

Art. 12. De voormelde verzoeken worden gedaan bij een, door eenen procureur onderteekend request, of door het Openbaar Ministerie bij schriftelijk requisitoir.

Beide stukken moeten het gesticht aanduiden, in hetwelk men verlangt de opneming te doen plaats hebben.

Daarbij zal moeten worden overgelegd eene, niet vroeger dan uiterlijk veertien dagen voor de indiening van het request, afgegevene verklaring van éénen bevoegden geneeskundige, met uitsluiting van den geneesheer van het gesticht, in hetwelk men den lijder verlangt opgenomen te zien; en zullen tevens alle omstandigheden worden opgegeven en zoodanige processenverbaal of stukken worden overgelegd, als waardoor nader van den staat van krankzinnigheid mogt kunnen blijken.

Art. 13. Wanneer de geneeskundige verklaring, hetzij alleenen

©BIUM

Zweites Capitel.

Ueber die Aufnahme von Irren in die Anstalten.

Art. 10. Wenn, in Folge von Geisteskrankheit einer Person, die nicht unter Curatel steht, auch nicht wegen dieser Geisteskrankheit unter Curatel gestellt ist, die Nothwendigkeit eintritt, unverweilt für Ueberwachung und Behandlung derselben Sorge zu tragen, so soll ihr Ehegenoss oder ein Verwandter oder Angehöriger oder derjenige, welcher irgend eine Aufsicht über sie ausübt, sich an den Präsidenten des Bezirksgerichts des Wohn- oder augenblicklichen Aufenthaltsortes des Irren wenden, um zur Bewirkung von dessen vorläufiger Aufnahme in eine Irren-Heilanstalt ermächtigt zu werden

In Ermangelung der angeführten Personen, oder wenn dieselben sich nicht um den Kranken bekümmern, hat das öffentliche Ministerium dieselbe Berechtigung und ist dazu verpflichtet, wenn sich im Interesse der öffentlichen Ordnung oder um Unglücksfällen vorzubeugen die Nothwendigkeit herausstellt, den Irren unter sichere Aufsicht zu bringen.

Inzwischen soll die Ortsbehörde für wirksame Bewachung des Irren Sorge tragen, unter der Bedingung, dass das öffentliche Ministerium binnen 24 Stunden davon benachrichtigt wird.

Art. 11. Jede majorenne Person, die nicht unter Curatel steht, und fühlt, dass ihr Zustand den Aufenthalt in einer Heilanstalt wünschenswerth macht, kann die Ermächtigung dazu selbst fordern.

Art. 12. Die genannten Gesuche geschehen entweder durch ein von einem Anwalte unterzeichnetes Schreiben oder durch schriftliche Requisition des öffentlichen Ministeriums.

Beiderlei Schriftstücke müssen die Anstalt nennen, in welche man die Aufnahme wünscht.

Es soll ein höchstens vierzehn Tage vor Einsendung des Gesuches von einem approbirten Arzte, der nicht Arzt an der Anstalt ist, in welche man den Kranken aufnehmen zu lassen wünscht, ausgestelltes Attest beigefügt sein. Dieses Attest soll zugleich die Umstände, Protokolle und Documente enthalten, aus denen das Vorhandensein von Geisteskrankheit zu ersehen ist.

Art. 13. Wenn die Erklärung des Arztes entweder an und

©BIUM

op zich zelve, hetzij in verband met de opgegevene omstandigheden, het bestaan van krankzinnigheid aanvankelijk genoegzam bevestigt, zal de president van de Arrondissements-Regtbank, na het Openbaar Ministerie op het request te hebben gehoord, de gevraagde magtiging verleenen. Het bevelschrift van den president wordt op het request of requisitoir gesteld, en zal uitvoerbaar kunnen verklaard worden, op de minunt en vóór de registratie.

Wanneer de president zwarigheid maakt om de gevraagde magtiging te verleenen, verklaart hij dit vorloopig op het verzoekschrift of requisitoir, en brengt hetzelve ter kennis van de regtbank, die volgens die voorschriften van dit artikel beslist.

Het bevelschrift van den president of te beschikking van de regtbank zal, na verloop van veertien dagen sedert deszelfs dagteekening, niet meer kunnen worden ten uitvoer gelegd.

Art. 14. De geneesheer van het geneeskundig gesticht zal, gedurende de eerste vier weken, te rekenen van den dag der opneming, van de slotsom zijner waarnemingen dagelijks aanteekening moeten houden.

Binnen die vier weeken zal hij een omstandig verslag opmaken van zijne bevinding, en daarbij tevens zijn bepaald gevoelen uitbrengen of de toestand des lijders zoodanig is, dat zijne verdere verpleging in het gesticht tot zijn herstel, of in het belang der openbare orde, of tot voorkoming van ongelukken nuttig en noodzakelijk moet worden geacht.

Art. 15. Uiterlijk binnen zes weken na de dagteekening van het bevelschrift van den president of van de Arrondissements-Regtbank zal het in het vorig artikel bedoeld verslag met een nader verzoekschrift of requisitoir, moeten worden overgelegd aan de voorzeide Arrondissements-Regtbank, die, wanneer daartegen geene gewigtige bedenkingen bestaan, na verhoor van het Openbaar Ministerie, de magtiging verleent, om den lijder in een geneeskundig gesticht te doen verblijven, gedurende eenen bepaalden proeftijd, dien van één jaar niet te boven gaande.

Art. 16. Tot het verleenen der magtiging, in het voorgaand artikel vermeld, zal in den regel de verklaring van den geneesheer van het geneeskundig gesticht, in hetwelk de voorloopige opneming heeft plaats gehad, voldoenden grond opleveren.

Het zal echter aan de regtbank vrijstaan, om zulks noodig

©BIUM

für sich oder nach Zusammenstellung mit den angegebenen Umständen die Existenz einer Geisteskrankheit hinreichend erweist, soll der Präsident des Bezirksgerichts, nachdem er das öffentliche Ministerium in Betreff des Gesuches vernommen, die verlangte Ermächtigung ertheilen. Der Befehl des Präsidenten wird auf dem Gesuchs- oder Requisitions-Schreiben ausgestellt, und kann die Ausführung sofort und vor der Einregistrirung angeordnet werden.

Wenn der Präsident Schwierigkeiten macht, die nachgesuchte Ermächtigung zu ertheilen, so soll er das vorläufig auf dem Gesuchs- oder Requisitions-Schreiben bemerken und dem Gerichte darüber referiren, welches nach den Bestimmungen dieses Artikels entscheiden wird.

Nach vierzehn Tagen kann der Befehl des Präsidenten oder die Entscheidung des Gerichts nicht mehr ausgeführt werden.

Art. 14. Der Arzt der Heilanstalt soll während der ersten vier Wochen nach der Aufnahme täglich das Resultat seiner Beobachtungen notiren.

Binnen diesen vier Wochen soll er einen ausführlichen Bericht nach seinen Beobachtungen zusammenstellen und sein motivirtes Gutachten darüber abgeben, ob der Zustand des Kranken ein solcher ist, dass sein fernerer Aufenthalt in der Anstalt nützlich oder nothwendig ist, sei es zur Heilung, sei es im Interesse der öffentlichen Ordnung, oder um Unglücksfällen vorzubeugen.

Art. 15. Spätestens binnen sechs Wochen nach dem Datum des Befehls des Präsidenten oder der Entscheidung des Bezirksgerichts soll der im vorigen Artikel erwähnte Bericht zugleich mit einem neuen Gesuche oder einer neuen Requisition diesem Bezirksgerichte eingereicht werden, welches nach Vernehmung des öffentlichen Ministeriums und wenn keine Bedenken entgegenstehen, die Ermächtigung ertheilt, den Kranken während einer Probezeit, die ein Jahr nicht übersteigt, in einer Heilanstalt Aufenthalt nehmen zu lassen.

Art. 16. Zur Ertheilung der im vorigen Artikel erwähnten Ermächtigung kann in der Regel die Erklärung des Arztes der Heilanstalt, in welche die vorläufige Aufnahme erfolgt ist, als Begründung dienen.

Nichtsdestoweniger soll es dem Gerichte freistehen, wenn

©BIUM

oordeelende, zoodanige personen voor zich te doen komen, welke in staat mogten wezen, om nadere ophelderingen omtrent den toestand van den krankzinnige te geven.

Die personen worden geroepen door de zorg van den verzoeker of van het Openbaar Ministerie, en worden in de raadkamer gehoord, zonder eenige formaliteit.

Ingeval het verzoek niet van het Openbaar Ministerie is uitgegaan, zal hetzelve bij het verhoor moeten tegenwoordig zijn.

De krankzinnige persoon kan nimmer worden gehoord.

Art. 17. De beschikkingen der regtbank worden op het request of requisitoir zelve gesteld, en zijn dadelijk uitvoerbaar op de minuut en voor de registratie. Dezelven worden niet uitgesproken noch ook, evenmin als het bevelschrift van den president, aan den krankzinnigen persoon beteekend.

Art. 18. Bij de opneming van den krankzinnige in een geneeskundig gesticht, moet aan den met die opneming belasten bestuurder van hetzelve worden overhandigd eene expeditie van het bevelschrift, of de dispositie waarbij de magtiging is verleend; van di overhandiging wordt melding gemaakt in het daarvoor bestemd register; ingerigt naar het daarvan vast te stellen model, en het stuk wordt daaraan gehecht.

Op dezelfde wijze wordt gehandeld met de regtelijke beschikkingen bij de artikelen 15, 19, 20 laatste alinea, 24 en 26 bedoeld.

Indien de uitvoering is gelast op de minuut, wordt het bevelschrift geheel overgeschreven, onvermindered de verpligting om, zoodra mogelijk, eene behoorlijke expeditie daarvan aan het register te hechten.

Art. 19. Wanneer de krankzinnige in de loop van den proeftijd niet herstelt, zal de geneesheer van het geneeskundig gesticht, in hetwelk de verpleging is geschied, eene met redenen omkleede verklaring nopens zijnen toestand opmaken.

Die verklaring zal, voor het uiteinde van den gestelden proeftijd, aan de Arrondissements-Regtbank, die de magtiging heeft verleend, worden aangeboden, welke daarop, in de hiervoren omschreven vormen, eenen nieuwen proeftijd, den termijn van één jaar niet de boven gaande, zal kunnen toestaan.

Na verloop van dit tweede jaar zal, indien dezelfde aanleiding daartoe bestaat, nog eenmal op dezelfde wijze kunnen worden gehandeld.

©BIUM

es ihm passend erscheint, Personen vor sich kommen zu lassen, die weitere Aufklärungen über den Zustand des Irren zu geben im Stande sind.

Diese Personen werden auf Verlangen dessen, der das Gesuch eingereicht hat, oder des öffentlichen Ministeriums vorgeladen, und werden in der Rathskammer ohne alle Förmlichknit vernommen.

Wenn das Verlangen auch nicht von dem öffentlichen Ministerium ausgeht, muss dasselbe bei der Vernehmung zugegen sein.

Art. 17. Die Entscheidungen des Gerichts werden auf dem Gesuche oder der Requisition verzeichnet und sind unmittelbar darauf und vor der Einregistrirung ausführbar; sie werden, ebensowenig wie der Befehl des Präsidenten, dem Irren mitgetheilt.

Art. 18. Bei der Aufnahme des Irren in eine Heilanstalt muss dem Director derselben, der die Aufnahme bewirken soll, eine Abschrift des Befehls oder der Entscheidung, welche die Aufnahme gestattet, eingehändigt werden. Diese Einhändigung wird in dem dazu bestimmten und in einer noch festzusetzenden Form einzurichtenden Register vermerkt, und das Schriftstück ist demselben anzuheften. In derselben Weise ist mit den in den Artikeln 15, 19, 20 letzte Alinea, 24 und 26 angeführten richterlichen Entscheidungen su verfahren.

Wenn augenblickliche Ausführung befohlen ist, so wird der Befehl vollständig in das Register eingeschrieben, unbeschadet der Verpflichtung eine in gehöriger Form ausgefertigte Abschrift davon so bald wie möglich anzuheften.

Art. 19. Wenn der Irre in der Probezeit nicht gesund wird, so wird der Arzt der Heilanstalt, in welche die Aufnahme erfolgt ist, eine motivirte Erklärung über seinen Zustand abgeben.

Diese Erklärung soll, vor Ablauf der Probezeit, dem Bezirksgerichte, welches die Ermächtigung ertheilt hat, vorgelegt werden; dasselbe kann in der oben vorgeschriebenen Form eine neue Probezeit, die ein Jahr nicht übersteigt, bewilligen.

Wenn nach Ablauf dieses zweiten Jahres dieselben Beweggründe bestehen, kann von Neuem in derselben Weise verfahren werden.

©BIUM

De krankzinnige, die krachtens de bepalingen dezer wet, in een geneeskundig gesticht is opgenomen, zal daarin steeds blijven, zoolang de beraadslagingen der regtbank over de verlenging van zijne verpleging in hetzelve niet zijn geëindigd.

Art. 20. Na verloop van den derden proeftijd, zal er geene nadere vernieuwing worden toegestaan, maar zal de krankzinnige, als in gedurigen staat van krankzinnigheid verkeerende, worden aangemerkt, en ingeval hij meerderjarig en niet reeds vroeger onder curatele gesteld is, zal zulks door de regtbank zijner woonplaats, overeenkomstig de voorschriften van Burgerlijk Wetboek geschieden.

Indien daartoe noodzakelijkheid bestaat, zal de Arrondissements-Regtbank in de hiervoren bepaalde vormen, de magtiging kunnen verleenen, om het verblijf van den krankzinnige in het geneeskundig gesticht, hangende het verzoek om curatele te verlengen.

Art. 21. Bij iedere plaatsing van eenen krankzinnige, ten gevolge van een door het Openbaar Ministerie gedaan requisitoir, zal daarvan, door hetzelve worden kennis gegeven aan de personen, di de opneming hebben verzocht of, bij gebreke van dezen, aan eenen der bekende naaste bloedverwanten of aangehuwden.

Art. 22. Bij de opneming van dezulke, wier plaatsing in een gesticht, krachtens de artikelen 509, 510 of 518 van het Burgerlijk Wetboek, door eene Arrondissements-Regtbank is bevolen, in een geneeskundig gesticht, of in eene bewaarplaats in welke laatste geene anderen opgenomen mogen worden, moeten de voorschriften van artikel 18 dezer wet worden opgevolgd.

Derde Hoofdstuk.

Van het ontslag van in de gestichten voor krankzinnigen opgenomen personen.

Art. 23. De regterlijke beschikkingen omtrent de opneming van krankzinnigen, in voor dezelve bestemde gestichten, worden slechts als eene magtiging beschouwd, om tot die opneming over te gaan. Er is geen regterlijk bevel nodig om de opgenomene personen te ontslaan.

Wanneer de geneesheer van een gesticht, op het register bij art. 18 bedoeld verklaart, dat er bij de personen in hetzelve opgenomen, geene sporen van krankzinnigheid aanwezig zijn

©BIUM

Der Irre, der kraft dieses Gesetzes in eine Heilanstalt aufgenommen ist, soll darin bleiben, so lange die Beschlüsse des Gerichts über die Verlängerung seiner Detention nicht abgelaufen sind.

Art. 20. Nach Ablauf der dritten Probezeit soll keine neue Ermächtigung ertheilt, sondern der Irre als in einem Zustande dauernder Geisteskrankheit befindlich betrachtet werden; und wenn er majorenn ist und bis dahin nicht unter Vormundschaft gestanden hat, so soll ihm eine solche, gemäss den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches, gegeben werden.

Wenn die Nothwendigkeit vorhanden ist, so kann das Bezirksgericht, in den oben vorgeschriebenen Formen, die Verlängerung des Aufenthalts des Irren in der Heilanstalt, während die Verhandlungen wegen der Vormundschaft schweben, gestatten.

Art. 21. Bei jeder Aufnahme eines Geisteskranken, die auf Requisition des öffentlichen Ministeriums erfolgt ist, soll dasselbe denen, welche die Aufnahme verlangt haben, oder in Ermangelung derselben einem der nächsten Verwandten oder Angehörigen Mittheilung davon machen.

Art. 22. Wenn, gemäss den Artikeln 509, 510 oder 518 des bürgerlichen Gesetzbuches, ein Bezirksgericht die Aufnahme in eine Heilanstalt oder in eine Bewahranstalt, in welche letztere anders keine Aufnahme erfolgen kann, befiehlt, so müssen die in Artikel 18 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt werden.

Drittes Capitel.

Von der Entlassung von in Irrenanstalten aufgenommenen Personen.

Art. 23. Die richterlichen Entscheidungen über die Aufnahme von Irren in für solche bestimmte Anstalten sind nur als Ermächtigungen anzusehen, um zu dieser Aufnahme zu schreiten. Zur Entlassung der aufgenommenen Personen bedarf es keines richterlichen Befehles.

Wenn der Arzt einer Heilanstalt, auf dem in Artikel 18 angegebenen Register, erklärt, dass bei den aufgenommenen Personen kein Zeichen von Geisteskrankheit vorliegt, oder dass

©BIUM

of dat zij genoegzaam zijn hersteld, wordt het ontslag door het bestuur van het gesticht bewerkstelligd, en overleg met degenen, op wier aanvraag de opneming heeft plaats gehad, of, indien dezen daartoe niet binnen acht dagen medewerken, na verloop van die acht dagen, des noodig in overleg met het bestuur der gemeente in welke het gesticht gelegen is, ter bevordering van hun vertrek naar de plaats hunner bestemming, op de wijze die hun toestand wenschelijk maakt.

Ten aanzien van de opgenomenen in de bewaarplaatsen wordt de voorzeide verklaring, door het bestuur derzelve en naar deszelfs bevinding, opgemaakt, en wordt gehandeld op de wijze bij het 2de lid van dit artikel omschreven.

Wanneer de voormelde verklaring van den geneesheer van een geneeskundig gesticht iemand betreft, die zelf de magtiging tot zijne opneming heeft gevraagd, zal het bestuur van het gesticht dezen, dien ten gevolge, dadelijk ontslaan.

Art. 24. Wanneer de termijn, bij Art. 15 gesteld, is verloopen, zonder dat er aan de regtbank en nader verzoek is ingediend, of wanneer de termijn, voor welken de magtiging is verleend, verstreken is, zal het Openbaar Ministerie de in vrijheid stelling bevelen, ten ware die niet mogt kunnen geschieden, zonder gevaar voor de openbare orde, of vrees voor ongelukken, in welk geval het Openbaar Ministerie verpligt is, om, in de hiervoren omschreven vormen, te magtiging tot plaatsing des krankzinnigen te requireren.

Art. 25. Wanneer de officieren bij de Arrondissements-Regtbanken mogten bevinden, dat iemand, der in eenig gesticht aanevezige personen, daarin op eene onwettige wijze is opgenomen of teruggehonden, zullen zij denzelven dadelijk in vrijheid doen stellen, onverminderd de toepassing der strafwet, zoo daartoe termen zijn.

Het laatste gedeelte van het vorig artikel is echter ook in dit geval toepasselijk.

Art. 26. Wanneer bij aanvrage om ontslag, de geneesheer van een geneeskundig gesticht, of het bestuur eener bewaarplaats verklaart, dat het ontslag niet kan plaats hebben, zonder gevaar voor de openbare orde, of vrees voor ongelukken, zendt het bestuur van het gesticht die verklaring dadelijk aan het Openbaar Ministerie bij de regtbank, die, of waarvan de president, de magtiging tot opneming heeft verleend, op welks re-

©BIUM

sie hinreichend hergestellt sind, so wird die Entlassung durch die Verwaltung der Anstalt bewirkt, im Einverständnisse mit den Personen, auf deren Gesuch die Aufnahme erfolgt ist, oder wenn diese binnen acht Tagen nichts dazu thun, nach Ablauf dieser acht Tage im Einverständnisse, wenn dasselbe zu Stande kommt, mit der Verwaltung der Gemeinde, in welcher die Anstalt liegt, und zwar, um ihre Abreise nach dem Bestimmungsorte zu erleichtern, in der Weise, welche ihr Zustand wünschenswerth macht.

In Betreff der in Bewahranstalten aufgenommenen Irren wird die oben erwähnte Erklärung durch die Verwaltung der Anstalt nach ihrer Erfahrung abgegeben; ausserdem wird in der im zweiten Theile dieses Artikels angegebenen Weise verfahren.

Wenn obige Erklärung des Arztes der Heilanstalt eine Person betrifft, die ihre Aufnahme selbst verlangt hat, so wird die Verwaltung der Anstalt ohne Weiteres die Entlassung anordnen.

Art. 24. Wenn der in Artikel 15 festgesetzte Termin abgelaufen ist, ohne dass dem Gerichte ein weiterer Antrag eingereicht wäre, oder wenn der Termin, für welchen die Ermächtigung ertheilt war, verflossen ist, so kann das öffentliche Ministerium die Entlassung anordnen, vorausgesetzt, dass daraus keine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Unglücksfälle zu befürchten sind; in letzterem Falle ist das öffentliche Ministerium gehalten, in der oben vorgeschriebenen Form die Ermächtigung zur Verlängerung der Detention nachzusuchen.

Art. 25. Wenn die Staatsprocuratoren der Bezirksgerichte in einer Anstalt ungesetzlich aufgenommene oder zurückgehaltene Personen entdecken, so sollen sie dieselben sofort in Freiheit setzen, unbeschadet der Anwendung des Strafgesetzes, soweit seine Bestimmungen dahin passen. (cf. Art. 114, 122, 341, 344, 475, 478 des Code pénal.)

Die letzte Alinea des vorigen Artikels ist gleichwohl auch in diesem Falle anwendbar.

Art. 26. Wenn, nachdem das Entlassungsgesuch eingereicht ist, der Arzt einer Heilanstalt oder die Verwaltung einer Bewahranstalt bescheinigt, dass die Entlassung nicht ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung oder ohne Unglücksfälle befürchten zu lassen erfolgen kann, so schickt die Verwaltung der Anstalt diese Erklärung unmittelbar dem öffentlichen Ministerium an dem Gerichtshofe, der oder dessen Präsident die Ermächtigung

©BIUM

quisitoir de regtbank kan bevelen, dat het ontslag niet zal plaats hebben, zoolang dat gevaar of die vrees bestaat.

Dat bevelschrift wordt door het Openbaar Ministerie aan het bestuur van het gesticht toegezonden, hetwelk gehouden is zich daarnaar te gedragen, zoolang dat gevaar of die vrees bestaat.

Art. 27. De besturen der gestichten voor krankzinnigen zullen van ieder plaats gehad hebbend ontslag, onverminderd de naleving van de 2e alinea van art. 9, mede binnen 24 uren, kennis geven aan den officier bij de Arrondissements-Regtbank, die of waarvan de president, de magtiging to opneming heeft verleend, met aanduiding van de aanleidende oorzaack tot het ontslag, en — wanneer het ten gevolge eener daartoe gedane aanvraag is, — van dengene die de aanvraag heeft gedaan.

Vierde Hoofdstuk.

Over het beheer der goederen van in geneeskundige gestichten opgenomen personen.

Art. 28. Indien er noodzakelijkheid bestaat, om in het geheel of gedeeltelijk beheer der goederen van iemand, die in een gesticht is opgenomen, of in de waarneming zijner belangen, in welk opzigt ook, te voorzien, zal de Arrondissements-Regtbank zijner woonplaats, op verzoek der bij art. 10 vermelde personen, of andere belanghebbenden, of bij gebreke van dezen, op verzoek van het Openbaar Ministerie, hetwelk overigens altijd zal moeten worden gehoord, eenen provisionelen bewindvoerder benoemen.

De vrouw kan tot provisionele bewindvoerster der belangen van haren man benoemd worden.

De bewindvoerder zal geene andere daden dan van zuiver beheer kunnen verrigten, tenzij met toestemming en op te magtiging der Arrondissements-Regtbank. Die toestemming en magtiging zullen alleen om gewigtige redenen, en na verhoor der vier naaste bloedverwanten en van den echtgenoot, alsmede van het Openbaar Ministerie worden verleend.

©BIUM

zur Aufnahme ertheilt hat, und auf die Aufforderung des öffentlichen Ministeriums kann der Gerichtshof bestimmen, dass die Entlassung nicht erfolge, so lange diese Befürchtung oder diese Gefahr bestehen.

Diese Bestimmung wird vom öffentlichen Ministerium der Verwaltung der Anstalt zugesandt, welche gehalten ist, sich danach zu richten, so lange diese Gefahr und diese Befürchtung bestehen.

Art. 27. Die Verwaltungen von Irrenanstalten sollen, unbeschadet der Beobachtung der zweiten Alinea des Art. 9, binnen 24 Stunden dem Staatsprocurator am Gerichtshofe, der oder dessen Präsident die Ermächtigung zur Aufnahme ertheilt hat, von jeder Entlassung Nachricht geben, mit Angabe der Ursache, welche die Entlassung entschieden hat, und ob sie in Folge eines Gesuches der Person, welche den Antrag auf Aufnahme gestellt hatte, erfolgt ist.

Viertes Capitel.

Ueber die Verwaltung des Vermögens der Personen, welche in Heilanstalten aufgenommen sind.

Art. 28. Wenn es nöthig ist, das Besitzthum einer in eine Anstalt aufgenommenen Person theilweise oder ganz zu verwalten, oder in irgend einer Beziehung deren Interessen wahrzunehmen, so kann das Bezirksgericht seiner Heimath auf Ansuchen der in Artikel 10 genannten Personen, oder anderer Interessirter und in Ermangelung derselben, auf Ansuchen des öffentlichen Ministeriums, das übrigens in jedem Falle zu vernehmen ist, einen provisorischen Verwalter ernennen.

Die Ehefrau kann zur vorläufigen Verwaltung der Interessen ihres Mannes bestimmt werden.

Der Verwalter kann keine anderen Acte als solche, die rein zur Verwaltung gehören, vornehmen, es sei denn mit Zustimmung und Ermächtigung des Bezirksgerichts. Diese Zustimmungen und Ermächtigungen können nur aus wichtigen Gründen gegeben werden, und nach Vernehmung von vier der nächsten Blutsverwandten und des Ehegenossen, sowie des öffentlichen Ministeriums.

©BIUM

Vijfde Hoofdstuk.
Slotbepaling.

Art. 29. De beschikkingen, genomen naar aanleiding der artikelen 13, 15, 19, 20 laatste alinea, 24 en 26 dezer wet, mitsgaders alle de stukken daartoe betrekkelijk, zijn vrij van zegel-, griffier-, en expeditie regten, de requesten worden niet en de overige stukken gratis geregistreerd.

Art. 30. De overtredingen der bepalingen van de laatste alinea's der artikelen 3 en 9 en van de artikelen 14, 18, 19, 22, 23, 26 en 27 dezer wet, door de bestuurders of geneesheeren der gestichten voor krankzinnigen, zullen worden gestraft met eene boete van niet minder dan zeven, en niet hooger dan vijf en zeventig gulden, onverminderd de toepassing der bepalingen van de algemeene strafwetten, wanneer dartoe termen mogten bestaan.

---

2. Koninklijk Besluit van 5 October 1841.
Staatsbl. 41.

Art. 1. De Gouverneurs der provinciën zullen de kennisgevingen, welke krachtens het 4de art. der vormelde wet bij hun zullen ontvangen worden, nopens het aanwezen der thans bestaande gestichten voor krankzinnigen, uiterlijk binnen veertien dagen na het verstrijken van den bij dat art. bepaalden termijn, inzenden aan onzen Minister van Binnenlandsche Zaken, vergezeld van de opmerkingen tot welke zij aanleiding mogten vinden, en met opgaaf of er nog andere dan in die kennisgevingen bedoelde gestichten voor krankzinnigen, ook in den zin van het laatste lid van het 2de art der voorschreven wet, in hunne provinciën bestaan. Zij zullen de kennisgevingen en opgaaf ook mededeelen aan de officieren bij de Arrondissements-Regtbanken in hunne provincie, ieder voor zooveel betreft de gestichten, die gelegen zijn in het ressort der regtbank, bij welke dezelve fungeren.

Art. 2. Zoo spoedig mogelijk, na het bij het vorig art. bepaalde tijdstip, zal onze Minister van Binnenlandsche Zaken, ons de van de Gouverneurs ingekomen rapporten aanbieden,

©BIUM

Fünftes Capitel.
Schlussbestimmung.

Art. 29. Die kraft der Artikel 13, 15, 19, 20, letzte Alinea, 24 und 26 dieses Gesetzes getroffenen Entscheidungen sind frei von Stempel-, Registratur- und Ausfertigungsgebühren; die Gesuche werden nicht einregistrirt und die übrigen Schriftstücke taxfrei.

Art. 30. Die Contraventionen gegen die Bestimmungen der letzten Alinea der Artikel 3 und 9 und der Artikel 14, 18, 19, 22, 23, 26 und 27 dieses Gesetzes, von Seiten der Directoren und Aerzte von Irrenanstalten, werden mit einer Busse von nicht weniger als sieben und nicht mehr als 75 Gulden bestraft, unbeschadet der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen der Strafgesetze, soweit deren Bestimmungen für den Fall passen.

2. Königlicher Beschluss vom 5. October 1841 zur Regelung der Ausführung des Irren-Gesetzes vom 29. Mai 1841.

Art. 1. Die Gouverneure der Provinzen sollen spätestens binnen vierzehn Tagen nach Ablauf des in Artikel 4 des genannten Gesetzes festgesetzten Termines die Berichte, welche sie gemäss dem citirten Artikel 4 erhalten werden, über das jetzige Bestehen von Irrenanstalten mit den Beobachtungen, die etwa gemacht sind, und mit einem Vermerk darüber, ob in ihren Provinzen ausser den in den Berichten genannten Irrenanstalten noch andere, auch in dem Sinne der letzten Alinea von Art. 2, bestehen, unserem Minister des Innern einschicken. Diese Berichte und diese Bemerkungen theilen sie auch den Staatsprocuratoren der Bezirksgerichte ihrer Provinzen mit, und zwar jedem, soweit sie die in dem Bezirke des Gerichts, an welchem er angestellt ist, gelegenen Irrenanstalten betreffen.

Art. 2. Sobald als möglich, nach der im vorigen Artikel angegebenen Frist, wird uns unser Minister des Innern die Berichte der Gouverneure vorlegen und wird uns seine Ansichten

©BIUM

onder mededeeling zijner beschouwingen en van zijne voorstellen, nopens de wijze of welke het overeenkomstig het 5de art. der aangehaalde wet in de stellen plaatselijk onderzoek, naar de wijze van bewaren en verzorgen der krankzinnigen in de bestaande gestichten, door ons zal kunnen worden geregeld.

Art. 3. Zoodra de daarstelling van geneeskundige gestichten voor krankzinnigen, door tusschenkomst der Provinciale Staten, daartoe genoegzam zal zijn bevorderd, zal onze Minister van Binnenlandsche Zaken zich verzekeren, dat door de staten dier provinciën, in welke geen zoodanig gesticht afzonderlijk kan of behoeft te worden tot stand gebragt, worde gehandeld overeenkomstig het 8te art. der voorschreven wet, waaromtrent aan ons verslag zal worden gedaan

Art. 4. De officieren bij de Arrondissements-Regtbank, zullen bij het doen der bij art. 9 der voormelde wet aan hen opgedragen bezoeken, vergezeld worden: a) wanneer er ter plaatse waar het te bezoeken gesticht gelegen is, eene plaatselijke genesskundige commissie bestaat, door den president dier commissie of eenen geneeskundige tot dezelve behoorende, en b) wanneer zulks het geval niet is, door den president der provinciale geneeskundige commissie of eenen geneeskundige tot dezen behoorende.

De voormelde officieren en presidenten of leden der geneeskundige commissiën zullen de opmerkingen, tot welke huune bevinding hun aanleiding mogt geven, voor zoo verre die daarvoor vatbaar zijn, mededeelen aan het bestuur en aan den geneesheer van het gesticht, tot hetwelk die opmerkingen betrekkelijk zijn. Zij zullen voorts van hunne bevinding, van de gedane mededeeling en van den uitslag daarvan, verslag doen aan den Gouverneur der provincie, welke die verslagen, met deszelfs opmerkingen, zendt aan het Departement van Binnenlandsche Zaken.

Art. 5. In den loop van jeder jaar zullen, naar aanleiding van het 7de art. der voormelde wet, eenige der bestaande geneeskundige gestichten en bewaarplaatsen, jaarlijks door onzen Minister van Binnenlandsche Zaken aan te wijzen, worden onderzocht door eenen ambtenaar en eenen geneesheer, dartoe door onzen genoemden minister te benoemen.

De aanwijzing der jeder jaar te onderzoeken gestichten, zal in dier voege plaats hebben, dat ieder der bestaande gestichten uiterlijk telken drie jaren éénmal daarin begrepen zij.

©BIUM

und Vorschläge mittheilen über die Art wie die gemäss Artikel 5 obigen Gesetzes abzuhaltende Untersuchung, zur Feststellung der Art der Ueberwachung und Behandlung der Irren in den Anstalten, anzuordnen sei.

Art. 3. Sobald als durch Vermittelung der Stände einer Provinz die Errichtung von Irrenheilanstalten hinlänglich vorgeschritten sein wird, wird sich Unser Ministerium des Innern vergewissern, dass die Stände der Provinzen, in welchen eine solche Anstalt nicht eigens errichtet werden kann oder darf, dem Artikel 8 des vorcitirten Gesetzes nachkommen, worüber Uns Bericht zu erstatten ist.

Art. 4. Die Staatsprocuratoren sollen bei den Besuchen, welche ihnen kraft Artikel 9 des genannten Gesetzes obliegen, begleitet sein: a) wenn für die Orte, in welchen die zu besuchende Anstalt liegt, eine Medicinal-Commission besteht, von dem Präsidenten derselben oder von einem ihr angehörenden Arzte, und b) wenn eine solche nicht besteht, vom Präsidenten der Provincial-Medicinal-Commission oder einem ihr angehörenden Arzt.

Die genannten Procuratoren, Präsidenten und Commissions-Mitglieder werden ihre Bemerkungen, zu welchen ihr Befund ihnen etwa Veranlassung giebt, der Verwaltung und dem Arzte der Anstalt, auf welche sich die Bemerkungen beziehen, mittheilen, soweit sie einen jeden angehen. Sie werden über ihren Besuch, ihre Mittheilungen und deren Erfolg dem Gouverneur Bericht erstatten, der denselben nebst seinen Beobachtungen dem Departement des Innern zuschicken wird.

Art. 5. Gemäss dem Artikel 7 obigen Gesetzes sollen einige der Heil- und der Bewahranstalten, die jährlich durch Unsern Minister des Innern zu bestimmen sind, durch einen Beamten und einen Arzt, die zu diesem Zwecke durch Unsern Minister des Innern zu ernennen sind, im Laufe jeden Jahres besucht werden.

Die Bezeichnung der zu besuchenden Häuser wird in der Weise erfolgen, dass jede der bestehenden Anstalten wenigstens einmal alle drei Jahre an die Reihe kommt.

©BIUM

Art. 6. Het bij het vorig art. bedoelde onderzoek zal zich uitstrekken tot al hetgeen nopens de inrigting der gestichten, de wijze van het bestuur derzelve, en van behandelen der daarin geplaatste personen, moet bekend zijn, om de verzekering te erlangen, of en in hoeverre zij aan derzelver bestemming beantwoorden. Van de bevinding daaromtrent, in de telken jare bezochte gestichten, zal en omstandig en vergelijkend verslag aan onzen Minister voornoemd worden uitgebragt.

Art. 7. Dien ouverminderd zal het aan de Gouverneurs vrijstaan om, de in hunne provinciën aanwezige gestichten voor krankzinnigen te bezoeken, zoo dikwerf zij zulks noodig of raadzaam oordeelen; zij zullen van hunne bevinding, onder mededeeling hunner opmerkingen, aan onzen genoemden Minister verslag doen, bij te toezending aan denzelven van de krachtens het 4de art. van dit besluit, bij hen inkomende rapporten der officieren bij de Arrondissements-Regtbanken en der presidenten of leden van de geneeskundige commissiën.

Art. 8. De verslagen krachtens de beide voorgaande artikeln bij onzen Minister voornoemd ontvangen wordende, zullen door denzelven jeder jaar eenmaal en steeds zoodra mogelijk, aan ons worden aangeboden, vergezeld van zijne beschouwingen en voorstellen nopens de maatregelen die strekken kunnen om den uitslag der gedane verzoeken dienstbaar te maken aan de bevordering eener doorgaande verbetering der daarvoor vatbare gestichten, in verband tot de ten dien einde aanwezige middelen.

Daarop zal door ons, onzen Minister van Justitie gehoord, worden beschikt zoo als wij zullen bevinden te behooren.

Art. 9. De besturen en de geneesheeren der gestichten vor krankzinnigen zijn verpligt, al die inlichtingen te verstrekken en maatregelen te nemen, door welke de bereiking van het oogmerk der voormelde bezoeken kan bevorderd worden.

Art. 10. Indien bij het bewerkstelligen der bezoeken, bij de artt. 5 en 7 van dit besluit bedoeld, aanleiding mogt gevonden worden voor den twijfel, dat iemand der in het bezochte gesticht aanwezige personen, daarin onwettiglijk mogt zijn opgenomen of terruggehouden, zal zulks onmiddellijk worden gebragt ter kennis van den officier bij de regtbank van het arrondissement in hetwelk het gesticht gelegen is.

Art. 11. De registers in welke de inschrijving der in de gestichten voor krankzinnigen opgenomen personen en der tot

©BIUM

Art. 6. Die im vorigen Artikel angegebene Visitation wird sich auf Alles erstrecken, was mit der Einrichtung der Anstalten zusammenhängt, auf die Art der Verwaltung und der Behandlung der aufgenommenen Personen, um sich zu überzeugen ob und wie weit sie ihrem Zwecke entsprechen. Ein ausführlicher Bericht über die Lage der Dinge soll an Unseren obengenannten Minister eingesandt werden.

Art. 7. Unbeschadet des Vorstehenden, soll es den Gouverneuren freistehen, die Anstalten in ihrer Provinz, so oft sie es für nützlich und passend halten, zu visitiren. Bei der Uebersendung der ihnen von den Staatsprocuratoren, den Präsidenten und Mitgliedern der Medicinal-Commissionen eingereichten Berichte an Unseren genannten Minister sollen sie einen Bericht über ihre Visiten nebst ihren Beobachtungen einschicken.

Art. 8. Die, gemäss den beiden vorigen Artikeln, bei Unserem Minister des Innern eingegangenen Berichte werden Uns von demselben einmal jährlich und sobald als möglich vorgelegt werden; sie werden von seinen Ansichten und Vorschlägen begleitet sein über die Maassregeln, welche dazu dienen könnten, durch das Resultat der Visitationen einen Fortschritt und eine dauernde Verbesserung der betreffenden Anstalten zu erzielen, mit den Mitteln, welche dazu disponibel sind.

Darauf werden Wir, nach Vernehmung Unseres Justiz-Ministers, die Uns passend scheinenden Anordnungen treffen.

Art. 9. Die Verwalter und die Aerzte der Irrenanstalten sind verpflichtet, diese Anweisungen auszuführen und die geeigneten Maassregeln zu treffen, um die Verbesserungen ins Werk zu setzen, die ihnen in Folge der genannten Visitationen angegeben werden.

Art. 10. Wenn bei den in Artikel 5 nnd 7 gegenwärtigen Beschlusses erwähnten Besuchen sich ein Zweifel darüber erheben sollte, ob nicht eine Person ungesetzlich in die Anstalt aufgenommen oder darin zurückgehalten wäre, so soll sofort dem Staatsprocurator des Bezirks, in welchem die Anstalt liegt, davon Mittheilung gemacht werden.

Art. 11. Die Register, welche nach dem genannten Gesetze zur Einschreibung der in die Anstalten aufgenommenen Personen

©BIUM

dezelve betrekkelijke stukken, volgens de voorzeide wet, moet geschieden, zullen zijn ingerigt overeenkomstig het model aan dit beslnit gehecht. Zij moeten door den Burgemeester of een lid van het bestuur der plaats, alwaar het gesticht gelegen is, gequoteerd en geparapheerd worden.

De stukken, welke aan die registers gehecht worden, zullen voor iedere opgenomen person bij elkander gevoegd on elk derzelve voorzien worden van het volgnummer, onder hetwelk zijne inschrijving heeft plaats gehad.

De voormelde registers zullen door degenen, die krachtens de bepalingen der genoemde wet en van dit besluit, de gestichten bezoeken, telkenmale met vermelding van den dag van het bezoek, voor gezien geteekend worden, onder de laatste, op het oogenblick van het bezoek, gedane inschrijving.

Art. 12. De kennisgevingen, welke volgens de bepalingen der aangehaalde wet door de besturen der gestichten moeten worden gedaan, van jedere plaats gehad hebbende opneming in of ontslag uit dezelve, zullen geschieden door de toezending van een extract uit het register, bevattende all hetgeen daarin, naar aanleiding van het voorgaande artikel, op het tijdstip van iedere kennisgeving, is vervat aangaande den person tot wien dezelve betrekkelijk is.

Art. 13. De geneesheer van ieder geneeskundig gesticht voor krankzinnigen zal een register houden, waarop ieder lijder, onder hetzelfde volgnommer als in het register bij art. 11 bedoeld, afzonderlijk zal worden ingeschreven, en waarop hij, behalve de slotsom zijner waarnemingen, bij art. 14 der aangehaalde wet bedoeld, en de door hem krachtens de artt. 14, 19, 23 en 26 derzelve gegevene verklaringen, ook betrekkelijk de geneeskundige behandelingen den opvolgenden toestand der lijders, in den loop der ziekte, zoodanige aanteekeningen vermelden zal als hij, tot grondslag der door hem af te gevene verklaringeu, en in des lijders belang, noodig oordeelt.

Art. 14. Onze Minister van Binnenlandsche Zaken zal met de Kollegiën van Gedeputeerde Staten in overleg treden, nopens de beste middelen ter bevordering, dat de krankzinnigen, ten aanzien van welk eenig uitzigt op herstel, bij eene goede en geneeskundige behandeling bestaat, en vooral de behoeftigen onder dezelven, steeds zoodra mogelijk, en op de bij de aangehaalde wet bepaalde wijze, in geneeskundige gestichten worden geplaatst. Van den uitslag van dat overleg, zal aan ons verslag worden gedaan.

©BIUM

dienen, ebenso wie die darauf bezüglichen Schriftstücke sollen nach dem diesem Gesetze angefügten Formulare angelegt sein; sie müssen von dem Bürgermeister oder durch ein Mitglied der Verwaltungsbehörde des Ortes, in welchem die Anstalt liegt, paraphirt sein.

Die den Registern angehefteten Schriftstücke sollen für jede Person zusammengelegt und mit der Nummer versehen werden, unter welcher die Eintragung derselben erfolgt ist.

Diejenigen, welche kraft des genannten Gesetzes die Anstalten besuchen werden, sollen unter diese Register jedesmal unter die letzte Eintragung ihr Visa und ihre Unterschrift mit Angabe des Datums der Visitation setzen.

Art. 12. Die Nachrichten, welche nach dem citirten Gesetze von der Verwaltung der Anstalten über jede Aufnahme und Entlassung zu geben sind, sollen durch Einsendung eines Auszugs aus dem Register erfolgen, mit Angabe alles dessen, was gemäss dem vorigen Artikel sur Zeit der Einsendung der Nachricht darin enthalten sein wird, soweit es sich auf die betreffende Person bezieht.

Art. 13. Der Arzt einer jeden Irrenheilanstalt soll ein Register halten, in welches jeder Kranke besonders eingeschrieben wird, unter derselben Nummer, wie in dem in Artikel 11 angegebenen Register, und in welches er (ausser der Uebersicht seiner in Artikel 14 dieses Gesetzes erwähnten Beobachtungen, und den von ihm nach den Artikeln 14, 19, 23 und 26 desselben Gesetzes abgegebenen Erklärungen) in Betreff der ärztlichen Behandlung und der successiven Zustände des Kranken, solche Bemerkungen eintragen wird, welche er zur Begründung für von ihm im Interesse des Kranken abzugebende Erklärungen für nöthig halten wird.

Art. 14. Unser Minister des Innern soll sich mit den Collegien der deputirten Stände über die beste Verfahrungsweise in Einvernehmen setzen, um Irre, für die noch Hoffnung auf Heilung bei guter ärztlicher Behandlung besteht, besonders, wenn sie arm sind, sobald als möglich und auf die in genanntem Gesetze angegebene Art und Weise in Heilanstalten unterzubringen. Ueber das Resultat dieser Verhandlung soll Uns Bericht erstattet werden.

©BIUM

IV. Irrengesetz für England und Wales.

Anno octavo et nono Victoriae Reginae.

Cap. 100.

An Act for the Regulation of the Care and Treatment of Lunatics. 4th August 1845.

1. Be it enacted by the Queens most excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present parliament assembled, and by the authority of the same, that from and after the passing of this act an act passed in the session of parliament holden in the second and third years of the reign of His late Majesty
2 & 3 W. 4. c. 107. King William the Fourth, intituled An Act for regulating for Three Years, and from thence until the End of the then next Session of Parliament, the Care and Treatment of Insane Persons in England; and an act passed in the session of parliament holden in the third and fourth years of the reign of His said late Majesty, intituled
3 & 4 W. 4. c. 64. An Act to amend an Act of the Second and Third Year of his present Majesty, for regulating the Care and Treatment of Insane Persons in England; and an act passed in the session of parliament holden in the fifth and sixth
5 & 6 W. 4. c. 22. years of the reign of His said late Majesty, intituled An Act to continue for Three Years, and from thence to the End of the then next Session of Parliament, Two Acts of the Second and Third Year and the Third and Fourth Year of his present Majesty, relating to

©BIUM

IV. a. Irrengesetz für England und Wales.

Anno octavo et nono Victoriae Reginae.

Cap. 100.

Gesetz zur Regulirung der Pflege und Behandlung der Irren. 4. August 1845.

1. Es wird verfügt von Ihrer Majestät der Königin durch und mit dem Rathe und der Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und Gemeinen, die im gegenwärtigen Parlamente versammelt sind, und durch dessen Autorität, dass von da an und nachdem dieses Gesetz durchgegangen ist, ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitzung im 2ten und 3ten Jahre der Regierung Seiner Majestät des verstorbenen Königs *Wilhelm IV.*, betitelt: „Gesetz zur Regelung der Pflege und Behandlung der Wahnsinnigen in England auf drei Jahre und von da bis zum Ende der dann folgenden Parlamentssitzung"; ferner: ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitzung im dritten und vierten Jahre der Regierung genannter verstorbener Majestät, betitelt: „Gesetz zur Verbesserung eines Gesetzes aus dem zweiten und dritten Jahre Seiner jetzt regierenden Majestät, zur Regulirung der Fürsorge und Behandlung der Wahnsinnigen in England"; und ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitzung des fünften und sechsten Jahres der Regierung der eben erwähnten verstorbenen Majestät, betitelt: „Gesetz auf drei Jahre und von da bis zum Ende der dann folgenden Parlamentssitzung, zwei Gesetze aus dem zweiten und dritten Jahre und aus dem dritten und vierten Jahre Seiner jetzt regierenden Majestät in

2 & 3 W. 4. c. 107.

3 & 4 W. 4. c. 64.

5 & 6 W. 4. c. 22.

©BIUM

the Care and Treatment of Insane Persons in England; and an act passed in the session of Parliament holden in the first and second years of the reign of Her present Majesty, intiluled An Act to continue for Three Years, and from thence to the End of the then next Session of Parliament, Two Acts relating to the Care and Treatment of Insane Persons in England; and an act passed in the session of Parliament holden in the fifth year of the reign of Her said present Majesty, intituled An Act to continue for Three Years, and thence to the End of the then next Session of Parliament, Two Acts relating to the Care and Treatment of Insane Persons in England; and an act passed in the session of Parliament holden in the fifth and sixth years of the reign of Her said present Majesty, intiluled An Act to amend, and continue for Three Years, and from thence to the End of the next Session of Parliament, the Laws relating to Houses licensed by the Metropolitan Commissioners and Justices of the Peace for the Reception of Insane Persons, and for the Inspection of County Asylums and Public Hospitals for the Reception of Insane Persons, shall be and the same are hereby repealed, save and except so far as they or any of them repeal any other act: Provided always, that until the appointment for any jurisdiction of visitors and their clerk under the provisions of this Act the visitors and clerk appointed for such jurisdiction under the said repealed acts or any of them shall respectively have and perform the powers, authorities and duties which they would have respectively had or performed if appointed under this act: Provided also, that all licences heretofore granted shall remain in force for the periods for which they were respectively granted, unless revoked as herein-after provided; and that all orders, matters and things which have been granted, made, done or directed to be done in pursuance of the said repealed acts or any of them shall be and remain as good, valid and effectual to all intents and purposes as if the said repealed acts had not been repealed, except so far as such orders, matters or things are expressly made voide or affected by this act; and that all fees, charges and expences which have become payable under the said repealed acts or any of them shall be payable in the same manner and from the same funds as would have been applicable thereto in case such acts had not been repealed.

1 & 2 Vict. c. 73.

5 Vict. c. 4.

5 & 6 Vict. c. 87.

©BIUM

Kraft bestehen zu lassen, betreffend die Pflege und Behandlung der Wahnsinnigen in England"; ferner ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitznng des ersten und zweiten Jahre der Regierung Ihrer jetzt regierenden Majestät, betitelt: „Gesetz auf drei Jahre und von da bis znm Ende der dann folgenden Parlamentssitzung zwei Gesetze über Pflege und Behandlung der Wahnsinnigen in England in Kraft bestehen zu lassen"; ferner ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitzung des fünften Jahres der Herrschaft Ihrer jetzt regierenden Majestät, betitelt: „Gesetz auf drei Jahre und von da bis zum Ende der nächsten Parlamentssitzung zwei Gesetze über Pflege und Behandlung der Wahnsinnigen in England in Kraft bestehen zu lassen"; ferner ein Gesetz, angenommen in der Parlamentssitzung des fünften und sechsten Jahres Ihrer jetzt regierenden Majestät, betitelt: „Gesetz zu verbessern und auf drei Jahre und von da bis zum Ende der nächsten Parlamentssitzung zu verlängern: die Gesetze über die von den Commissaren der Hauptstadt und den Friedensrichtern zur Aufnahme von Wahnsinnigen concessionirten Häuser und über die Beaufsichtigung der zur Aufnahme von Wahnsinnigen bestimmten Grafschafts-Asyle und öffentlichen Spitäler" — diese Gesetze sollen sein und sind hierdurch aufgehoben, soweit dieselben oder eins derselben nicht irgend ein anderes Gesetz aufheben: vorbehaltlich dass, bis zur Ernennung von Visitoren und Secretairen für jeden Bezirk, gemäss den Bestimmungen dieses Gesetzes, die Visitatoren und Secretaire, die für solchen Bezirk in Gemässheit der angeführten aufgehobenen Gesetze oder eines derselben ernannt sind, die Macht, Autorität und Pflichten haben und ausüben sollen, welche sie, wenn nach Bestimmung dieses Gesetzes ernannt, haben würden: vorbehaltlich ferner, dass jede früher ertheilte Concession für die Zeiträume in Kraft bleiben soll, für welche sie ertheilt war, so weit sie nicht im Folgenden aufgehoben werden; und dass alle Befehle, Angelegenheiten und Sachen, die gewährt, gegeben und ausgeführt sind, oder deren Ausführung in Gemässheit der angeführten aufgehobenen Gesetze oder eines derselben angeordnet ist, ebenso gut gültig und wirksam bleiben sollen für alle ihre Zwecke und Intentionen, als wenn die angeführten aufgehobenen Gesetze nicht aufgehoben wären, ausgenommen, soweit solche Befehle, Angelegenheiten und Sachen durch dieses Getetz ausdrücklich ungültig gemacht sind; ferner, dass alle Gebühren, Lasten und Kosten, welche gemäss den genannten oder eines derselben zahlbar geworden sind, in der-

1 & 2 V. c. 73.

5 Vict. c. 4.

5 & 6 Vict. c. 87.

©BIUM

2. And be id enacted, that the persons already appointed and hereafter to be appointed under an act passed in the session of Parliament holden in the fifth and sixth years of the reign of Her present Majesty, intituled An Act to alter and amend the Practice and Course of Proceeding under Commissions in the Nature of Writs De lunatico inquirendo, whereby the Lord Chancellor is empowered to appoint two persons, to be called „The Commissioners in Lunacy" shall hence forth be and be called „The Masters in Lunacy" and shall take the same rank and precedence as the Masters in Ordinary of the High Court of Chancery.

5 & 6 Vict. c. 84.

3. And be it enacted, that the Right Honourable Lord *Ashley*, the Right Honourable Lord *Seymour*, the Right Honourable *R. Vernon Smith*, *Robert Gordon* of Lewiston in County of Dorset, Esquire, *Francis Barlow* of Montagu Square, Esquire, *Thomas Turner* of Curzon Street, Esquire, *Henry Herbert Southey* of Harley Street, Esquire, *John Robert Hume*, *Bryan Walter Procter*, *James William Mylne*, and *John Hancock Hall* (which said *Turner*, *H. H. Southey*, and *J. R. Hume* and no other of the said persons, are physicians, and which said *B. W. Procter*, *J. W. Mylne*, and *J. H. Hall*, and no other of the said persons, are practising barristers at law of ten years standing at the bar and upwards) and their respective successors, to be appointed as herein-after provided, shall be Commissioners for the purposes of this act, to be called „The Commissioners in Lunacy"; and that such commissioners for the time being shall respectively hold their offices during good behaviour and shall not, so long as they shall remain such commissioners, and receive any salary under this act, accept, hold or carry on any other office or situation, or any profession or employment, from which any gain or profit shall be derived; and that there shall be paid to each of the six commissioners for the time being who shall be physicians, surgeons, or barristers of five years standing and upwards, out of the monies or funds herein-after mentioned, over and above their respective travelling and other expences, whilst employing in visiting any houses, hospitals, asylums, gaols, workhouses or other places, in pursuance of this act, the yearly salary of one thousand and five hundred pounds, by four equal quaterly payments, on the twenty-ninth

©BIUM

selben Weise und aus denselben Fonds zahlbar sein sollen, welche dazu ohne Aufhebung jener Gesetze zu verwenden gewesen sein würden.

2. Es wird bestimmt, dass die gemäss einer Parlaments-Acte aus dem fünften und sechsten Jahre der Herrschaft Ihrer jetzt regierenden Majestät, betitelt: „Gesetz zur Aenderung und Verbesserung von Handhabung und Verlauf des Verfahrens von Commissionen zur gerichtlichen Untersuchung Geisteskranker" ernannten oder später zu ernennenden zwei Personen, zu deren Ernennung unter dem Titel „Commissare in Irrenangelegenheitenn" der Lord-Kanzler durch genanntes Gesetz ermächtigt ist, von jetzt ab „Master in Lunacy" heissen, und dass dieselben denselben Rang und Vortritt, wie die ordentlichen Mitglieder des hohen Kanzleihofes haben sollen. 5 & 6 Vict. c. 84.

3. Es wird bestimmt, dass der sehr ehrenwerthe Lord Ashley (folgen 11 Namen, unter denselben drei Aerzte und drei mindestens 10 Jahre im Amte stehende Rechtsanwälte) . . . und ihre respectiven Nachfolger, die nach den folgenden Bestimmungen zu ernennen sind, Commissare für die Zwecke dieses Gesetzes sein sollen, mit dem Titel: „Commissare in Irrenangelegenheiten"; und sollen diese Commissare ihre Aemter behalten, so lange sie sich wohl verhalten, und dürfen, so lange sie Commissare bleiben und Gehalt diesem Gesetze gemäss beziehen, kein anderes Amt oder Stellung annehmen, behalten oder fortführen, auch kein Geschäft und keine Anstellung, durch welche ein Gewinn oder Vortheil erzielt wird; und soll jedem der sechs Commissare, die Aerzte, Wundärzte oder Anwälte von 5 oder mehr Jahren Dienstzeit sind, aus den nacherwähnten Geldern und Fonds, ausser ihren Reise- und anderen Kosten, während sie beschäftigt sind Häuser, Spitäler, Asyle, Gefängnisse, Arbeitshäuser oder andere Locale in Gemässheit dieses Gesetzes zu untersuchen, ein Jahrgehalt von eintausend und fünfhundert Pfund in vier Quartalzahlungen ausgezahlt werden am 29. September, am 25. Dezember, am 25. März und am 4ten Juni jeden Jahres; und zwar soll die erste dieser Zahlungen an die Commissare am ersten der genannten Zahlungstage, nachdem dieses Gesetz durchgegangen, oder je nach dem Datum der Ernennung eines Jeden gemacht werden.

©BIUM

day of September, the twenty-fifth day of December, the twenty-fifth day of March, and the twenty-fourth day of June in every year, the first of each such payments (or a proportionate part thereof, to be computed, in the case of the commissioners appointed by this act, from the passing of the act, and in case of the commissioners to be appointed as herein-after provided, from the time of the respective appointments of such commissioners) to be made to such commissioners respectively on such of the same days of payment as shall first happen after the passing of this act, or after the dates of their respective appointments, as the case may be.

4. And be it enacted, that as often as any commissioner appointed by this act or to be appointed under this present provision shall die, or be removed for ill-behaviour, or be disqualified, or resign, or refuse to act, or become unable by illness or otherwise to perform the duties or exercise the powers of this act, the Lord Chancellor shall appoint a person to be a commissioner in the room of the commissioner who shall die, or be removed, or be disqualified, or resign, or refuse, or become unable to act as aforesaid, but so that every person so appointed in the room of a physician shall be a physician or surgeon, and every person so appointed in the room of a barrister of five years standing at the bar and upwards shall be a practising barrister of not less than five years standing at the bar, and every person appointed in the room of any other commissioner shall be neither a physician nor a surgeon, nor a practising barrister; and until such appointment it shall be lawfull for the continuing commissioners or commissioner to act as if there were no such vacancy.

5. And be it enacted, that any superannuation allowance to be granted to any commissioner appointed or to be appointed under this act shall be granted only in respect of services performed under this act, and shall be subject to the provisions of an act passed in the fourth and fifth years of His late Majesty King William the Fourth, intituled An Act to alter, amend and consolidate the Laws for regulation the Pensions, Compensation, and Allowances to be made to Persons in respect of their having held Civil Offices in His Majesty's Service, so far as such provisions relate to officers and clerks who had entered or might enter the public service subsequent to the fourth day of August One thousand eight hundred and twenty-nine.

4 & 5 W. 4. c. 24.

©BIUM

4. Es wird beetimmt, dass, so oft ein Commissar, der durch dieses Gesetz ernannt ist, oder nach folgender Bestimmung ernannt werden wird, stirbt oder wegen schlechter Amtsführung abgesetzt wird, oder untauglich geworden ist, oder resignirt, oder sich weigert zu handeln, oder durch Krankheit oder einen anderen Umstand verhindert wird, die Pflichten dieses Gesetzes auszuüben, der Lord-Kanzler eine andere Person zum Commissar an dessen Stelle ernennen soll, und zwar in der Weise, dass an Stelle eines Arztes, ein Arzt oder Wundarzt, an Stelle eines Anwaltes ein Anwalt, der mindestens fünf Jahre im Amte ist, ernannt wird und dass jede Person, die an Stelle eines anderen Commissars ernannt wird, weder Arzt, Wundarzt noch praktischer Anwalt sein soll; bis zu einer solchen Ernennung sollen die im Amte bleibenden Commissare so verfahren, als wenn keine Vacanz da wäre.

5. Es wird bestimmt, dass jede ausserordentliche Remuneration, die einem nach diesem Gesetze ernannten oder zu ernennenden Commissare gewährt wird, nur in Rücksicht auf Dienste, welche unter diesem Gesetze geleistet sind, gewährt werden und den Vorschriften unterworfen sein soll eines im 4ten und 5ten Jahre Seiner verstorbenen Majestät Königs *Wilhelm IV.* durchgegangenen Gesetzes, betitelt: „Gesetz zu ändern, zu verbessern und zu bekräftigen die Gesetze zur Regulirung der Pensionen, Entschädigungen und Remunerationen für Personen in Berücksichtigung von Leistungen in Seiner Majestät Civil-Dienst," so weit diese Vorschriften Beamte und Secretaire betreffen, die nach dem 4. August 1829 in Staatsdienst getreten sind oder eintreten werden. 4 & 5 W. 4. c. 24.

©BIUM

6. And be it enacted, that every person hereby or hereafter appointed a commissioner under this act shall, before he acts in the execution of his duty as a commissioner take an oath to the following effect; (that is to say)

„I A. B. do swear that I will discreetly, impartially and faithfully execute all the trusts and powers committed unto me by virtue of an act of parliament made in the ninth year of the reign of Her Majesty Queen Victoria, intituled (here insert the title of the act); and that I will keep secret all such matters as shall come to my knowledge in the execution of my office (except when required to divulge the same by legal authority, or so far as I shall feel myself called upon to do so for the better execution of the duty imposed on me by the said act).

So help me GOD.

Which oath it shall be lawful for the Lord Chancellor to administer to every such commissioner; and any three of the commissioners who shall have previously taken the oath are here by authorized to administer such oath to any other commissioner.

7. And be it enacted, that the commissioners shall cause to be made a seal of the commission and shall cause to be sealed or stamped therewith all licences, orders and instruments granted or made, or issued, or authorized by the commissioners, in pursuance of this act, except such orders and instruments as are herein-after required or directed to be given or signed and sealed by one commissioner or two commissioners; and all such licences, orders, and instruments, and copies thereof, purporting to be sealed or stamped with the seal of the commission, shall be received as evidence of the same respectively, and of the same respectively having been granted, made, issued, or authorized by the commissioners, without any further proof thereof; and no such licence, order or instrument, or copy thereof, shall be valid or have any force or effect, unless the same shall be so sealed or stamped as aforesaid.

8. And be it enacted, that the commissioners or any five of them shall, as soon as may be after the passing of this act, meet at the usual office or place of business now occupied or used by the Metropolitan Commissioners in Lunacy, or at such other place as the Lord Chancellor shall direct, and elect one of the same commissioners (not being a physician or a

©BIUM

6. Es wird bestimmt, dass jeder, der hierdurch oder später zu einem Commissare unter diesem Gesetze ernannt wird, bevor er seine Pflichten als Commissar ausübt, folgenden Eid ablegen soll:

„Ich N. N. schwöre, dass ich discret, unpartheiisch und treu alle Pflichten und Vollmachten, die mir kraft der Parlaments-Acte vom 9ten Jahre der Regierung Ihrer Majestät der Königin Victoria, betitelt (folgt der Titel der Acte) übertragen sind, ausführen will, und dass ich alle Angelegenheiten, die mir in Ausübung meines Amtes zur Kenntniss kommen, geheim halten will (ausgenommen, wenn ihre Veröffentlichung durch gesetzliche Autorität gefordert wird, oder sofern ich mich selbst dazu veranlasst sehe behufs besserer Ausführung der mir durch dieses Gesetz auferlegten Pflicht).

So wahr mir Gott helfe.

Dieser Eid soll gesetzlich vom Lord-Kanzler jedem Commissare abgenommen werden; auch werden hierdurch 3 Commissare, die den Eid bereits abgelegt haben, ermächtigt, denselben einem anderen Commissare abzunehmen.

7. Es wird bestimmt, dass die Commissare ein Commissions-Siegel anfertigen lassen sollen, mit welchem sie alle Concessionen, Befehle und Schriftstücke, die von den Commissaren gemäss diesem Gesetze gewährt, ausgefertigt, erlassen oder bestätigt werden, siegeln oder stempeln lassen sollen, ausgenommen solche Befehle oder Schriftstücke, die, wie nachstehend gefordert oder bestimmt wird, von einem oder zwei Commissaren ausgefertigt oder unterzeichnet und untersiegelt werden sollen. Alle Concessionen, Befehle und Schriftstücke oder deren Abschriften, welche Siegel oder Stempel der Commission tragen, sollen als von derselben ausgehend und als von derselben ertheilt, ausgefertigt, erlassen oder als autorisirt von den Commissaren beweiskräftige Geltung haben, ohne weitere Prüfung. Keine Concession, Befehl oder Schriftstück soll rechtskräftige Gültigkeit haben, wenn dasselbe nicht in der angegebenen Weise untersiegelt oder gestempelt ist.

8. Es wird bestimmt, dass die Commissare oder fünf derselben möglichst bald, nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten, sich in ihrem Geschäftslocale, das jetzt von den Metropolitan-Commissaren für das Irrenwesen benutzt wird, oder an einem anderen von dem Lord-Kanzler zu bestimmenden Orte zusammenkommen und einen von den Commissaren (der kein kraft

©BIUM

barrister receiving any salary by virtue of this act) to be the permanent chairman of the commission; and in case such permanent chairman, or any other permanent chairman who shall thereafter be elected in pursuance of this provision, shall die, or decline or become incapable to act as chairman, or shall cease to be a commissioner, then and as often as the same shall happen the commissioners for the time being, or any five of them, and any meeting to be specially summoned for that purpose, shall elect another person to be the permanent chairman of the commission in the place of the chairman who shall so die or decline, or become incapable to act, or cease to be a commissioner as aforesaid; and in case the permanent chairman for the time being shall be absent from any meeting, it shall be lawful for the majority of the commissioners present at any such meeting to elect a chairman for that meeting; and in all cases every question shall be decided by a majority of voters (the chairman, wether permanent or temporary, having a vote), and in the event of an equality of votes the chairman for the time being shall have an additional or casting vote.

9. And be it enacted, that *Robert Wilfred Skeffington Lutwidge* of Lincoln's Inn, Esquire, shall be the secretary to the commissioners; and that the said *R. W. Sk. Lutwidge*, and every secretary to be hereafter appointed, shall be removeable from his office by the Lord Chancellor, on the application of the commissioners; and that as often as the said etc. *Sk. Lutwidge*, or any secretary to be appointed under this present provision, shall die, or resign, or be removed from his office, the commissioners, with the approbation of the Lord Chancellor, shall appoint a person to be secretary in the room of the said etc. *Lutwidge*, or other the secretary who shall die or resign or be removed as aforesaid; and that the secretary for the time being shall, in the performance of all his duties, and in all respects, be subject to the inspection, direction, and control of the commissioners; and that there shall be paid to the secretary for the time being, out of the monies and funds herein-after mentioned, the yearly salary of eight hundred pounds, by four equal quaterly payments, on the twenty-ninth day of September, the twenty-fifth day of December, the twenty-fifth day of March, and the twenty-fourth day of June in every year, the first of such payments (or a proportionate part thereof, to be computed, in the case of the said etc. *Lutwidge*, from the passing of

©BIUM

dieses Gesetzes mit Gehalt angestellter Arzt oder Anwalt sein darf) zum beständigen Vorsitzenden der Commission wählen sollen. Wenn dieser beständige Vorsitzende oder einer seiner Nachfolger, der gemäss dieser Bestimmung gewählt ist, stirbt, ablehnt oder untauglich zur Führung des Vorsitzes wird, oder sein Amt als Commissar niederlegt, sollen jedesmal die zur Zeit im Amte stehenden Commissare oder fünf derselben in einer zu diesem Zwecke anberaumten Versammlung einen anderen beständigen Vorsitzenden der Commission wählen an Stelle dessen, der gestorben ist, abgelehnt hat, untauglich geworden ist oder seinen Posten als Commissar aufgegeben hat. Wenn der beständige Vorsitzende in einer Versammlung abwesend ist, so soll die Majorität der versammelten Commission einen Vorsitzenden für diese Versammlung wählen. In allen Fällen soll jede Frage durch Stimmenmehrheit entschieden werden (wobei der beständige oder zeitweilige Vorsitzende eine Stimme hat), bei Stimmengleichheit soll der Vorsitzende eine weitere oder entscheidende Stimme haben.

9. Herr *Robert Wilfred Skeffington Lutwidge* zu Lincoln's Inn, wird hiermit zum Secretair der Commissare ernannt; besagter *R. W. S. Lutwidge* und jeder seiner Nachfolger kann vom Lord-Kanzler auf Antrag der Commission seines Amtes entsetzt werden. Wenn genannter etc. *Lutwidge* oder ein nach dieser Bestimmung ernannter Nachfolger desselben stirbt, sein Amt niederlegt oder abgesetzt wird, so sollen die Commissare mit Genehmigung des Lord-Kanzlers eine Person an Stelle des etc. *Lutwidge* oder eines anderen Secretairs, der gestorben ist, sein Amt niedergelegt hat oder abgesetzt ist, zum Secretair ernennen. Der jedesmalige Secretair soll in Ausübung aller seiner Pflichten und in jeder Hinsicht der Aufsicht, Leitung und Controle der Commissare unterworfen sein. — Dem jedesmaligen Secretaire soll aus den nachstehend erwähnten Geldern und Fonds ein jährliches Gehalt von achthundert Pfund ausgezahlt werden, und zwar in vierteljährlichen Raten: am 29. September, am 25. December, am 25. März und am 24. Juni jeden Jahres. Die erste dieser Zahlungen soll (oder ein Theil derselben, der für genannten etc. *Lutwidge* nach der Zeit der Publication dieses Gesetzes und bei jedem seiner Nachfolger nach der Zeit seiner Ernennung berechnet wird) an den genannten etc. *Lutwidge* an dem ersten dieser Zahltage, nachdem dieses Gesetz durchgegan-

©BIUM

this act, and in case of every other secretary from the time of his appointment), to be made to the said etc. *Lutwidge* on such of the same days of payment as shall first happen after the passing of this act, and to every other secretary for the time being on such of the same days of payment as shall first happen after his appointment.

10. And be it enacted, that any superannuation allowance to be granted to any secretary appointed or to be appointed under this act shall be granted only in respect of services performed under this act, and shall be subject to the provisions of an act passed in the fourth and fifth years of His late Majesty King *William* the Fourth, intituled An Act to alter, amend, and consolidate the Laws for regulating the Pensions, Compensation, and Allowances to be made to Persons in respect of their having held Civil Offices in His Majesty's Service, so far as such provisions relate to officers and clerks who had entered or might enter the public service subsequent to the fourth day of August one thousand eight hundred and twenty-nine.

11. And be it enacted, that it shall be lawful for the commissioners to appoint, during pleasure, any two persons as clerks to the commissioners, and to allow to such two clerks any such yearly or other salaries (not exceeding in the whole the yearly sum of two hundred pounds for such two clerks) as the commissioners shall think proper; and further, that it shall be lawful for the commissioners, at any time hereafter, in case they shall find it expedient so to do, for the due performance of the business of the commission, with the consent of the Lord High Treasurer, or of the commissioners of her Majesty's Treasury, or of any three or more of them, to appoint one or two other clerks (in addition to the two clerks firstly hereinbefore mentioned); and to allow to such one or two additional clerk or clerks any such yearly or other salaries as the commissioners shall think fit (not exceeding in the whole the yearly sum of two hundred pounds); and such salaries shall be paid out of the monies and funds herein-after mentioned.

12. And be it enacted, that every person appointed to be secretary or clerk as aforesaid shall, before he shall act as such secretary or clerk, take the following oath, to be administered by any one of the commissioners:

„I A. B. do swear, that I will faithfully execute all such trusts and duties as shall be committed to my charge as

©BIUM

gen ist, erfolgen, und an jeden seiner Nachfolger am ersten Zahltage nach seiner Ernennung.

10. Es wird bestimmt, dass jede weitere Remuneration, welche einem jetzt oder später ernannten Secretaire gewährt wird, nur in Berücksichtigung der unter diesem Gesetze geleisteten Dienste bewilligt werden soll, nach Maassgabe der Bestimmungen des Gesetzes 4 & 5 W. 4, soweit diese Bestimmungen Beamte und Schreiber betreffen, die nach dem 4. Augnst 1829 in Staatsdienst getreten sind, oder eintreten werden.

11. Die Commissare werden hierdurch ermächtigt, nach ihrem Gutdünken zwei Personen zu Schreibern der Commissare zu ernennen und denselben einen jährlichen oder anderen Gehalt (der im Ganzen für die zwei Schreiber die jährliche Summe von 200 Pfund nicht übersteigen darf), wie sie es für passend halten, zu gewähren. — Ferner sollen die Commissare ermächtigt sein, wenn sie es zu irgend einer Zeit zur prompten Erledigung der Commissions-Geschäfte für passend halten, mit Bewilligung des Lord-Schatzmeisters oder der Commissare von Ihrer Majestät Schatzamt, oder dreier oder mehrerer derselben, einen oder zwei weitere Schreiber anzustellen (ausser den vorerwähnten zwei Schreibern) und diesem einen oder diesen zwei weiteren Schreibern einen jährlichen oder anderen Gehalt, sowie die Commissare es passend finden, auszusetzen; derselbe darf im Ganzen die jährliche Summe von 200 Pfund nicht überschreiten. Diese Gehälter sollen aus den unten erwähnten Geldern und Fonds ausgezahlt werden.

12. Es wird bestimmt, dass jede, wie vorerwähnt, zum Secretair oder Schreiber ernannte Person, bevor sie als Secretair oder Schreiber in Function tritt, vor einem der Commissare folgenden Eid leisten soll:

„Ich, N. N. schwöre, dass ich alle Pflichten und Obliegenheiten, welche mir in meiner Eigenschaft als Secretair

©BIUM

secretary to the commissioners in lunacy (or as clerk to the commissioners in lunacy, as the case may be); and that I will keep secret all such matters as shall come to my knowledge in the execution of my office (except when required to divulge the same by legal authority).

So help me GOD.

13. And be it enacted, that immediately after the passing of this act the clerk to the Metropolitan Commissioners in Lunacy appointed under the sai dact of the second and third years of the reign of His late Majesty King *William* the Fourth, or under any of the other acts hereby repealed, shall forthwith deliver up every book, paper, and document, and all goods, property, and effects which may be in his possession by virtue of his said office, or in consequence thereof, or connected with the business thereof, to the commissioners in lunacy hereby appointed; and every book, paper and document, and all goods, property and effects respectively, which shall be so delivered unto or shall hereafter come into the possession of the commissioners in lunacy by virtue of their office, shall there upon be vested in and shall be deemed to be the property of the commissioners in lunacy for the time being.

14. And be it enacted, that it shall be lawful for the commissioners (if and when they shall think fit) to grant a licence to any person to keep a house for the reception of lunatics, or of any sex or class of lunatics, within the places following; (that is to say), the cities of London and Westminster, the county of Middlesex, the borough of Southwark, and the several parishes and places herein-after mentioned; (that is to say) Brixton, Battersea, Barnes, Saint Mary Magdalen Bermondsey, Christ Church Clapham, Saint Giles Camberwell, Dulwich, Saint Paul Deptford, Gravenay, Kew Green, Kennington, Saint Mary Lambeth, Mortlake, Merton, Mitcham, Saint Mary Newington, Norwood, Putney, Peckham, Saint Mary Rotherhithe, Roehampton, Streatham, Stockwell, Tooting, Wimbledon, Wandsworth, and Walworth, in the county of Surrey: Blackheath, Charlton, Deptford, Greenwich, Lewisham, Lee, Southend and Woolwich, in the county of Kent; and East-Ham, Layton, Laytonstone, Low Layton, Plaistow, West-Ham, and Walthamstow, in the county of Essex; and also within every other place (if any) within the distance of seven miles from any part of the said cities of London or Westminster, or of the said borough

©BIUM

der Commission für das Irrenwesen (oder als Schreiber der Commission für das Irrenwesen) aufgegeben werden, getreulich erfüllen will, und dass ich alle Angelegenheiten, die in Ausübung meines Amtes zu meiner Kenntniss kommen werden, geheim halten will (ausgenommen, wenn ihre Veröffentlichung durch gesetzliche Autorität gefordert wird).

So wahr mir Gott helfe.

13. Es wird bestimmt, dass unmittelbar nach Erlass dieses Gesetzes, der bei den Metropolitan - Commissaren für das Irrenwesen unter dem Gesetze 2 u. 3 W. 4. oder unter einem der anderen hierdurch aufgehobenen Gesetze ernannte Schreiber den hierdurch ernannten Commissaren für das Irrenwesen alle Bücher, Papiere und Documente, alles Vermögen, Eigenthum und Effecten, welche kraft seines Amtes oder in Folge desselben in seinem Besitze sind oder mit seinen Geschäften in Verbindung stehen, unverweilt übergeben soll. Alle Bücher, Papiere und Documente, alles Vermögen, Eigenthum und Effecten, welche den Commissaren für das Irrenwesen so übergeben werden, oder später vermöge ihres Amtes in ihren Besitz kommen, sollen fortan als Eigenthum der zeitigen Commissare gegeben und angesehen werden.

14. Es wird bestimmt, dass die Commissare berechtigt sind, zu jeder Zeit, wenn sie es für passend halten, Jemand die Erlaubniss zu geben, ein Haus zur Aufnahme von Geisteskranken oder irgend eines Geschlechts oder einer Klasse derselben zu halten, und zwar an folgendeu Orten: (folgt die Namenaufführung der betreffenden Orte). — Alle vorgenannten Städte, Burgflecken, Grafschaften, Gemeinen und Orte sollen von jetzt ab unter der unmittelbaren Jurisdiction der Commission stehen.

©BIUM

of Southwark; all which cities, borough, county, parishes, and places aforesaid shall be and are hereafter referred to as the immediate jurisdiction of the commissioners.

15. And be it enacted, that the commissioners or come five of them shall meet at the usual office or place of business which shall for the time being be occupied or used by the said commissioners, or at such other place as the Lord Chancellor may direct, on the first Wednesday in the months of February, May, July and November in every year, in order to receive applications from persons requiring houses to be licensed for the reception of lunatics within the immediate jurisdiction of the commissioners, and (if they shall think fit) to license the same; and in case on any such occasion five commissioners shall not be present the meeting shall take place on the next succeeding wednesday, and so on weekly until five commissioners shall be assembled; and the commissioners assembled at every such meeting shall have power to adjourn such meeting from time to time at to such place as they shall see fit, provided always, nevertheless, that it shall be lawfull for any five of the commissioners at any other time, at any meeting duly summoned under the provisions in that behalf herein-after contained, to receive applications from persons requiring houses to be licensed as aforesaid, and if they shall think fit, to license the same.

16. And be it enacted, that when and so often as any commissioners shall by writing under his hand require the secretary to convene a meeting of the commissioners for a purpose or purposes specified in such writing, or for the general despatch of business, such secretary is hereby required to convene such meeting by summons to the other commissioners, or such of them as shall be then in England and shall have an address known to the secretary, and to give them, as far as circumstances will admit, no less than twenty-four hours notice of the place, day, and hour where and on and at which such meeting is intended to be held, and also to state in the summons the purpose or purposes of such meeting, as specified by the commissioner requiring the same to be convened; and then and in every such case it shall be lawful for any three of the commissioners to assemble themselves to consider, and (if they shall think fit) to execute te purpose or purposes of such meeting: provided always, nevertheless, that nothing shall be done at any such meeting, at which less then five commissioners

©BIUM

15. Es wird bestimmt, dass die Commissare oder fünf derselben in dem Geschäftslokale, welches zu der Zeit in ihrem Gebrauche ist, oder an jedem Orte, welchen der Lord-Kanzler bestimmen mag, alljährlich am ersten Mittwoch der Monate Februar, Mai, Juli und November sich versammeln sollen, um die Anmeldung von Personen, welche für Häuser im Berzirke der Commissare die Concession zur Aufnahme von Geisteskranken nachsuchen, anzunehmen, und um dieselben, wenn sie es für passend halten, zu concessioniren. Sollen bei einer solchen Gelegenheit nicht fünf Commissare zusammen sein, so soll die Versammlung am nächstfolgenden Mittwoch stattfinden und so jede Woche bis fünf Commissare zusammen sind, und sollen die so versammelten Commissare ermächtigt sein, zu jeder anderen Zeit, bei jeder ordnungsmässig angesagten Versammlung unter den Einschränkungen, welche zu diesem Behufe unten verzeichnet sind, Anmeldungen von Personen, die Concessionen wie vorerwähnt nachsuchen, anzunehmen, und solche, wenn es ihnen passend erscheint, zu ertheilen.

16. Es wird bestimmt, dass, wenn und so oft ein Commissar den Secretair schriftlich auffordert, eine Versammlung der Commissare zu einem in dem Schreiben angegebenen Zwecke, oder für die schnelle Erledigung von Geschäften im Allgemeinen, zusammenzurufen, solcher Secretair hierdurch gehalten ist eine solche Versammlung durch Einladungen an die andered Commissare oder so viele derselben zu der Zeit in Englann sein werden und soweit ihre Adresse dem Secretair bekann, sein wird, zu berufen und denselben, soweit es möglich ist, in höchstens 24 Stunden Ort, Tag und Stunde der beabsichtigten Versammlung anzugeben, zugleich mit Angabe des Zweckes oder der Zwecke der Versammlung wie sie von dem Commissare, der die Zusammenberufung verlangt, aufgestellt sind; und dann sollen in jedem solchen Falle drei Commissare ermächtigt sein, sich zu versammeln, um die Zwecke solcher Versammlung zu erwägen und, wenn es ihnen passend scheint, auszuführen, mit der Einschränkung, dass durch solche Versammlung, bei welcher weniger als fünf Commissare sind, nichts geschehen darf, wozu nach diesem Gesetze fünf Commissare erforderlich sind. Jede solche Versammlung soll, soweit es die Umstände gestatten, in

©BIUM

shall be present, which by this act is required to be done by five commissioners: provided also, that every such meeting shall, as far as circumstances will admit, be held at the usual office or place of business of the commissioners.

17. And be it enacted, that in all places not beign within the immediate jurisdiction of the commissioners the justices for the county or borough assembled in general or quarter sessions shall have the same authority within their respective counties or boroughs to license houses for the reception of lunatics as the commissioners within their immediate jurisdiction; and that the said justices shall, at the Michaelmess general or quarter sessions in every year, appoint three or more justices, and also on physician, surgeon or apothecary, or more, to act as visitors of every or any house or houses licensed for the reception of lunatics within the said counties or boroughs respectively; and such visitors shall at their first meeting take the oath required by this act to be taken by the commissioners, mutatis mutandis, such oath to be administered by a justice.

18. And be it enacted, that in case at any time of the death, inability, disqualification, resignation, or refusal to act of any person so appointed a visitor as aforesaid, it shall be lawful for the justices of the county or borough, at any general or quarter sessions, to appoint a visitor in the room of the person who shall die, or be unable or be disqualified, or resign, or refuse to act as aforesaid.

19. And be it enacted, that a list of the names, places of abode, occupations, or professions of all visitors appointed as herein-before is directed shall, within fourteen days from the date of their respective appointments, be published by the clerk of the peace of the county or borough for which they shall be respectively appointed in some newspaper commonly circulated within the same county or borough, and shall, within three days from the date of their respective appointments, be sent by the clerk of the peace to the commissioners; and every clerk of the peace making default in either of the respects aforesaid shall for every such default forfeit a sum not exceeding two pounds.

20. And be it enacted, that every such visitor as aforesaid, being a physician, surgeon, or apothecary, shall be paid out of the monies or funds herein-after mentioned for every day

©BIUM

dem gewöhnlichen Geschäftslokale der Commissare abgehalten werden.

17. Es wird bestimmt, dass an allen Orten, welche nicht unter der unmittelbaren Jurisdiction der Commission stehen, die Richter der Grafschaft oder des Burgfleckens in ihren General- oder Quartal-Versammlungen dasselbe Recht haben, in ihren Grafschaften oder Burgflecken Häuser zur Aufnahme von Geisteskranken zu concessioniren, wie die Commissare in ihrem Bezirke, und dass die genannten Richter alljährlich in der Michaelis-General- oder Quartal-Versammlung drei oder mehr Richter und einen Arzt, Wundarzt, Apotheker oder mehrere ernennen sollen, die als Visitoren der zur Aufnahme von Geisteskranken in den genannten Grafschaften oder Burgflecken concessionirten Häuser zu functioniren haben; und sollen diese Visitoren in ihrer ersten Zusammenkunft mutatis mutandis denselben Eid leisten, der durch dieses Gesetz von den Commissaren gefordert wird; dieser Eid soll durch einen Friedensrichter abgenommen werden.

18. (Die Friedensrichter haben in ihren Quartals- oder General-Versammlungen an Stelle eines ausscheidenden Visitors einen neuen zu ernennen.)

19. Es wird bestimmt, dass eine Liste der Namen, Wohnorte, Beschäftigung oder Profession aller gemäss obigem ernannten Visitoren innerhalb 14 Tagen von dem Datum ihrer Ernennung durch den Schreiber des Friedensrichters der Grafschaft oder des Burgfleckens, für welchen sie ernannt sind, in einer daselbst allgemein verbreiteten Zeitnug veröffentlicht, und innerhalb dreier Tage von dem Datum ihrer Ernennung an durch den Schreiber des Friedensrichters an die Commissare gesandt werde. Jeder Secretair eines Friedensgerichts verwirkt durch Vernachlässigung eines dieser Punkte eine Strafe von nicht über drei Pfund.

20. Es wird bestimmt, dass jeder Visitor, der Arzt, Wundarzt oder Apotheker ist, aus den später erwähnten Geldern und Fonds für die Tage, welche er in Erfüllung der durch dieses

©BIUM

during which he shall be employed in executing the duties of this act such sum as the justices of the county or borough shall in general or quarter sessions direct.

21. And be it enacted, that the clerk of the peace, or some other person to be appointed by the justices for the county or borough in general or quarter sessions, shall act as clerk to the visitors so appointed as aforesaid, and such clerk shall summon the visitors to meet at such time and place, for the purpose of executing the duties of this act, as the said justices in general or quarter sessions shall appoint; and every such appointment, summons, and meeting shall be made and held as privately as may be, and in such manner that no proprietor, superintendent, or person interested in or employed about or connected withe any house to be visited shall have notice of such intended visitation; and such clerk to the visitors shall, at their first meeting, take the oath required by this act to be taken by the secretary of the commissioners, mutatis mutandis, such oath to be administered by one of the visitors, being a justice; and the name, place of abode, occnpation, and profession of the clerk to the visitors (wether the same shall be the clerk of the peace or any other person) shall within fourteen days after the appointment be published by the clerk of the peace of the county or borough in some newspaper commonly circulated therein, and within three days from the date of the appointment be communicated by the said clerk of the peace to the commissioners; and every clerk of the peace making default in either of the respects aforesaid shall for every such default forfeit a sum not exceeding two pounds; and every such clerk to the visitors shall be allowed such salary or remuneration for his services (to be paid out of the monies and funds herein-after mentioned) as the justices for the county or borough shall in general or quarter sessions direct.

22. And be it enacted, that if the clerk of any visitors shall at any time desire to employ an assistant in the execution of the duties of his office, such clerk shall certify such desire and the name of such assistant to one of the visitors, being a justice; and if such visitor shall approve there of he shall administer the following oath tho such assistant:

„I A. B. do solemnly swear, that I will faithfully keep secret all such matters and things as shall come to my knowledge in concequence of my employment as assistant to the clerk of the visitors appointed for the county (or borough)

©BIUM

Gesetz vorgeschriebenen Pflichten zubringt, mit einer Summe bezahlt werden soll, welche die Richter in ihren General- oder Quartal-Sitzungen festsetzen.

21. Es wird bestimmt, dass der Schreiber des Friedensgerichts oder eine andere von den Friedensrichtern ernannte Person als Secretair der Visitoren fungiren soll, und dieser Secretair soll die Visitoren einladen, sich zu der Zeit und an dem Orte, um den Vorschriften dieses Gesetzes nachzukommen, sich zu versammeln, welchen die Richter in ihren General- oder Quartal-Versammlungen bestimmen werden; jede solche Bestimmung, Einladung und Versammlung soll möglichst geheim gehalten werden, so dass kein Eigenthümer, Aufseher oder sonst Interessirter oder Angestellter an einem der zu besuchenden Häuser Kenntniss von der beabsichtigten Visitation hat. Der Secretair hat denselben Eid zu leisten wie die Secreteire der Commission und soll sein Name etc., wie oben bestimmt ist, veröffentlicht und den Commissaren mitgetheilt werden.

22. (Bestimmung, dass der Secretair sich auf seine Kosten einen Assistenten kann beigeben lassen.) — (Eidesformel für denselben.)

©BIUM

of . . . . . by virtue of an act of parliament passed in the ninth year of the reign of Her Majesty Queen Victoria, intituled (here insert title of the act), unless required to divulge the same by legal authority. So help me GOD.

And such clerk may thereafter, at his own cost, employ such assistant.

23. And be it enacted, that no person shall be or act as a commissioner, or visitor, or secretary, or clerk to the commissioners, or clerk or assistant clerk to any visitors, or act in granting any license, who shall then be, or shall within one year then next preceeding have been, directly or indirectly interested in any house licensed for the reception of lunatics, or the profits of such reception; and no physician or surgeon (being a commissioner), and no physician, surgeon, or apothecary (being a visitor) shall sign any certificate for the admission of any patient into any licensed house or hospital, or shall professionally attend upon any patient in any licensed house or hospital, unless he be directed to visit such patient by the person upon whose order such patient has been received into such licensed house or hospital, or by the Lord Chancellor, or Her Majesty's Principal Secretary of State for the time being for the Home Department, or by a committee appointed by the Lord Chancellor; and if any such commissioner, or visitor, or secretary or clerk to the commissioners, or clerk or assistant clerk to any visitors, shall after his appointment be or become so interested in any house licensed for the reception of lunatics, or the profits of such reception, such commissioner, visitor, secretary, or clerk, or assistant clerk, as the case may be, shall immediately there upon be disqualified from acting and shall cease to act in such capacity; and if any person, being disqualified as aforesaid, shall take the office of commissioner, visitor, secretary, clerk, or assistant clerk, or, being a commissioner, visitor, secretary, clerk, or assistant clerk, shall become disqualified as aforesaid, and shall afterwards continue to act in such capacity, such person shall be guilty of a misdemeanor; and if any physician, or surgeon (being a commissioner), or any physician, surgeon, or apothecary (being a visitor), shall sign any certificate for the admission of any patient into any licensed house or hospital, or shall professionally attend any patient in any licensed house or hospital (except as aforesaid), such physician, surgeon, or apothecary (as the case may be) shall for each offence against this provision forfeit the sum of ten pounds.

©BIUM

23. Es wird bestimmt, dass Niemand Commissar, Visitor, Secretair oder Schreiber der Commissare oder der Visitoren sein soll, der zur Zeit oder in dem letztverflossenen Jahre direct oder indirect bei einem zur Aufnahme von Geisteskranken concessionirten Hause interessirt ist, oder gewesen ist oder Vortheil von einer Aufnahme hat; und kein Arzt oder Wundarzt (der Commissar ist), und kein Arzt, Wundarzt oder Apotheker (der Visitor ist) darf ein Attest zur Aufnahme eines Patienten in ein concessionirtes Haus oder Hospital ausstellen oder irgend einen Patienten in einem solchen Hause ärztliche Visiten machen, wenn er dazu nicht durch denjenigen, durch den oder dessen Ordre der Patient in ein solches Haus oder Hospital aufgenommen ist, oder durch den Lord-Kanzler oder durch seiner Majestät derzeitigen ersten Staats-Secretair für das Departement des Innern oder durch ein vom Lord-Kanzler ernanntes Comitée aufgefordert ist; und wenn ein solcher Commissar, Visitor, Secretair oder Schreiber der Commissare oder Schreiber der Visitoren nach seiner Ernennung bei irgend einem zur Aufnahme von Geisteskranken concessionirten Hause interessirt sein oder werden sollte oder von einer Aufnahme Vortheil haben könnte, so soll derselbe von da an sofort unfähig sein, in solcher Function zu handeln und wenn eine Person, welche demgemäss nicht geeignet ist, das Amt eines Commissars, Visitors, Secretairs, Schreibers oder Hülfsschreibers annimmt, oder wenn ein angestellter Commissar etc. in der angegebenen Weise ungeeignet wird und doch weiter als solcher functionirt, so soll derselbe Missverhaltens schuldig sein; und wenn ein Arzt oder Wundarzt (der Commissar ist) oder ein Arzt, Wundarzt oder Apotheker (der Visitor ist) ein Attest zur Zulassung eines Patienten in ein concessionirtes Haus oder Hospital schreibt, oder in einem dergleichen einem Patienten ärztliche Besuche macht (ausser in den aufgeführten Fällen), so soll derselbe, je nach den Umständen, bis zu zehn Pfund Strafe zahlen.

©BIUM

24. And be it enacted, that every person who shall desire to have a house licensed for the reception of lunatics shall give a notice, if such house be situate within the immediate jurisdiction of the commissioners, to the commissioners, and if elsewhere to the clerk of the peace for the county or borough in which such house is situate, fourteen clear days at the least prior to some quarterly or other meeting of the commissioners, or to some general or quarter sessions for such county or borough, as the case may be; and such notice shall contain the true christian and surname, place of abode, and occupation of the person to whom the license is desired to be granted, and a true and full description of his estate or interest in such house; and in case the person to whom the license is desired to be granted does not propose to reside himself in the licensed house, the true christian and surname and occupation of the superintendent who is to reside therein; and such notice, when given for any house which shall not have been previously licensed, shall be accompanied by a plan of such house, to be drawn upon a scale of not less than one eighth of an inch to a foot, with a description of the situation thereof, and the length, breadth, and height of and a reference by a figure or letter to every room and appartment therein, and a statement of the quantity of land, not covered by any building, annexed to such house and appropriated to the exclusive use, exercise, and recreation of the patients proposed to be received therein and also a statement of the number of patients proposed to be received into such house, and wether the license so applied for is for the reception of male or female patients, or of both, and if for the reception of both, of the numbre of each sex proposed to be received into such house, and of the means by which the one sex may be kept distinct and apart from the other; and such notice, plan, and statement, when sent to the clerk of the peace, shall be laid by him before the justice of the county or borough at such time as they shall take into their consideration the application for such license: provided always, that it shall be lawful for any person to whom a licence shall be granted to remove the superintendent named in the notice, and to any time or times to appoint another superintendent, upon giving a notice containing the true christian and surname and occupation of the new superintendent to the commissioners or the visitors of the house, as the case may require: provided always, that all plans heretofore delivered shall be deemed sufficient

©BIUM

24. Es wird bestimmt, dass jegliche Person, die ein Haus für die Aufnahme von Geisteskranken concessionirt haben will, an die Commissare berichten soll, wenn solches in deren unmittelbaren Bezirke liegt, und wenn es irgendwo anders liegt, an den Secretair des Friedensgerichts der Grafschaft oder des Burgfleckens, in welchem das Haus gelegen ist, und zwar mindestens 14 Tage vor einer Quartal- oder anderen Sitzung der Commissare oder vor einer General- oder Quartal-Sitzung für eine solche Grafschaft oder Burgflecken; und soll ein solcher Bericht Vor- und Zunamen, Wohnort und Beschäftigung der Person enthalten, von der eine solche Concession nachgesucht wird, ausserdem eine genaue und vollständige Beschreibung seines Besitzes und Antheils an dem betreffenden Hause; und wenn diese Person nicht selbst in dem Hause wohnen will, Vor- und Zunamen und Beschäftigung des Aufsehers, der darin wohnen soll. Solcher Bericht soll, wenn er nicht ein Haus betrifft, welches schon früher concessionirt war, von einem Plane des Hauses begleitet sein im Maasstabe von mindestens ein achtel Zoll auf einen Fuss mit einer Beschreibung seiner Lage, Länge, Breite und Höhe, und einer Darstellung, durch Zeichnung oder Schrift, über jeden Raum darin; ferner von einer Angabe der Grösse des mit Gebäuden nicht besetzten Grund und Bodens, welcher zum Hause gehört und zum ausschliesslichen Gebrauche und zur Erholung der aufzunehmenden Kranken bestimmt ist; ferner soll die Zahl der Kranken, die in das Haus aufgenommen werden sollen, angegeben sein, ob männliche, weibliche oder beide Geschlechter Aufnahme finden sollen, dann, wie viele von jedem Geschlechte aufgenommen werden sollen und die Mittel, durch welche beide Geschlechter getrennt gehalten werden sollen. Wenn dieser Bericht, Plan und Beschreibung dem Schreiber des Friedensgerichts übersandt ist, soll er von demselben den Grafschafts-Richtern dann vorgelegt werden, wenn sie die Ertheilung solcher Concessionen vornehmen werden, mit der Einschränkung, dass Jeder, dem eine Concession ertheilt ist, ermächtigt sein soll, den im Berichte genannten Aufseher zu entfernen und zu jeder Zeit einen anderen zu ernennen, dessen Namen und Stand den Commissaren oder Visitoren angegeben ist. Alle früher eingereichten Pläne sollen den Anforderungen dieses Gesetzes genügend erachtet werden, wenn es den Commissaren oder Richtern so gut dünken wird.

©BIUM

or the purposes of this act, if the commissioners or justices, as the case may be, shall so think fit.

25. And be it enacted, that no one licence shall include or extend to more than one house; but if there be any place or building detached from a house to be licensed, but not separated therefrom by ground belonging to any other person, and if such place or building be specified, delineated, and described in the notice, plan, and statement herein-before required to be given, in the same manner in all particulars as if the same had formed part of such house, then such detached place or building may be included in the licence for the house, if the commissioners or justices, as the case may be, shall so think fit, and if so included shall be considered part of such house for the purposes of this act: provided always, that no person hereafter receiving a licence for the first time shall receive any licence for the reception of lunatics in any lunatic asylum who shall not reside on the premises for which he is licensed.

26. And be it enacted, that no addition or alteration shall be made to, in, or about any licensed house, or the appurtenances, unless previous notice in writing of such proposed addition or alteration, accompanied with a plan of such addition or alteration, to be drawn upon the scale aforesaid, and to be accompanied by such description as aforesaid, shall have been given by the person, to whom the licence shall have been granted to the commissioners or to the clerk of the peace, as the case may be, and the consent in writing of the commissioners, or of two of the visitors, as the case may be, shall have been previously given.

27. And be it enacted, that if any person shall wilfully give an untrue or incorrect notice, plan, statement, or description of any of the things herein-before required to be included in any notice, plan, or statement, he shall be guilty of a misdemeanor.

©BIUM

25. Es wird bestimmt, dass keine Concession für mehr als ein Haus gelten soll. Doch wenn ein Platz oder Gebäude da ist, getrennt von dem Hause, auf welches die Concession lauten soll, aber von demselben nicht durch ein Grundstück getrennt, das Eigenthum einer anderen Person ist, und wenn dieser Platz oder dieses Gebäude in der oben geforderten Mittheilung, Plan und Aufstellung aufgeführt, gezeichnet und beschrieben ist und zwar ebenso in allen Einzelheiten, als wie es für einen Theil solchen Hauses erforderlich wäre, dann soll solch gesonderter Platz oder Gebäude in die Concession für das Haus eingeschlossen werden, wenn die Commissare oder Richter je nach dem Falle es für gut finden, und wenn so eingeschlossen, soll es als Theil des Hauses im Sinne dieses Gesetzes angesehen werden. Vorgesehen wird, dass Niemand, der fortan zum ersten Male eine Concession erhält, eine Concession zur Aufnahme von Irren in ein Irren-Asyl erhalten kann, wenn er nicht in den Gebäulichkeiten wohnt, für welche er eine Concession erhalten hat.*)

26. Es wird bestimmt, dass in oder an einem concessionirten Hause und seinen Nebengebäuden nichts geändert oder hinzugefügt werden kann, bevor nicht der, welchem die Concession ertheilt ist, eine schriftliche Eingabe darüber mit einem in dem angegebenen Maasstabe ausgeführten Plane und einer Beschreibung, wie oben angegeben, des Neubaues oder der Aenderung an die Commissare oder den Schreiber des Friedensgerichtes, je nach dem Falle, gemacht hat, und die schriftliche Einwilligung der Commissare oder zweier Visitoren, je nach dem Falle, ertheilt ist.

27. Es wird bestimmt, dass jeder, der wissentlich eine falsche oder uncorrecte Beschreibung, Plan oder Nachweis über irgend einen der vorangeführten Punkte, welche zu der Beschreibung, dem Plane und Berichte gefordert werden, giebt, schlechten Verhaltens schuldig sein soll.

---

*) *Lumley* l. c. bemerkt hierzu, dass das Wort lunatic asylum hier nicht in dem im Gesetze definirten Sinne gebraucht ist. Der ganze Satz ist ausserdem undeutlich gefasst: der Sinn ist der, dass der Eigenthümer gezwungen sein soll, in dem concessionirten Hause zu wohnen, und nicht für zwei von einander entfernte Anstalten eine Concession erhalten kann.

©BIUM

28. And be it enacted, that in every case in which a license for the reception of lunatics shall after the passing of this act be granted by any justices the clerk of the peace for the county or borough shall, within fourteen days after such licence shall have been granted, send a copy thereof to the commissioners; and any clerk of the peace omitting to send such copy within such time shall for every such omission forfeit a sum not exceeding two pounds.

29. And be it enacted, that in every case in which any person shall apply for the renewal of a licence already granted or hereafter to be granted, such person, if applying to the commissioners, shall with such application transmit to the commissioners, and if applying to any justices shall with such application transmit to the clerk of the peace for the county or borough, and also at the same time to the commissioners a statement signed by the person so applying, containing the names and number of the patients of each or either sex then detained in such house, and distinguishing wether such patients respectively are private or pauper patients; and any person who shall hereafter obtain the renewal of a license without making such return or returns shall for every such offence forfeit the sum of ten pounds; and any person who shall make any such return untruly shall be guilty of a misdemeanor.

30. And be it enacted, that every licence shall, as nearly as conveniently may be, be according to the form in the shedule (A.) annexed to this act, and shall be stamped with a ten shilling stamp, and shall be under the seal of the commissioners, if granted by them, and if by any justices under the hands and seals of three or more such justices in general or quarter sessions assembled, and shall be granted for such period, not exceeding thirteen calendar months, as the commissioners or justices, as the case may be, shall think fit.

31. And be it enacted, that no licence shall be granted or visitor or clerk appointed by the justices for any borough without the consent in writing of the recorder of such borough to such grant or appointment.

32. And be it enacted, that for every licence to be hereafter granted there shall be paid to the secretary of the commissioners, or to the clerk of the peace, according as the licence shall be granted by the commissioners or justices (exclusive of the sum to be paid for the stamp) the sum of ten shil-

©BIUM

28. (Die Secretaire der Friedensrichter haben die von denselben ertheilten Concessionen in Abschrift den Commissaren zu übersenden.)

29. Es wird bestimmt, dass, wenn Jemand um Erneuerung einer gegenwärtig bereits ertheilten oder später zu ertheilenden Concession einkommen will, sein Gesuch, wenn er bei den Commissaren einkommt, diesen zu übersenden hat, und, wenn er bei Richtern einkommt, sein Gesuch dem Schreiber des Friedensgerichts für die Grafschaft oder den Burgflecken und gleichzeitig den Commissaren einreichen soll, mit Angabe von Zahl und Namen und Geschlecht der Kranken, die zur Zeit in dem Hause detinirt sind, und ob dieselben Privatkranke oder Arme sind. Jeder, der von jetzt an die Erneuerung einer Concession erhält, ohne diese Angabe zu machen, soll für jeden solchen Verstoss eine Summe von zehn Pfund verwirkt haben; und jeder, der eine solche Angabe falsch macht, soll Missverhaltens schuldig sein.

30. Es wird bestimmt, dass jede Concession, soweit es im betreffenden Falle möglich ist, in der Form ertheilt werden soll, welche dem diesem Gesetze angefügten Schema (A.) entspricht; sie soll mit einem Zehn-Schilling-Stempel und mit dem Siegel der Commissare versehen sein, wenn sie von diesen ertheilt ist, und wenn von Richtern mit Unterschrift und Siegel von drei oder mehr in einer General- oder Quartal-Sitzung versammelten Richtern; und soll dieselbe auf so lange, doch nicht auf länger als auf 13 Monate, ertheilt werden, als es den Commissaren oder Richtern passend scheinen wird.

31. Es wird bestimmt, dass von Friedensrichtern eines Burgfleckens keine Concession ertheilt und kein Visitor oder Schreiber ernannt werden darf ohne die schriftliche Zustimmung des Syndicus des betreffenden Burgfleckens.

32. Es wird bestimmt, dass für jede Concession, welche von jetzt ab bewilligt wird, dem Secretair der Commissare oder dem Schreiber des Friedensgerichts, je nachdem die Concession von den Commissaren oder von Richtern ertheilt wird (ausser den Stempelgebühren), die Summe von 10 Schillingen und nicht

©BIUM

lings and no more for every patient not being a pauper, and the sum of two shillings and sixpence and no more for every patient being a pauper, proposed to be received into such house, and if the total amount of such sums of ten shillings and two shillings and sixpence shall not amount to fifteen pounds, then so much more as shall make up the sum of fifteen pounds; and no such licence shall be delivered until the sum payable for the same shall be paid: provided always, that if the period for which a licence shall be granted be less then thirteen calendar months it shall be lawful for the commissioners or the justices, as the case may be, to reduce the payment to be made on such licence to any sum not less than five pounds.

33. And be it enacted, that all monies received for licences granted by the commissioners, and for searches made in pursuance of the provision for that purpose herein-after contained, shall be retained by the secretary of the commissioners and be applied by him in or towards the payment of the salaries and travelling and other expences of the commissioners and of their secretary and clerks, and in or towards the payment or discharge of all or any costs, charges, and expences incurred by or under the authority of the commissioners in the execution of or under or by virtue of this act.

34. And be it enacted, that the secretary of the commissioners shall make out an account of all monies received and paid by him as aforesaid, and of all monies otherwise received and paid by him, and of all charges and expences incurred under or by virtue of or in the execution of this act; and such account shall be made up to the first day of August in each year, and shall be signed by five at least of the commissioners; and such account shall specify the several heads of charge and expenditure, and shall be transmitted to the Lord High Treasurer, or to the commissioners of Her Majesty's Treasury, who shall thereupon audit such account, and if he or they shall deem it expedient, direct the balance (if any) remaining in the hands of the said secretary to be paid into the exchequer to the account of the consolidated fund; and such account shall be laid before parliament on or before the twenty-fifth day of March in each year, if parliament be then sitting, or if parlia-

©BIUM

mehr für jeden Patienten, der kein Armer ist, und die Summe von 2 Schillingen und 6 Penny's und nicht mehr für jeden Patienten, der ein Armer ist, auf deren Aufnahme die Anstalt berechnet ist, bezahlt werden soll; und wenn der Gesammtbetrag dieser Zehn-Schillings und dieser Zwei-Schillings und Sixpence-Summen sich nicht auf 15 Pfund beläuft, dann so viel mehr als an 15 Pfund fehlt. Keine Concession soll ausgehändigt werden, bevor nicht die für dieselbe zu zahlende Summe erlegt ist. Doch wird eingeräumt, dass, wenn der Zeitraum, für welchen eine Concession ertheilt werden soll, weniger als 13 Monate beträgt, die Commissare oder Richter befugt sein sollen, die für eine Concession zu erlegenden Gebühren bis auf mindestens fünf Pfund zu ermässigen.

33. Es wird bestimmt, dass alle für Concessionsertheilungen der Commissare und für Gesuche, die in Verfolg der weiter unten*) mitgetheilten Bestimmung eingereicht werden, vom Secretaire der Commissare einkassirt und von ihm zur Auszahlung der Gehälter, der Reise- und sonstigen Diäten der Commissare, ihres Secretairs und der Schreiber, ferner zur Deckung aller durch oder unter Autorität der Commissare bei der Ausführung dieses Gesetzes oder kraft desselben entstehenden Kosten, Ausgaben und Zahlungen verwandt werden sollen.

34. Es wird bestimmt, dass der Secretair der Commissare über alle von ihm in der angegebenen Weise und anderweitig gemachten Einnahmen und Ausgaben und über alle Zahlungen und Kosten, die kraft dieses Gesetzes und bei Ausführung desselben entstanden sind, Rechnung legen soll; und diese Rechnung soll zum ersten August jeden Jahres aufgestellt und mindestens von 5 Commissaren unterzeichnet werden. — Diese Rechnung soll, nach den verschiedenen Objekten, mit abgetheilter Specificirung der Kosten und Ausgaben dem Lord Schatzmeister oder den Commissaren von Ihrer Majestät Schatzamt eingereicht werden; diese sollen sie prüfen und, wenn es ihnen passend erscheint, die Ueberweisung eines etwa in den Händen des Secretairs bleibenden Ueberschusses an die Schatzkammer zur Position des consolidirten Fonds verfügen. — Diese Rechnungen sollen dem Parlament am oder vor dem 25. März jeden Jahres vorgelegt werden, wenn das Parlament dann ver-

*) In Sect. 84.

©BIUM

ment be not then sitting then within one month after the then next sitting of parliament.

35. And be it enacted, that it shall be lawful for the Lord High Treasurer, or the commissioners of Her Majesty's Treasury, or any three or more of them, and they are hereby directed and empowered, from time to time (on an application to them, agreed to at some quarterly or other meeting of the commissioners, attended by five at least of the commissioners, and certified under their hands,) to cause to be issued and paid out of the consolidated fund to the secretary of the commissioners such a sum of money as the commissioners shall in such application have certified to be requisite to pay and discharge so much of the salaries, costs, charges, and expences herein-before directed to be paid out of the monies received by the said secretary for licences and otherwise as aforesaid as such monies shall be inadequate to pay, and the said secretary shall thereupon apply such money in or towards the payment or discharge of such salaries, costs, charges, and expences respectively; and that it shall be lawful for the Lord High Treasurer or the commissioners of Her Majesty's Treasury, or any three or more of them, from time to time to advance by way of imprest to the said secretary such sum or sums of money as to such Lord High Treasurer or commissioners of Her Majesty's Treasury may appear requisite and reasonable, for or towards the payment or discharge of all or any such salaries, costs, charges, or expences as aforesaid, such sum or sums to be accounted for by the said secretary in his then next account.

36. And be it enacted, that all monies to be received for licences granted by any justices shall be applied by the clerk of the peace for the county or borough in or towards the payment of the salary or remuneration of the clerk to the visitors for such county or borough, and in or towards the remuneration of such of the same visitors as are herein-before directed to be remunerated, and in or towards the payment or discharge of all costs, charges and expences incurred by or under the authority of the same justices or visitors in the execution of or under or by virtue of this act.

37. And be it enacted, that the clerk of the peace for every county or borough shall keep an account of all monies received and paid by him as aforesaid, and of all monies otherwise received or paid by him under or by virtue of or in the

©BIUM

sammelt ist, oder ist dieses nicht der Fall, im ersten Monate nach dem nächsten Zusammentritt des Parlaments.

35. Es wird bestimmt, dass der Lord Schatzmeister oder die Commissare von Ihrer Majestät Schatzamt oder 3 oder mehrere derselben befugt sind und sie werden hierdurch angewiesen und ermächtigt, von Zeit zu Zeit (auf ein Gesuch an sie, das in einer Quartals- oder anderen Versammlung der Commissare, in der mindestens 5 derselben zugegen waren, von den Commissaren genehmigt und unterschrieben ist) aus dem consolidirten Fond dem Secretaire der Commissare eine Geldsumme in dem Betrage verabfolgen und auszahlen zu lassen, wie er im Gesuche der Commissare als erforderlich angegeben ist, um so viel von den Gehältern, Kosten, Zahlungen und Ausgaben, die wie oben bestimmt aus den beim Secretaire für Concessionen und anderweitig eingehenden Geldern gedeckt werden sollen, zu zahlen und zu verabfolgen, als an diesen Geldern zu deu Zahlungen fehlt. Der genannte Secretair soll sodann dieses Geld zur Auszahlung dieser Gehälter etc. verwenden. — Der Lord Schatzmeister oder die Commissare von Ihrer Majestät Schatzamt oder 3 oder mehrere derselben sind befugt, von Zeit zu Zeit dem genannten Secretaire eine solche Summe oder Summen Geldes als Darlehn vorzuschiessen, wie es dem Lord Schatzmeister oder Commissaren von Ihrer Majestät Schatzamt für oder zur Zahlung oder Ausgabe aller oder einiger der vorerwähnten Gehälter, Kosten, Zahlungen und Ausgaben erforderlich und angemessen erscheint. Diese Summe oder Summen sollen vom Secretaire bei der nächsten Rechnungsablage verrechnet werden.

36. Es wird bestimmt, dass alle Gelder, welche für von Richtern ertheilte Concessionen eingehen, vom Gerichtsschreiber der Grafschaft oder des Burgfleckens für und zur Zahlung des Gehaltes oder der Remuneration des Schreibers der Visitoren in dieser Grafschaft oder Burgflecken verwandt werden, ferner zur Remuneration derjenigen Visitoren, denen eine solche oben zuerkannt ist, und zur Zahlung aller Kosten, Ausgaben und Diäten, welche mit und durch Autorisirung dieser Richter oder Visitoren bei Ausführung oder kraft dieses Gesetzes erwachsen sind.

37. Es wird bestimmt, dass der Schreiber für jede Grafschaft und Burgflecken über alle von ihm kraft dieses Gesetzes und bei Ausführung desselben in der angegebenen Weise und anderweitig eingenommenen und ausgegebenen Gelder Rechnung

©BIUM

execution of this act; and such account shall respectively be made up to the first day of August in each year, and shall be signed by two at least of the visitors for the county or borough; and every such account shall be laid by the clerk of the peace before the justice at the Michaelmas general or quarter sessions, who shall thereupon direct the balance (if any) remaining in the hands of the clerk of the peace to be paid into the hands of the treasurer for such county or borough, in aid and as part of the county or borough rate.

38. And be it enacted, that it shall be lawful for the justices for any county or borough in general or quarter sessions assembled, if they shall think fit, to order to be paid to the clerk of the peace of such county or borough, out of the rates or funds thereof, such sum or sums of money as they shall on examination deem to be necessary to pay and discharge so much of the salary, remuneration, costs, charges, and expences herein-before directed to be paid out of the monies received by such clerk of the peace for licences and otherwise as aforesaid as such monies shall be inadequate to pay; and also that it shall be lawful for the justices in general or quarter sessions assembled, if they shall think fit, from time to time to order to be advanced out of the rates or funds of such county or borough, to the clerk of the peace, such sum or sums of money as to such justices may appear requisite and reasonable, for or towards the payment or discharge of any such salary, remuneration, costs, charges, or expences as last aforesaid; and every such sum of money as aforesaid shall be paid and advanced out of the rates or funds of such county or borough by the treasurer thereof, and shall be allowed in his accounts, on the authority of the aforesaid order by the justices for the payment or advance thereof.

39. And be it enacted, that if any person to whom a licence shall have been granted under this act or under any of the acts herein-before repealed shall by sickness or other sufficient reason become incapable of keeping the licensed house, or shall die before the expiration of the licence, it shall be lawful for the commissioners or for any three justices for the county or borough, as the case may be, if they shall respectively think fit, by writing endorsed on such licence, under the seal of the commissioners or under the hands of such three justices, to transfer the said licence, with all the privileges and obligations annexed thereto, for the term then unexpired, to such person as

©BIUM

führen soll, und diese Rechnung soll jährlich zum ersten August angefertigt und von mindestens zwei Visitoren der Grafschaft oder des Burgfleckens unterzeichnet werden. Jede solche Rechnung soll zu den Michaelis-General- oder Quartal-Versammlungen vom Gerichtsschreiber den Richtern vorgelegt werden, welche sodann den etwa dem Gerichtsschreiber verbleibenden Ueberschuss dem Schatzmeister der Grafschaft oder des Burgfleckens als Zuschuss und Theil der Steuerkasse der Grafschaft oder des Burgfleckeas auszahlen lassen sollen.

38. Die Richter der Grafschaften oder Burgflecken sollen ermächtigt sein, in ihren General- oder Quartal-Versammlungen nach ihrem Ermessen dem Gerichtsschreiber aus der Casse der Grafschaft oder des Burgfleckens, so viel auszahlen zu lassen, als sie nach ihrer Prüfung für Gehälter, Remunerationen und Kosten, die aus den bei dem Secretaire für Concessionen und anderweitig eingehenden Geldern zu decken sind, soweit diese Gelder nicht ausreichen, für nöthig finden. Ferner sind die in General- oder Quartal-Sitzungen versammelten Richter befugt, von Zeit zu Zeit dem Gerichtsschreiber aus den Geldern der Grafschaft oder des Burgfleekens so viel vorschiessen zu lassen, als sie zur Deckung der erwähnten Gehälter, Remunerationen, Kosten und Auslagen für nöthig halten. — Jede solche Geldsumme soll aus den Geldern der Grafschaft oder des Burgfleckens von dem Schatzmeister derselben gezahlt und vorgeschossen und auf seinen Rechnungen, auf die Autorität des Zahlungs- oder Vorschuss-Befehles der Richter hin, in Anschlag gebracht werden.

39. Es wird bestimmt, dass, wenn Jemand, dem nach diesem oder einem der durch dieses Gesetz aufgehobenen Gesetze eine Concession ertheilt ist, durch Krankheit oder eine andere genügende Veranlassung unfähig wird, dem concessionirten Hause vorzustehen, oder vor Ablauf der Concession stirbt, die Commissare oder drei Friedensrichter, wenn sie es für passend halten, ermächtigt sind, durch eine der Concession anzufügende Urkunde unter dem Siegel der Commissare oder mit der Unterschrift dieser drei Richter, die betreffende Concession mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten für die noch nicht abgelaufene Zeit demjenigen zu übertragen, der zur Zeit des

©BIUM

shall at the time of such incapacity or death be the superintendent of such house, or have the care of the patients therein, or to such other person as the commissioners or such justices respectively shall approve, and in meantime such licence shall remain in force and have the same effect as if granted to the superintendent of the house; and in case a licence has been or shall be granted to two or more persons and before the expiration thereof any or either of such persons shall die, leaving the other or others surviving, such licence shall remain in force and have the same effect as if granted to such survivors or survivor.

40. And be it enacted, that if any licensed house shall be pulled down or occupied under the provisions of any act of parliament, or shall by fire, tempest, or other accident be rendered unfit for the accomodation of lunatics, or if the person keeping such house shall desire to transfer the patients to another house, it shall be lawful for the commissioners (if the new house shall be within their immediate jurisdiction), at any quarterly or other meeting, or for any two or more of the visiting justices for the county or borough within which the new house is situate, as the case may be, upon the payment to the secretary of the commissioners or the clerk of the peace, as the case may be, of not less than one pound for the licence (exclusive of the sum to be paid for the stamp), to grant to the person whose house has been so pulled down, occupied, or so rendered unfit, or who shall desire to transfer his patients as aforesaid, a licence to keep such other house for the reception of lunatics, for such time as the commissioners or the said justices, as the case may be, shall think fit: provided always, that the same notice of such intended change of house, and the same plans and statements and descriptions of and as to such intended new house, shall be given as are required when application is first made for a licence for any house, and shall be accompanied by a statement in writing of the cause of such change of house; and that, except in cases in which the change of house is occasioned by fire or tempest, seven clear days previous notice of the intended removal shall be sent, by the person to whom the licence for keeping the original house shall have been granted, to the person who signed the order for the reception of each patient, not being a pauper, or the person by whom the last payment on account of such patient shall have been made, and to the relieving officier or overseer of the

©BIUM

Eintrittes der Unfähigkeit oder Todes, Aufseher des Hauses oder mit der Pflege der Kranken darin betraut ist, oder einer anderen von den Commissaren oder Richtern zu bestätigenden Person; und soll die Concession inzwischen in Kraft bleiben und dieselbe Geltung haben, als wenn sie dem Aufseher des Hauses ertheilt wäre. Wenn eine Concession auf zwei oder mehr Personen lautet und vor Ablauf derselben eine derselben stirbt, so soll die Concession in Kraft bleiben und dieselbe Geltung haben, als wäre sie dem oder den Ueberlebenden ertheilt.

40. Es wird bestimmt, dass, wenn ein concessionirtes Haus gemäss der Bestimmungen irgend einer Parlamentsacte niedergerissen oder in Beschlag genommen oder durch Feuer, Unwetter oder einen anderen Unfall untauglich zur Aufnahme von Geisteskranken wird, oder wenn der Vorsteher des Hauses die Kranken in ein anderes Haus zu bringen wünscht, die Commissare (wenn das neue Haus in ihrem unmittelbaren Bezirke liegt) in irgend einer Vierteljahrs- oder anderen Sitzung, oder die Richter, wenn das Haus in deren Bezirke liegt, ermächtigt sind, gegen Zahlung von nicht weniger als einem Pfunde (ausser den Stempelkosten) an den Secretair der Commissare oder an den Friedensgerichtsschreiber, je nach dem Falle, der Person, deren Haus niedergerissen, in Beschlag genommen oder sonst untauglich geworden ist, oder welche wünscht die Kranken in ein anderes Haus zu bringen, die Erlaubniss zu ertheilen, solches andere Haus zur Aufnahme von Geisteskranken zu halten, auf so lange, als es den Commissaren resp. Richtern passend erscheinen wird: mit der Einschränkung, dass das betreffende Gesuch von denselben Plänen, Nachweisen und Beschreibungen des neuen Hauses begleitet sein muss, welche bei dem ersten Gesuch um Concessionirung eines Hauses gefordert werden; ferner muss eine schriftliche Darlegung der Veranlassung des Wechsels beiliegen. Ausser in Fällen, wo der Wechsel durch Feuer oder Unwetter veranlasst ist, soll derjenige, auf den die erste Concession lautete, der Person, welche die Aufnahme-Ordre eines jeden Kranken, der kein Armer ist, unterzeichnet, oder der die letzte Zahlung für einen Kranken gemacht hat, oder wenn der Kranke ein Armer ist dem Armenpfleger des Bezirks oder der Pfarrei, zu welcher dieser Arme gehört oder demjenigen, welcher die letzte Zahlung für denselben gemacht hat, sieben Tage vor dem beabsichtigten Wechsel Anzeige machen.

©BIUM

union or parish to which each patient being a pauper is chargeable, or the person by whom the last payment on account of such patient shall have been made.

41. And be it enacted, that if a majority of the justices of any county or borough in general or quarter sessions assembled shall recommend to the Lord Chancellor that any licence granted by the justices for such county or borough, either before or after the passing of this act, shall be revoked, it shall be lawful for the Lord Chancellor to revoke the same by an instrument under his hand and seal, such revocation to take effect at a period to be named in such instrument, not exceeding two calendar months from the time a copy or notice thereof shall have been published in the „London Gazette" and a copy or notice of such instrument of revocation shall be published in the „London Gazette", and shall before such publication be transmitted to the person to whom such licence shall have been granted, or to the resident superintendent of the licensed house, or be left at the licensed house: provided always, that in case of any such revocation being recommended to the Lord Chancellor, notice thereof in writing shall, seven clear days previously to the transmission of such recommendation to the Lord Chancellor, be given to the person the revocation of whose licence shall be recommended, or to the resident superintendent of the licensed house, or shall be left at the licensed house.

42. And be it enacted, that if the commissioners shall recommend to the Lord Chancellor that any licence granted either by the commissioners or by any justices, either before or after the passing of this act, shall be revoked or shall not be renewed, it shall be lawful for the Lord Chancellor by an instrument under his hand and seal to revoke or prohibit the renewal of such licence; and in the case of a revocation the same shall take effect at a period to be named in such instrument, not exceeding two calendar months from the time a copy or notice thereof shall have been published in the „London Gazette"; and a copy or notice of such instrument of revocation shall be published in the „London Gazette", and shall before such publication be transmitted to the person to whom such licence shall have been granted, or to the resident superintendent of the licensed house, or shall be left at the licensed house: provided always, that in case of any such revocation or prohibition to renew being recommended to the Lord

©BIUM

41. Es wird bestimmt, dass, wenn die Mehrzahl der Richter einer Grafschaft oder eines Burgfleckens in einer General- oder Quartal-Versammlung dem Lord-Kanzler anempfiehlt, dass irgend eine vor oder nach Erlass dieses Gesetzes von den Richtern der betreffenden Grafschaft oder des Burgfleckens ertheilte Concession zurückzunehmen sei, der Lord-Kanzler ermächtigt ist, durch eine Urkunde mit seiner Unterschrift und Siegel dieselbe zurückzunehmen, mit Angabe des Termins, binnen welchem die Aufhebung in Kraft treten soll, was höchstens zwei Monate nach der Veröffentlichung der Urkunde in der „London Gazette" der Fall sein soll. Eine Abschrift der Urkunde soll in der „London Gazette" veröffentlicht, jedoch vorher demjenigen, auf welchen die Concession lautete, oder dem im Hause wohnenden Aufseher zugeschickt oder in dem concessionirten Hause hinterlassen werden; auch soll, wenn eine solche Aufhebung bei dem Lord-Kanzler beantragt ist, schriftliche Nachricht davon, sieben Tage bevor der Antrag dem Lord-Kanzler eingereicht wird, demjenigen gegeben werden, dessen Hause die Concession entzogen werden soll.

42. Wenn die Commissare beim Lord-Kanzler beantragen, dass eine von den Commissaren oder von Richtern vor oder nach Erlass dieses Gesetzes ertheilte Concession zurückgenommen oder nicht erneuert werde, so soll der Lord-Kanzler befugt sein, durch mit seiner Unterschrift und Siegel versehene Urkunde solche Concession zurückzunehmen oder nicht zu erneuern. Eine Zurücknahme soll zu einer in der Urkunde bezeichneten Zeit, und zwar spätestens 2 Monate nachdem eine Abschrift oder Mittheilung derselben in der „London Gazette" publicirt ist, in Kraft treten. Eine Abschrift oder Mittheilung dieser Aufhebungs-Urkunde soll in der „London Gazette" publicirt und vorher der Person, auf welche die Concession lautet oder dem in der Anstalt wohnenden Inspector zugesandt, oder in dem concessionirten Hause hinterlassen werden: vorbehaltlich, dass, wenn eine solche Zurücknahme oder eine Versagung der Erneuerung bei dem Lord-Kanzler beantragt ist, sieben Tage vor der Uebersendung dieses Antrages an den Lord-Kanz-

©BIUM

Chancellor, notice thereof in writing shall, seven clear days previously to the transmission of such recommendation to the Lord Chancellor, be given to the person the revocation or prohibition of renewal of whose licence shall be recommended, or to the resident superintendent of the licensed house, or shall be left at the licensed house.

43. And be it enacted, that the regulations as to lunatics of every hospital in which lunatics are or shall be received shall be printed, and complete copies thereof shall be sent to the commissioners, and also kept hung up in the visitors room of such hospital; and that every such hospital shall have a physician, surgeon, or apothecary resident therein, as the superintendent and medical attendant thereof; and such superintendent shall immediately after the passing of this act (or immediately after the establishment of such hospital, as the case may be) apply to the commissioners to have such hospital registered, and thereupon such hospital shall be registered in a book to be kept for that purpose by the commissioners; and in case the superintendent of any such hospital shall at any time omit to have copies of such regulations sent or hung up as aforesaid, or to apply to have such hospital registered as aforesaid, he shall for every such omission forfeit a sum not exceeding twenty pounds.

44. And be it enacted, that after the passing of this act, it shall not be lawful for any person to receive two or more lunatics into any house, unless such house shall be an asylum or an hospital registered under this act, or a house for the time being duly licensed under this act, or one of the acts herein-before repealed; and any person who shall receive two or more lunatics into any house other than a house for the time being duly licensed as aforesaid, or an asylum or an hospital duly registered under this act, shall be guilty of a misdemeanor.

45. And be it enacted, that no person (not a pauper), wether being or represented to be a lunatic, or only a boarder or lodger, in respect of whom any money shall be received or agreed to be received for board, lodging, or any other accomodation, shall be received into or detained in any licensed house, and no person (not a pauper) shall be received into or detained as a lunatic in any licensed house, and no person (not a pauper) shall be received into or detained as a lunatic in any hospital, without an order under the hand of some person according

©BIUM

ler, demjenigen, dessen Concession zurückgenommen oder nicht erneuert werden soll oder dem im concessionirten Hause wohnenden Inspector desselben eine schriftliche Mittheilung davon zuzustellen oder im concessionirten Hause zu hinterlassen ist.

43. Es wird bestimmt, dass die Bestimmungen über Geisteskranke in jedem Hospital, in welches dergleichen aufgenommen sind oder werden sollen, gedruckt und vollständige Abschriften davon den Commissaren übersandt und ausserdem in dem Besuch-Zimmer des betreffenden Hospitales aufgehängt werden sollen. In jedem solchem Hospitale soll ein Arzt, Wundarzt oder Apotheker als ärztlicher Inspector desselben wohnen; und derselbe soll unmittelbar nach Publikation dieses Gesetzes (oder unmittelbar nach Etablirung eines solchen Hospitales) sich an die Commissare wenden, damit das Hospital eingetragen werde; und soll dieses in ein zu diesem Zwecke von den Commissaren gehaltenes Buch geschehen. Wenn ein Inspector solchen Hospitals es unterlässt, die Abschrift der Bestimmungen zu übersenden, aufzuhängen oder die Eintragung des Hospitals zu veranlassen, so soll er für jede solche Unterlassung eine Strafe im Betrage von nicht über zwanzig Pfund zahlen.

44. Es wird bestimmt, dass nach Erscheinen dieses Gesetzes Niemand berechtigt sein soll, zwei oder mehr Geisteskranke in ein Haus aufzunehmen, wenn dasselbe nicht ein Asyl oder Hospital, wie es diesem Gesetze entspricht oder ein durch dieses oder eines der hierdurch aufgehobenen Gesetze concessionirtes Haus ist. Jeder, der zwei oder mehr Geisteskranke in ein nicht concessionirtes oder ein nicht ordnungsgemäss eingetragenes Haus oder Hospital aufnimmt, soll Missverhaltens schuldig sein.

45. Es wird bestimmt, dass Niemand (der kein Armer ist) weder als wirklicher oder vorgeblicher Geisteskranker noch als Kostgänger oder Einwohner, wenn für ihn Geld angenommen oder für Kost, Wohnung oder andere Bedürfnisse bewilligt ist, in ein concessionirtes Haus aufgenommen oder darin festgehalten werden darf und dass Niemand als Geisteskranker in ein Hospital aufgenommen oder darin festgehalten werden darf, ohne eine Ordre von Jemand in der Form und mit den Einzelangaben, wie sie in Schema B., das diesem Gesetze angefügt ist,

©BIUM

to the form and stating the particulars required in shedule (B.) annexed to this act, nor without the medical certificates, according to the form in shedule (C.) annexed to this act, of two physicians, surgeons or apothecaries who shall not be in partnership, and each of whom shall separetely from the other have personally examined the person to whom it relates, not more than seven clear days previously to the reception of such person into such house or hospital, and shall have signed and dated the same on the day on which such person shall have been so examined; and every person who shall receive or detain any such person as aforesaid in any such house or hospital as aforesaid without such order an medical certificates as aforesaid, an any physician, surgeon or apothecary who shall knowingly sign any such medical certificate as aforesaid which shall untruly state any of the particulars required by this act shall be guilty of a misdemeanor.

46. Provided always, and be it enacted, that every physician, surgeon or apothecary signing such certificate shall specify therein any fact or facts (wether arising from his own observation or from the information of any other person) upon which he has formed his opinion that the person to whom such certificate relates is a lunatic or an insane person, or an idiot, or a person of unsound mind.

47. Provided always, nevertheless, and be it enacted, that any person (not a pauper) may, under special circumstances, be received into any such house or hospital as aforesaid, upon such order as aforesaid, with the certificate of one physician, surgeon or apothecary alone, provided that such order state the special circumstances which have prevented the person from being examined by two medical practioners; but in every such case another such certificate shall be signed by some other physician, surgeon, or apothecary, not being connected with any such house or hospital, who shall have especially examined such person within three days after his reception into such house or hospital; and every person who, having received any person into any house or hospital as aforesaid upon the certificate of one medical practioner alone, as aforesaid, shall keep or permit such person to remain in such house or hospital beyond the said period of three days without such further certificate as aforesaid, shall be guilty of a misdemeanor.

48. And be it enacted, that no pauper shall be received into or detained in any licensed house, or any hospital, without

©BIUM

vorgeschrieben sind, noch ohne die ärztlichen Atteste, in der Form von Schema C., von Aerzten, Wundärzten oder Apothekern, die an dem Hause keinen Antheil haben, und von denen jeder für sich die betreffende Person höchstens sieben Tage vor der Aufnahme untersucht, und das Attest an demselben Tage ausgestellt haben soll. Jeder, der eine Person in ein Haus oder Hospital ohne Ordre und ohne ärztliche Atteste aufnimmt, und jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der wissentlich ein solches Attest ausstellt, welches in irgend einem durch dieses Gesetz bestimmten Punkte falsch ist, soll Missverhaltens schuldig sein.

46. Jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der ein solches Zeugniss ausstellt, soll eine oder mehrere Thatsachen (entweder nach seiner eigenen Beobachtung oder nach der Mittheilung Anderer) darin aufführen, durch welche er zu der Ansicht gekommen ist, dass die betreffende Person geisteskrank, wahnsinnig, Idiot oder gemüthskrank ist.

47. Nichtsdestoweniger soll die Einschränkung gelten und wird bestimmt, dass unter besonderen Umständen Jemand (der nicht ein Armer ist) in ein solches Haus oder Hospital auf eine ordnungsmässige Ordre mit dem Zeugnisse von nur einem Arzte, Wundarzte oder Apother aufgenommen werden darf; vorausgesetzt, dass eine solche Ordre die besonderen Umstände anführt, welche die Untersuchung durch zwei Aerzte verhindert haben. Aber in jedem solchen Falle soll ein zweites Attest von einem anderen, nicht mit dem Hause oder Hospitale in Verbindung stehenden Arzte, Wundarzte oder Apotheker ausgestellt werden, der die betreffende Person binnen dreier Tage nach erfolgter Aufnahme untersucht hat. Jeder, der eine Person, welche auf das Attest nur einer Medicinalperson aufgenommen ist, drei Tage festhält oder ihren Aufenthalt gestattet ohne ein solches zweites Attest, soll Missverhaltens schuldig sein.

48. Es wird bestimmt, dass kein Armer in ein concessionirtes Haus aufgenommen oder darin festgehalten werden darf,

©BIUM

an order and statement according to the form and stating the particulars required in schedule (D.) annexed to this act, under the hands of one justice or an officiating clergyman, with the relieving officer or one of the overseers of the union or parish from which such pauper shall be sent, which said justice or (which said clergyman and relieving officer or overseer, as the case may be, shall have personally examined such pauper previously to signing such order), nor without a medical certificate according to the form in the said schedule (D.) annexed to this act, and dated not more than seven clear days previously to the reception of such pauper into such house or hospital; and every such certificate shall be signed by a physician, surgeon, or apothecary (not being the medical officer of such parish or union) on the day whereon he shall examine such pauper; and every person who shall receive any pauper into any such house or hospital as aforesaid without such order and medical certificate as last aforesaid shall be guilty of a misdemeanor.

49. And be it enacted, that no physician, surgeon, or apothecary who, or whose father, brother, son, or partner is wholly or partly the proprietor of or a regular professional attendant in a licensed house or an hospital, shall sign any certificate for the reception of a patient into such house or hospital; and no physician, surgeon, or apothecary who, or whose father, brother, son, or partner shall sign the order herein-before required for the reception of a patient, shall sign any certificate for the reception of the same patient; and any physician, surgeon, or apothecary who shall sign any certificate contrary to any of the provisions herein-before contained, or without having complied with all the provisions hereby required in the case of the patient to whom the same shall relate, or who shall in such certificate describe his medical qualification untruly, or shall untruly state any thing therein, shall be guilty of a misdemeanor.

50. And be it enacted, that every proprietor or superintendent who shall receive any patient into any licensed house or any hospital shall, within two days after the reception of such patient, make an entry with respect to such patient in a book to be kept for that purpose to be called „the book of admissions", according to the form and containing the particulars required in schedule (E.) annexed to this act, so far as he can ascertain the same, except as to the form of the mental disorder, and except also as to the discharge or death of

©BIUM

ohne einen Auftrag oder ein Schreiben in der Form und mit den Einzelangaben in Schema D., mit der Unterschrift eines Richters, Geistlichen und der Unterstützungsbeamten oder eines der Armenpfleger des Bezirkes oder der Pfarrei, von der solcher Armer abgesandt werden soll (die resp. Unterzeichner müssen vorher den Armen persönlich untersucht haben); ferner nicht ohne ein ärztliches Zeugniss, der Form in Schema D. entprechend, und höchstens sieben Tage vor der Aufnahme ausgestellt. Jedes solches Zeugniss soll von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker (der nicht der Medicinalbeamte des Bezirks ist) an dem Tage, an welchem er den Armen untersucht hat, ausgestellt und unterzeichnet sein. Jeder, der einen Armen in ein solches Haus oder Hospital ohne die vorgeschriebene Ordre und ärztliches Attest aufnimmt, soll Missverhaltens schuldig sein.

49. Kein Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der oder dessen Vater, Sohn, Bruder oder Compagnon ganz oder theilweise Eigenthümer oder Angestellter an einem concessionirten Hause oder Hospitale ist, darf ein Zeugniss zur Aufnahme eines Kranken in ein solches Hospital oder Haus ausstellen; und kein Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der oder dessen Vater, Sohn, Bruder oder Compagnon die erforderliche Ordre zur Aufnahme eines Patienten unterschreibt, darf das Attest für die Aufnahme desselben Patienten ausstellen. In irgend einem Punkte Zuwiderhandelnde sind Missverhaltens schuldig.

50. Jeder Eigenthümer oder Aufseher, der einen Kranken in ein concessionirtes Haus oder Hospital aufnimmt, soll binnen zwei Tagen nach der Aufnahme eine Notiz über den Kranken in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Buch, genannt „Aufnahme-Buch“ eintragen, entsprechend der Form und mit den Angaben, welche in Schema E., das diesem Gesetze beigefügt ist, gefordert sind, soweit, als er dieselben feststellen kann; ausgenommen ist die Form der Geisteskrankheit und die Entlassung oder der Tod des Patienten, welche Punkte zu ihrer

©BIUM

the patient, which shall be made when the same shall happen; and every person who shall so receive any such patient, and shall not within two days thereafter make such entry as aforesaid (except as aforesaid), shall forfeit a sum not exceeding two pounds; and every person who shall knowingly and willingly in any such entry untruly set forth any of the particulars shall be guilty of a misdemeanor.

51. And be it enacted, that the form of the mental disorder of every patient received into any licensed house or any hospital shall within seven days after his reception be entered in the said book of admission by the medical attendant of such house or hospital; and every such medical attendant who shall omit to make any such entry within the time aforesaid shall for every such offence forfeit a sum not exceeding two pounds.

52. And be it enacted, that the proprietor or resident superintendent of every licensed house (wether licensed by the commissioners or by any justices), and the superintendent of every hospital, shall after two clear days, and before the expiration of seven clear days from the day on which any patient shall have been received into such house or hospital, transmit a copy of the order and medical certificates or certificate on which such person shall have been received, and also a notice and statement according to the form in schedule (F.) annexed to this act, to the commissioners; and the proprietor or resident superintendent of every house licensed within the jurisdiction of any visitors shall also within the same period transmit another copy of such order and certificates or certificate, and a duplicate of such notice and statement, to the clerk of the visitors; and every proprietor or superintendent of any such house or hospital who shall neglect to transmit such copy, notice, or statement to the commissioners, or (where the same is required) to the clerk of the visitors, shall be guilty of a misdemeanor.

53. And be it enacted, that when ever any patient shall escape from any licensed house or any registered hospital the proprietor or superintendent of such house or hospital shall within two clear days next after such escape transmit a written notice thereof to the commissioners, and if such house be within the jurisdiction of any visitors then also to the clerk of such visitors; and such notice shall state the christian and surname of the patient who has so escaped, and his then state

©BIUM

Zeit eingetragen werden sollen. Jeder, der binnen zwei Tagen, nachdem er einen Kranken in der angegebenen Weise aufgenommen, denselben nicht eingetragen hat, verfällt in eine Strafe von nicht über zehn Pfund und wer mit Wissen und Willen in einer solchen Notiz falsche Angaben macht, soll Missverhaltens schuldig sein.

51. Die Form der Geisteskrankheit eines jeden in ein concessionirtes Haus oder Hospital aufgenommenen Kranken soll binnen sieben Tagen nach seiner Aufnahme durch den Arzt dieses Hauses oder Hospitals in das genannte Aufnahme-Buch eingetragen werden. Jeder Arzt, der diese Eintragung in der festgesetzten Frist unterlässt, soll in eine Strafe von nicht über zwei Pfund verfallen.

52. Jeder Besitzer oder im Hause wohnende Inspector eines solchen Hauses (mag dasselbe von Richtern oder Commissaren concessionirt sein) und der Inspector jeden Hospitals soll nach zwei Tagen und vor Ablauf von sieben Tagen vom Tage der Aufnahme an, eine Abschrift der Aufnahme-Ordre und der Atteste, auf welche hin die Aufnahme erfolgt ist, nebst einer Nachricht und Zusammenstellung in der Form von Schema F., das diesem Gesetze angefügt ist, den Commissaren zuschicken; und der Eigenthümer oder Inspector eines jeden im Bezirke von Visitoren gelegenen Hauses soll in derselben Frist eine zweite Abschrift der Ordre, Atteste und ein Duplicat des Berichts dem Secretaire der Visitoren übersenden. Jeder Eigenthümer oder Inspector solchen Hauses oder Hospitals, der es unterlässt, diese Abschriften den Commissaren resp. Visitoren einzuschicken, soll Missverhaltens schuldig gelten.

53. Wenn ein Kranker aus einem concessionirten Hause oder eingetragenen Hospitale entflieht, so soll der Eigenthümer oder Inspector eines solchen Hauses oder Hospitales binnen zwei Tagen nach der Flucht eine schriftliche Nachricht darüber den Commissaren, und, wenn das Haus im Bezirke von Visitoren liegt, den Visitoren übersenden. In diesem Berichte sollen der vollständige Vor- und Zuname des entflohenen Kranken, sein Gemüthszustand, die Umstände seiner Flucht enthalten sein;

©BIUM

of mind, and also circumstances connected with such escape; and if such patient shall be brought back to such house or hospital such proprietor or resident superintendent shall, within two clear days next after such person shall be so brought back transmit a written notice thereof to the commissioners, and also, if such house be within the jurisdiction of any visitors, to the clerk of such visitors, and such notice shall state when such person was so brought back, and the circumstances connected therewith, and wether with or without a fresh order and certificates or certificate; and every proprietor or resident superintendent omitting to transmit such notice, wether of escape or of return, shall for every such omission forfeit a sum not exceeding ten pounds.

54. And be it enacted, that whenever any patient shall be removed or discharged from any licensed house or any hospital, or shall die therein, the proprietor or superintendent of such house or hospital shall, within two clear days next after such removal, discharge, or death, make an entry thereof in a book to be kept for that purpose according to the form and stating the particulars in schedule (G. 1.) annexed to this act, and shall also within the same two days transmit a written notice thereof, and also of the cause of his death, to the commissioners, and also, if such house shall be within the jurisdiction of any visitors, to the clerk of such visitors, according to the form and containing the particulars in schedule (G. 2.) annexed to this act; and every proprietor or superintendent of any such house or hospital who shall neglect to make such entry or transmit such notice or notices, or shall therein set forth any thing untruly, shall be guilty of a misdemeanor.

55. And be it enacted, that in case of the death of any patient in any licensed house or any hospital, a statement of the cause of the death of such patient, with the name of any person present at the death, shall be drawn up and signed by the medical attendant of such house or hospital, and a copy thereof, duly certified by the proprietor or superintendent of such house or hospital, shall by him be transmitted to the commissioners, and also to the person signing the order for such patients confinement, and to the registrar of deaths for the district, and if such house be within the jurisdiction of any visitors, then also to the clerk of such visitors within fourty-eight hours after the death of such patient; and every medical attendant, proprietor, or superintendent who shall neglect or

©BIUM

und wenn ein solcher Kranker in das Haus oder Hospital zurückgebracht wird, so soll der Eigenthümer oder Inspector binnen zwei Tagen, nachdem dieses geschehen, eine schriftliche Nachricht darüber den Commissaren oder, wenn das Haus im Bezirke von Visitoren liegt, dem Secretaire derselben zusenden; dieser Bericht soll nachweisen, wann und wie solche Person zurückgebracht wurde, doch ohne neue Ordre und Atteste. Auf Vernachlässigung dieser Bestimmungen steht eine Strafe von nicht über zehn Pfund.

54. Wenn ein Kranker aus einem concessionirten Hause zurückgenommen oder entlassen wird oder darin stirbt, so soll der Eigenthümer oder Inspector eines solchen Hauses binnen zwei Tagen nach der Zurücknahme, Entlassung oder dem Tode einen Vermerk darüber in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Buch eintragen, das in Form und Einrichtung dem Schema G. 1. entspricht, und soll binnen zwei Tagen einen schriftlichen Bericht darüber und über die Todesursache den Commissaren und, wenn ein solches Haus im Bezirke von Visitoren liegt, dem Secretaire derselben einreichen in der Form und mit den Angaben nach Schema G. 2. Jeder Eigenthümer oder Inspector, der eine solche Eintragung oder Einreichung unterlässt, oder irgend eine falsche Angabe dabei macht, soll Missverhaltens schuldig sein.

55. Im Falle des Todes eines Kranken in einem concessionirten Hause oder Hospitale soll ein Thatbestand über die Todesursache eines solchen Kranken, mit dem Namen einer bei dem Tode zugegen gewesenen Person aufgenommen und von dem Arzte des Hauses oder Hospitales unterschrieben werden; eine Abschrift davon, von dem Eigenthümer oder Inspector beglaubigt, soll von ihm den Commissaren, der Person, welche die Einsperrung beantragt hat, dem Todtenschreiber des Bezirks und, wenn ein solches Haus im Bezirke von Visitoren liegt, dem Secretaire derselben binnen achtundvierzig Stunden nach dem Tode des Kranken zugesandt werden. Jeder Arzt, Eigenthümer oder Inspector, der es unterlässt, in der angegebenen Weise einen Thatbestand aufzunehmen, zu unterschreiben,

©BIUM

omit to drawn up, sign, certify, or transmit such statement as aforesaid shall for every such neglect or omission forfeit and pay a sum not exceeding fifty pounds.

56. And be it enacted, that if any superintendent, officer, nurse, attendant, servant, or other person employed in any licensed house or registered hospital shall in any way abuse or ill-treat any patient confined therein, or shall willfully neglect any such patient, he shall be deemed guilty of a misdemeanor; and that in the event of the release of any person from confinement in any asylum or private house who shall consider himself to have been unjustly confined, a copy of the certificates and order upon which he has been confined shall at his request be furnished to him or to his attorney by the clerk to the commissioners, without any fee or reward for the same; and it shall be lawful for the Home Secretary, on the report of the commissioners or visitors of any asylums, to direct Her Majesty's Attorney General to prosecute on the part of the crown any person who shall have been concerned in the unlawful taking or confinement of any of Her Majesty's subjects as an insane patient, and likewise any person who shall have been concerned in the neglect or ill-treatment of any person or patient so confined.

57. And be it enacted, that in every house licensed for one hundred patients or more there shall be a physician, surgeon, or apothecary resident as the superintendent or medical attendant thereof; and that every house licensed for less than one hundred and more than fifty patients (in case such house shall not be kept by or have a resident physician, surgeon, or apothecary), shall be visited daily by a physician, surgeon, or apothecary; and that every house licensed for less than fifty patients (in case such house shall not be kept by or have a resident physician, surgeon, or apothecary), shall be visited twice in every week by a physician, surgeon, or apothecary: provided always, that it shall be lawful for the visitors of any licensed house to direct that such house, and for the commissionners to direct that any licensed house, shall be visited by a physician, surgeon, or apothecary at any other time or times, not being oftener than once in every day.

58. Provided always, and be it enacted, that when any house is licensed to receive less than eleven lunatics it shall be lawful for any two of the commissioners or any two of the

©BIUM

zu beglaubigen oder abzusenden, soll für jede solche Vernachlässigung oder Unterlassung eine Summe von nicht über fünfzig Pfund verwirkt haben und bezahlen.

56. Wenn ein Inspector, Beamter, Wärterin, Wärter, Diener oder eine andere in einem concessionirten Hause angestellte Person einen dort eingeschlossenen Kranken in irgend einer Weise missbraucht, schlecht behandelt oder absichtlich vernachlässigt, so soll er Missverhaltens schuldig sein; und wenn eine Person, nachdem sie aus der Einschliessung in einem Asyle oder einer Privat-Anstalt befreit ist, glaubt, ungerecht eingeschlossen gewesen zu sein, so soll auf ihr Ansuchen eine Abschrift des Antrages und der Atteste, auf welche hin er eingeschlossen war, ihm selbst oder seinem Anwalte von dem Secretaire der Commissare ohne Erlegung irgend einer Bezahlung oder Sportel für diesen ausgeliefert werden, und soll der Staats-Secretair des Innern auf den Bericht der Commissare oder der Visitoren eines Asyles berechtigt sein, Ihrer Majestät General-Anwalt anzuweisen, auf Kosten der Krone die Person zu verfolgen, welche darin gewilligt hat, einen von Ihrer Majestät Unterthanen ungesetzlicher Weise als Wahnsinnigen einzuschliessen, und ebenso eine Person, die sich einer Vernachlässigung oder Misshandlung einer so eingeschlossenen Person schuldig gemacht hat.

57. In jedem Hause, dessen Concession auf hundert und mehr Kranke lautet, soll ein Arzt, Wundarzt oder Apotheker als Vorsteher oder Hausarzt wohnen; jedes Haus, dessen Concession auf weniger als hundert und mehr als funfzig Kranke lautet (wenn ein solches Haus nicht von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker gehalten wird, oder ein solcher darin wohnt), soll täglich von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker besucht werden; und jedes Haus, das weniger als funfzig Patienten aufnehmen darf (wenn nicht der Besitzer Arzt, Wundarzt oder Apotheker ist, oder ein solcher darin wohnt), soll wöchentlich zweimal von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker besucht werden; doch sind die Visitoren und Commissare ermächtigt, anzuordnen, dass ein Arzt, Wundarzt oder Apotheker ein concessionirtes Haus in anderen Fristen besuche, doch nicht öfter als einmal täglich.

58. Wenn für ein Haus die Aufnahme von weniger als eilf Geisteskranken gestattet ist, so sollen jedesmal zwei Commissare oder zwei Visitoren ermächtigt sein, durch ein mit

©BIUM

visitors of such house, if they shall respectively so think fit, by any writing under their hands, to permit that such house shall be visited by a physician, surgeon, or apothecary at such intervals more distant than twice in every week as such commissioners or visitors shall appoint, but not at a greater intervall than once in every two weeks.

59. And be it enacted, that every physician, surgeon, or apothecary, where there shall be only one, keeping or residing in or visiting any licensed house or any hospital, and where there shall be two or more physicians surgeons or apothecaries keeping or residing in or visiting any licensed house or hospital, then one at least of such physicians, surgeons, or apothecaries, shall once in every week (or, in the case of any house at which visits at more distant intervals than once a week are permitted, on every visit), enter and sign in a book to be kept at such house or hospital for that purpose, to be called „the medical visitation book", a report, showing the date thereof, and also the number, sex, and state of health of all the patients then in such house or hospital, the christian and surname of every patient who shall have been under restraint, or in seclusion, or under medical treatment, since the date of the last preceeding report, the condition of the house or hospital, and every death, injury, and act of violence, which shall have happened to or affected any patient since the then last preceeding report, according to the form in schedule (H.) annexed to this act; and every such physician, surgeon, or apothecary who shall omit to enter or sign such report as aforesaid shall for every such omission forfeit and pay the sum of twenty pounds; and every such physician surgeon, or apothecary who shall in any such report as aforesaid enter any thing untruly shall be guilty of a misdemeanor.

60. And be it enacted, that there shall be kept in every licensed house and in every hospital a book to be called „the case book", in which the physician, surgeon, or apothecary keeping or residing in or visiting such house or hospital shall from time to time make entries of the mental state and bodily condition of each patient, together with a correct description of the medicine and other remedies prescribed for the treatment of his disorder; and that it shall be lawful for the commissioners from time to time, by any order under their common seal, to direct the form in which such case book shall be kept by such physician, surgeon, or apothecary; and immediately after a copy of such order shall have been transmitted by the secre-

©BIUM

ihrer Unterschrift versehenes Schriftstück zu gestatten, dass ein solches Haus seltener als zweimal wöchentlich von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker besucht werde, doch nicht seltener als einmal innerhalb zweier Wochen.

59. Jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der allein ein concessionirtes Haus oder Hospital hält, darin wohnt oder dasselbe besucht, oder wenn deren mehrere sind, wenigstens einer derselben soll einmal wöchentlich (oder wenn es gestattet ist, dass die Besuche seltener als einmal wöchentlich gemacht werden), bei jedem Besuche in ein zu diesem Zwecke in einem solchen Hause oder Hospitale gehaltenes Buch genannt: „Aerztliches Visiten-Buch" einen mit dem betreffenden Datum versehenen Bericht eintragen über Zahl, Geschlecht, Gesundheitszustand aller im Hause befindlichen Patienten, den vollständigen Vor- und Zunamen jedes Kranken, bei dem Zwangsmittel, Einschliessung oder ärztliche Behandlung seit dem letzten Berichte in Anwendung gekommen sind, ferner über den Zustand des Hauses, jeden Todesfall, Unrecht oder Gewaltthätigkeit, welche einem Patienten seit dem letzten Berichte etwa geschehen ist, in der Form von Schema H., dass diesem Gesetze angefügt ist; und jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der es unterlässt, einen solchen Bericht einzutragen, soll für jede solche Unterlassung eine Summe von zwei Pfund verwirken und zahlen und jeder solcher Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der in einen solchen Bericht etwas falsch einträgt, soll Missverhaltens schuldig sein.

60. In jedem concessionirten Hause oder Hospitale soll ein Buch gehalten werden, genannt „Journal-Buch", in welches der Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der ein solches Haus hält, darin wohnt oder dasselbe besucht, von Zeit zu Zeit Bemerkungen über den geistigen und körperlichen Zustand eines jeden Kranken eintragen soll mit genauer Angabe der Arzneien und Heilmittel, welche für die Behandlung seines Leidens verordnet sind; und sollen die Commissare ermächtigt sein, von Zeit zu Zeit durch eine unter ihrem gemeinsamen Siegel ausgefertigte Verordnung die Form vorzuschreiben, in welcher ein solches Journalbuch geführt werden soll. Unmittelbar nachdem eine Abschrift einer solchen Verordnung durch den Secretair der

©BIUM

tary of the commissioners to such physician, surgeon, or apothecary, such physician, surgeon, or apothecary shall thereupon keep such case book in the form which shall be directed by such order; and that it shall be lawful for the commissioners (when ever they shall see fit) to require, by an order in writing under their common seal, such physician, surgeon, or apothecary to transmit to the commissioners a correct copy of the entries or entry in any case book kept under the provisions of this act, relative to the case of any lunatic who is or may have been confined in any such licensed house or hospital; and every such physician, surgeon, or apothecary who shall neglect to keep the said case book, or to keep the same according to the form directed by the commissioners, or to transmit a copy of the said entry or entries, pursuant to such order or orders as aforesaid, shall for every such neglect forfeit any sum not exceeding ten pounds.

61. And be it enacted, that every licensed house shall, without any previous notice, be visited by two at least of the commissioners (one of whom shall be a physician, or surgeon, and the other a barrister), four times at the least in every year; if such house shall be within immediatly jurisdiction of the commissioners, and if not, twice at least in every year; and every hospital in which lunatics shall be received shall, without any previous notice, be visited by two at least of the said commissioners (one of whom shall be a physician or surgeon, and the other a barrister), once at least in every year; and every such visit shall be made on such day or days, and at such hours of the day, and for such length of time, as the visiting commissioners shall think fit, and also at such other times (if any) as the said commissioners in lunacy shall direct; and such visiting commissioners, when visiting such house or hospital, may and shall inspect every part of such house or hospital, and every outhouse, place und building communicating with such house or hospital, or detached therefrom, but not separated by ground belonging to any other person, and every part of the ground or appurtenances held, used, or occupied therewith, and see every patient then confined in such house or hospital, and inquire wether any patient is under restraint, and why, and inspect the orders and certificates or certificate for the reception of every patient who shall have been received into such house or hospital since the last visit of the commissioners, and in the case of any house licensed by justices shall consider the observations made in the visitors book for such

©BIUM

Commissare einem solchen Arzte, Wundarzte oder Apotheker zugegangen ist, soll derselbe das Buch in der vorgeschriebenen Weise einrichten; und sind die Commissare ermächtigt (wenn sie es für passend halten) durch einen schriftlichen Befehl unter ihrem gemeinschaftlichen Siegel einen solchen Arzt, Wundarzt oder Apotheker aufzufordern, den Commissaren eine genaue Abschrift der Notizen zu übersenden, welche in das Journalbuch eingetragen sind, gemäss den Bestimmungen dieses Gesetzes in Bezug auf Geisteskranke, die in einem solchen Hause eingeschlossen sind oder waren. Jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der es unterlassen sollte, das genannte Journalbuch zu führen oder dasselbe in der von den Commissaren vorgeschriebenen Form zu führen oder eine Abschrift der Notizen auf einen derartigen Befehl zu übersenden, soll für jede solche Vernachlässigung eine Summe von nicht über zehn Pfund verwirkt haben.

61. Jedes concessionirte Haus soll ohne vorherige Anzeige von mindestens zwei Commissaren (von denen einer ein Arzt oder Wundarzt, der andere ein Anwalt sein soll) mindestens viermal jährlich besucht werden, wenn dasselbe in dem unmittelbaren Bezirke der Commissare liegt, und wenn nicht, mindestens zweimal jährlich; jedes Hospital, in welches Geisteskranke aufgenommen werden, soll ohne vorherige Nachricht von wenigstens zwei Commissaren (von denen der eine Arzt oder Wundarzt, der andere Jurist sein soll) wenigstens einmal jährlich besucht werden; und jeder Besuch soll an solchem Tage oder Tagen, zu der Tageszeit und so lange, als die besuchenden Commissare es passend finden werden, und auch zu jeder anderen Zeit, welche die Commissare bestimmen, gemacht werden; und solche Commissare sollen bei ihrem Besuche in einem solchen Hause oder Hospitale jeden Theil desselben in Augenschein nehmen, auch jedes Nebengebäude, Platz und Haus, welches mit solchem Hause oder Hospitale zusammenhängt oder davon abgesondert, aber nicht durch ein Grundstück, welches einer anderen Person gehört, davon getrennt ist, ebenso jeden Theil des Grundstücks und des Zubehörs, welche für dasselbe benutzt sind; sie sollen jeden in dem Hause eingeschlossenen Kranken sehen und fragen, ob und warum Zwangsmittel gegen ihn angewandt sind, die Aufnahme-Ordres und Atteste eines jeden Kranken nachsehen, der in ein solches Hans oder Hospital seit dem letzten Besuche der Commissare aufgenommen ist; und, wenn ein solches Haus durch Richter concessionirt ist, sollen sie die Bemerkungen nachsehen, welche von den durch

©BIUM

house by the visitors appointed by the justices, and enter in the visitors book of such house or hospital a minute of the then condition of the house or hospital, and of the patients therein, and the number of patients under restraint, with the reasons thereof, as stated, and such irregularity (if any) as may exist in any such order or certificates as aforesaid, and also wether the previous suggestions (if any) of the visiting commissioners or visitors have or have not been attended to, and any observations which they may deem proper as to any of the matters aforesaid or otherwise, and also, if such visit be the first after the granting a licence to the house, shall examine such licence, and, if the same be in conformity with the provisions of this act, sign the same, but if it be informal enter in such visitors book in what respect such licence is informal: provided also, that it shall be lawful for the Lord Chancellor, on a representation by the commissioners setting forth the expediency of such alteration, by any writing under his hand, to direct that any house licensed by justices shall (during such period as he shall therein specify, or until such his direction shall be revoked), be visited by the commissioners once only in the year, and also to direct that any house licensed by the commissioners, and not receiving any pauper patients therein, shall (during such period as he shall therein specify, or until such his direction shall be revoked), be visited by the commissioners twice only in the year.

62. And be it enacted, that every licensed house within the jurisdiction of any visitors appointed by justices shall be visited by two at least of the said visitors (one of whom shall be a physician, surgeon, or apotheeary), four times at the least in every year, on such days, and at such hours in the day, and for such length of time as the said visitors shall think fit, and also at such other times (if any) as the justices by whom such house shall have been licensed shall direct; and such visitors when visiting any such house may and shall inspect every part of such house, and every house, outhouse, place and building communicating therewith, or detached therefrom, but not separated by ground belonging to any other person, and every part of the ground or appurtenances held, used, or occupied therewith, and see every patient then confined therein, and inquire wether any patient is under restraint, and why, and inspect the order and certificates or certificate for the reception of every patient who shall have been received into such house since the

©BIUM

die Richter ernannten Visitoren in das Visitoren-Buch eingetragen sind, und in dieses Buch einen Vermerk über den Zustand des Hauses und der Kranken eintragen, über die Kranken, bei denen Zwangsmittel in Anwendung sind, mit den Gründen dafür, ferner über jede etwaige Regelwidrigkeit in Aufnahme-Ordres oder Attesten, und ob etwaige Rathschläge der besuchenden Commissare und Visitoren befolgt sind oder nicht, und alle Bemerkungen, welche sie über einen der angeführten Punkte oder sonst für passend halten. Wenn ein solcher Besuch der erste nach der Concessions-Ertheilung ist, sollen die Commissare die Concession prüfen und, wenn sie den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht, dieselbe unterzeichnen, wenn nicht, in dem Visitations-Buche das, was nicht ordnungsgemäss ist, bemerken: doch soll der Lord-Kanzler ermächtigt sein, auf einen die Räthlichkeit einer solchen Aenderung darstellenden Antrag der Commissare hin, durch ein mit seiner Unterschrift versehenes Schriftstück zu bestimmen, dass ein durch Richter concessionirtes Haus (auf so lange, als er es bestimme oder bis er solche Bestimmung widerrufe) nur einmal jährlich von den Commissaren besucht werde, und ferner zu bestimmen, dass ein von den Commissaren concessionirtes Haus, welches keine armen Kranken aufnimmt, nur zweimal jährlich von den Commissaren besucht werde.

62. Jedes concessionirte Haus im Bezirke von Visitoren, die durch Richter ernannt sind, soll von wenigstens zweien derselben (von denen einer Arzt, Wundarzt oder Apotheker sein muss) mindestens viermal jährlich besucht werden, an den Tagen, zu den Stunden und so lange es die Visitoren für passend halten werden und ausserdem zu den Zeiten, welche die Richter, von denen ein solches Haus concessionirt ist, etwa bestimmen werden. (Folgen die Bestimmungen des vorigen Paragraphen in analoger Weise für die Visitoren.)

©BIUM

last visit of the visitors, and enter in the visitors book a minute of then condition of the house, of the patients therein, and the number of patients under restraint, with the reasons thereof as stated, and such irregularity (if any) as may exist in any such order and certificates as aforesaid, and also wether the previous suggestions (if any) of the visitors or visiting commissioners have or have not been attended to, and any observations which they may deem proper as to any of the matters aforesaid or otherwise.

63. And be it enacted, that the proprietor or superintendent of every licensed house or hospital shall show to the commissioners and visitors respectively visiting the same every part thereof respectively, and every person detained therein as a lunatic; and every proprietor or superintendent of any licensed house or any hospital who shall conceal or attempt to conceal, or shall refuse or wilfully neglect to show, any part of such house or hospital, or any house, outhouse, place, or building communicating therewith, or detached therefrom, but not separated as aforesaid, or any part of the ground or appurtenances held, used, or occupied therewith, or any person detained or being therein, from any visiting commissioners or visitors, or from any person authorized under any power or provision of this act to visit and inspect such house or hospital, or the patients confined therein or any of them, shall be guilty of a misdemeanor.

64. And be it enacted, that the visiting commissioners and visitors respectively, upon their several visitations to every licensed house and to every hospital, shall inquire when divine service is performed, and to what number of the patients, and the effect thereof; and also what occupations or amusements are provided for the patients, and the result thereof; and wether there has been adopted any system of non-coercion, and if so, the result thereof; and also as to the classification of patients and also as to the condition of the pauper patients (if any) when first received; and also as to the dietary of the pauper patients (if any); and shall also make such other inquiries as to such visiting commissioners or visitors shall seem expedient; and every proprietor or superintendent of a licensed house or an hospital who shall not give full and true answers to the best of his knowledge to all questions which the visiting commissioners and visitors respectively shall ask in reference to the matters aforesaid shall be guilty of a misdemeanor.

65. And be it enacted, that upon every visit of the visi-

©BIUM

63. Der Eigenthümer oder Inspector eines jeden concessionirten Hauses oder Hospitales soll den Commissaren und Visitoren alle Theile desselben zeigen, ebenso jede Person, die als geisteskrank in demselben detinirt ist; und jeder Eigenthümer oder Inspector eines concessionirten Hauses oder Hospitals, der irgend einen Theil desselben oder irgend ein Nebengebäude oder Zubehör, das mit demselben zusammenhängt und nicht durch ein fremdes Grundstück von demselben getrennt ist oder irgend eine darin detinirte Person vor irgend einem besuchenden Commissar oder Visitor oder vor irgend einer Person, die durch die Bestimmungen dieses Gesetzes berechtigt ist, solches Haus oder Hospital zu besuchen und in Augenschein zu nehmen, verbirgt, zu verbergen sucht, zu zeigen verweigert oder absichtlich unterlässt, soll Missverhaltens schuldig sein.

64. Die besuchenden Commissare und Visitoren sollen bei ihren Besuchen in einem concessionirten Hause oder Hospitale nachfragen, wann Gottesdienst gehalten wird, für wie viele Kranke und welche Wirkung derselbe hat, ferner welche Beschäftigungen und Vergnügungen für die Kranken angeordnet sind und mit welchem Erfolge, ob daselbst ein System von Nicht-Zwang eingeführt ist und mit welchem Erfolge, wie die Kranken eingetheilt sind, wie die Lage der etwa aufgenommenen armen Kranken ist; und sollen ausserdem nach Allem forschen, was ihnen passend erscheint. Jeder Eigenthümer oder Aufseher eines solchen concessionirten Hauses oder Hospitals, der nicht vollständige und wahre Antworten nach seinem besten Wissen auf alle Fragen giebt, welche die Commissare und Visitoren über die angeführten Punkte stellen, soll Missverhaltens schuldig gelten.

65. Den Commissaren resp. Visitoren soll bei ihren Be

©BIUM

ting commissioners to any licenced house or to any hospital, and upon every visit of the visitors to any licensed house, there shall be laid before such visiting commissioners or visitors (as the case may be), by the proprietor or superintendent of such licensed house or of such hospital, a list of all the patients then in such house or hospital (distinguishing pauper patients from other patients, and males from females, and specifying such as are deemed curable), and also the several books by this act required to be kept by the proprietor or surperintendent and by the medical attendant of a licensed house or an hospital, and also all orders and certificates relating to patients admitted since the last visitation of the commissioners or visitors (as the case may be), and also, in the case of a licensed house, the licence then in force for such house, and also all such other orders, certificates, documents, and papers relating to any of the patients to any time received into such licensed house or hospital as the visiting commissioners or visitors shall from time to time require to be produced to them; and the said visiting commissioners or visitors, as the case may be, shall sign the said books as having been produced to them.

66. And be it enacted, that there shall be hung up in some conspicuous part of every licensed house a copy of the plan given to the commissioners or justices on applying for the licence for such house; and that there shall be kept in every licensed house and in every hospital in which lunatics shall be received a queens printers copy of this act, bound up in a book to be called „the visitors book", and that the said visiting commissioners and visitors respectively shall at the time of their respective visitations enter therein the result of the inspections and inquiries herein-before directed or authorized to be made by them respectively, with such observations (if any) as they shall think proper; and there shall also be kept in every such house and hospital a book to be called „the patients book", and the said visiting commissioners and visitors respectively shall at the times of their respective visitations enter therein such observations as they may think fit respecting the state of mind or body of any patient in such house or hospital.

67. And be it enacted, that the proprietor or resident superintendent of every licensed house and of every hospital shall, within three days after every such visit by the visiting commissioners as aforesaid, transmit a true and perfect copy of the entries made by them in „the visitors book", „the pa-

©BIUM

suchen durch den Eigenthümer des concessionirten Hauses oder Hospitals eine Liste aller im Hause befindlichen Kranken vorgelegt werden (mit Unterscheidung der Armen und Privat-Kranken, der Geschlechter und der für heilbar gehaltenen), ferner die verschiedenen Bücher, die zu halten in diesem Gesetze bestimmt ist und alle Aufnahme-Ordres und Atteste über Kranke, die seit dem letzten Besuche der Commissare oder Visitoren aufgenommen sind, ferner in concessionirten Häusern die zur Zeit geltende Concession und alle sonstigen Aufnahme-Ordres, Atteste, Documente und Papiere, welche auf irgend einen Kranken, der zu irgend einer Zeit in das Haus aufgenommen ist, Bezug haben, und deren Vorlegung die besuchenden Commissare oder Visitoren verlangen; die betreffenden Commissare resp. Visitoren sollen die Bücher als ihnen vorgelegt unterzeichnen.

66. In irgend einem leicht sichtbaren Theile jeden concessionirten Hauses soll eine Copie des Planes aufgehängt sein, welcher den Richtern oder Commissaren beim Concessionsgesuche eingereicht ist; und in jedem concessionirten Hause und jedem Hospitale, in welches Geisteskranke aufgenommen werden, soll ein von dem Königlichen Drucker verfertigter Abdruck dieses Gesetzes gehalten und in ein Buch, dass den Namen „Visitoren-Buch" trägt, mit eingebunden werden. In dasselbe sollen die besuchenden Commissare und Visitoren das Resultat ihrer Inspectionen und Untersuchungen mit denen ihnen passend erscheinenden Bemerkungen eintragen. Ferner soll in jedem solchen Hause oder Hospitale ein Buch gehalten werden unter dem Titel „Kranken-Buch"; in dasselbe sollen die Commissare und Visitoren die ihnen passend erscheinenden Bemerkungen über den Geistes- und Körperzustand der in dem Hause oder Hospitale befindlichen Kranken eintragen.

67. Der Eigenthümer oder im Hause wohnende Inspector eines jeden concessionirten Hauses oder Hospitals soll binnen drei Tagen nach jeder Visitation von Commissaren eine treue und vollständige Abschrift der Bemerkungen, welche von demselben in das „Visitations-Buch", das „Kranken-Buch" und das

©BIUM

tients book", and „the medical visitation book" respectively (distinguishing the entries in the several books) to the commissioners, and shall, within three days after every such visitation by the visitors, transmit a true and perfect copy of the entries made by them as aforesaid (distinguishing as aforesaid) to the commissioners and also to the clerk of the visitors; and the copies so transmitted to the clerk of the visitors of all such entries relating to any licensed house, and made since the grant or last renewal of the licence thereof, shall be laid before the justices on taking into consideration the renewal of the licence to the house to which such entries shall relate; and every such proprietor or superintendent as aforesaid who shall omit to transmit, as herein-before directed, a true and perfect copy of every or any such entry as aforesaid, shall for every such omission forfeit a sum not exceeding ten pounds.

68. And be it enacted, that the commissioners visiting any house licensed by justices shall carefully consider and give special attention to the state of mind of any patient therein confined, as to the propriety of whose detention they shall doubt (or as to whose sanity their attention shall be specially called), and shall, if they shall think that the state of mind of such patient is doubtful, and that the propriety of his detention requires further consideration, make and sign a minute thereof in the patients book of such house; and a true and perfect copy of every such minute shall, within two clear days after the same shall have been made, be sent by the proprietor or superintendent of such house to the clerk of the visitors of such house, and such clerk shall forthwith communicate the same to the said visitors, or some two of them (of whom a physician, surgeon, or apothecary shall be one), and such visitors shall thereupon immediately visit such patient, and act as they shall see fit; and every such proprietor or superintendent who shall omit to send a true and perfect copy, as herein-before directed, of every or any such last-mentioned minute, and every clerk who shall neglect to communicate the same to two of the visitors as aforesaid, shall be guilty of a misdemeanor.

69. And be it enacted, that the visiting commissioners shall, after every visitation by them to every licensed house not being within their immediate jurisdiction, and to every hospital, report in writing the general result of their inspection

©BIUM

„Aerztliche Visiten-Buch" eingetragen sind, den Commissaren und binnen drei Tagen nach jedem Besuche von Visitoren eine treue Abschrift der von denselben eingetragenen Bemerkungen den Commissaren und dem Schreiber der Visitoren zusenden. Die dem Schreiber der Visitoren übersandten Abschriften aller solcher Bemerkungen über ein concessionirtes Haus, welche seit der Concessionsertheilung oder der letzten Erneuerung derselben über dasselbe eingetragen sind, sollen den Richtern vorgelegt werden, damit dieselben die Erneuerung der Concession in Erwägung ziehen können. Jeder Eigenthümer oder Inspector, der die Uebersendung dieser Abschriften unterlässt, soll nicht über zehn Pfund Strafe zahlen.

68. Die Commissare, welche ein von Richtern concessionirtes Haus besuchen, sollen auf den Gemüthszustand von daselbst eingeschlossenen Kranken sorgfältig achten und denjenigen besondere Aufmerksamkeit schenken, deren Geeignetsein zur Einschliessung ihnen zweifelhaft erscheint (oder die ihnen durch ihren Gesundheitszustand besonders auffallen); und sollen, wenn sie den Gemüthszustand eines solchen Kranken für zweifelhaft halten und glauben, dass es weiterer Erwägung bedarf, ob derselbe zur Einschliessung geeignet sei, einen Vermerk darüber in das Krankenbuch des Hauses eintragen. Eine treue und vollständige Abschrift jeden solchen Vermerks soll binnen zwei Tagen, nachdem derselbe gemacht ist, durch den Eigenthümer oder Inspector solchen Hauses dem Schreiber der zugehörigen Visitoren eingeschickt und von diesem den Visitoren oder zweien derselben (von denen einer Arzt, Wundarzt oder Apotheker sein muss) mitgetheilt werden. Diese sollen unmittelbar darauf den Kranken besuchen und so verfahren, wie es ihnen passend erscheint. Jeder Eigenthümer oder Inspector, der es unterlassen sollte, eine treue und vollständige Copie, wie vorstehend bestimmt ist, eines jeden solchen Vermerks einzuschicken und jeder Secretair, der es vernachlässigen sollte, denselben zweien Visitoren einzuschicken, soll Missverhaltens schuldig sein.

69. Die besuchenden Commissare sollen nach der Visitation jedes concessionirten Hauses, welches nicht in ihrem unmittelbaren Bezirke liegt, und jeden Hospitales einen schriftlichen Bericht über das Gesammtergebniss ihrer Inspection

©BIUM

thereof (together with such special circumstances, if any, as they may deem proper to notice), to the commissioners, and the secretary of the commissioners shall thereupon enter the same in a book to be kept for that purpose.

70. And be it enacted, that it shall be lawful for the commissioners or any five of them, at any quarterly or special meeting, by any resolution or resolutions under their common seal, or to be entered in a book to be kept for that purpose, and signed by five at least of the commissioners present at such meeting, from time to time to make such orders and rules as they shall think fit for regulating the duties of the commissioners or any of them, of their secretary, clerks and servants, or for the due or better performance of the bussiness of the commission: provided nevertheless, that the secretary of the commissioners shall give to every commissioner, so far as circumstances will admit, not less than seven days notice of every such special meeting, and shall in the summons for such special meeting state the purposes for which the same is intended to be held.

71. And be it enacted, that it shall be lawful for any two or more of the commissioners, or any two visitors, to visit and to inspect any lisensed house or hospital at such hour of the night as they shall think fit: provided nevertheless, that no such visitor shall make any such visitation or inspection except of a licensed house within their jurisdiction.

72. And be it enacted, that if and when any person who signed the order on which any patient (not being a pauper) was received into any licensed house or into any hospital shall by writing under his hand direct that such patient shall be discharged or removed, then and in such case such patient shall forthwith be discharged or removed, as the person who signed the order of his reception shall direct.

73. And be it enacted, that if the person who signed the order on which any patient (not being a pauper) was received into any licensed house or into any hospital be incapable by reason of insanity or absence from England, or otherwise, or giving an order for the discharge or removal of such patient, or if such person be dead, then and in any of such cases the husband or wife of such patient, or if there be no such husband or wife, the father of such patient, or if there be no father, the mother of such patient, or if there be no mother, then any one of the nearest of kin for the time being of

©BIUM

(mit den Umständen, welche ihnen besonderer Berücksichtigung zu bedürfen scheinen) dem Collegium der Commissare einsensenden, und der Secretair derselben soll den Bericht in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Buch eintragen.

70. Es wird bestimmt, dass die Commissare oder fünf derselben ermächtigt sind, in irgend einer Quartal- oder besonderen Sitzung, durch einen oder mehrere Beschlüsse unter ihrem gemeinsamen Siegel, welche in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Buch eingetragen und wenigstens von fünf bei der Versammlung anwesenden Commissaren zu unterzeichnen sind, Vorschriften zu geben, wie sie ihnen zur Regelung der Pflichten der Commissare oder einzelner derselben, oder für den Secretair, Schreiber, Diener oder für die Erfordernisse und bessere Abwickelung der Commissions-Geschäfte geeignet erscheinen: doch soll der Commissions-Secretair jedem Commissar, soweit es möglich ist, mindestens sieben Tage vor einer solchen Special-Versammlung Nachricht geben, und in der Einladung zu dieser Versammlung den Zweck, zu welchem dieselbe abgehalten werden soll, angeben.

71. Es wird bestimmt, dass je zwei oder mehr Commissare oder je zwei Visitoren ermächtigt sein sollen, ein concessionirtes Haus oder Hospital zu jeder beliebigen Stunde der Nacht zu besuchen und zu inspiciren; doch darf ein Visitor eine solche Besichtigung nur in einem Hause vornehmen, welches in seinem Bezirke liegt.

72. Wenn Jemand, der eine Aufnahme-Ordre ausgestellt hat, auf welche hin ein Kranker (der nicht ein Armer ist) in ein concessionirtes Haus oder Hospital aufgenommen ist, durch ein mit seiner Unterschrift versehenes Schreiben die Entlassung oder Zurücknahme dieses Kranken bestimmt, so soll derselbe unverweilt entlassen werden, wie es der Aussteller der Ordre bestimmt.

73. Wenn die Person, welche die Aufnahme-Ordre ausgestellt hat, auf welche hin ein Kranker (der nicht ein Armer ist) aufgenommen wurde, durch Wahnsinn, durch Abwesenheit aus England oder anderweitig verhindert ist, den Auftrag zur Entlassung oder Zurücknahme des Kranken zu geben, oder gestorben ist, so kann der Mann oder die Frau desselben oder, wenn er unverheirathet ist, der Vater, ist derselbe nicht vorhanden, die Mutter, wenn diese nicht vorhanden ist, der nächste Verwandte des Kranken oder derjenige, welcher die letzte Zahlung für denselben gemacht hat, durch ein Schreiben mit seiner

©BIUM

such patient, or the person who made the last payment on account of such patient, may by any writing under his or her hand give such direction as aforesaid for the discharge or removal of such patient, and thereupon such patient shall be forthwith discharged or removed as the person giving such direction shall direct.

74. And be it enacted, that the guardians of any parish or union may by a minute of their board, or an officiating clergyman of any parish not under a board of guardians, and one of the overseers thereof, or any two justices of the county or borough in which such last-mentioned parish is situate, may by writing under the hands respectively of such clergyman and overseer or of such justices direct that any pauper patient belonging to such parish or union, and detained in any licensed house or any hospital, shall be discharged or removed therefrom, and may direct the mode of such discharge or removal; and if a copy of such minute or such writing be produced to the proprietor or superintendent of such licensed house or such hospital, he shall fortwith discharge or remove such patient, or cause or suffer such patient to be discharged or removed accordingly.

75. Provided always, nevertheless, and be it enacted, that no patient shall be discharged or removed, under any of the powers herein-before contained, from any licensed house or any hospital, if the physician, surgeon, or apothecary by whom the same shall be kept, or who shall be the regular medical attendant thereof, shall by writing under his hand certify, that in his opinion such patient is dangerons and unfit to be at large, together with the grounds on which such opinion is founded, unless the commissioners visiting such house or the visitors of such house shall, after such certificate shall have been produced to them, give their consent in writing that such patient shall be discharged or removed; provided that nothing herein contained shall prevent any patient from being transferred from any licensed house or any hospital to any other licensed house or any other hospital, or to any asylum, but in such case every such patient shall be placed under the control of an attendant belonging to the licensed house, hospital, or asylum to or from which he shall be about to be removed for the purpose of such removal, and shall remain under such control until such time as such removal shall be duly effected.

76. And be it enacted, that it shall be lawful for any two

©BIUM

oder ihrer Unterschrift die Entlassung verfügen, und soll daraufhin der Kranke unverweilt entlassen werden.

74. Die Vorsteher einer Pfarrei oder eines Bezirks können als Collegium eine Verfügung erlassen, oder in einem Bezirke, welcher nicht unter einem Collegium von Vorstehern steht, können der Geistliche und einer der Armenpfleger oder zwei Richter der Grafschaft oder des Burgfleckens, in welchem solche Pfarrei liegt, durch ein mit ihrer Unterschrift versehenes Schreiben bestimmen, dass ein armer Kranker, der ihrem Bezirke angehört und sich in einem concessionirten Hause oder Hospitale befindet, daraus entlassen oder zurückgenommen werde und bleibt ihnen die Bestimmung des Modus der Entlassung oder Zurücknahme anheimgestellt. Auf Vorlegung der Abschrift einer solchen Verfügung oder solchen Schreibens soll der Eigenthümer oder Inspector des betreffenden Hauses oder Hospitales den betreffenden Kranken unverweilt entlassen oder die Entlassung oder Zurücknahme demgemäss veranlassen oder zugeben.

75. Doch gilt die Einschränkung, dass kein Kranker in der angegebenen Art aus einem concessionirten Hause oder Hospitale entlassen werden darf, wenn der Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der dasselbe hält oder der Hausarzt desselben ein Attest ausstellt, dass der betreffende Kranke gefährlich und ungeeignet sei, in Freiheit zu sein, mit Angabe der Gründe für diese Ansicht, wenn nicht die ein solches Haus besuchenden Commissare oder Visitoren, nachdem ihnen das Attest vorgelegt ist, ihre schriftliche Einwilligung zu der Entlassung des Kranken geben. Durch Vorstehendes soll die Versetzung eines Kranken aus einem Hause oder Hospitale in ein anderes dergleichen oder in ein Asyl nicht verboten sein; doch soll in einem solchen Falle die Versetzung eines solchen Kranken unter der Aufsicht eines Beamten des Hauses, Hospitales oder Asyles, in welches oder aus welchem der Kranke gebracht werden soll, geschehen, und soll derselbe unter dieser Aufsicht bleiben, bis die Versetzung ordnungsmässig ausgeführt ist.

76. Je zwei oder mehr Commissare haben das Recht,

©BIUM

or more of the commissioners to make visits to any patient detained in any house licensed by the commissioners, on such days and at such hours as they shall think fit; and if after two distinct and separate visits so made (seven days at least to intervene between such visits) it shall appear to such visiting commissioners that such patient is detained without sufficient cause, it shall be lawful for the commissioners, if they shall think fit, to make such order as to the commissioners shall seem meet for the discharge of such patient, and such patient shall be discharged accordingly.

77. And be it enacted, that it shall be lawful for any two or more of the commissioners, of whom one shall be a physician and one a barrister, to make special visits to any patient detained in any house licensed by the justices or in any hospital, on such days and at such hours as they shall think fit; and if after two distinct and separate visits so made it shall appear to such visiting commissioners that such patient is detained without sufficient cause, they may make such order as to them shall seem meet for the discharge of such patient, and such patient shall be discharged accordingly.

78. And be it enacted, that it shall be lawful for any two or more of the visitors of any licensed house, of whom one shall be a physician, surgeon, or apothecary, to make special visits to any patient detained in such house, on such days and at such hours as they shall think fit; and if after two distinct aud separate visits so made it shall appear to such visitors that such patient is detained without sufficient cause, they may make such order as to them shall seem meet for the discharge of such patient, and such patient shall be discharged accordingly.

79. Provided always, and be it enacted, that every such order by any commissioners or visitors for the discharge of a patient from any house licensed by justices, or from any hospital, shall be signed by them, and that each of such special visits shall be by the same commissioners or visitors; and that it shall not be lawful for such commissioners or visitors to order the discharge of any patient from any such last-mentioned house or hospital without having previously, if the medical attendant of such house or hospital shall have tendered himself for that purpose, examined him as to his opinion respecting the fitness of such patient to be discharged; and if such commissioners or visitors shall, after so examining such medical attendant,

©BIUM

jeden Kranken, der in einem von den Commissaren concessionirten Hause sich befindet, zu besuchen; und wenn sie nach zwei solchen Besuchen (zwischen denen mindestens sieben Tage liegen müssen) glauben, dass ein Kranker ohne hinreichenden Grund festgehalten wird, so sind diese Commissare ermächtigt, die Entlassung des betreffenden Kranken nach ihrem Ermessen anzuordnen, und soll derselbe demgemäss entlassen werden.

77. Je zwei oder mehr Commissare, von denen einer ein Arzt und einer ein Jurist sein muss, sind ermächtigt, einem Kranken, der sich in einem von Richtern concessionirten Hause befindet, besondere Besuche zu machen und wenn sie denselben nach zwei solchen Besuchen ohne hinreichenden Grund festgehalten glauben, so können sie seine Entlassung verfügen, welche demgemäss erfolgen muss.

78. (Dasselbe Recht haben je zwei Visitoren bei Kranken, die in concessionirten Häusern ihres Bezirks festgehalten werden.)

79. Jeder derartige von Commissaren oder Richtern ausgehende Entlassungsbefehl soll von denselben unterzeichnet sein und jeder solcher besondere Besuch soll durch dieselben Commissare oder Visitoren gemacht werden. Commissare oder Visitoren dürfen die Entlassung eines Kranken nicht verfügen, bevor sie nicht den Arzt des Hauses oder Hospitales, wenn derselbe selbst für dieses Vorhaben ist, um seine Meinung über die Zulässigkeit solcher Entlassung gefragt haben; und wenn Commissare oder Visitoren nach geschehener Rücksprache mit dem Hausarzte einen solchen Kranken entlassen, und dieser Arzt eine schriftliche Verwahrung mit seinen Gründen gegen die Entlassung bei ihnen einlegt, so sollen sie diese unverweilt

©BIUM

discharge such patient, and such medical attendant shall furnish them with any statement in writing containing his reasons against the discharge of such patient, they shall forthwith transmit such statement to the commissioners or to the clerk of the visitors, as the case may require, to be kept and registered in a book for that purpose.

80. Provided also, and be it enacted, that not less than seven days shall intervene between the first and second of such special visits; and that such commissioners or visitors shall, seven days previously to the second of such special visits, give notice thereof, either by post or by an entry in the patients book, to the proprietor or superintendent of the house licensed by justices or of the hospital in which the patient intendet to be visited is detained; and that such proprietor or superintendent shall forthwith, if possible, transmit by post a copy of such notice, in the case of a patient not being a pauper, to the person by whose authority such patient was received into such house, or by whom the last payment on account of such patient was made, and in the case of a pauper, to the guardians of his parish or union, or if there be no guardians to one of the overseers for the time being of his parish, and also in the case of any patient detained in a house licensed by justices, to the clerk of the visitors of such house.

81. Provided also, nevertheless, and be it enacted, that none of the powers of discharge herein-before contained shall extend to any person who shall have been found lunatics by inqnisition or under any inquiry directed by the Lord Chancellor, in pursuance of the powers in that behalf herein-after given to him not to any lunatic confined under any order or authority of Her Majesty's principal secretary of state for the home department, or under the order of any court of criminal jurisdiction.

82. And be it enacted, that it shall be lawful for the visitors of any licensed house at any time to determine and regulate the dietary of the pauper patients therein; and that it shall be lawful for the visiting commissioners at any time to determine and regulate the dietary of the pauper patients in any licensed house or in any hospital; and that if such determination and regulation of any visitors and of the visiting commissioners shall not agree with each other, then the determination and regulation of the visiting commissioners shall be followed: provided always, nevertheless, that every such regulation shall be made to take effect only from such time as not

©BIUM

den Commissaren event. dem Schreiber der Visitoren übersenden, damit dieselbe in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Buch eingetragen werde.

80. Zwischen der ersten und zweiten derartigen Specialvisite sollen mindestens sieben Tage vergehen, und die Commissare oder Visitoren sollen sieben Tage vor dem zweiten Besuche durch die Post oder durch eine in das Krankenbuch eingetragene Bemerkung dem Eigenthümer oder Inspector des durch Richter concessionirten Hauses oder Hospitales, in welchem sich der Kranke, dem der Besuch zugedacht ist, befindet, davon Nachricht geben und der Eigenthümer oder Inspector soll wo möglich sofort eine Abschrift dieser Nachricht, wenn der Kranke kein Armer ist, demjenigen, auf dessen Veranlassung die Aufnahme erfolgt war, oder dem, der die letzte Zahlung gemacht hat, oder, wenn es sich um einen Armen handelt, dem Vorsteher seines Bezirks oder einem Armenpfleger seiner Pfarrei, und wenn sich der Kranke in einem von Richtern concessionirten Hause befindet, dem Schreiber der Visitoren dieses Hauses durch die Post zusenden.

81. Doch wird bestimmt, dass keins der obigen Entlassungsrechte auf irgend eine Person sich erstreckt, die durch gerichtliche oder eine vom Lord-Kanzler gemäss seiner nach Folgendem ihm zustehenden Vollmachten angeordnete Untersuchung für wahnsinnig befunden ist, noch auf Jemand, der auf Befehl und Ermächtigung von Ihrer Majestät erstem Staatssecretair des Innern oder auf Befehl eines Criminalgerichts eingeschlossen ist.

82. Die Visitoren eines concessionirten Hauses sind ermächtigt, die Diät der in demselben befindlichen armen Kranken zu jeder Zeit zu bestimmen und anzuordnen; ebenso sollen die Commissare zu jeder Zeit die Diät der in einem concessionirten Hause oder Hospitale befindlichen armen Kranken festsetzen und ändern dürfen. Wenn eine derartige Anordnung von Visitoren und Commissaren nicht übereinstimmt, soll die Anordnung der Commissare befolgt werden, mit der Einschränkung, dass eine solche Anordnung nur von dem Tage an in Kraft treten kann, von dem ab sie nicht mehr mit einem am ersten Tage des letztvergangenen Monats Juni noch in Kraft

©BIUM

to affect any contract existing on the first day of June last for the maintenance of pauper patients before the first day of June one thousand eight hundred and forty-six, or the expiration of such contract, whichever shall first happen.

83. And be it enacted, that if any person shall apply to any visitor in order to be informed wether any particular person is confined in any licensed house within the jurisdiction of such visitor, the said visitor, if he shall think it reasonable to permit such inquiry to be made, shall sign an order to the clerk of the visitors, and the said clerk shall, on receipt of such order, and on payment to him of a sum not exceeding seven shillings for his trouble, make search amongst the returns made to him in pursuance of this act wether the person inquired after is or has been within the then last twelve calendar months confined in any licensed house within the jurisdiction of such visitor; and if it shall appear that such person is or has been so confined the said clerk shall deliver to the person so applying a statement in writing, specifying the situation of the house in which the person so inquired after appear to be or to have been confined, and of the name of the proprietor or resident superintendent thereof, and also the date of the admission of such person into such licensed house, and (in case of his having been removed or discharged) the date of his removal or discharge therefrom.

84. And be it enacted, that if any person shall apply to any commissioner in order to be informed wether any particular person is confined in any licensed house, or in any hospital, asylum, or other place by this act made subject to the visitation of the commissioners, such commissioner, if he shall think it reasonable to permit such inquiry to be made, shall sign an order to the secretary of the commissioners, and the secretary shall, on the recept of such order, and on payment to him of a sum not exceeding seven shillings (to be applied as hereinbefore provided), make search amongst the returns made in pursuance of this act, or of any of the acts hereby repealed, wether the person inquired after is or has been within the last twelve calendar months confined in any house, hospital, asylum, or place by this act made subject to the visitation of the commissioners; and if it shall appear that such person is or has been so confined the secretary shall deliver to the person so applying a statement in writing, specifying the situation of the house, hospital, asylum, or place in which the person so

©BIUM

bestandenen Contracte zur Beköstigung von Armen-Kranken vor dem ersten Juni des Jahres 1846 collidirt, oder von dem Ablaufe eines solchen Contractes an, sobald derselbe eintritt.

83. Wenn irgend Jemand einen Visitor um Nachricht darüber angeht, ob eine bestimmte Person in einem concessionirten Hause des Bezirks dieses Visitors eingeschlossen ist, so soll derselbe, wenn er eine solche Nachforschung für statthaft hält, dem Schreiber der Visitoren einen Befehl zustellen, und dieser Schreiber soll nach Empfang desselben gegen Erlegung einer Summe von nicht über sieben Schillingen für seine Bemühung, unter den Berichten, welche ihm in Gemässheit dieses Gesetzes zugegangen sind, nachsehen ob die betreffende Person innerhalb der letzten zwölf Monate in einem zum Bezirke des betreffenden Visitors gehörigen Hause eingeschlossen gewesen ist oder noch ist; und wenn dieses der Fall ist, so soll der Schreiber der Person, welche die Nachfrage angestellt, das Haus, in welchem die betreffende Person eingeschlossen ist oder gewesen ist, den Namen des Eigenthümers oder Inspectors, das Datum der Aufnahme (und im Falle bereits erfolgter Entlassung) das Datum der Entlassung schriftlich angeben.

84. Wenn Jemand sich an einen Commissar wendet, um zu erfahren, ob eine bestimmte Person in einem concessionirten Hause, Hospitale, Asyle oder anderen Orte eingeschlossen ist, welcher durch dieses Gesetz unter die Aufsicht der Commissare gestellt ist, so soll der Commissar, wenn er die Nachfrage für gerechtfertigt hält, dem Commissions-Secretaire einen Befehl zustellen, und der Secretair soll nach Empfang desselben, gegen Erlegung von nicht mehr als sieben Schillingen, in seinen Listen nachsehen, ob die Person, nach der gefragt ist, innerhalb der letzten zwölf Monate in einem Hause, Hospitale, Asyle oder anderem unter der Aufsicht der Commissare stehenden Orte eingeschlossen gewesen oder noch ist, und soll der nachfragenden Person die Lage des Hauses etc., in welchem die Person, nach der gefragt ist, sich befindet, den Namen des Eigenthümers, Inspectors oder ersten Beamten des Hauses etc., das Datum der Aufnahme resp. der Entlassung schriftlich angeben.

©BIUM

inquired after appears to be or to have been confined, and also (so far as the said secretary can ascertain the same from any register or return in his posession) the name of the pro-proprietor, superintendent, or principal officer of such house, asylum, hospital, or place, and also the date of the admission of such person into such licensed house, hospital, asylum, or other place, and (in case of his having been removed or discharged) the date of his removal or discharge therefrom.

85. And be it enacted, that it shall be lawful for any one of the commissioners, as to patients confined in any house, hospital, or other place (not being a gaol) hereby authorized to be visited by the commissioners, and also for any one of the visitors of any licensed house as to patients confined in such house, at any time to give an order in writing under the hand of such one commissioner or visitor for the admission to any patient of any relation or friend of such patient (or of any medical or other person whom any relation or friend of such patient shall desire to be admitted to him), and such order of admission may be either for a single admission, or for an admission for any limited number of times, or for admission generally at all reasonable times, and either with or without any restriction as to such admission or admissions being in the presence of a keeper or not, or otherwise; and if the proprietor or superintendent of any such house, hospital, or place shall refuse admission to, or shall prevent or obstruct the admission to any patient of, any relation, friend, or other person who shall produce such order of admission as aforesaid, he shall for every such refusal, prevention, or obstruction forfeit a sum not exceeding twenty pounds.

86. And be it enacted, that it shall be lawful for the proprietor or superintendent of any licensed house or of any hospital, with the consent in writing of any two of the commissioners, or in the case of a house licensed by justices of any two of the visitors of such house, to send or take, under proper control, any patient to any specified place for any definite time for the benefit of his health: provided always, nevertheless, that before any such consent as aforesaid shall be given by any commissioners or visitors the approval in writing of the person who signed the order for the reception of such patient, or by whom the past payment on account of such patient was made, shall be produced to such commissioners or visitors, unless they shall, on cause being shown, dispense with the same.

©BIUM

85. Jeder Commissar ist berechtigt, für einen Kranken, der in einem Hause, Hospitale oder anderen Orte (mit Ausnahme der Gefängnisse), zu dessen Besuch Commissare berechtigt sind, eingeschlossen ist, und ebenso jeder Visitor eines concessionirten Hauses für Kranke in einem solchen Hause, zu jeder Zeit die schriftliche Erlaubniss zum Besuche durch einen Verwandten oder Freund desselben (oder durch irgend einen Arzt, dessen Besuch ein Freund oder Verwandter wünscht) zu geben; solche Erlaubniss kann entweder für einen Besuch oder für eine bestimmte Anzahl von Besuchen oder im Allgemeinen für die Zulassung zu jeder vernünftigen Zeit gelten, mit oder ohne die Einschränkung, dass der Besuch in Gegenwart des Vorstehers, ohne dieselbe oder sonst wie stattfinde und wenn der Eigenthümer oder Inspector eines Hauses, Hospitales oder anderen Lokales den Besuch verweigert oder die Zulassung einer Person, die eine solche Erlaubniss vorzeigt, zu einem Kranken verhindert oder verbietet, so soll derselbe dafür eine Summe von nicht über zwanzig Pfund verwirkt haben.

86. Der Eigenthümer oder Inspector eines concessionirten Hauses oder Hospitales soll berechtigt sein, mit der schriftlichen Zustimmung der Commissare oder, wenn das Haus von Richtern concessionirt ist, zweier Visitoren desselben, einen Kranken seiner Gesundheit wegen an irgend einen angegebenen Ort zu senden: mit der Einschränkung, dass, bevor eine derartige Erlaubniss von einem Commissare oder Visitor ertheilt wird, demselben eine schriftliche Einwilligung desjenigen, der die Aufnahme-Ordre ausgestellt, oder der die letzte Zahlung für den betreffenden Kranken gemacht hat, vorgelegt sein muss, wenn sie nicht auf genügenden Grund hin davon absehen.

©BIUM

87. And be it enacted, that in every case in which any patient shall, under any of the powers or provisions of this act, be removed temporarily from the house or hospital into which the order for his reception was given, or be transferred from such house or hospital in to any new house, and also in every case in which any patient shall escape from any house or hospital, and shall be retaken within fourteen days next after such escape, the certificate or certificates relating to and the original order for the reception of such patient shall respectively remain in force, in the same manner as the same would have done if such patient had not been so removed or transferred, or had not so escapen and been retaken.

88. And be it enacted, that the commissioners shall, at the expiration of every six calendar months, report to the Lord Chancellor the number ob visits which they shall have made, the number of patients whom they shall have seen, and the number of miles which they shall have travelled during such months, and shall on the first day of January in each year make a return to the Lord Chancellor of all sums received by them for travelling expences, or upon any other and what account, and shall also in the month of June in every year make to the Lord Chancellor a report of the state and condition of the several houses, hospitals, asylums, and other places visited by them under this act, and of the care of the patients therein, and of such other particulars as they shall think deserving of notice; and a true copy of such reports, showing the number of visits made, the number of patients seen, and the number of miles travelled, and also a copy of such return of sums received for travelling expences, or on any other and what account, shall be laid before parliament within twenty-one days next after the commencement of every session of parliament.

89. And be it enacted, that the permanent chairman for the time being of the commissioners, and two other of the commissioners to be appointed by the Lord Chancellor from time to time as occasion may require (one of whom shall be a physician or surgeon, and the other a barrister), shall be a comittee, to be called „the private committee", for the purposes herein-after mentioned.

90. And be it enacted, that no person (unless he be a person who derives no profit from the charge, or a committee appointed by the Lord Chancellor) shall receive to board or lodge in any house, other than an hospital registered under

©BIUM

87. In jedem Falle, wo ein Kranker gemäss einer der Bestimmungen dieses Gesetzes zeitweise aus dem Hause, in welches er aufgenommen war, entfernt oder aus einem solchen Hause in ein anderes versetzt wird, und jedesmal, wenn ein Kranker entflieht und binnen vierzehn Tagen nach der Flucht zurückgebracht wird, sollen Atteste und Aufnahme-Ordre ebenso in Kraft bleiben, als wenn der betreffende Kranke nicht entfernt, versetzt, entflohen oder zurückgebracht worden wäre.

88. Die Commissare sollen alle sechs Monate dem Lord-Kanzler berichten, wie viele Besuche sie gemacht, wie viele Kranke sie gesehen und wie viele Meilen sie während dieser Monate zurückgelegt haben; jeden ersten Januar sollen sie dem Lord-Kanzler über alle für Reisekosten oder anderweitig eingenommenen Summen, im Juni jeden Jahres über den Zustand der Häuser, Hospitäler und Asyle berichten, welche sie gemäss diesem Gesetze besucht haben, über die Pflege der Kranken darin und über andere Einzelheiten, welche sie für bemerkenswerth halten.

89. Der jedesmalige permanente Vorsitzende der Commission und zwei andere Commissare (von denen der eine Arzt oder Wundarzt, der andere ein Anwalt sein soll), die von Zeit zu Zeit, wenn es die Gelegenheit erfordert, von dem Lord-Kanzler ernannt werden, sollen ein Comité bilden unter dem Titel „Privat-Comité“ für die unten angegebenen Zwecke.

90. Niemand (ausgenommen Jemand, der keinen Nutzen daraus zieht oder vom Lord-Kanzler ernannte Comités) darf in ein Haus oder Hospital, welches nicht nach diesem oder einem der hierdurch aufgehobenen Gesetze concessionirt oder einge-

©BIUM

this act, an asylum, or an house licensed under this act, or under one of the acts herein-before repealed, or take the care or charge of any one patient as a lunatic or alleged lunatic, without the like order and medical certificates in respect of such patient as are herein-before required on the reception of a patient (not being a pauper) into any licensed house; and that every person (except a person deriving no profit from the charge, or a committee appointed by the Lord Chancellor) who shall receive to board or lodge in any unlicensed house, not being a registered hospital or an asylum, or take the care or charge of any one patient as a lunatic or alleged lunatic, shall, within seven clear days after so receiving or taking such patient, transmit to the secretary of the commissioners a true and perfect copy of the order and medical certificates on which such patient has been so received, and a statement of the date of such reception, and of the situation of the house into which such patient has been received, and of the christian and surname and occupation of the occupier thereof and of the person by whom the care and charge of such patient has been taken; and every such patient shall at least once in every two weeks be visited by a physician, surgeon, or apothecary not deriving, and not having a partner, father, son, or brother who derives, any profit from the care or charge of such patient; and such physician, surgeon, or apothecary shall enter in a book, to be kept at the house or hospital for that purpose, to be called „the medical visitation book", the date of each of his visits, and a statement of the condition of the patients health, both mental and bodily, and of the condition of the house in which such patient is, and such book shall be produced to the visiting commissioner on every visit, and shall be signed by him as having been so produced; and the person by whom the care or charge of such patient has been taken, or into whose house he has been received as aforesaid, shall transmit to the secretary of the commissioner the same notices and statements of the death, removal, escape, and re-capture of such lunatic, and within the same periods, as are herein-before required in the case of the death, removal, escape and re-capture of a patient (not being a pauper) received into a licensed house; and that every person who shall receive into an unlicensed house, not being a registered hospital nor an asylum, or take the care or charge of any person there-in as a lunatic, without first having such order and medical certificates as

©BIUM

tragen ist, einen Geisteskranken oder angeblich Geisteskranken in Kost und Logis nehmen oder die Pflege desselben übernehmen ohne Auftrag und ärztliche Zeugnisse, wie sie für einen Kranken (der nicht Armer ist) zur Aufnahme in ein concessionirtes Haus gefordert werden. Jeder (ausgenommen Jemand, der keinen Nutzen aus seiner Mühewaltung zieht, oder vom Lord-Kanzler ernannte Comités), der einen Geisteskranken oder angeblich Geisteskranken in ein nicht concessionirtes Haus, Hospital oder Asyl in Kost und Logis nimmt, soll binnen sieben Tagen nach der Aufnahme eines solchen Kranken dem Secretaire der Commissare eine getreue und vollständige Abschrift des Auftrages und der ärztlichen Zeugnisse, auf welche hin die Aufnahme erfolgt ist, mit Angabe des Datums der Aufnahme, der Lage des Hauses, in welches der Kranke überbracht ist, des vollständigen Vor- und Zunamens, Standes seines Besitzes und der Person, die Pflege und Besorgung des Kranken übernommen hat, einschicken; und jeder derartige Kranke soll einmal innerhalb jeder zwei Wochen von einem Arzte, Wundarzte oder Apotheker besucht werden, der weder selbst, noch dessen Compagnon, Vater, Sohn oder Bruder irgend einen Vortheil aus der Pflege und Besorgung dieses Kranken zieht. Dieser Arzt, Wundarzt oder Apotheker soll ein zu dem Zwecke in dem Hause oder Hospitale gehaltenes Buch, genannt „ärztliches Visiten-Buch" das Datum jeden Besuches bemerken nebst einer Notiz über geistigen und körperlichen Gesundheitszustand des Kranken und über die Lage des Hauses, in welchem sich derselbe befindet. Dieses Buch soll dem besuchenden Commissare vorgelegt und von demselben unterzeichnet werden. Die Person, welche die Pflege des Kranken übernommen oder ihn in ihr Haus aufgenommen hat, soll dem Secretair der Commissare dieselben Notizen über Tod, Entfernung, Flucht, Wiederergreifung eines solchen Kranken in denselben Fristen zugehen lassen, wie das für ein concessionirtes Haus vorgeschrieben ist. Solche, die einer dieser Bestimmungen entgegen handeln, sollen Missverhaltens schuldig sein.

©BIUM

aforesaid, or who having received any such patient, shall not within the several periods aforesaid transmit to the secretary of the commissioners such copy, statement, and notices as aforesaid, or shall fail to cause such patient to be so visited by a medical attendant as aforesaid, and every such medical attendant who shall make an untrue entry in the said medical visitation book, shall be guilty of a misdemeanor.

91. And be it enacted, that the secretary to the commissioners shall preserve every copy transmitted as aforesaid of the order and certificates for the reception of any patient as a lunatic into an unlicensed house, and every statement and notice which may be transmitted to such secretary with respect to any such patient as aforesaid, and shall enter the same (in such form as the private committee shall direct) in a book to be kept for that pupose, to be called „the private register", and such private register shall be kept by such secretary in his own custody, and shall be inspected only by the members for the time being of the said private committee, and by such other persons as the Lord Chancellor shall by writing under his hand appoint.

92. And be it enacted, that it shall be lawful for any one member of the said private committe, on the direction of such committee, or of any two members thereof (of whom the one member aforesaid may be one), at all reasonable times to visit every or any unlicensed house in which one patient only is received as a lunatic (unless such patient be so received by a person deriving no profit from the charge, or by a committee appointed by the Lord Chancellor), and to inquire and report to the said private committee on the treatment and state of health, both bodily and mental, of such patient; and a copy of every or any such report shall be entered in a private register, to be kept for that purpose, by the secretary of the commissioners, and another copy thereof shall, if such private committee think it expedient, be laid before the Lord Chancellor.

93. And be it enacted, that it shall be lawful for the Lord Chancellor, on the representation of the said private committee, accompanied with a copy of a report made as last aforesaid as to any patient received or detained as a lunatic in a unlicensed house as aforesaid, to make an order that such patient shall be removed from such house, and from the care and charge of the person under whose care and charge such lunatic may be; and any person detaining such lunatic in such house,

©BIUM

91. Der Secretair der Commissare soll die ihm übersandten Abschriften der Aufnahme-Ordre, der Atteste und Notizen über einen in einem nicht-concessionirten Hause aufgenommenen Kranken aufbewahren und in ein Buch mit dem Titel „Privat-Register" in der Form eintragen, wie sie von dem Privat-Comité bestimmt wird. Dieses Buch soll der Secretair bei sich in Verwahr haben und ist die Einsicht in dasselbe nur den zeitigen Mitgliedern des Privat-Comités und den Personen gestattet, welche der Lord-Kanzler durch ein Schreiben dazu autorisirt.

92. Jedes Mitglied des Privat-Comités, der Vorstand oder je zwei Mitglieder desselben sind berechtigt, zu jeder vernünftigen Zeit jedes nicht concessionirte Haus, in welches Jemand als Geisteskranker aufgenommen ist, zu besuchen (ausgenommen, wenn derselbe von Jemand, der keinen Nutzen daraus zieht oder von einem durch den Lord-Kanzler ernannten Comité aufgenommen ist), daselbst Nachfragen anzustellen und dem Privat-Comité über Behandlnng, geistige und körperliche Gesundheit des Kranken berichten. Eine Abschrift jeden solchen Berichts soll in ein zu diesem Zwecke gehaltenes Privat-Register eingetragen und wenn es dem Privat-Comité passend erscheint, demselben vorgelegt werden.

93. Der Lord-Kanzler ist berechtigt, auf die Vorstellung des Privat-Comités hin, welcher eine in der angegebenen Weise angefertigte Abschrift eines Berichts über einen in einem nicht concessionirten Hause festgehaltenen Kranken beiliegt, die Entlassung eines solchen Kranken aus diesem Hause zu verfügen und denselben aus der Pflege dessen zu entfernen, dessen Sorge er anvertraut war. Jeder, der solche Person drei Tage, nachdem eine Abschrift einer derartigen Verfügung an seinem Hause abgegeben

©BIUM

or in such care or charge, for the space of three days after a copy of such order shall have been left at such house or served on such person, shall be guilty of a misdemeanor.

94. And be it enacted, that when ever the commissioners shall have reason to suppose that the property of any person detained or taken charge of as a lunatic is not duly protected, or that the income thereof is not duly applied for his maintenance, such commissioners shal[make such inquiries relative thereto as they shall think proper, and report thereon to the Lord Chancellor.

95. And be it enacted, that when any person shall have been received or taken charge of as a lunatic upon an order and certificates, or an order and certificate, in pursuance of the provisions of this act, or of any act herein-before repealed, and shall either have been detained as a lunatic for the twelve months then last past, or shall have been the subject of a report hy the commissioners in pursuance of the provision lastly herein-before contained, it shall be lawful for the Lord Chancellor to direct that one of the said masters in lunacy shall, and thereupon one of the said masters shall personally examine such person, and shall take such evidence and call for such information as to such master shall seem necessary to satisfy him wether such person is a lunatic, and shall report thereon to the Lord Chancellor, and such report shall be filed with the secretary of lunatics; at it shall be lawful for the Lord Chancellor from time to time to make orders for the appointment of a guardian, or otherwise for the protection, care, and management of the person of any person who shall by any such report as last aforesaid be found to be a lunatic, and such guardian shall have the same powers and authorities as a committee of the person of a lunatic found such by inquisition now has, and also to make orders for the appointment of a receiver, or otherwise for the protection, care, and management of the estate of such lunatic, and such receiver shall have the same powers and authorities as a receiver of the estate of a lunatic found such by inquisition now has, and also to make orders for the application of the income of such lunatic, or a sufficient part thereof, for his maintenance and support and in payment of the costs, charges, and expences attending the protection, care, and management of the person and estate of such lunatic, and also as to the investment or other application for the purpose of accumulation of the overplus, if any,

©BIUM

oder ihm eingehändigt ist, als geisteskrank in solchem Hause oder unter seiner Pflege und Aufsicht behält, soll Missverhaltens schuldig sein.

94. Wenn die Commissare Grund zu der Annahme haben, dass das Eigenthum einer als geisteskrank festgehaltenen Person nicht ordentlich geschützt oder dass ihr Einkommen nicht ordentlich zu ihrem Unterhalte verwandt wird, so sollen sie Nachforschungen darüber anstellen, wie es ihnen passend erscheint, und dem Lord-Kanzler darüher berichten.

95. Wenn Jemand, nachdem er auf eine Ordre und Atteste hin, welche diesem oder einem der hierdurch aufgehobenen Gesetze entsprechen, als Geisteskranker aufgenommen und verpflegt, seit zwölf Monaten eingeschlossen oder Gegenstand des Berichts eines Commissares in der letztgenannten Hinsicht geworden ist, so hat der Lord-Kanzler das Recht, einen der Masters in Irrenangelegenheiten abzusenden, der sich dann, soweit es ihm hinreichend erscheint, zu überzeugen und zu informiren hat, um zu entscheiden, ob solche Person geisteskrank ist, worüber er dann dem Lord-Kanzler zu berichten hat. Der Bericht soll dem Secretair für Irrenangelegenheiten mitgetheilt werden. Der Lord-Kanzler ist ferner ermächtigt, von Zeit zu Zeit durch Ernennung eines Vormundes oder anderweitig für Schutz, Pflege und Unterhalt einer Person zu sorgen, die nach einem solchen Berichte geisteskrank befunden ist. Ein solcher Vormund soll dieselben Rechte und Vollmachten haben, welche ein Comité über die Person eines Geisteskranken hat, der durch gerichtliche Untersuchung als solcher befunden ist. Er kann demgemäss einen Rendanten für das Vermögen solches Geisteskranken ernennen oder anderweitig für Schutz, Pflege und Unterhalt desselben sorgen; dieser Rendant soll dieselben Rechte und Vollmachten haben, wie ein solcher, der für das Vermögen eines gerichtlich für geisteskrank Erklärten ernannt ist; demnach kann er das Einkommen eines solchen Irren oder einen hinreichenden Theil desselben für dessen Unterhalt und zur Deckung der Kosten für Schutz, Pflege, Unterhalt der Person und des Vermögens des Kranken verwenden und Anordnungen über Verwendung und Anlegung etwaiger Ueberschüsse dieses Einkommens zum Besten des Irren treffen, vorbehaltlich der Genehmigung des Lord-Kanzlers, mit der Einschränkung, dass solcher Schutz, Pflege nnd Fürsorge nur so lange währen soll, als solcher Irre auf Ordre und Atteste festgehalten wird und

©BIUM

of such income, for the use of such lunatic, as to the Lord Chancellor shall from time to time in each case seem fit: provided always, that such protection, care, and management shall continue only during such time as such lunatic shall continue to be detained as a lunatic upon an order and certificates or certificate as aforesaid, and for such further time, not exceeding six months, as the Lord Chancellor may fix: provided also, that it shall be lawful for the Lord Chancellor in any such case, either before or after directing such inquiry by such master as aforesaid, and wether such master shall have made a report as aforesaid or not, to directed a commission in the nature of a writ de lunatico inquirendo to issue, to inquire of the lunacy of such person.

96. And be it enacted, that such masters shall have power, in the prosecution of all inquiries and matters which may be referred to them as aforesaid or otherwise under this act, to summon persons before them, and to administer oaths, and take evidence, either viva voce or on affidavit, and to require the production of books, papers, accounts, and documents, and that the Lord Chancellor may by any order (either general or particular) refer to the said masters any inquiries under the provisions of this act relating to the person and estate of any lunatic as to whom a report shall be made by a master as aforesaid, in like manner as inquiries relating to the persons and estates of lunatics found such by inquisition are now referred to them.

97. And be it enacted, that it shall be lawful for the Lord Chancellor from time to time to make such orders as shall to him seem fit for regulating the form and mode of proceeding before the Lord Chancellor and before the said masters, and of any other proceedings pursuant to the provisions of this act, for the due protection, care, and management of the persons and estates of lunatics as to whom such reports shall be made by the said masters as aforesaid, and also for fixing, altering, and discontinuing the fees to be received and taken in respect of such proceedings, as to the Lord Chancellor shall from time to time seem fit: provided nevertheless, that all fees to be so received and taken shall be paid into the bank of England, and placed to the credit of the accountant general of the court of chancery, to the account intituled „the suitors fee fund account", in like manner as and together with the fees payable under the act passed in the fifth and sixth years of Her present

©BIUM

darüber hinaus auf so lange, doch höchstens auf sechs Monate, als es dem Lord-Kanzler passend erscheinen wird, mit der ferneren Einschränkung, dass der Lord-Kanzler in jedem solchen Falle, sei es bevor, sei es nachdem er eine Untersuchung durch einen Master angeordnet hat, mag derselbe seinen Bericht eingereicht haben oder nicht, berechtigt ist, eine Commission niederzusetzen behufs gerichtlicher Feststellung des Gemüthszustandes einer solchen Person.

96. Die Masters sind ermächtigt, in Verfolg aller Untersuchungen und Angelegenheiten, welche ihnen in der vorangegebenen Weise oder anderweitig übertragen werden, Personen vorzuladen, Eide abzunehmen, Thatbestände aufzunehmen, sei es durch mündliche Vernehmung oder durch beglaubigte schriftliche Auslassungen, die Vorlegung von Büchern, Papieren, Rechnungen und Documenten zu verlangen. Der Lord-Kanzler kann durch eine Verfügung (entweder im Allgemeinen oder für einen Special-Fall) den erwähnten Masters Untersuchungen über Person und Vermögen eines Geisteskranken, über den ein Bericht an einen solchen Master erstattet ist, zuweisen; ebenso sollen von jetzt ab Untersuchungen über Person und Vermögen von Geisteskranken, die gerichtlich dafür erklärt sind, demselben zugewiesen werden.

97. Der Lord-Kanzler ist ermächtigt, von Zeit zu Zeit Bestimmungen zu erlassen, wie sie ihm passend erscheinen, zur Anordnung von Form und Modus des Verfahrens vor dem Lord-Kanzler und den Masters, und jeden anderen Verfahrens, welches nach diesem Gesetze zum Schutze, Fürsorge, Unterhalt von Person und Vermögen von Irren, über die in der angegebenen Weise von Masters Bericht erstattet ist, in Anwendung kommen kann; ebenso zur Festsetzung, Veränderung, Aufhebung von Gebühren für ein derartiges Verfahren. Alle derartigen Gebühren sollen in die Bank von England eingezahlt und dem Kredit des General-Rechnungsführers des Kanzleihofes gutgeschrieben werden, auf dem Titel „Process-Gebühren-Fond", ebenso wie und zusammen mit den Gebühren, welche nach dem Gesetze aus dem fünften und sechsten Jahre Ihrer jetzt regierenden Majestät, betitelt: „Gesetz zur Aenderung und Verbesserung von Handhabung und Verlauf des Verfahrens

©BIUM

Majesty, intituled An Act to alter and amend the Practice and Course of Proceeding under Commissions in the Nature of Writs De lunatico inquirendo, and be applied in like manner as such last-mentioned fees.

98. And be it enacted, that the travelling and other expences of the said masters and their clerks shall be paid to them, by virtue of any order or orders of the court of chancery, out of the said fund, intituled „The suitors fee fund account", in the same manner as their expences under the said last-mentioned act.

99. And be it enacted, that every proprietor and superintendent of a licensed house or registered hospital, and every other person hereby or by any of the acts herein-before repealed authorized to receive or take charge of a lunatic upon an order, and who shall receive or has received a proper order, in pursuance of this act or any of the said repealed acts, accompanied with the required medical certificates or certificate, for the reception or taking charge of any person as a lunatic, and the assistants and servants of such proprietor, superintendent, or other person, shall have power and authority to take charge of, receive, and detain such patient until he shall die, or be removed or discharged by due authority, and in case of the escape at any time or times of such patient to retake him at any time within fourteen days after such escape, and again to detain him as aforesaid; and in every writ, indictment, information, action, and other proceeding which shall be preferred or brought against any such proprietor, superintendent, or other person authorized as aforesaid, or against any assistant or servant of any such proprietor, superintendent, or authorized person, for taking, confining, detaining, or retaiking any person as a lunatic, the party complained of may plead such order and certificates or certificate in defence to any such writ, indictment, information, action, or other proceeding as aforesaid, and such order and certificates or certificate shall, as respects such party, be a justification for taking, confining, detaining, or retaking, such lunatic or alleged lunatic.

100. And be it enacted, that it shall be lawful for the commissioners, or any two of them, and also for the visitors of any licensend house, or any two of such visitors, from time to time, as they shall see occasion, to require, by summons under the common seal of the commission, if by the commissioners, and if by two only of the commissioners or by two visitors, then under the hands and seals of such two commissioners

©BIUM

von Commissionen zur gerichtlichen Untersuchung zweifelhafter Gemüthszustände", zu zahlen sind, und sollen ebenso wie diese Gebühren verwandt werden.

98. Die Reise- und anderen Kosten der Masters und ihrer Schreiber sollen denselben nach Bestimmung des Kanzlei-Hofes aus dem genannten „Process-Gebühren-Fond" in derselben Weise wie die ihnen nach dem letzterwähnten Gesetze zustehenden Gebühren gezahlt werden.

99. Jeder Eigenthümer oder Inspector eines concessionirten Hauses oder eingetragenen Hospitales und jede andere Person, die hierdurch oder durch eins der hierdurch aufgehobenen Gesetze zur Aufnahme und Pflege von Irren berechtigt ist, und in Gemässheit dieses oder eines der hierdurch aufgehobenen Gesetze eine Ordre nebst den zur Aufnahme erforderlichen ärztlichen Attesten erhält oder erhalten hat und die Gehülfen und Diener solchen Eigenthümers, Inspectors oder anderer Person sind ermächtigt und autorisirt, den betreffenden Kranken aufzunehmen, zu verpflegen und festzuhalten, bis er stirbt oder in ordnungsmässiger Weise zurückgenommen oder entlassen wird, und im Falle derselbe entflieht, ihn binnen vierzehn Tagen nach der Flucht wiederaufzunehmen und wieder festzuhalten. Bei jedem Gerichtsbefehl, Klage jeder Art und sonstigen Vergehen gegen einen solchen Eigenthümer, Inspector oder andere in vorstehender Weise autorisirte Person oder gegen jeden Gehülfen und Diener derselben wegen Aufnahme, Einschliessung, Festhalten und Wiederaufnahme einer geisteskranken Person soll die beklagte Partei Aufnahme-Ordre und Atteste zur Vertheidigung gebrauchen und diese Papiere sollen für diese Partei zur Rechtfertigung für Aufnahme, Einschliessung, Festhalten und Wiederaufnahme solches Irren oder vorgeblich Irren dienen.

100. Die Commissare oder je zwei derselben und ebenso die Visitoren eines concessionirten Hauses oder zwei derselben sind berechtigt, von Zeit zu Zeit, je nachdem sie Gelegenheit dazu sehen, durch Vorladungen unter dem gemeinsamen Siegel der Commissare oder zwei Visitoren unter ihrer Unterschrift und Siegel (in der Form von Schema (J.), das diesem Gesetze angefügt ist, oder demselben möglichst entsprechend) irgend

©BIUM

or two visitors, as the case may be (according to the form in schedule (J.) annexed to this act, or as near thereto as the case will permit) any person to appear before them to testify on oath the truth touching any matters respecting which such commissioners and visitors respectively are by this act authorized to inquire (which oath such commissioners or visitors ar hereby empowered to administer); and every person who shall not appear before such commissioners or visitors pursuant to such summons, or shall not assign some reasonable excuse for not so appearing, or shall appear and refuse to be sworn or examined, shall, on being convicted thereof before one of Her Majesty's justices for the county or borough within which the place at which such person shall have been by such summons required to appear and give evidence is situate, shall for every such neglect or refusal forfeit a sum not exceeding fifty pounds.

101. And be it enacted, that it shall be lawful for any commissioners or visitors who shall summon any person to appear and give evidence as aforesaid to direct the secretary of the commissioners or the clerk of such visitors, as the case may be, to pay to such person all reasonable expences of his appearance and attendance in pursuance of such summons, the same to be considered as expences incurred by such commissioners and visitors respectively in the execution of his act, and to be taken into account and paid accordingly.

102. And be it enacted, that every complaint or information of or for any offence against this act, where any pecuniary penalty is hereby imposed (except when hereby otherwise provided for,) may be made before one justice; and when any person shall be charged upon oath before a justice for any such offence against this act, such justice may summon the person charged to appear at any time and place to be named in such summons, and if he shall not appear accordingly, and upon proof of the due service of the summons (either personally or by leaving the same at his last or usual place of abode) any two justices may either proceed to hear and determine the case, or may issue their warrant for apprehending such person, and bringing him before any two justices; and any two justices shall and may, upon the appearing of such person pursuant to such summons, or upon such person being apprehended with such warrant, or upon the non-appearence of such person, hear the matter of every such complaint or information,

©BIUM

eine Person aufzufordern, vor ihnen zu erscheinen, um auf Eid und Treue Sachen zn bezeugen, zu deren Untersuchung die Commissare resp. Visitoren durch dieses Gesetz berechtigt sind (zur Abnahme des Eides sind Commissare und Visitoren hierdurch ermächtigt). Jede Person, welche auf solche Vorladung ohne ausreichende Entschuldigung nicht erscheint, oder erscheint, aber Eid und Aussage verweigert, soll, sobald sie dessen durch einen von Ihrer Majestät Richtern des Burgfleckens oder der Grafschaft, zu welcher der Ort gehört, an welchen die betreffende Person citirt war, überführt ist, für jede solche Unterlassung oder Weigerung eine Summe von nicht über fünfzig Pfund zahlen.

101. Die Commissare und Visitoren, welche Jemand in der vorerwähnten Weise vorladen, sind ermächtigt, den Secretair der Commissare oder Visitoren anzuweisen, dieser Person alle Kosten zu vergüten, welche ihr aus ihrem Erscheinen erwachsen. Dieselben sind als Ausgaben zu betrachten, welche von Commissaren und Visitoren behufs Ausführung dieses Gesetzes gemacht sind und sind demgemäss zu verrechnen und zu zahlen.

102. Es wird bestimmt, dass jede Beschwerde oder Klage über oder wegen eines Vergehens gegen dieses Gesetz, worauf Geldstrafe gesetzt ist, (ausgenommen, wenn hierdurch anders verfügt wird) vor einem Richter anzustellen ist. Wenn Jemand zum Eide wegen eines solchen Vergehens gegen dieses Gesetz aufgefordert werden soll, so soll der Richter denselben zu einem Termin und an einen Ort vorladen, die in den Vorladungen zu bezeichnen sind, erscheint er hierauf nicht, nachdem die Vorladung ordnungsmässig erfolgt ist (entweder an ihn persönlich oder durch Hinterlassung der Ladung an seinem letzten oder gewöhnlichen Aufenthaltsorte), so mögen 2 Richter entweder mit Verhör und Entscheidung des Falles vorgehen oder einen Befehl erlassen, die betreffende Person zu ergreifen und 2 Richtern vorzuführen. Zwei Richter können und mögen*), wenn

*) *Lumley* l. c. nennt dies eine zweideutige Redensart, da es doch keinem Zweifel unterliegen kann, dass die Richter jedenfalls im Verfahren vorgehen müssen.

©BIUM

and make any such determination thereon as such justices shall think proper; and upon conviction of any person such justices may, if they shall think fit, reduce the amount of the penalty by this act imposed for such offence to any sum not less than one fourth of the amount thereof, and shall and may issue a warrant under their hands and seals for levying such penalty or reduced penalty, and all costs and charges of such summons, warrant, and hearing and all incidental costs and charges, by distress and sale of the goods and chattels of the person so convicted; and it shall be lawful for any such two justices to order any person so convicted to be detained and kept in the custody of any constable or other peace officer until return can be conveniently made to such warrant of distress, unless the said offender shall give security, to the satisfaction of such justices, by way of recognizance or otherwise for his appearance before such justices on such day as shall be appointed for the return of such warrant of distress, such day not being more more than seven days from the time of taking any such security; but if upon the return of such warrant of distress it shall appear that no sufficient distress can be had where upon to levy the said penalty, and such costs and charges as aforesaid, and the same shall not be forthwith paid, or in case it shall appear to the satisfaction of such justices, either by the confession of the offender or otherwise, that the offender has not sufficient goods and chattels where upon the said penalty, costs, and charges may be levied, such justices shall and may, by warrant under their hands and seals, commmit such offender to the common gaol or house of correction for any term not exceeding three calendar months, unless such penalty, and all such costs and charges as aforesaid, shall be sooner paid; and all such penalties, when recovered, shall be paid, when the complaint or information shall be laid or brought (by or) by the direction of the commissioners, to the secretary of the commissioners, to be by him applied and accounted for as herein-before directed with respect to monies received for licences granted by the commissioners, and when the complaint or information shall be laid or brought by the direction of any visitors, to the clerk of the peace for the county or borough, to be by him applied and accounted for as herein-before directed with respect to monies received for licences granted by the justices of such county or borough; and the overplus (if any) arising from such distress and sale, after

©BIUM

der Betreffende auf die Ladung erscheint, oder in Folge des Haftbefehls ergriffen und vorgeführt wird, oder nicht erscheint, über den Gegenstand der Beschwerde oder Klage Verhör anstellen und ein Urtheil fällen, wie sie es für passend erachten. Ist Jemand für schuldig erklärt, so können die Richter nach ihrem Ermessen die in diesem Gesetze für das Vergehen festgesetzte Geldbusse bis auf den vierten Theil ermässigen, und sie sollen und mögen unter ihrer Hand und Siegel einen Befehl erlassen zur Erhebung der vollen oder ermässigten Geldbusse und aller ordentlichen und ausserordentlichen Kosten für Vorladungen, Befehl und Verhör durch Pfändung und Versteigerung von Hab und Gut des Verurtheilten. Zwei solche Richter sind befugt, eine so schuldig befundene Person von einem Constabel oder anderen Friedensgerichts-Beamten in Haft und Gewahrsam nehmen zu lassen, bis der Pfandbefehl dem Gebrauche gemäss zurückgenommen werden kann, wenn der Schuldige nicht eine den Richtern genügende Sicherheit dafür giebt, sei es durch Unterpfand oder in anderer Weise, dass er an dem Tage vor den Richtern erscheinen werde, der zur Einlösung des Pfandbefehls festgesetzt ist. Dieser Tag darf nicht später als sieben Tage nach Annahme der Sicherheit fallen. — Aber wenn nach Aufhebung des Pfandbefehls sich herausstellt, dass kein genügendes Unterpfand erlangt werden kann, von welchem Busse, Kosten und Auslagen gedeckt werden können und solche nicht unverweilt bezahlt werden, oder wenn die Richter durch Erklärung des Schuldigen oder in anderer Weise die Ueberzeugung gewonnen haben, dass der Schuldige nicht hinreichendes Hab und Gut besitzt, wovon Busse, Kosten und Auslagen erhoben werden könnten, so sollen und mögen die Richter durch einen unter ihrer Hand und Siegel ausgefertigten Haftbefehl solchen Schuldigen für einen 3 Monate nicht übersteigenden Zeitraum dem gemeinen Gefängnisse oder Besserungshause überweisen, wenn nicht die genannte Busse, Kosten und Auslagen vorher bezahlt werden. — Alle solche Bussen, wenn sie eincassirt sind, sollen, wenn die Beschwerde oder Klage durch die Commissare oder auf Anweisung derselben vorgelegt oder eingebracht war, dem Secretaire der Commissare ausgezahlt werden, der dieselben ebenso verwenden und verrechnen soll, wie oben in Betreff der für Concessionen, welche von den Commissaren ertheilt sind, eingegangenen Gelder verfügt ist, und, wenn die Beschwerde oder Klage auf Anordnung von Visitoren eingebracht war, an den Gerichtsschreiber der Grafschaft

©BIUM

payment of the penalty and all costs and charges as aforesaid, shall be paid, upon demand, to the owner of the goods and chattels so distrained.

103. And be it enacted, that the justices before whom any person shall be convicted of any offence against this act for which a pecuniary penalty is imposed may cause the conviction to be drawn up in the following form, or in any other form to the same effect, as the case may require; and that no conviction under this act shall be void trough want of form:

„Be it remembered, that on the . . . . day of . . . . in the year of our Lord . . . . at . . . . in the county (or borough) of . . . . A. B. was convicted before us . . . . of Her Majesty's justices of peace for the said county (or borough), for that he the said . . . . did . . . . and we the said . . . . adjudge the said . . . . . for his offence to pay the sum of . . . . ."

104. Provided always, and be it enacted, that any person who shall think himself aggrieved by any order or determination of any justices under this act may, within four calendar months after such order made or given, appeal to the justices at general or quarter sessions, the person appealing having first given at least fourteen clear days notice in writing of such appeal, and the nature and matter thereof, to the person appealed against, and forthwith after such notice entering into a recognizance before some justice, with two sufficient sureties, conditioned to try such appeal, and to abide the order and award of the said court thereupon; and the said justices at general or quarter sessions, upon the proof of such notice and recognizance having been given and entered into, shall in a summary way hear and determine such appeal, or, if they think proper, adjourn the hearing thereof until the next general or quarter sessions, and, if they see cause, may mitigate any penalty to not less than one fourth of the account imposed by this act, and may order any money to be returned which shall have been levied in pursuance of such order or determination, and shall and may also award such further satisfaction to be

©BIUM

oder des Burgfleckens, um von demselben so verwandt und verrechnet zu werden, wie oben in Betreff der Gelder bestimmt ist, die für von den Richtern der Grafschaft oder des Burgfleckens ertheilte Concessionen eingehen. Wenn von solcher Pfändung und Versteigerung, nachdem die Busse und alle Kosten und Ausgaben gedeckt sind, ein Ueberschuss bleibt, so soll derselbe dem Eigenthümer des so eingezogenen Hab und Gutes, auf sein Verlangen, ausgezahlt werden.

103. Es wird bestimmt, dass die Richter, von denen Jemand irgend eines Vergehens gegen dieses Gesetz, worauf Geldstrafe gesetzt ist, überführt ist, das Urtheil in folgender Form ausfertigen lassen mögen oder in einer anderen Form zu demselben Zwecke, je nachdem es der Fall erfordern mag. Kein gemäss diesem Gesetze gefälltes Urtheil soll wegen Formfehlers ungültig sein:

„Kund und zu wissen sei hiermit, dass an dem . . . . . Tage von . . . . im Jahre des Herrn . . . . . zu . . . . . in der Grafschaft (oder dem Burgflecken) . . . . . N. N. vor uns . . . . Ihrer Majestät Friedensrichtern für die genannte Grafschaft (oder Burgflecken) überführt wurde, dass genannter . . . . . beging . . . . und wir, die genannten . . . . . erkennen dem genannten . . . . . für seine Vergehen zu, die Summe von . . . . . zu zahlen."

104. Wenn jedoch Jemand sich durch einen nach diesem Gesetze von Richtern ertheilten Befehl oder Entscheidung beeinträchtigt glaubt, so kann er binnen vier Monaten nach Erlass des Befehles an die General- oder Quartal-Versammlungen der Richter appelliren, doch muss er mindestens 14 Tage vorher die Person, gegen welche er appellirt, schriftlich davon und von Gegenstand und Inhalt des Appels benachrichtigen und darauf sofort vor einem Richter zwei genügende Bürgen stellen, die geeignet sind, die Appellation aufrecht zu erhalten und Befehl und Urtheil des genannten Gerichtshofes darauf zu erwarten. Die genannten Richter sollen in den General- oder Quartal-Versammlungen, nachdem sie die Meldung und die gestellte Bürgschaft geprüft haben, die Appellation in summarischem Verfahren prüfen und entscheiden, oder, wenn sie es für passend halten, die Vernehmung darüber bis zur nächsten General- oder Quartal-Versammlung vertagen; und sie können, wenn sie Grund dazu sehen, eine Busse auf nicht weniger als den vierten Theil des durch diese Acte festgesetzten Betrages ermässigen, und die Rückzahlung des in Folge des Befehles und Urtheils erhobenen Geldes anordnen; ferner sollen und

©BIUM

made to the party injured, or such costs to either of the parties, as they shall judge reasonable and proper; and all such determinations of the said justices at general or quarter sessions shall be final, binding, and conclusive upon all parties to all intents and purposes whatsoever.

105. And be it enacted, that if any action or suit shall be brought against any person for any thing done in pursuance of this act or of any of the acts hereby repealed, the same shall be commenced within twelve calendar months next after the release of the party bringing the action, and shall be laid or brought in the county or borough where the cause of action shall have arisen, and not elsewhere; and the defendant in every such action or suit may, at his election, plead specially or the general issue not guilty, and give this act and the special matter in evidence at any trial to be had thereupon, and that the same was done in pursuance and by the authority of this act; and if the same shall appear to be so done, or that such action or suit shall be brought in any other county or borough than as aforesaid, or shall not have been commenced within the time before limited for bringing the same, then the jury shall find a verdict for the defendant; and upon a verdict being so found, or if the plaintiff shall be nonsuited, or discontinue his action or suit after the defendant shall have appeared, or if upon demurrer judgment shall be given against the plaintiff, then the defendant shall recover double costs, and have such remedy for recovering the same as any defendant hath or may have in any other cases by law.

106. And be it enacted, that it shall be lawful for the secretary of the commissioners, on their order, to prosecute any person for any offence against the provisions of this act, and to sue for and recover any penalty to which any person is made liable by this act; and all penalties sued for and recovered by such secretary shall be paid to him, and be by him applied and accounted for as herein-before directed with respect to monies received for licences granted by the commissioners; and that it shall be lawful for the clerk of any visitors, on their order, to prosecute any person for any offence against the provisions of this act committed within the jurisdiction of such visitors, and to sue for and recover any penalty to which any person within the jurisdiction of such visitors is made liable by this act; and all penalties sued for and recovered by

©BIUM

können sie der benachtheiligten Partei solche fernere Genugthuung und einer der Parteien soviel von Kosten zuerkennen, als sie es für recht und passend erachten. Alle solche Entscheidungen der genannten Richter in ihren General- oder Quartal-Versammlungen sollen von endlich bindender und definitiver Gültigkeit für alle Parteien und in jeder Hinsicht sein.

105. Es wird bestimmt, dass, wenn eine Klage oder Process gegen irgend Jemand wegen einer in Folge dieses oder eines der hierdurch aufgehobenen Gesetze vollzogenen Handlung anhängig gemacht wird, das Verfahren binnen den zwölf nächsten Monaten nach Freilassung*) der klagenden Partei begonnen und in der Grafschaft oder dem Burgflecken, wo die Veranlassung zur Klage gegeben ist, verhandelt werden soll. Der Beklagte kann in jedem solchen Verfahren oder Prozesse, nach seiner Wahl, die Klage in einzelnen Punkten oder im Ganzen nicht anerkennen und dieses Gesetz und den betreffenden Punkt desselben zum Beweise bei jeder danach angestrengten Untersuchung gebrauchen und nachweisen, dass er in Gemässheit und unter Autorität dieses Gesetzes gehandelt hat. Wenn dieser Beweis geführt oder Klage oder Prosess in einer anderen Grafschaft oder Burgflecken, als oben bestimmt ist, oder nicht binnen der festgesetzten Zeit eingeleitet ist, dann soll die Jury ein Verdict zu Gunsten des Beklagten fällen.

106. Der Secretair der Commissare st ermächtigt, auf deren Befehl jede Person für Verstösse gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes gerichtlich zu verfolgen und jede Geldstrafe, welche Jemand nach diesem Gesetze verwirkt hat, einzuklagen und einzutreiben. Alle Geldsummen, welche durch einen solchen Secretair eingeklagt und eingetrieben werden, sollen demselben ausgezahlt und so verwandt und verrechnet werden, wie die von Concessionsertheilungen eingekommenen Gelder; der Schreiber von Visitoren ist berechtigt, ebenso gegen Personen vorzugehen, die im Bezirke seiner Visitoren sich ein Vergehen gegen dieses Gesetz zu Schulden kommen lassen; die eingehen-

*) Diese Bestimmung hat den Fall im Auge, dass etwa ein entlassener Geisteskranker eine Klage anstrengen will.

©BIUM

any such clerk shall be paid to him, and be by him paid to the clerk of the peace for such county or borough, and be by such clerk of the peace applied and accounted for as herein-before directed with respect to monies received for licences by such clerk of the peace; and it shall not be lawful for any one to prosecute any person for any offence against the provisions of this act, or to sue for any penalty to which any person is made liable by this act, except by order of the commissioners or of visitors having jurisdiction in the place where the cause of prosecution has arisen or the penalty been incurred, or with the consent of Her Majesty's attorney general or solicitor general for England for the time being.

107. And be it enacted, that, not withstanding the repeal of the several acts herein-before repealed, every offence heretofore committed against any of the provisions of any of the same acts may be prosecuted, and every penalty heretofore incurred by any person for any offence against the provisions of any of the same acts may be sued for and recovered, by the secretary of the commissioners, in the same manner and with all the same powers and rights as if such offence had been committed or such penalty incurred for an offence against the provisions of this act; and every penalty so recovered shall be applied in the same manner as a penalty recovered for an offence against the provisions of this act.

108. And be it enacted, that when any person shall be proceeded against, under the provisions of this act, for omitting to transmit or send any copy, list, notice, statement or other document herein-before required to be transmitted or sent by such person, and such person shall prove by the testimony of one witness upon oath that the copy, list, notice, statement, or document in respect of which such proceeding is taken was put into the post in due time, or (in case of documents required to be transmitted or sent to the commissioners or a clerk of the peace) left at the office of the commissioners or of the clerk of the peace, and shall have been properly addressed, such proof shall be a bar to all further proceeding in respect of such omission.

109. And be it enacted, that the costs, charges, and expences incurred by or under the authority or order of the commissioners in proceedings under this act shall be paid by the secretary of the commissioners, and included by him in the

©BIUM

den Gelder sollen an ihn und von ihm dem Schreiber des Friedensgerichts der Grafschaft oder des Burgfleckens ausgezahlt und so verwandt und verrechnet werden, wie die Gelder, welche bei solchem Schreiber für Concessionsertheilungen einkommen. Niemand soll eine Person wegen irgend eines Verstosses gegen dieses Gesetz gerichtlich verfolgen und von ihm verwirkte Geldstrafen eintreiben und einklagen dürfen, ausser auf Befehl der Commissare oder der Visitoren, in deren Bezirk der Ort liegt, an welchem die Ursache zur Verfolgung entstanden oder die Geldstrafe verwirkt ist oder mit Zustimmung von Ihrer Majestät General-Fiskal oder General-Anwalt für England.

107. Es wird bestimmt, dass ungeachtet der Aufhebung der oben für ungültig erklärten Gesetze, jedes Vergehen, welches vorher gegen eine Bestimmung dieser Gesetze begangen war gerichtlich verfolgt und jede von irgend Jemand für ein Vergehen gegen eine dieser Bestimmungen verwirkte Geldstrafe durch den Secretair der Commissare ebenso und mit allen Vollmachten und Rechten eingetrieben werden kann, als wäre das Vergehen begangen oder die Strafe verwirkt für eine Uebertretung der Bestimmungen dieses Gesetzes. Jede so eingetriebene Geldstrafe soll in derselben Weise verwandt werden, wie Summen, welche für Uebertretungen dieses Gesetzes eingetrieben sind.

108. Es wird bestimmt, dass, wenn gegen irgend Jemand nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ein Verfahren eingeleitet wird wegen Unterlassung der Einsendung einer Abschrift, Liste, Nachricht, Aufstellung oder eines anderen Documents, zu dessen Einsendung diese Person in Obigem verpflichtet ist, und diese Person durch die eidliche Aussage eines Zeugen nachweist, dass die Abschrift, Liste, Nachricht, Aufstellung oder das Document, wegen dessen das Verfahren eingeleitet ist, zur rechten Zeit der Post übergeben oder (im Falle die Uebersendung des betreffenden Schriftstückes an die Commissare oder einen Gerichtsschreiber vorgeschrieben war) im Geschäftslokale der Commissare oder des Gerichtsschreibers hinterlassen und richtig adressirt war, so soll dieser Beweis jedes weitere Verfahren wegen solcher Unterlassung beendigen.

109. Es wird bestimmt, dass die Kosten, Auslagen und Zahlungen, welche aus einem durch oder unter Autorität der Commissare gemäss diesem Gesetze eingeleiteten Verfahren erwachsen, von dem Secretaire der Commissare gezahlt und in

©BIUM

account of receipts and payments herein-before directed to be kept by him; and that the costs, charges, and expences incurred by or under the order of any visitors in proceedings under this act shall be paid by the clerk of the peace of their county or borough, and included by him in the account of receipts and payments herein-before directed to be kept by him.

110. And be it enacted, that two or more of the commissioners, one at least of whom shall be a physician or surgeon, and one at least a barrister, shall and may, once or oftener in each year, on such day or days, and at such hours of the day, and for such length of time as they shall think fit, visit every asylum for lunatics, and every gaol in which there shall be or alleged to be any lunatic, and shall inquire wether the provisions of the law have been carried out as to the construction of each asylum visited, and as to its visitation and management, and also as to the regularity of the admissions and discharges of patients therein and therefrom; and wether divine service is performed therein; and wether any system of coercion is in practice therein, and the result thereof; and as to the condition, as well mental as bodily, of the pauper patients when first received; and also as to the dietary of the pauper patients; and shall also make such other inquiries as to every or any such asylum, and shall such inquiries as to the lunatics in any gaol, as to such visiting commissioners shall seem meet.

111. And be it enacted, that two or more of the commissioners, one of whom at least shall be a physician or surgeon, and one at least a barrister, shall and may, once or oftener in each year, on such day or days, and such hours in the day, and for such length of time as they shall think fit, visit every parish and union workhouse in which there shall be or alleged to be any lunatic, and shall inquire wether the provisions of the law as to lunatics have been carried out as to the arrangements, visitation, and management of such workhouse and as to the dietary, accomodation, and treatment of the lunatics in such workhouse, and shall report in writing thereon to the poor law commissioners for England and Wales.

112. And be it enacted, that it shall be lawful for the Lord Chancellor, in the case of any lunatic under the care of a committee appointed by the Lord Chancellor, and for the

©BIUM

der ihm oben vorgeschriebenen Berechnung der Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden sollen. Die Kosten, Auslagen und Zahlungen, welche aus einem durch oder unter Autorität oder Befehl von Visitoren gemäss diesem Gesetze eingeleiteten Verfahren erwachsen, sollen vom Gerichtsschreiber ihrer Grafschaft oder ihres Burgfleckens gezahlt und von ihm in der ihm oben vorgeschriebenen Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung aufgeführt werden.

110. Zwei oder mehr Commissare, von denen wenigstens einer ein Arzt oder Wundarzt und einer ein Jurist sein muss, sollen und dürfen einmal oder öfter in jedem Jahre an Tagen, zu Stunden und so lange es ihnen gutdünkt jedes Asyl für Geisteskranke und jedes Gefängniss, in welchem Irre sind oder vorgeblich sind, besuchen und sollen nachforschen, ob die Bestimmungen dieses Gesetzes in Bezug auf die Einrichtungen dieses Asyles erfüllt sind, ob ärztliche Besuche und Unterhalt dem Gesetze gemäss sind, ob Aufnahmen und Entlassungen ordnungsgemäss stattfinden, ob Gottesdienst darin gehalten, ob ein Zwangssystem und mit welchem Erfolge angewandt wird, ferner über bestehende oder nicht bestehende Classification der Kranken, über die Zahl der Wärter in jeder Abtheilung, über Beschäftigung und Vergnügungen der Kranken und die Resultate davon, über körperlichen und geistigen Gesundheitszustand, ob arme Kranke darin aufgenommen werden, wie deren Diät ist. Die Commissare sollen, so weit es ihnen gut scheint, dieselben Nachforschungen über Irre in Gefängnissen anstellen.

111. Zwei oder mehr Commissare, von denen mindestens einer ein Arzt oder Wundarzt und einer ein Jurist sein muss, sollen und dürfen einmal oder öfter im Jahre an ihnen beliebigen Tagen und Tageszeiten und so lange sie es für gut finden jedes Pfarrei- und Bezirks-Arbeitshaus, in welchem ein Geisteskranker ist oder sein soll, besuchen und nachforschen, ob die Bestimmungen des Irrengesetzes in Anordnung, ärztlichen Besuchen, Unterhalt der Kranken in solchem Arbeitshause erfüllt sind, ferner wie Kost, Wohnung, Behandlung der Irren darin sind und sollen einen schriftlichen Bericht darüber an die Commissare des Armengesetzes für England und Wales machen.

112. In dem Falle, dass ein Irrer unter der Obhut eines durch den Lord-Kanzler ernannten Comités ist, ist der Lord-Kanzler, und wenn ein Geisteskranker unter der Obhut von

©BIUM

Lord Chancellor, or Her Majesty's principal secretary of state for the home department, in the case of any lunatic under the care of any person receiving or taking the charge of such one lunatic only, and deriving no profit from the charge, and in the case of any person confined as a state lunatic, or as a lunatic under the order of any criminal court of justice, and in case of every other person detained or taken charge of as a lunatic, or represented to be a lunatic, or to be under any restraint as a lunatic, at any time, by an order in writing under the hand of the Lord Chancellor or the said secretary of state, as the case may be, directed to the commissioners or any of them, to visit and examine such lunatic or supposed lunatic, and to make a report to the Lord Chancellor, or to Her Majesty's principal secretary of state for the home department, of such matters as in such order shall be directed to be inquired into.

113. And be it enacted, that it shall be lawful for the Lord Chancellor or Her Majesty's principal secretary of state for the home department to employ any commissioner appointed under this act, or other person, to inspect or inquire into the state of any asylum, hospital, gaol, house, or place wherein any lunatic, or person represented to be lunatic, shall be confined or alleged to be confined, and to report to him the result of such inspection and inquiry; and every such person so employed, and not being a commissioner, may be paid such sum of money for his attendance and trouble as to the Lord Chancellor or Her Majesty's Priucipal secretary of state for the home department shall seem reasonable; and every such person so employed, wether a commissioner or not, shall be allowed his reasonable travelling or other expences while so employed; and such sum of money for attendance and trouble and such expences, shall be charged on and shall be paid out of the contingency fund of the home office.

114. And be it enacted, that in this act and the schedules thereto the words and expressions following shall have the several meanings hereby assigned to them, unless there shall be something in the subject or context repugnant to such construction; (that is to say,)

„Borough" shall mean every borough, town, and city corporate having a separate quarter sessions, recorder, and clerk of the peace:

„County" shall mean every county, riding, division of a

©BIUM

Jemand steht, der nur diesen Einen aufnimmt ohne Vortheil oder Gewinn daraus zu ziehen, und wenn eine Person von Staatswegen oder in Folge der Verfügung eines Criminal-Justiz-Hofes als Irrer eingeschlossen, und überhaupt in jedem Falle, wo Jemand als Irrer eingeschlossen ist, als solcher unter irgend welchen Zwangsmassregeln steht oder für einen Irren ausgegeben wird, ist der Lord-Kanzler oder Ihrer Majestät erster Staats-Secretair des Innern ermächtigt, durch einen schriftlichen Befehl die Commissare oder einige derselben oder irgend eine andere Person aufzufordern, diesen Irren oder vorgeblich Irren zu besuchen und zu untersuchen und einen schriftlichen Bericht über die Punkte, deren Berücksichtigung in dem Befehle angeordnet ist, an den Lord-Kanzler oder an Ihrer Majestät ersten Staats-Secretair des Innern zu machen.

113. Der Lord-Kanzler oder Ihrer Majestät erster Staats-Secretair des Innern ist ermächtigt, einen nach diesem Gesetze ernannten Commissar oder eine andere Person zu beauftragen, den Zustand irgend eines Asyles, Hospitales, Gefängnisses, Hauses oder anderen Ortes zu untersuchen, in welchem ein Geisteskranker oder eine Person, die dafür ausgegeben wird, eingeschlossen ist oder werden soll, und ihm über das Resultat seiner Untersuchung zu berichten. Jede Person, die so verwandt wird und kein Commissar ist, soll für seine Dienstleistung und Bemühung so viel Bezahlung erhalten, als es dem Lord-Kanzler oder dem ersten Staats-Secretair des Innern billig erscheinen wird; und jeder so verwandten Person, gleichviel ob Commissar oder nicht, sollen Reise- und andere Kosten nach Billigkeit vergütet werden. Die so ausgezahlten Gelder sollen dem ausserordentlichen Fond des inneren Amtes zur Last fallen und aus demselben bezahlt werden.

114. Folgende in diesem Gesetze und den beigefügten Schema's gebrauchten Worte und Ausdrücke sollen in dem nachstehenden Sinne gelten, soweit nicht Gegenstand und Wortlaut dieser Bedeutung widersprechen. Demnach heisst:

„Burgflecken“ jeder Burgflecken, Stadt und Ort, welche besondere Gerichtssitzungen, Armenpfleger und Friedensgerichtsschreiber haben;

„Grafschaft“ jede Grafschaft und jeder Bezirk, der eine

©BIUM

county, county of a city, county of a town, liberty, and other place having a separate commission of the peace, and not being a „borough" withing the meaning aforesaid:

„The Lord Chancellor" shall mean the lord high chancellor, the lord keeper or commissioners of the great seal of Great Britain, and other the person or persons for the time being intrusted, by virtue of the Queens sign manual, with the care and commitment of the custody of the persons and estates of persons found idiot, lunatic, or of unsound mind:

„Barrister" shall mean a barrister and a serjeant at law; and a serjeant at law who shall have been called to the bar five years or more before his appointment to be a commissioner shall be considered as a barrister of five years standing:

„Lunatic" shall mean every insane person, and every person being an idiot or lunatic or of insound mind:

„Parish" shall mean any parish, township, hamlet, vill, tithing, extra-parochial place, or place maintaining its own poor:

„Officiating clergyman of a (*or* the) parish" shall mean a clergyman regularly officiating and acting as the minister or one of the ministers of a parish, chapelry, or ecclesiastical district:

„Borough rate" shall mean a borough rate, and any funds assessed upon or raised in or belonging to any borough in the nature of a borough rate, and applicable to the purposes to which borough rates are applicable:

„Pauper" shall mean every person maintained wholly or in part at the expence of any parish, union, county, or borough:

„Patient" shall mean every person received or detained as a lunatic, or taken care or charge of as a lunatic:

„Private patient" shall mean every patient who is not a pauper:

„Proprietor" shall mean every person to whom any licence has been granted under the provisions of this act, and every person keeping, owning, having any interest or exercising any duties or powers of a proprietor in any licensed house:

©BIUM

besondere Friedensgerichts-Commission hat nnd kein Burgflecken im obigen Sinne ist.

„Lord-Kanzler“ soll heissen der Lord Ober-Kanzler, Lord Siegelbewahrer oder die Commissare des grossen Siegels von Gross-Britannien und andere Personen, die zur Zeit durch Königliche Cabinets-Ordre mit der Fürsorge und dem Schutze der Personen und des Vermögens von Idioten, Irren, Gemüthskranken betraut sind.

„Anwalt“ heisst ein Anwalt und ein Licenciat der Rechte. Ein Licenciat der Rechte, der bei seiner Ernennung zum Commissar seit fünf Jahren am Gerichte thätig war, soll wie ein Anwalt, der fünf Jahre im Dienste war, gelten.

„Irrer“ heisst jede wahnsinnige Person, jeder Idiot, Geisteskranker, Gemüthskranker.

„Pfarrei“ heisst jeder Ort und jedes Gemeinwesen, welches seine Armen selbst unterhält.

„Geistlicher einer Pfarrei heisst ein Geistlicher, der faktisch als solcher in einer Pfarrei, Capellgemeine oder Kirchspiel functionirt.

„Armer“ heisst Jeder, der ganz oder zum Theil auf öffentliche Kosten erhalten wird.

„Kranker, Patient“ heisst Jeder, der als Geisteskranker verpflegt wird.

„Privat-Kranker“ heisst jeder Kranke, der kein Armer ist.

„Eigenthümer“ heisst jede Person, der irgend eine Concession unter den Bestimmungen eines der hierdurch aufgehobenen Gesetze ertheilt ist oder unter den Bestimmungen dieses Gesetzes ertheilt werden wird; ebenso jede Person, die irgend ein Interesse an einem concessionirten Hause hat, oder die irgend eine Pflicht oder Vollmacht eines Eigenthümers ausübt.

©BIUM

„Clerk of the peace" shall mean every clerk of the peace and person acting as such, and every deputy duly appointed:

„Medical Attendant" shall mean every physician, surgeon, and apothecary who shall keep any licensed house, or shall in his medical capacity attend any licensed house, or any asylum, hospital, or other place where any lunatic shall be confined:

„Justice" shall mean a justice of the peace:

„Asylum" shall mean any lunatic asylum already erected and established under an act passed in the forty-eighth year of the reign of His late Majesty King George the Third, intituled An Act for the better Care and Maintenance of Lunatics, being Paupers or Criminals in England, or erected and established, or hereafter to be erected and established, under or which have been made subject or liable to any of the provisions of an act passed in the minth year of the reign of His late Majesty King George the Fourth, intituled An Act to amend the Laws for the Erection and Regulation of County Lunatic Asylums, and more effectually to provide for the Care and Maintenance of Pauper and Criminal Lunatics, in England, or hereafter to be erected and established under the provisions of any act for the erection or regulation of county or borough lunatic asylums:

48 G. 3. c. 96.

9 G. 4. c. 40.

„Hospital" shall mean any hospital or part of an hospital or other house or institution (not being an asylum) wherein lunatic are received, and supported wholly or partly by voluntary contributions, or by any charitable bequest or gift, or by applying the excess of payments of some patients for or towards the support, provision, or benefit of other patients:

„Licensed house" shall mean a house licensed under the provisions of this act, or of some act hereby repealed, for the reception of lunatics:

„Oath" shall mean an oath, and every affirmation or other declaration or solemnity lawfully substituted for an „oath" in the case of quakers or other persons exempted by law from the necessity of taking an oath:

Words importing the singular number shall include

©BIUM

„Friedensgerichts-Schreiber" heisst jeder Schreiber eines Friedensgerichts und jeder, der als solcher functionirt oder officiell zu seinem Stellvertreter ernannt ist.

„Behandelnder Arzt, Hausarzt" heisst jeder Arzt, Wundarzt oder Apotheker, der ein concessionirtes Haus hält oder als Arzt an einem solchen, oder an einem Asyle, Hospitale oder anderen Institute fungirt, in welchem Geisteskranke aufgenommen werden sollen.

„Richter" heisst ein Friedensrichter.

„Asyl" heisst jedes Asyl für Geisteskranke, welches unter einem Gesetze aus dem achtundvierzigsten Jahre der Regierung Seiner verstorbenen Majestät Königs Georg III. (betitelt: Gesetz zur Verbesserung von Pflege und Unterhalt von geisteskranken Armen und Verbrechern) eingerichtet ist, oder noch eingerichtet werden wird, welches zugleich den Bestimmungen des Gesetzes aus dem neunten Jahre der Regierung Seiner verstorbenen Majestät Königs Georg IV. unterworfen ist (betitelt: Gesetz zur Verbesserung der Gesetze über Errichtung und Regulirung von Grafschafts-Asylen für Geisteskranke, und zur erfolgreicheren Fürsorge für Pflege und Unterhalt geisteskranker Armer und Verbrecher in England. 9. G. 4. c. 40.); ferner ist darunter jedes Asyl zu verstehen, welches unter den Bestimmungen irgend eines Gesetzes über Errichtung und Einrichtung von Grafschafts- oder Bezirks-Asylen erbaut werden wird. 48 G. 3. c. 96.

„Hospital" heisst ein Hospital oder eine Abtheilung eines solchen oder eines anderen Hauses oder einer Anstalt (die kein Asyl ist), worin Geisteskranke aufgenommen und ganz oder theilweise durch freiwillige Beiträge, durch irgend eine milde Stiftung oder Gabe oder aus den Ueberschüssen von Geldern, die für Pflege und Unterhalt anderer Patienten eingehen, unterhalten werden.

„Concessionirtes Haus heisst ein Haus, für welches nach den Bestimmungen dieses oder eines der hierdurch aufgehobenen Gesetze die Concession zur Aufnahme von Geisteskranken ertheilt ist.

„Eid" heisst ein Eid oder jede Bekräftigung, Erklärung oder feierliche Handlung, welche nach den Bestimmungen des Gesetzes bei Quäkern und anderen Personen, die gesetzlich keinen Eid abzulegen brauchen, als Eid gilt.

Worte, welche im Singular gebraucht sind, sollen zu-

©BIUM

the plural number, and words importing the plural number shall include the singular number, and words importing the masculine gender shall include females.

115. And be it enacted, that for the purposes of this act every borough and county shall include every place situate within the limits of such borough or county, and not having a separate commission of the peace; and for the purposes of this act every place situate within the limits of any borough or county, and not having a separate commission of the peace, shall be within the jurisdiction of the justices of such borough or county; and that the justices of every borough shall, for the purposes of this act, assemble in special sessions at such times as the quarter sessions for such borough shall be holden; and that all acts herein-before required to be done by the justices of counties in general or quarter sessions assembled may be done by the justices of boroughs at such special sessions.

116. And be it enacted, that nothing in this act contained shall extend to the royal hospital of Bethlehem, or any building adjacent thereto and used therewith: provided always, that it shall be lawful for any commissioner or other person whom the Lord Chancellor or any one of Her Majesty's principal secretaries of state shall at any time, by an order in writing under the hand of the said Lord Chancellor or secretary of state, direct, to visit and examine the Royal Hospital of Bethlehem, and every or any building adjacent thereto as aforesaid, and every or any person confined therein.

117. And be it enacted, that this act shall extend only to England and Wales.

118. And be it enacted, that this act may be amended or repealed by any act to be passed in this present session of parliament.

©BIUM

gleich für den Plural, Worte, welche im Plural gebraucht sind, sollen zugleich für den Singular, und Worte, welche im Masculinum gebraucht sind, sollen zugleich für das Femininum gelten.

115. Zu jedem Burgflecken und zu jeder Grafschaft sind sämmtliche Orte zu rechnen, welche in dem Bezirke derselben liegen und keine besonderen Friedensrichter haben.

116. Keine Bestimmung dieses Gesetzes gilt für das Königliche Hospital Bethlehem, oder für irgend ein zu demselben gehöriges Gebäude. Doch ist jeder Commissar und jede andere Person, welcher der Lord-Kanzler oder einer Ihrer Majestät Ober-Staatssecretären zu irgend einer Zeit einen schriftlichen Befehl dazu giebt, ermächtigt, das Königliche Hospital Bethlehem und jede darin eingeschlossene Person zu untersuchen und zu besuchen.

117. Dieses Gesetz gilt nur für England und Wales.

118. Dieses Gesetz kann durch ein Gesetz, welches in dieser selben Parlaments-Sitzung durchgeht, verbessert oder aufgehoben werden.

©BIUM

Schedules referred to by the foregoing act.

Schedule (A.) section 30.

Form of licence.

Know all men, that We, the commissioners in lunacy (or we . . . . . the untersigned justices of the peace, acting in and for . . . . . in general [or quarter, or special] sessions assembled), do hereby certify, That A. B. of . . . . in the parish of . . . . . in the county of . . . . . hath delivered to us [or the clerk of the peace] a plan and description of a house and premises proposed to be licensed for the reception of lunatics, situate at . . . . . in the county of . . . . [or, in the case of a renewal licence, hath delivered to us [or the clerk of the peace] a list of the number of patients now detained in a house and premises licensed on the . . . . day of . . . . last, for the reception of lunatics, situate at . . . . in the county of . . . .], and we, having considered and approved the same, do hereby authorize and empower the said A. B. . . . . (he intending [or not intending] to reside therein) to use and employ the said house and premises for the reception of . . . . . male (or . . . . female, or . . . . male and . . . . female) lunatics, of whom not more than . . . . shall be private patients, for the space of . . . . calendar months from this date.

Sealed with our common seal (or given under our hands and seals), this . . . . . day of . . . . in the year of our Lord 18 . . . .

Witness,
J. Z. secretary to the commissioners of lunacy,
(or clerk of the peace).

Schedule (B.) section 45.

Order for the reception of a private patient.

I, the undersigned, hereby request you to receive A. B. a lunatic (or an insane person, or an idiot, or an person of

©BIUM

unsound mind], as a patient into your house [or hospital]. Subjoined is a statement respecting the said A. B.

(Signed)

Name.
Occupation (if any).
Place of abode.
Degree of Relationship (if any), or other Circumstances of Connexion with the Patient.

Name of patient, with christian name at length.
Sex and age.
Married, single, or widowed.
Condition of life, and previous occupation (if any).
Previous place of abode.
Religions persuasion, so far as known.
Duration of existing attack.
Wether first attack.
Age (if known) on first attack.
Wether subject to epilepsy.
Wether suicidal or dangerous to others.
Previous place of confinement (if any).
Wether found lunatic by inquisition, and date of commission.
Special circumstances (if any) preventing the patient being examined, before admission, separately, by two medical practioners.
Special circumstances (if any) preventing the insertion of any of above particulars.

(Signed) Name.

Dated this . . . . day of . . . . 18 . . . .

To . . . . proprietor [or superintendent] of . . . [describing the house or hospital by situation and name, if any].

Schedule (C.) section 45.

Form of a medical certificate in the case of private patients.

I . . . . . being a physician *or* surgeon, *or* an apothecary, duly authorized to practice as such, hereby certify, that I have

©BIUM

this day, separately from any other medical practitioner, visited and personally examined A. B., the person named in the accompanying statement and order, and that the said A. B. is a lunatic [or an insane person, or an idiot, or a person of unsound mind], and a proper person to be confined, and that I have formed this opinion from the following fact or facts; viz.

(Signed) Name.
Place of abode.

Datet this . . . . day of . . . . 18 . . .

Schedule (D.) section 48.

Order for the reception of a pauper patient.

We, the undersigned, having called to our assistance a physician [*or* surgeon, *or* apothecary, as the case may be], not being the medical officer of the parish or union to which the said A. B. belongs, and having personally examined A. B., a pauper, and being satisfied that the said A. B. is a lunatic [or an insane person, or an idiot, or a person of unsound mind], and a proper person to be confined, hereby request you to receive the said A. B. as a patient into your house or hospital.

Subjoined is a statement respecting the said A. B.

(Signed) Name.
A justice of the peace for the city or borough of . . . . [or an or the officiating clergyman of the parish of . . . .].
Name.
With the relieving officer of the union or parish of . . . . [or with an overseer of the parish of . . . .]

Statement.

Name of patient and christian surname at length.
Sex and age.
Married, single, or widowed.
Condition of life, and previous occupation (if any).
Previous place of abode.
Religions persuasion, so far as known.
Length of time insane.

©BIUM

Wether first attack.
Age (if known) of first attack.
Wether subject to epilepsy.
Wether suicidal or dangerons to others.
Previous places of confinement (if any).

I certify that to the best of my knowledge the above particulars are correctly stated.

(Signed.)
[To be signed by the relieving officer or overseer signing the order.]

Dated this . . . . day of . . . 18 . . .
To . . . . proprietor [or superintendent] of . . .

Medical Certificate.

I . . . . being a physician, *or* surgeon, *or* an apothecary, duly authorized to practice as such, hereby certify, that I have this day personally examined A. B., the person named in the statement and order, and that the said A. B. is a lunatic [or, an insane person, or an idiot, or a person of an unsound mind], and a proper person to be confined.

(Signed) Name.
Place of abode.

Dated this . . . . day of . . . 18 . . .

©BIUM

Schedule (E.) section 50.

Registry of Admissions.

Register of patients.

| Date of last previous admission (if any). | | |

©BIUM

Schedule (F.) section 52.

Notice of admission.

I hereby give you notice, that A. B. was received into this house [or hospital] as a private [or pauper] patient on the . . . . . day of . . . . . and I hereby transmit a copy of the order and medical certificates [or certificate] on which he was received.

Subjoined is a statement with respect to the mental and bodily condition of the above-named patient.

(Signed)

Superintendent,
[or Proprietor] of

Dated this . . . . day of . . . 18 . . . .

Statement.

I have this day seen and personally examined . . . . . the patient named in the above notice, and hereby certify that with respect to mental state he [or she] . . . . . and that with respect to bodily health and condition he [or she].

(Signed)

Medical proprietor [or superintendent, or attendant].

Dated this . . . . day of . . . . 18 . . . .

Schedule (G. I.) Section 54.

Register of Discharges and deaths.

Date of discharge or death.	Date of last admission.	No. in register of patients.	Christian and surname at length.	Sex and Class.				Discharged						Died.		Assigned cause of death.	Age at death.		Observations.
				Private.		pauper.		recovered.		relieved.		not improved							
				M.	F.	M.	F	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.		M.	F.	
1846. Sept. 1.	1846. Jan. 3.	1.	Will. Johnson	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—						

©BIUM

©BIUM

Schedule (G. 2.) Section 54.

Form of notice of discharge or death.

I hereby give you notice, that . . . . . a private [or pauper] patient, received into this house [or hospital] on the . . . day of . . . . was discharged therefrom recovered [or relieved, or not improved], by the authority of . . . . . [or died therein, on the . . . . day of . . . .]

(Signed)
Superintendent [or proprietor] of . . . .
. . . house [or hospital] at . . .

Dated this . . . . day of . . . . 18 . . . .

In case of death, add „and I further certify, that A. B. was present at the death of the said . . . . ; and that the apparent cause of death of the said . . . . [ascertained by post mortem examination (if so)] was . . . . . "

Schedule (H.) Section 59.

Form of Medical Journal and Weekly Report.

Date.	Number of patients.				Names of patients under restraint (and by what means) or in seclusion.		Names of patients under medical treatment.		Report on state of health of patients and condition of house or hospital.	Deaths, injuries and violences to patients.
	private.		pauper.							
	M.	F.	M.	F.	Males.	Females.	Males.	Females.		

©BIUM

©BIUM

Schedule (J.) Section 100.

Form of summons.

We, the commissioners in lunacy [or we whose names are hereunto set and seals affixed, being two of the commissioners in lunacy, or visitors] appointed under or by virtue of an act passed in the . . . . . year of the reign of her present majesty, intituled [here insert the title of the act], do hereby summon and require you personally to appear before us at . . . . . in the parish of . . . . . in the county of . . . . . on . . . . next the . . . . day of . . . . at the hour of . . . . in the . . . noon of the same day, and then and there to be examined, and to testify the truth touching certain matters relating to the execution of the said act.

Sealed with the common seal of „the commissioners in lunacy" [or given under our hands and seals], this . . . . day of . . . . in the year of our Lord one thousand eight hundred and . . . .

©BIUM

V. Gesetz

bezüglich der

Behandlung und Verpflegung der Geisteskranken in Norwegen.

Malmö, den 17. August 1848.

I. Capitel.

Von der Errichtung und Verwaltung der Irren-Anstalten.

§. 1. Eine Irrenanstalt darf nicht errichtet werden ohne Königliche Autorisation, auch nicht in Wirksamkeit treten, bevor ein vollständiges Regulativ für die specielle Verwaltung derselben vom Könige genehmigt ist. Es dürfen keine Veränderungen in einem auf diese Weise errichteten Asyle ohne Erlaubniss des Königs vorgenommen werden.

Dem Gesuch um Autorisation muss, ausser genauen Bauplänen und Angabe der Kosten, eine vollständige Beschreibung der ganzen Anlage beigefügt werden, namentlich in wiefern folgende Bedingungen für die Behandlung und Verpflegung der Kranken erfüllt sind, als: die Trennung der Anstalt von allen anderen Anlagen, eine freie und gesunde Lage, Anleitung für die Beschäftigung und Bewegung der Kranken in freier Luft, absolute Sonderung beider Geschlechter und eine passende Classification der Kranken.

§. 2. Für Anstalten, welche Privatpersonen zu errichten wünschen, soll die Autorisation auf den Namen des Besitzers lauten; falls eine solche Anstalt auf einen anderen Besitzer übergeht, hat dieser eine neue Königliche Autorisation nachzusuchen.

©BIUM

§. 3. Jede Anstalt muss von einem in der Nähe wohnenden Arzte dirigirt werden, der dazu vom Könige speciell autorisirt ist; — Privatanstalten können vom Besitzer, falls derselbe Arzt ist, dirigirt werden.

§. 4. In jeder Anstalt muss für geselligen Verkehr der Kranken untereinander gesorgt werden. Das Einsperren der Kranken in einsame Zimmer oder mechanische Zwangsmittel dürfen nur auf kürzere Zeit angewendet werden und insoweit der Zustand der Kranken es unumgänglich macht. Körperliche Bestrafung ist nicht gestattet.

§. 5. In jeder Anstalt muss ein Personal-Protokoll und ein Behandlungs-Protokoll gehalten werden; in das erstere ist binnen acht Tagen nach der Aufnahme des Kranken eine genaue Beschreibung von seinem körperlichen und geistigen Zustande und den später eintretenden Veränderungen niederzulegen.

In das Behandlungs-Protokoll ist jeder Kranker einzutragen, der in eine Zelle eingesperrt oder bei welchem mechanische Zwangsmittel angewendet werden, mit Angabe der Gründe, aus welchen und der Zeit, während welcher diese Maassregeln angewendet worden sind. Ebenso ist anzuführen, wie viele Kranke täglich beschäftigt sind, und auf welche Weise dies geschieht.

Diese Protokolle sind, nachdem sie von der zuständigen vorgesetzten Behörde recognoscirt worden, bei jeder Visitation den Controle-Commissarien vorzulegen, die sie jedesmal mit ihren Unterschriften versehen, unter Beifügung der Bemerkungen, zu welchen sie Veranlassung fanden.

§. 6. Der dirigirende Arzt reicht alle drei Monate einen Auszug dieser Protokolle, und am Ende jeden Jahres einen General-Bericht von der Wirksamkeit der Anstalt an die Controle-Commissare ein, welche sie dem Ministerium der inneren Angelegenheiten zusenden.

§. 7. Die specielle Aufsicht über jede Anstalt im Königreiche wird von Commissionen geführt, die vom Könige für jede Anstalt ernannt sind und aus drei Mitgliedern bestehen, worunter mindestens ein examinirter Arzt sein muss. Bei Ausübung ihrer Geschäfte sollen sich diese Commissionen nach der ihnen gegebenen Instruction richten; für ihre Bemühungen erhalten sie aus der Staatskasse ein angemessenes jährliches Gehalt.

Uebrigens können auch sämmtliche Anstalten, so oft der König es für nöthig hält, inspicirt werden, wozu in diesem Falle dazu geeignete Männer besonders ernannt werden.

©BIUM

§. 8. Keine von den jetzt existirenden Anstalten, in welche Kranke aufgenommen sind und verpflegt werden, darf ihre jetzigen Kranken länger als ein Jahr nach der Emanation dieses Gesetzes behalten, oder ihre Wirksamkeit fortsetzen, sofern nicht die königliche Autorisation dazu nachgesucht wird. Jedoch ist, um diese Autorisation zu erhalten, nicht nöthig, ein neues Gebäude aufzuführen, oder die jetzt bestehenden zu erweitern.

2. Capitel.

Von der Aufnahme der Geisteskranken in die Anstalten.

§. 9. Wenn die Aufnahme eines Geisteskranken in eine Anstalt verlangt wird, so soll der Arzt der Anstalt untersuchen, ob sein Zustand von der Art ist, dass die Aufnahme für ihn zweckmässig oder für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlich ist. Insofern die Angehörigen der Kranken unzufrieden sind, kann dieses der betreffenden Controle-Commission vorgelegt werden.

§. 10. Vorbehaltlich der im vorigen Paragraphen angegebenen Bedingung kann jeder Geisteskranke in eine Irrenanstalt aufgenommen werden, wenn er die öffentliche Sicherheit stört, oder wenn Niemand vorhanden ist, der die Verpflichtung hat, für ihn zu sorgen, oder wenn die, denen diese Verpflichtung obliegt, nicht auf angemessene Weise für seine Verpflegung sorgen, und in diesem Falle wird die Familie oder andere Angehörige des Kranken möglichst schleunigst von der getroffenen Maassregel unterrichtet.

§. 11. Jedesmal, wenn Jemand in eine Anstalt aufgenommen ist, soll eine Abschrift dessen, was in Uebereinstimmung mit §. 5. in das Personal-Protokoll eingetragen ist, nebst einer kurzen Beschreibung von dem Zustande des Kranken binnen 48 Stunden an die Controle-Commission eingesandt werden, die sogleich auf die Beschwerde der Angehörigen des Kranken, oder sonst in der nächsten Visitations-Session die nöthigen Untersuchungen darüber anstellt, ob der Kranke in der Anstalt zu belassen ist oder nicht.

3. Capitel.

Vom Austritt der Kranken aus den Anstalten.

§. 12. Wenn ein Geisteskranker vom Arzte der Anstalt für geheilt erklärt, und in Uebereinstimmung mit §. 14. den

©BIUM

Controle-Commissionen und den Personen oder Behörden, die seine Aufnahme bewirkt haben, davon Anzeige gemacht ist, so darf derselbe nicht länger in der Anstalt zurückgehalten werden.

§. 13. Jeder Geisteskranke kann zu jeder Zeit, selbst in dem Falle, dass er nicht geheilt ist, sowohl aus den öffentlichen, als aus den Privatanstalten zurückgenommen werden, wenn dies von seinen Angehörigen oder von denjenigen Personen, die seine Aufnahme bewirkt haben, verlangt wird: es sei denn, dass er auf Befehl der Obrigkeit aufgenommen war, oder dass der Arzt erklärt, dass sein Austritt für ihn selbst oder für die öffentliche Sicherheit gefährlich werden könne; in welchem Falle die Angehörigen die Bestimmung der Controle-Commission fordern können.

§. 14. Wenn ein Kranker eine Anstalt verlässt oder darin stirbt, so soll von dem Arzte eine Anzeige davon, in ersterem Fall begleitet von einem Bericht über den Zustand des Kranken und über den Grund der Entlassung binnen 48 Stunden an die Controle-Commission und binnen kürzester Frist eine ähnliche an die Personen oder Behörden, welche seine Aufnahme bewirkt haben, eingesendet werden.

4. Capitel.

Von Geisteskranken, die in ihrer Familie oder bei Privatpersonen verpflegt werden.

§. 15. Niemand darf als Geisteskranker in seiner Heimath oder bei Verwandten oder anderen Personen detinirt oder unter Bewachung gehalten werden, ohne dass davon sobald wie möglich Meldung geschieht, entweder an den Prediger oder direct an einen examinirten Arzt, dessen Pflicht es ist, zu untersuchen, ob die getroffenen Veranstaltungen den gesetzlichen Forderungen entsprechen.

Auf dieselbe Weise soll rücksichtlich der Kranken verfahren werden, die auf öffentliche Kosten versorgt nnd detinirt oder unter Bewachung gehalten werden.

§. 16. Tobende oder rasende Kranke sollen, wenn möglich, in Asylen untergebracht werden. Wenn die Umstände dies nicht gestatten, so ist dafür Sorge zu tragen, dass jene von einem Arzte behandelt werden.

Jeder angestellte oder Privatarzt hat die Pflicht, der Obrigkeit Anzeige davon zu machen, wenn Unzuträglichkeiten in

©BIUM

Beziehung auf die Behandlung der Kranken, die sich in Privatpflege befinden, zu seiner Kenntniss kommen.

§. 17. Arme Geisteskranke, deren Krankheit nicht der Art ist, dass sie einer besonderen Bewachung und Pflege bedürfen, sind in gleicher Weise, wie andere Arme zu verpflegen.

§. 18. Jeder Arzt soll jährlich an das Departement des Innern ein genaues Verzeichniss der Geisteskranken, die in Gemässheit obiger Bestimmung bei ihm angemeldet und von ihm besucht worden sind, einsenden.

5. Capitel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 19. Die Kosten für arme Geisteskranke, welche nach der Erklärung eines Arztes eine von der gewöhnlichen Armenversorgung verschiedene Behandlung erfordern, werden von der Stadt oder Amtscommune bezahlt, welcher sie zugehören; jedoch kann die Amtvormannschaft*) Anordnung dahin treffen, dass ein Fünftel dieser Kosten von Seiten des bezüglichen Armendistricts bezahlt werden soll.

§. 20. Kein Kranker darf in Gemeinschaft mit Verbrechern detinirt werden.

§. 21. Uebertretung dieses Gesetzes wird mit Geldstrafe geahndet, insofern nicht für den besonderen Fall im Criminalgesetze höhere Strafen festgesetzt sind. — Begangene Uebertretungen können mit Entziehung der ertheilten Autorisation bestraft werden.

Instruction für die Controle-Commissionen, in Gemässheit des Gesetzes vom 17. August 1848, bezüglich der Behandlung nnd Verpflegung der Geisteskranken.

§. 1. Die Commissionen sind verpflichtet, die Verwaltung und Oekonomie der Asyle speciell zu beaufsichtigen.

*) Eine vom Volke nach Kirchspielen gewählte Behörde, welche hauptsächlich mit dem Wegebau, den ökonomiechen Angelegenheiten und der Armenversorgung ihres Districts betraut ist.

©BIUM

Zu diesem Zwecke haben sie monatlich zweimal oder alle 14 Tage die Anstalten zu besuchen, um ihren Zustand zu untersuchen; ausserdem kann die ganze Commission oder einzelne Mitglieder derselben die Inspection vornehmen, so oft es ihnen nöthig erscheint.

§. 2. Bei diesen Inspectionen sollen die Commissare genau untersuchen, ob sowohl die für die Verwaltung der Anstalten im Allgemeinen erlassenen Gesetz-Bestimmungen, als auch die speciell für jede Anstalt gegebenen Regulative in gehöriger Weise beobachtet werden.

Besonders sollen sie ihre Aufmerksamkeit richten auf die Beschäftigungen und auf die gesellschaftlichen Vergnügungen, die für die Kranken eingeführt sind, auf die Beschaffenheit der Zwangsmittel und die Häufigkeit und Dauer ihrer Anwendung, auf die Classification der Kranken und die Aufrechterhaltung derselben; inwiefern die Kranken des Unterrichtes und der Religionsübungen theilhaftig sind; auf die Beschaffenheit der Speisung; auch sollen sie über den Zustand der Kranken, welche seit der letzten Inspection aufgenommen sind, Erkundigung einziehen.

Sie sollen alle Klagen, welche von den Kranken oder den Officianten der Anstalten geführt werden, entgegennehmen, und im Falle, dass die Wärter oder Wärterinnen sich vergangen haben, sollen sie gemeinschaftlich mit dem Arzte bestimmen, in wiefern Bestrafung eintreten soll, sofern nicht eine richterliche Untersuchung und Bestrafung angemessen erscheint.

Bei jeder Visitation sollen die Verhältnisse in diesen Beziehungen mit den Protokollen der Anstalt verglichen und letztere, nach Hinzufügung der nöthigen Bemerkungen, von den Commissaren unterzeichnet werden.

§. 3. Den Ungehörigkeiten, welche sich in der Verwaltung der Anstalt in den oben angeführten oder anderen Beziehungen vorfinden, sollen die Commissare baldmöglichst Abhülfe verschaffen oder, wenn die Beschaffenheit der Sachen höhere Bestimmung erfordert, dem Departement des Innern davon einen Bericht erstatten.

§. 4. Ueber jede von der gesammten Commission oder von einzelnen Mitgliedern angestellte Visitation soll ein besonderes Protokoll aufgenommen werden unter Hinzufügung eines Berichts über die dabei geführten Verhandlungen und der Bemerkungen, zu welchen die Visitation Anlass gegeben hat.

§. 5. In dem Fall, dass in Gemässheit des §. 9. des

©BIUM

Gesetzes eine Klage über Aufnahme eines Kranken in einer Anstalt bei der Commission vorgebracht wird, oder der Arzt in Gemässheit des §. 13 des Gesetzes den verlangten Austritt eines Kranken aus der Anstalt verweigert, soll der Kranke in Gegenwart des Arztes der Anstalt von der Commission so bald wie möglich zweimal, mit Intervallen von 3 bis zu 8 Tagen, untersucht werden, bevor die endliche Entscheidung abgegeben wird.

Jede soche Entscheidung muss in das obengenannte Visitations-Protokoll eingetragen werden mit Angabe der Zeit und des Resultates der angestellten Untersuchungen.

In eben dieses Protokoll sollen die Resultate derjenigen Untersuchung der aufgenommenen Kranken eingetragen werden, die nach §. 11. des Gesetzes von der Commission auch in dem Fall, dass eine Beschwerde darüber nicht vorliegt, anzustellen ist.

§. 6. Bevor die im Gesetze §. 6. bezeichneten vierteljährlichen und jährlichen Berichte über den Zustand der Asyle dem Departement des Innern zugeschickt werden, müssen sie von den Commissionen genau durchgesehen und zu ihnen die Bemerkungen, zu welchen sie Anlass geben, hinzugefügt werden.

§. 7. Alle Mittheilungen und Vorstellungen, die auf Irrenanstalten Bezug haben, sind an die betreffende Commission einzureichen, welche, sofern für die fragliche Angelegenheit die höhere Bestimmung erforderlich wird, sich an das Departement des Innern zu werden hat.

©BIUM

VI. Belgisches Irrengesetz.

1. Loi du 18 Juin 1850. Sur le Régime des aliénés.

Chapitre I.

Des établissements d'aliénés.

Art. 1. Nul ne peut ouvrir ni diriger un établissement destiné aux aliénés, sans une autorisation du gouvernement.

La même autorisation est nécessaire pour le maintien des établissements actuellement existants.

Art. 2. Est considérée comme établissement d'aliénés, toute maison où l'aliéné est traité, même seul, par une personne qui n'a avec lui aucun lien de parenté ou d'alliance ou qui n'a pas la qualité de tuteur, de curateur ou d'administrateur provisoire.

Art. 3. Le gouvernement n'accordera l'autorisation demandée qu'autant qu'il reconnaisse qu'il est satisfait aux conditions suivantes:

1° Situation et locaux salubres, bien aérés, d'une étendue suffisante et d'une distribution convenable;

2° Séparation des sexes et classement des aliénés de chaque sexe d'après les exigences de leur maladie et la nature des soins dont ils doivent être l'objet;

3° Organisation d'une service médical et sanitaire et régime intérieur approprié aux besoins et à l'état des malades;

4° Approbation, tous les trois ans, par la députation permanente, du personnel des médecins, et autorisation pour ce collége d'ordonner en tout temps la modification ou le remplacement de ce personnel en cas de négligence grave ou d'omission des devoirs imposés aux médecins par la présente loi, le tout sauf recours au Roi.

©BIUM

Ces conditions feront l'objet d'un règlement général et organique approuvé par un arrête royal, qui déterminera également les obligations auxquelles seront soumis les chefs ou directeurs des établissements et les cas où les autorisations pourront être retirées.

Ce règlement astreindra les fondateurs ou propriétaires actuels d'établissements à soumettre à l'approbation du gouvernement les plans des établissements à créer, et ceux de toutes les modifications à introduire dans les établissements existants.

Art. 4. Les établissements existants ou ceux qui pourront être fondés à l'avenir, qui ne satisferont pas aux conditions voulues et dont les chefs ou directeurs refuseront ou seront dans l'impossibilité de les remplir, seront fermés, la députation permanente entendue et après enquête. Les aliénés qui s'y trouveront seront envoyés dans un établissement autorisé, aux choix des personnes ou des autorités qui auront requis leur placement dans l'établissement supprimé et aux frais de qui de droit.

Art. 5. Les chefs ou directeurs qui offriront de se soumettre aux conditions exigées, si d'ailleurs les locaux le leur permettent, obtiendront le délai reconnu nécessaire par le gouvernement pour se conformer à la loi. Ce délai expiré, l'établissement sera fermé s'il n'est pas organisé conformément aux principes posés par le règlement organique mentionné au §. 2 de l'article 3.

Art. 6. L'organisation de la colonie de Gheel et d'autres semblables, qui pourront exister ou se former par la suite, et le régime des aliénés qui y seront envoyés, feront l'objet d'un règlement spécial, approuvé par arrêté royal, qui prescrira, entre autres, le mode de placement et de surveillance et l'organisation du service médical.

Chapitre II.

Du placement des aliénés dans les établissements d'aliénés.

Section I.

De l'admission dans les établissements d'aliénés.

Art. 7. Le chef d'un établissement ne pourra recevoir aucune personne atteinte d'aliénation mentale que:

1° Sur une demande écrite d'admission du tuteur d'un interdit, accompagnée de la délibération du conseil de famille,

©BIUM

prise en exécution de l'article 510 du Code civil; ou, si l'interdiction n'a pas encore été prononcée, sur la demande de l'administrateur provisoire, accompagnée du jugement rendu en vertu de l'article 497 du même Code.

2° Sur une demande d'admission de l'autorité locale du domicile de secours d'un aliéné indigent;

3° En vertu d'un arrête de collocation pris par l'autorité locale compétente par application de l'article 95 de la loi communale;

4° En exécution d'un réquisitioire d'un officier du ministère public, dans le cas de l'article 12 ci-après;

5° Sur une demande d'admission de toute personne intéressée indiquant la nature des relations et, le cas échéant, le degré de parenté ou d'alliance qui existe entre elle et l'aliéné.

Cette demande devra être revêtue du visa du bourgmestre de la commune où l'aliéné se trouvera.

6° En vertu d'un arrête de la députation permanente du conseil provincial, dans les cas des Nos 2, 3 et 5 précédents.

S'il y a urgence, cet arrête pourra être portée par le gouverneur seul, et il sera soumis à la députation permanente lors de sa première réunion.

Art. 8. Dans les cas des Nos 2, 3, 4, 5 et 6 de l'article précédent, il devra être produit un certificat constatant l'état mental de la personne à placer et indiqnant les particularités de la maladie.

Ce certificat, pour être admis, devra avoir moins de quinze jours de date et être délivré par un médecin non attaché à l'établissement.

Néanmoins, en cas d'urgence le certificat du médecin ne sera pas exigé au moment de la réception de l'aliéné; mais il devra, dans ce cas, être délivré dans les vingt-quatre heures.

Art. 9. Tout individu qui conduira un aliéné dans un établissement sera tenu de faire transcrire sur le registre mentionné à l'article 22 les pièces dont il devra être porteur aux termes des articles 7 et 8.

L'acte de remise, tant de ces pièces que de la personne de l'aliéné, sera écrit devant le conducteur et signé tant par lui que par le chef de l'établissement qui lui en remettra une copie certifiée pour sa décharge.

Art. 10. Dans les vingt-quatres heures de l'admission

©BIUM

d'un aliéné le chef de l'établissement en donnera avis par écrit:

1° Au gouverneur de la province;

2° Au procureur du roi de l'arrondissement;

3° Au juge de paix du canton;

4° Au bourgmestre de la commune;

5° Au comité de surveillance de l'établissement mentionné à l'article 21 ci-après.

Pareil avis sera donné dans le même délai au procureur du roi de l'arrondissement du domicile ou de la résidence habituelle de l'aliéné et ce magistrat en informera l'autorité locale qui en donnera immédiatement connaissance aux plus proches parents connus et aux personnes chez lesquelles l'aliéné avait son habitation, chaque fois que l'ordre ou la demande de séquestration sera émané de l'une des autorités ou des personnes mentionnées aux Nos 2, 3, 5 et 6 de l'article 7.

Art. 11. Pendant chacun des cinq premiers jours de son admission, l'aliéné sera visité par le médecin de l'établissement. Celui-ci consignera sur un registre à ce destiné, coté et paraphé comme il est dit à l'article 22, ses observations et le jugement qu'il en aura tiré, et en transmettra, le sixième jour, une copie au procureur du roi de l'arrondissement.

Il consignera ultérieurement sur le même registre, au moins tous les mois, les changements survenus dans l'état mental de chaque malade.

Art. 12. Le gouvernement traitera avec un établissement pour le placement des prévenus, accusés, condamnés ou des individus renvoyés des poursuites, qui seraient reconnus en état d'aliénation mentale.

Ceux-ci y seront transférés sur la réquisition de l'officier du ministère public compétent près la cour ou le tribunal saisi de la poursuite ou dont émane l'arrêt ou le jugement.

Les détenus pour dettes, atteints d'aliénation mentale, seront transférés dans le même établissement sur l'ordre du procureur du roi, qui en donnera immédiatement avis à leurs créanciers.

Section II.
De la sortie des établissements d'aliénés.

Art. 13. Lorsque le médecin de l'établissement aura déclaré, sur le registre tenu en vertu de l'article 22. que la guérison est opérée, le chef de l'établissement en donnera immé-

©BIUM

diatement avis par écrit, à celui sur la demande duquel l'aliéné a été admis, ainsi qu'aux personnes et aux autorités qui ont été informées de son admission, aux termes de l'article 10.

Cinq jours après l'envoi de ces avis, la personne déclarée guérie sera mise en liberté sur l'ordre du bourgmestre de la commune, qui lui delivrera une feuille de route tenant lieu de passe-port.

Art. 14. Cependant le mineur, l'interdit, ou celui dont l'interdiction est provoquée ne seront remis qu'à la personne sous l'autorité de laquelle ils sont placés par la loi.

Les prévenus, accusés ou condamnés, et les détenus pour dettes séquestrés dans le cas du N° 4 de l'article 7 et de l'article 12, seront mis à la disposition du fonctionnaire qui aura donné l'ordre d'admission.

Art. 15. Avant même que le médecin de l'établissement ait déclaré la guérison, toute personne retenue dans un établissement d'aliénés pourra toujours en être retirée par ceux qui l'y ont placée, sauf le cas de minorité ou d'interdiction, dans lequel ce droit n'appartiendra, d'après les circonstances, qu'au tuteur, au curateur ou à l'administrateur provisoire, sans préjudice du droit du ministère public,

Toutefois, si l'aliéné est indigent, il sera agi à son égard d'après le prescrit de l'article 17 de la loi du 18 Février 1845, sur le domicile de secours (Bulletin officiel. N° 14).

Si le médecin de l'établissement était d'avis que la sortie et le transport du malade exigent l'emploi de mesures spéciales, il y sera statué par le collége des bourgmestres et échevins du lieu de la situation de l'établissement.

Art. 16. Si, avant l'expiration du délai fixé par le §. 2 de l'article 13, il était fait opposition à la sortie, il y sera statué par la députation permanente du conseil de la province dans laquelle l'établissement est situé.

Dans les vingt-quatres heures de la sortie, le chef de l'établissement doit en donner avis aux autorités mentionnées à l'article 10, leur faire connaître le nom et la résidence des personnes qui ont retiré le malade, son état mental au moment de la sortie, et, autant que possible, l'indication du lieu où l'on se propose de le conduire.

Art. 17. Toute personne non interdite, retenue dans un établissement d'aliénés, ou toute autre personne intéressée, pourra, à quelque époque que ce soit, se pourvoir devant le président du tribunal du lieu de la situation de l'établissement,

©BIUM

qui, après les vérifications nécessaires, ordonnera, s'il y a lieu, la sortie immédiate.

La décision sera rendue en chambre du conseil, sur requête qui sera, au préalable, communiquée au ministère public et par celui-ci au fonctionnaire ou à la personne qui aura provoqué la séquestration.

Il sera statué dans la même forme sur l'appel qui pourra être interjeté par la personne séquestrée.

Tous les actes judiciaires on extrajudiciaires à faire dans les cas prévus par le présent article seront visés pour timbre et enregistrés gratis.

Chapitre III.

Des asiles provisoires et de passage, et du transport des aliénés indigents.

Art. 18. Les autorités communales pourvoiront au placement provisoire des aliénés en attendant leur transférement dans les établissements spéciaux qui leur sont destinés.

Art. 19. Les aliénés indigents, à leur passage par une commune étrangère pour se rendre au lieu de leur destination, seront logés par les soins des autorités communales, soit dans les hôpitaux ou hospices de la localité, soit dans tout autre local convenablement disposé à cet effet.

Dans aucun cas, ils ne pourront être déposés dans une prison ni conduits avec des condamnés ou des prévenus.

Art. 20. Les moyens de transport pour les aliénés indigents seront organisés conformément aux instructions que le gouvernement transmettra à cet effet aux autorités locales.

Chapitre IV.

De la surveillance des établissements d'aliénés.

Art. 21. Tout établissement d'aliénés ou tout asile provisoire ou de passage établi en exécution des articles 18 et 19 sont sous la surveillance du gouvernement, qui les fera visiter, tant par des fonctionnaires spécialement délégués à cet effet, que par des comités permanents d'inspection chargés de veiller à l'exécution des articles 3 et 6.

Les établissements d'aliénés, ainsi que les personnes qu'ils renferment, seront visités en outre à des jours indétermines une fois au moins: 1° tous les six mois par le bourgmestre

©BIUM

de la commune; 2° tous les trois mois par le procureur du roi de l'arrondissement; 3° tous les ans par le gouverneur de la province ou un membre de la députation permanente du conseil provincial délégué par le gouverneur.

Les asiles provisoires et de passage seront inspectés une fois au moins par trimestre par le bourgmestre de la commune dans laquelle ils sont situés, et par le juge de paix du canton.

Ils pourront l'être également par les autres fonctionnaires mentionnés au présent article.

Art. 22. Dans chaque établissement public ou particulier, il sera tenu un registre coté et paraphé à chaque feuillet par le procureur du roi de l'arrondissement.

Ce registre indiquera les nom, prénoms, l'âge, le lieu de naissance et le domicile, la profession de chaque individu placé dans l'établissement; la date du placement, les nom, profession et demeure de la personne qui l'aura demandé, ou la mention de l'ordre en vertu duquel il aura eu lieu.

S'il a été nommé un administrateur provisoire des biens de l'aliéné ou un tuteur à l'interdit, le registre en contiendra l'indication.

Il contiendra également la transcription des certificats des médecins requis pour l'admission, la date et la cause de la sortie, et tels autres renseignements que pourra prescrire le gouvernement.

Le registre sera présenté, à chaque visite, aux personnes chargées de la surveillance ou de l'inspection de l'établissement, qui y apposeront leur visa, et y consigneront leurs observations s'il y a lieu.

Tous les trois mois, un extrait de ce même registre sera adressé à la personne ou à l'autorité qui a fait placer l'aliéné dans l'établissement.

Le registre ne pourra être communiqué à aucune personne étrangère à l'établissement ou non préposée à sa surveillance, sans une autorisation spéciale du Ministre de la justice.

Art. 23. Chaque chef d'établissement ou chaque comité d'inspection transmettra annuellement à l'administration supérieure un état des entrées, des sorties et de la position sanitaire des aliénés, ainsi qu'un rapport sur la situation générale et les divers services de l'établissement soumis à sa direction ou à son contrôle.

Art. 24. Le gouvernement présentera chaque anné aux chambres législatives un rapport sur la situatiou des établissements d'aliénés du royaume.

©BIUM

Chapitre V.

Des aliénés gardés dans leurs familles.

Art. 25. Nulle personne ne peut être séquestrée dans son domicile ou celui des ses parents ou des personnes qui en tiennent lieu, si l'état d'aliénation mentale n'est pas constaté par deux médecins désignés, l'un par la famille ou les personnes interessées, l'autre par le juge de paix du canton, qui s'assurera par lui-même de l'état du malade et renouvellera ses visites au moins une fois par trimestre.

Indépendamment des visites personelles du juge de paix, ce magistrat se fera remettre trimestriellement un certificat du médecin de la famille aussi longtemps que durera la séquestration, et fera d'ailleurs visiter l'aliéné par tel médecin qu'il désignera, chaque fois qu'il le jugera nécessaire.

Chapitre VI.

Des frais d'entretien des aliénés.

Art. 26. Le gouvernement fixera par un tarif les frais de transport; il fixera aussi annuellement la journée d'entretien des individus placés dans les établissements d'aliénés par l'autorité publique, ainsi que celle des aliénés indigents et des aliénés passagers dans le cas de l'article 19.

Art. 27. Les dépenses énoncées en l'article précédent seront en ce qui concerne les aliénés non indigents, à la charge des personnes placées; à défaut par elles de pouvoir les supporter, elles seront à la charge de ceux auxquels il peut être demandé des aliments aux termes des articles 205 et suivants du Code civil.

Toutefois, en ce qui concerne les aliénés prévenus, accusés ou condamnés, lesdites dépenses seront supportées par l'Etat, et celles des détenus pour dettes par leur créanciers.

Si la somme consignée mensuellement par ceux-ci pour aliments ne suffit pas pour couvrir le montant desdites dépenses, l'avance du surplus sera faite par l'administration de l'enregistrement, et recouvrée à charge des créanciers sur un état qui sera rendu exécutoire par le président du tribunal du lieu de l'établissement. En cas de contestation, il sera procédé devant le même tribunal conformément à la loi du 22 frimaire an VII.

Art. 28. A défaut ou en cas d'insuffisance des ressources énoncées en l'article précédent, il y sera pourvu soit sur le

©BIUM

revenu de fondations spéciales, s'il en existe, soit sur celui des établissements des hospices ou de bienfaisance, et, au besoin, par les communes du domicile de secours des aliénés conformément à l'article 131 de la loi communale.

Chapitre VII.

De l'effet du placement de l'aliéné sur l'administration de ses biens et sa capacité de contracter.

Art. 29. Les personnes qui se trouveront placées dans des établissements d'aliénés et qui ne seraient ni interdites ni placées sous tutelle, pourront, conformément à l'article 497 du Code civil, être pourvues d'un administrateur provisoire par le tribunal de première instance du lieu de leur domicile, sur la demande des parents, de l'époux ou de l'épouse, sur celle de la commission administrative ou sur la provocation d'office du procureur du roi.

Cette nomination n'aura lieu qu'après délibération du conseil de famille et sur les conclusions du procureur du roi. Elle ne sera pas sujette à l'appel.

Les dispositions du Code civil sur les causes qui dispensent de la tutelle, sur les incapacités, les exclusions, les destitutions et les comptes des tuteurs, sont applicables à l'administrateur provisoire nommé par le tribunal. Sur la demande des parties intéressées ou du procureur du roi, le tribunal pourra constituer sur les biens de l'administrateur provisoire une hypothèque jusqu'à concurrence d'une somme à déterminer par le jugement. Le procureur du roi devra, dans le délai de quinzaine, faire inscrire cette hypothèque au bureau de la conservation: elle ne datera que du jour de l'inscription.

Art. 30. Les commissions administratives ou de surveillance des hospices ou établissements d'aliénés exerceront de plein droit, par celui de leurs membres qu'elles désigneront, les fonctions d'administrateurs provisoires à l'égard des personnes qui y sont placées, qui ne seraient ni interdites, ni pourvues d'un tuteur et auxquelles un administrateur spécial n'aurait pas été nommé conformément à l'article précédent.

Le receveur des hospices remplira à l'égard des biens de ces personnes les mêmes fonctions que pour les biens des hospices.

Toutefois les biens de l'administrateur délégué ne pourront, à raison de ses fonctions, être passibles d'aucune hypothèque.

©BIUM

La garantie de son administration résidera dans le cautionnement du receveur chargé de la manutention des deniers et de la gestion des biens.

Art. 31. L'administratenr provisoire procédera au recouvrement des créances et à l'acquittement des dettes; il passera des baux qui ne pourront excéder trois ans; il pourra même, en vertu d'une autorisation spéciale accordée par le président du tribunal civil, faire vendre le mobilier et représenter l'aliéné en justice, soit en demandant soit en défendant. Les significations faites au domicile de ce dernier pourront, suivant les circonstances, être annulées par les tribunaux. Il n'est point dérogé aux dispositions de l'article 173 du Code de commerce.

Art. 32. A défaut d'administrateur provisoire, le président, à la requête de la partie la plus diligente, commettra un notaire pour représenter les personnes non interdites et non pourvues d'un tuteur, placées dans les établissements d'aliénés, dans les inventaires, comptes, partages et liquidations dans lesquels elles seraient intéressées.

Art. 33. Les pouvoirs conférés en vertu des articles précédents, cesseront de plein droit dès que la personne placée dans un établissement d'aliénés n'y sera plus retenue. Les pouvoirs conférés par la justice en vertu des article 29 et 32, cesseront de plein droit à l'expiration d'nn délai de trois ans, s'ils n'ont pas été renouvelés.

Art. 34. Les actes faits par toutes personnes pendant le temps qu'elles auront été retenues dans un établissement d'aliénés pourront être attaqués pour cause de démence, conformément à l'article 1304 du Code civil.

Les dix ans de l'action en nullité courront à l'égard de la personne retenue qui aura souscrit des actes, à dater soit de la connaissance qu'elle en aura eue après sa sortie définitive de la maison d'aliénés, soit de la signification qui lui en aura été faite après cette sortie, et à l'égard de ses héritiers, à dater de la signification qui leur en aura été faite, ou de la connaissance qu'ils en auront eue depuis la mort de leur auteur.

Lorsque les dix ans auront commencé à courir contre celui-ci, ils continueront de courir contre les héritiers.

©BIUM

Chapitre VIII.

Dispositions générales et pénalités.

Art. 35. Aucune requête, aucune réclamation, adressées soit à l'autorité judiciaire, soit à l'autorité administrative, ne pourront être supprimées ou retenues par les chefs ou médecins d'établissements d'aliénés, ni par les directeurs des hospices ou les bourgmestres dans les cas des articles 18 et 19.

Art. 36. Les arrêtes à prendre aux termes des articles 1, 3, 5, 6 et 26, ainsi qu'en vertu de l'article 21, en ce qui concerne la nomination des membres des comités permanents d'inspection, seront précédés de l'avis de la députation permanente du conseil de la province où l'établissement est situé.

Art. 37. Les arrêtes à prendre par les administrations locales dans les cas des Nos 2 et 3 de l'article 7, et par les autorités provinciales dans le cas du No 6 du même article seront, dans les trois jours de leur date, transmis au procureur du roi de l'arrondissement où est domicilié l'aliéné respectivement par le bourgmestre ou le gouverneur.

Si l'arrête de collocation ne doit pas être mis à exécution dans l'arrondissement du lieu du domicile ou de la résidence de l'aliéné, le procureur du roi transmettra immédiatement une copie de cet arrête à son collègue de l'arrondissement où est situé l'établissement dans lequel le placement devra avoir lieu.

Art. 38. Les contraventions aux dispositions des articles 1, 4, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 22, 23, 35 de la présente loi et aux arrêtes à prendre en vertu des articles 3 et 6, qui seront commises par les chefs, directeurs ou préposés responsables des établissements d'aliénés et par les médecins employés dans ces établissements, seront punis d'un emprisonnement qui ne pourra excéder un an et d'une amende qui n'excédera pas 3000 francs, ou de l'une ou de l'autre de ces peines, sans préjudice du retrait de l'autorisation accordée dans les cas prévus par les articles 3 et 6 et indépendamment des poursuites qui pourront leur être intentées du chef de séquestration illégale, s'ils venaient à retenir une personne après sa guérison constatée et dont la sortie aurait été ordonnée ou autorisée conformément aux dispositions de la loi.

Les mêmes dispositions pénales seront applicables aux parents ou tuteurs qui contreviendraient aux dispositions de l'article 25.

©BIUM

2) Règlement général et organique sur le régime des aliénés en application de la loi du 18 Juin 1850.

Chapitre I.

Des conditions générales pour l'autorisation des établissements d'aliénés.

Art. 1. Les établissements affectés au traitement et à la garde des aliénés doivent réunir les conditions suivantes:

1° Situation et locaux salubres, bien aérés, accessibles à la lumière et au soleil, et pour les nouvelles constructions, site à la campagne dans la proximité d'une ville, ou tout au moins espace suffisant pour y établir une exploitation agricole ou horticole à laquelle puissent être occupés les aliénés;

2° Etendue proportionnée aux exigences du service et à la population qui ne pourra dépasser le chiffre de trois cents aliénés, à moins d'une autorisation spéciale du gouvernement;

3° Eaux abondantes et de bonne qualité;

4° Séparation complète des sexes;

5° Classement des aliénés de chaque sexe d'aprés les exigences de leur maladie et la nature des soins dont ils doivent être l'objet.

Lorsque le nombre des aliénés du même sexe ne dépassera pas 50, le nombre des divisions pourra être réduit à deux: aliénés paisibles; agités.

Lorsque le nombre des aliénés du même sexe dépassera 50, il y aura au moins 4 divisions: aliénés paisibles; agités et furieux; malpropres et idiots; convalescents.

Dans les établissements à créer dont la population dépassera 100 aliénés du même sexe, on établira des catégories spéciales pour les aliénés turbulents et furieux et pour ceux qui sont simplement agités. Il y aura une division spéciale destinée aux aliénés tranquilles et propres, distincte de celle des aliénés dits gâteux. Une division particulière comprendra les idiots et une autre les épileptiques. Les convalescents seront séparés des aliénés proprement dits.

©BIUM

6o Distribution intérieure convenable. Les aliénés furieux ou bruyants, les idiots et les épileptiques seront placés, autant que possible, aux rez-de-chaussée et éloignés du centre de l'établissement.

Il y aura, pour chaque division, au moins une salle de réunion disposée de préférence au rez-de-chaussée.

Il y aura au plus une cellule d'isolement pour dix aliénés, sauf dans les cas exceptionnels, et notamment dans le cas prévu par l'article 40 du présent règlement, et lorsque les établissements reçoivent plus particulièrement des aliénés agités ou furieux.

7o Préaux ou jardins suffisamment spacieux;

8° Facilités pour la surveillance et le service domestique;

9° Infirmerie spéciale pour les maladies incidentes.

Art. 2. En ce qui concerne les détails relatifs aux arrangements intérieurs et spécialement à la ventilation, au chauffage, aux moyens de sûreté, à la disposition des fenêtres et des escaliers, à la clôture, à la dimension et à l'appropriation des cellules pour les agités et les furieux, aux lieux d'aisance, aux bains et douches etc., les propriétaires des établissements se conformeront aux instructions que pourra leur donner l'autorité supérieure.

Art. 3. Les aliénés payant pension seront séparés de ceux qui sont entretenus à charge de leur domicile de secours, sauf le cas prévu à l'article 57 du présent règlement.

Art. 4. Les propriétaires d'établissements particuliers qui recevront d'autres pensionnaires que des aliénés, devront leur affecter des locaux distincts et entièrement séparés.

Chapitre II.

Des dispositions spéciales concernant l'administration et la direction, le service médical et hygiénique, et le service domestique des établissements d'aliénés.

Art. 5. Le propriétaire d'un établissement en est le chef administratif. Il peut en même temps y remplir les fonctions de directeur et de médecin.

Sont assimilées aux propriétaires, les administrations publiques chargées de l'entretien des aliénés indigents.

Le propriétaire est chargé de l'appropriation des bâtiments. Il pourvoit à l'organisation du service médical, administratif

©BIUM

et domestique dans les limites posées par la loi et les règlements organiques.

Il fait les règlements intérieurs et en surveille l'exécution.

Ces règlements, qui embrassent tous les détails du régime et de la discipline, sont soumis à la sanction du gouvernement.

Art. 6. Il est attaché au moins un médecin à chaque établissement d'aliénés. Il a la direction du régime des aliénés au point de vue de l'art médical, de l'hygiène et de la discipline.

Art. 7. Daus les établissements ou il y a plus d'un médecin, l'un deux a le titre de médecin en chef.

Le médecin en chef est chargé de la direction supérieure du service médical et hygiénique et de l'accomplissement des conditions imposées par la loi et les règlements organiques aux médecins des établissements d'aliénés.

Art. 8. Dans les établissements où la population excède cent aliénés, il y a au moins un médecin-adjoint ou un élève interne tenu de résider dans l'établissement ou à proximité.

Art. 9. Il est fait, au moins une fois par jour, une visite générale de tous les aliénés par le ou les médecins de l'établissement.

Art. 10. Le médecin tient un registre séparé pour les aliénés de chaque sexe, énonçant, outre les nom, prénoms, lieu de naissance, l'état civil, la profession, l'époque à laquelle l'aliénation s'est déclarée, la cause de la maladie, son caractère, si l'aliénation est ou non permanente, si l'aliéné est atteint d'une autre affection ou accident, la nature du traitement employé et ses résultats.

Un résumé de ces registres, dressé d'après le modèle annexé au présent règlement (modèle K.) est adressé chaque année au Ministre de la justice par l'intermédiaire du comité d'inspection.

Art. 11. La liste nominative des médecins attachés à chaque établissement, ainsi que le taux des traitements, rétributions ou émoluments qui sont alloués aux médecins des établissements publics, sont soumis tous les trois ans, dans le courant du mois de novembre, à l'approbation de la députation permanente du conseil de la province, avec tous les renseignements qu'elle peut juger nécessaires.

La première approbation doit être demandée immédiatement après l'autorisation accordée par le gouvernement pour le maintien ou l'ouverture de l'établissement.

©BIUM

Pareille demande doit être faite pour chaque changement ou mutation dans le personnel médical.

Art. 12. Il y a dans chaque établissement un directeur résident, chargé de remplir les obligations imposées par la loi aux chefs ou directeurs des établissements d'aliénés.

Art. 13. Pour être directeur d'un établissement d'aliénés il faut être majeur, jouir de l'exercice de ses droits civils, et avoir été agréé par la députation permanente du conseil de la province, sauf le recours au Roi.

Art. 14. Lorsque le directeur d'un établissement, soit public, soit particulier, est en même temps chargé de l'entreprise de l'entretien des aliénés, il doit obtenir une autorisation spéciale de la députation permanente, sauf le recours au Roi.

Art. 15. Un aumônier chargé du service religieux est attaché à chaque établissement. On avisera aussi aux moyens de disposer dans celui-ci une chapelle ou un oratoire domestique.

Art. 16. Il y a au moins un gardien pour dix aliénés, sauf les cas exceptionnels où le gouvernement reconnaîtrait que le nombre des gardiens peut être réduit sans inconvénient.

La surveillance des femmes aliénées est, en tous cas, confiée à des personnes de leur sexe.

Art. 17. Des mesures seront prises dans chaque établissement pour occuper convenablement les aliénés, selon les indications que pourra donner le médecin.

Art. 18. Les moyens de contrainte seront combinés de manière à maintenir l'ordre et la sécurité, sans irriter les malades et augmenter leur exaltation. L'emploi des fers est interdit.

Art. 19. Dans chaque établissement public et dans chaque établissement particulier recevant des aliénés indigents, l'alimentation, le coucher, l'habillement et généralement le régime des diverses classes d'aliénés, sont réglés par un tarif soumis à l'approbation du gouvernement.

Art. 20. Il est tenu dans chaque établissement un registre spécial où il est fait mention des cas de séquestration absolue dans les cellules d'isolement et de la durée de celle-ci dans chaque cas.

Art. 21. Les dispositions générales du chapitre I et du présent chapitre seront étendues, pour autant que de besoin, aux maisons de traitement particulières, assimilées par l'article 2 de la loi du 18 Juin 1850 aux établissements d'aliénés proprement dits.

©BIUM

Chapitre III.

Des autorisations pour le maintien des établissements d'aliénés existants.

Art. 22. Dans les trois mois qui suivront la publication du présent règlement, les propriétaires des établissements d'aliénés existant dans le royaume, adresseront au Ministre de la justice, en conformité de l'article 1 de la loi du 18 Juin 1850, une demande en autorisation, à l'appui de laquelle ils transmettront les pièces et documents mentionnés ci-après:

1° Un plan de l'établissement, à l'échelle de 2½ mill. pour mètre, avec les coupes et élévations et l'indication, dans une légende explicative, de l'étendue et de la division du terrain annexé à l'établissement et dont les aliénés ont la jouissance, de l'exposition des bâtiments, de leur distribution intérieure, du nombre des cellules d'isolement, du mode de séparation des sexes et du classement des aliénés de chaque sexe d'après les exigences de leur maladie et la nature des soins dont ils doivent être l'objet;

2° Le nom et la qualité du propriétaire, le mode d'organisation du service médical, hygiénique et administratif, les noms et la résidence des médecins et du directeur, la date de leur nomination ou le temps depuis lequel ils ont été attachés à l'établissement;

3° Un exemplaire des règlements relatifs au régime intérieur;

4° Un tableau numérique des aliénés existant à l'époque de l'envoi des renseignements, et indiquant, dans autant de colonnes distinctes:

a) Le sexe;

b) L'âge par périodes au-dessous de 20 ans, de 20 à 30, de 30 à 40, de 40 à 60, et au-dessus de 60 ans;

c) Les provinces du royaume où ils ont respectivement leur domicile, et pour les étrangers, les pays d'où ils sont originaires;

d) Leur classement en aliénés paisibles et agités; furieux; réputés curables ou incurables;

e) Le nombre d'indigents et de pensionnaires;

5° Le nombre et la qualité des employés des deux sexes attachés à l'établissement, en précisant le nombre d'aliénés et de gardiens pour chaque division ou catégorie;

©BIUM

6° Le tarif des journées d'entretien et des pensions;

7° Pour les établissements appartenant aux hospices civils ou au communes, les dotations affectées à l'institution.

Les pièces mentionnées aux N°s 1, 2, 3, 4 et 5 du présent article, seront certifiées exactes par les médecins attachés aux établissements.

Art. 23. Les propriétaires spécifieront dans leur demande la destination de leurs établissements, s'ils sont affectés en tout ou en partie aux aliénés indigents ou pensionnaires, et s'ils reçoivent d'autres malades que des aliénés; ils préciseront, dans l'un et l'autre cas, le nombre d'aliénés et de malades de chaque sexe et de chaque classe qu'ils sont destinés à recevoir, et indiqueront, en outre, dans le second cas, le nombre exact d'employés chargés exclusivement de la garde des aliénés et des soins à leur donner.

Art. 24. Si l'organisation et les dispositions d'un établissement dont le maintien est demandé n'étaient pas conformes aux règles générales énumérées dans les chapitres I et II du présent règlement, les propriétaires dudit établissement exposeront dans leur demande les réformes et les améliorations qu'ils se proposent d'y apporter, en spécifiant le délai endéans lequel ces réformes et ces améliorations seront effectuées. Ils soumettront à l'appui les plans, coupes et élévations des constructions nouvelles ou des changements projetés.

Art. 25. Le Ministre de la justice, après avoir consulté la députation permanente du conseil de la province, fixe le délai reconnu necessaire pour que lesdits propriétaires puissent se conformer aux prescriptions de la loi et du présent règlement.

Art. 26. Les autorisations ont lieu par arrête royal; elles ne peuvent être accordées aux propriétaires des établissements particuliers qu'en nom personnel.

En cas de vente ou de cession de l'établissement ou de décès du propriétaire, son successeur doit obtenir une autorisation nouvelle.

Art. 27. Les arrêtés d'autorisation feront mention du nombre d'aliénés de chaque sexe qui peuvent être admis dans chaque établissement, en distinguant les indigents et les non-indigents.

©BIUM

Chapitre IV.

Des autorisations pour l'érection et l'ouverture de nouveaux établissements d'aliénés.

Art. 28. Quiconque voudra ériger un établissement d'aliénés en demandera l'autorisation au gouvernement, en soumettant à l'appui de sa demande:

1° Un plan des constructions projetées, à l'échelle de 2½ Mm. pour mètre, avec les coupes et élévations, et l'indication, dans une légende explicative, des dispositions correspondantes aux règles posées dans l'article 1 du présent règlement;

2° Le chiffre approximatif des aliénés de chaque sexe et des diverses catégories, indigents ou pensionnaires, auxquels l'établissement est destiné;

3° L'exposé des mesures qui seront prises en conformité des principes posés dans les chapitres I et II du présent règlement.

Art. 29. Les autorisations pour l'érection et l'ouverture des nouveaux établissements ont lieu dans les formes et sous les conditions mentionnées aux articles 26 et 27 du chapitre qui précède.

Chapitre V.

Des autorisations pour les changements à apporter aux établissements d'aliénés autorisés.

Art. 30. Nul ne peut apporter dans un établissement d'aliénés autorisé, des changements susceptibles d'affecter l'une ou l'autre des conditions énumérées aux chapitres I et II du présent règlement et posées dans l'arrête d'autorisation, sans avoir soumis au préalable à l'approbation du gouvernement les plans des modifications projetées aux bâtiments, ou l'exposé détaillé des réformes jugées utiles ou nécessaires.

Chapitre VI.

Du refus et du retrait des autorisations, et de la fermeture des établissements non autorisés.

Art. 31. L'autorisation du gouvernement sera refusée dans les cas suivants:

©BIUM

1° Si l'établissement dont on demande le maintien ou l'ouverture ne réunit pas les conditions essentielles énumérées aux chapitres I et II du présent règlement;

2° Si les propriétaires refusent de se soumettre à ces mêmes conditions, ou s'ils se trouvent dans l'impossibilité de s'y conformer.

Art. 32. L'autorisation sera retirée dans les cas suivants:

1° Si les propriétaires des établissements autorisés enfreignent ou négligent sciemment les conditions qui leur auront été imposées et qu'ils auront acceptées;

2° S'ils ont laissé écouler le délai qui leur aurait été accordé pour se conformer aux dispositions de la loi et du présent règlement;

3° S'ils apportent, sans y avoir été préalablement autorisés, des changements dans la distribution des locaux ou le régime des établissements, susceptibles d'affecter les conditions énumérées aux chapitres I et II du présent règlement et posées dans l'arrête d'autorisation.

Art. 33. Les établissements, en cas de refus ou de retrait d'autorisation, sont fermés, la députation permanente entendue et après enquête. La fermeture est prononcée par arrête royal. Il sera procédé au surplus dans ce cas selon les prescriptions de l'article 4 de la loi du 18 juin 1850.

Art. 34. La révocation des directeurs d'établissements d'aliénés autorisés en vertu des articles 13 et 14 du présent règlement, peut être prononcée par les autorités qui ont accordé les autorisations, sauf le recours au Roi.

Chapitre VII.

Du placement des aliénés dans les établissements.

Art. 35. Les gouverneurs des provinces font les diligences nécessaires, pour s'assurer si, dans leurs circonscriptions respectives, il se trouve des aliénés dont il y aurait lieu d'effectuer le placement dans l'intérêt de l'ordre et de la sécurité publique, dans l'intérêt de leur sûreté ou dans celui de leur guérison et de leur bien-être.

En cas d'affirmative, le gouverneur provoque un arrête de collocation de la députation permanente du conseil provincial, ou statue d'urgence aux termes du No 6 §. 2 de l'article 7 de la loi du 18 Juin 1850.

Art. 36. Les médecins des pauvres visitent, dans leurs

©BIUM

circonscriptions respectives, les aliénés indigents qui leur sont signalés et, le cas échéant, en informent l'autorité.

Art. 37. Les directeurs sont tenns d'avertir immédiatement l'administration du domicile de secours et celle de la commune où est situé l'établissement, de l'entrée de tout aliéné qui se sera présenté volontairement ou qui aurait été conduit dans cet établissement en cas d'urgence, afin qu'il soit procédé à sa visite dans le délai prescrit par l'article 8 §. 3 de la loi du 18 Juin 1850.

Art. 38. Les demandes d'admission, les réquisitions et les arrêtes de collocation mentionnés à l'article 7 de la loi du 18 Juin 1850, indiqueront les nom et prénoms, l'âge, la profession, l'état civil, la filiation, le lieu de naissance et le domicile de l'aliéné.

Art. 39. Le certificat médical prescrit à l'article 8 de la loi du 18 Juin 1850 mentionnera, autant que possible, l'époque de l'invasion de la maladie, sa nature, sa durée et ses caractères essentiels, si l'aliéné a été soumis à un traitement, et généralement toutes les circonstances propres à faire apprécier l'état du malade.

A ce certificat sera joint un bulletin confidentiel mis sous enveloppe et cacheté, indiquant la cause connue ou présumée de la maladie, et si des membres de la famille de l'aliéné ont été ou sont atteints d'une maladie mentale.

Les certificats concernant les aliénés indigents sont delivrés gratuitement par les médecins des pauvres de la localité où ils se trouvent.

Art. 40. Dans les établissements désignés par le gouvernement, en vertu de l'article 12 de la loi du 18 Juin 1850, pour recevoir les aliénés prisonniers, accusés ou condamnés, ceux-ci doivent être classés à part et ne peuvent être confondus avec les autres malades, à moins d'une autorisation expresse du Ministre de la justice.

Quant aux aliénés renvoyées des poursuites, les officiers du ministère public désigneront dans leur réquisitoire l'établissement dans lequel ils doivent être colloqués. Ils rentreront dans la classe des aliénés ordinaires en ce qui concerne le payement des frais d'entretien.

Art. 41. Les directeurs des établissements sont responsables de l'évasion des aliénés dangereux, et spécialement des aliénés prisonniers, accusés ou condamnés et des détenus pour dettes placés par le gouvernement.

©BIUM

Art. 42. En cas d'évasion d'un aliéné, le directeur de l'établissement fera les diligences nécessaires pour sa reprise et sa réintégration. Il donnera immédiatement avis de l'évasion et, s'il y a lieu, de la réintégration, aux autorités et aux fonctionnaires mentionnés aux Nos 1 à 5 de l'article 10 de la loi du 18 Juin 1850.

Chapitre VIII.

De la sortie des établissements d'aliénés.

Art. 43. La sortie des établissements d'aliénés a lieu:

1° Lorsque la guérison du malade a été constatée aux termes de l'article 13 de la loi du 18 Juin 1850;

2° Lorsque la séquestration n'est plus jugée nécessaire dans l'intérêt de l'aliéné, ni dans celui de l'ordre et de la sûreté publique;

3° Dans les cas spécifiés aux articles 15 et 17 de la loi précitée;

4° Dans le cas de translation d'un établissement dans un autre de même nature.

Toute demande pour la sortie ou la translation d'un aliéné doit être faite par écrit.

Art. 44. Si l'aliéné guéri est indigent, le directeur de l'établissement peut, du gré de l'intéresse et avec l'autorisation de la députation permanente ou du gouverneur de la province, suspendre sa sortie, sauf à avertir dans ce cas l'autorité de la commune où l'indigent a son domicile de secours.

Art. 45. Le médecin peut, du consentement de l'autorité qui a provoqué la séquestration, permettre, à titre d'essai, le déplacement temporaire de l'aliéné ou son renvoi dans sa famille, sauf à prendre les précautions nécessaires pour que ce déplacement ou ce renvoi ne présente ni inconvénient ni danger.

Art. 46. Le propriétaire d'un établissement autorisé qui viendrait à quitter cet établissement pour en occuper un autre de même nature, aussi dûment autorisé, pourra y transférer les aliénés placés sous sa garde sans avoir besoin d'ordres ou de certificats nouveaux.

Art. 47. Dans les cas prévus par les articels 45 et 46, la translation ou le renvoi temporaire des aliénés est porté, dans les 24 heures, à la connaissance des autorités et des fonctionnaires mentionnés à l'article 10 de la loi du 18 Juin 1850.

©BIUM

Art. 48. En cas de décès d'un aliéné, le directeur de l'établissement en avertit dans les vingt-quatre heures, les autorités et les fonctionnaires mentionnés aux Nos 1 à 5 de l'article 10 de la loi du 18 Juin 1850.

Chapitre IX.

Des asiles provisoires et de passage, et du transport des aliénés.

Art. 49. Les frais d'établissement et d'appropriation des asiles provisoires et de passage à annexer aux hôpitaux ou hospices, conformément aux prescriptions de l'article 19 de la loi du 18 Juin 1850, sont à la charge des communes.

Art. 50. A défaut d'hospices ou d'hôpitaux, ou dans le cas où il serait reconnu impossible par l'autorité communale d'y faire disposer des locaux convenables pour l'usage dont il s'agit, cette autorité pourvoit au placement des aliénés, dans les cas prévus par les articles 18 et 19 de la loi precitée, soit dans un des bâtiments de la commune, soit dans une auberge ou hôtellerie, soit dans un local loué à cet effet.

Art. 51. Le séjour des aliénés dans les asiles provisoires ou de passage sera strictement limité et ne pourra être prolongé au delà de temps nécessaire pour le repos des aliénés en voie de translation, ou par l'accomplissement des formalités qui doivent précéder leur placement dans les établissements qui leur sont destinés.

Art. 52. Les ordres délivrés par les autorités locales pour la translation des aliénés, les réquisitoires des officiers du ministère public et les arrêtes de collocation portés par les députations permanentes et les gouverneurs dans les cas spécifiés a l'article 7 de la loi du 18 Juin 1850, désigneront les gardiens chargés de conduire les aliénés et prescriront le mode de transport, les heures du jour pendant lesquelles il se fera, l'espace à parcourir chaque jour, le régime à faire suivre aux malades et les précautions dont ils devront être l'objet depuis leur départ jusqu'à leur arrivée à leur destination.

Art. 53. Les instructions mentionnées à l'article qui précède sont remises au gardien de l'aliéné, visées par les administrations des lieux d'étape, et présentées, à l'arrivée au directeur de l'établissement où devra être colloqué le malade.

Le directeur de l'établissement fait constater par le médecin, qui en dresse procès-verbal, l'état dans lequel l'aliéné est

©BIUM

arrivé, et mention est faite dans le procès-verbal du nom du conducteur, du moyen de transport, de la durée du voyage, de la situation des asiles où l'on a fait étape et de tous autres renseignements qui peuvent être jugés utiles.

En cas d'accident survenu à l'aliéné, le procès-verbal sera adressé dans les vingt-quatre heures au Ministre de la justice.

Art. 54. Les dispositions des articles 51, 52 et 53 qui précèdent, sont applicables aux aliénés non indigents, qui peuvent aussi participer au bénéfice du séjour dans les asiles provisoires ou de passage, sauf remboursement des frais qu'ils ont occasionnés.

Chapitre X.

Des frais d'entretien et de transport.

Art. 55. Un arrête rõyal fixe annuellement la journée d'entretien des individus placés dans les établissements d'aliénés par l'autorité publique, ainsi que celle des aliénés indigents et des aliénés passagers dans le cas de l'article 19 de la loi du 18 Juin 1850.

A cet effet, les députations permanentes soumettent chaque année, dans le courant du mois d'octobre, au Ministre de la justice, un projet de tarif pour chacun des établissements situés dans leurs provinces respectives, en y joignant tous les renseignements propres à justifier leurs propositions.

Art. 56. Il peut y avoir plusieurs classes de journées suivant l'exigence des cas et la diversité du régime.

Art. 57. Les frais d'entretien et de traitement des aliénés placés aux termes des §§. 1 et 5 de l'article 7 de la loi du 18 Juin 1850, seront réglés par des conventions particulières au gré des intéressés. Toutefois ceux-ci peuvent toujours invoquer le bénéfice des tarifs mentionnés à l'article 55, sauf à accepter dans ce cas le régime auquel ces tarifs sont applicables.

Art. 58. Les frais de transport des aliénés passagers, dans le cas de l'article 19 de la loi précitée, seront arrêtés par les députations permanentes des conseils provinciaux.

Art. 59. Les frais de transport des aliénés de même que leurs frais d'entretien dans les asiles provisoires et de passage, seront ajoutés aux frais ordinaires d'entretien et payés comme ceux-ci par les personnes, les établissements de bienfaisance ou les administrations publiques, conformément aux règles posées dans les articles 27 et 28 de la loi du 18 Juin 1850.

©BIUM

Chapitre XI.

De la surveillance et de l'inspection des établissements d'aliénés.

§. 1. Des comités d'inspection.

Art. 60. La surveillance spéciale des établissements d'aliénés et des asiles provisoires et de passage est confiée, dans chaque arrondissement, à un comité composé de 5, 7 ou 9 membres, y compris le commissaire de l'arrondissement, qui en fait partie de droit.

Art. 61. Les membres du comité sont nommés par un arrête royal.

Art. 62. Le comité est renouvelé par moitié tous les deux ans. L'ordre de la première sortie est déterminé par un tirage au sort. Le membre nommé en remplacement d'un autre achève le temps de celui qu'il remplace.

Les membres sortants peuvent être renommés.

Art. 63. Le comité choisit dans son sein un secrétaire. Il est présidé par le commissaire d'arrondissement qui a voix prépondérante en cas de partage.

Art. 64. Le président fait les convocations, désigne le jour, l'heure et le local des séances. En cas d'empêchement, il désigne le membre chargé de le remplacer.

Art. 65. Le secrétaire est chargé de la tenue des procès-verbaux, des écritures en général et de la garde des archives. La correspondance est signée par le président et le secrétaire.

Art. 66. Le comité correspond avec le Ministre de la justice, par l'intermédiaire du gouverneur de la province.

Art. 67. Le comité réuni visite au moins une fois par an tous les établissements d'aliénés situés dans son ressort. Dans l'intervalle de ses visites, il répartit la surveillance dont il est chargé entre ses membres, de manière que chaque établissement soit visité au moins une fois tous les deux mois.

Art. 68. La surveillance des comités embrasse:

L'exécution de la loi, des règlements généraux et des arrêtes portant autorisation des établissements;

Le maintien des règlements d'ordre intérieur;

Le régime économique, la nourriture, l'habillement, le coucher;

Le régime hygiénique, la ventilation, le chauffage;

Les écoles, les ateliers, les travaux;

©BIUM

Le personnel des employés;

La tenue des registres et spécialement du registre prescrit par l'article 22 de la loi du 18 juin 1850;

Les états statistiques prescrits ou demandés par l'administration supérieure;

Les certificats d'admission;

Les sorties;

Le patronage des aliénés indigents.

Art. 69. Le registre dont il est fait mention à l'article 10 du présent règlement est présenté aux membres des comités lors de chacune de leurs visites.

Art. 70. Les comités provoquent, s'il y a lieu, la nomination d'administrateurs provisoires, conformément aus dipositions de l'article 29 de la loi du 18 Juin 1850.

Ils veillent à ce que les revenus des aliénés soient affectés à améliorer leur position dans les établissements où ils auront été colloqués.

Art. 71. Ils dirigent particulièrement leur attention sur la situation des aliénés indigents à leur sortie des établissements et après leur guérison, et veillent à leur placement.

Art. 72. Il sont consultés pour les réformes et les améliorations à apporter dans les établissements dont la surveillance leur est respectivement attribuée, et il communiquent au Ministre de la justice, les avis et les propositions que peuvent leur suggérer leurs visites.

Art. 73. Les dispositions de l'arrête royal du 15 Mai 1849 concernant les frais de route et de séjour sont applicables aux membres des comités d'inspection qui seront rangés dans la 4e classe.

Art. 74. Les comités d'inspection transmettent chaque année, dans le courant du mois de janvier, au Ministre de la justice le rapport prescrit par l'article 23 de la loi du 18 Juin 1850.

§. 2. Des inspecteurs.

Art. 75. Indépendamment des comités locaux d'inspection, il est institué, aux termes de l'article 21 de la loi du 18 Juin 1850, une surveillance générale des établissements d'aliénés qui sera exercée par des inspecteurs ou par des commissaires spéciaux nommés par arrête royal.

Ils recevront leurs instructions du Ministre de la justice.

Art. 76. Les traitements ou les indemnités des inspecteurs

©BIUM

des établissements d'aliénés et des commissaires spéciaux sont fixés par les arrêts de nomination.

Ils sont assimilés, en ce qui concerne les frais de route et de séjour, à l'inspecteur général du service de santé en mission pour le service des prisons.

Art. 77. Les traitements ou indemnités des inspecteurs des établissements d'aliénés, leurs frais de route et de séjour, ainsi que ceux alloués aux membres des comités d'inspection, seront imputés sur l'allocation portée annuellement au budget du département de la justice pour les établissements d'aliénés.

---

3) Règlement spécial pour l'organisation de l'établissement d'aliénés de Gheel en application de l'article 6 de la loi du 18 Juin 1850.

Chapitre I.

De l'inspection et de la surveillance des aliénés.

§. 1. Commission supérieure.

Art. 1. L'inspection et la surveillance des aliénés placés dans la commune de Gheel sont confiées à une commission supérieure composée:

1) du gouverneur de la province ou de son délégué, président;
2) du procureur du Roi près le tribunal de première instance de Turnhout;
3) du commissaire de l'arrondissement de Turnhout;
4) d'un médecin désigné par le gouvernement,
5) du bourgmestre de la commune ou, en cas d'empêchement, de l'un des échevins;
6) du curé-doyen de Gheel;
7) de deux à quatre membres, proposés par la députation permanente du conseil provincial, choisis parmi les habitants de la commune de Gheel ou des environs, et nommés par le Ministre de la justice.

Art. 2. Les membres du comité mentionnés au numéro 7 de l'article qui précède, sont renouvelés par moitié tous les deux ans.

L'ordre de la première sortie est déterminé par un tirage au sort.

©BIUM

Le membre nommé en remplacement d'un autre achève le temps de celui qu'il remplace.

Les membres sortants peuvent être renommés.

Art. 3. Il est adjoint au comité un secrétaire nommé par le Ministre de la justice qui fixe aussi son traitement.

Art. 4. Le président ou son délégué fait les convocations, fixe le jour, l'heure et le local des séances. En cas d'empêchement, il désigne le membre chargé de le remplacer. Il a voix prépondérante en cas de partage.

Art. 5. Le secrétaire est chargé de la tenue des procès-verbaux, des écritures en général et de la garde des archives. Il exerce les attributions confiées et remplit les obligations qui sont imposées aux directeurs des établissements d'aliénés par la loi et les règlements.

Il est tenu de résider dans la commune.

Il peut lui être adjoint un employé spécialement chargé des écritures.

Art. 6. Le comité correspond avec le Ministre de la justice par l'intermédiaire du gouverneur de la province. La correspondance est signée par le président ou son délégué et le secrétaire.

Art. 7. Les administrations des communes ou des hospices ayant au moins 25 aliénés à Gheel peuvent se faire représenter par un délégué aux réunions de la commission. Les délégués n'ont que voix consultative.

Art. 8. La commission s'assemble au moins une fois tous les six mois dans la commune de Gheel et y fait une inspection générale du service des aliénés dans toutes ses branches et dans tous ses détails.

Art. 9. Les attributions qui lui sont dévolues et les devoirs qu'elle a à remplir sont les mêmes que ceux qui sont mentionnés aux articles 69, 70, 71, 72 et 74 du chapitre XI *(Des comités d'inspection)* du règlement général sur le régime des aliénés, approuvé par arrête royal du 1 Mai 1851.

§. 2. Comité permanent.

Art. 10. La commission supérieure nomme chaque année, dans son sein ou en dehors de ses membres, un comité permanent de 5 personnes résidant dans la commune de Gheel ou dans les communes voisines.

Ce comité est présidé par l'un des membres de la commission supérieure désigné par celle-ci.

©BIUM

Il veille à l'exécution des lois, arrêtes et règlements concernant les aliénés placés dans la commune, arrête les déplacements, et se conforme en tous cas aux instructions qne peut lui donner la commission supérieure.

Il est spécialement chargé de faire les placements, de recevoir et de payer les pensions des aliénés pour lesquels il n'existerait pas de commission spéciale, de veiller aux intérêts de ces aliénés et de surveiller leurs nourriciers.

Art. 11. Le secrétaire de la commission supérieure remplit les mêmes fonctions près du comité permanent.

§. 3. Dispositions communes à la commission supérieure et au comité permanent.

Art. 12. Les frais de route et de séjour des membres et du secrétaire de la commission supérieure et du comité permanent leur sont remboursés aux taux fixé par l'arrête royal du 15 Mai 1849 pour la quatrième classe.

Ces frais, de même que le traitement du secrétaire et celui de l'employé qui peut lui être adjoint, sont imputés sur l'allocation portée annuellement au budget du département de la justice pour les établissements d'aliénés.

Chapitre II.

Du service hygiénique et médical des aliénés.

Art. 13. La commune de Gheel et les hameaux qui en dépendent sont, quant au service hygiénique et médical, divisés en trois sections.

Art. 14. Il est nommé par la commission supérieure un médecin pour chaque section, sauf l'approbation de la députation permanente, aux termes du No 4 de l'article 1 de la loi du 18 Juin 1850.

Art. 15. Un médecin inspecteur, nommé par le Ministre de la justice, préside à l'ensemble du service hygiénique et médical des aliénés dans la commune.

Art. 16. Le médecin inspecteur est spécialement chargé du contrôle des visites, de la rédaction des rapports médicaux et du service de l'infirmerie dont il est fait mention à l'article 20 ci-après. Il peut réclamer pour ce dernier service le concours des médecins de section chaque fois qu'il le juge nécessaire.

Il certifie les guérisons constatées aux termes de l'article 13 de la loi du 18 Juin 1850.

©BIUM

A défaut de constatation des guérisons par les médecins de section, le médecin inspecteur les constate d'office.

Art. 17. Les médecins de sections visitent, au moins une fois par semaine, les aliénés placés dans leurs circonscriptions respectives. Ils visitent en outre, aussi fréquemment que de besoin, ceux de ces aliénés qui exigent des soins spéciaux, ainsi que ceux qui peuvent être atteints de maladies.

Ils se rendent immédiatement auprès des aliénés à la demande des nourriciers qui réclament leur assistance, ou sur l'invitation du comité permanent, du secrétaire ou du médecin inspecteur.

En cas d'urgence, d'absence ou d'empêchement de l'un des médecins de section, ses collègues sont tenus de le remplacer et de donner leurs soins aux aliénés placés hors des sections qui leur sont respectivement assignées.

Art. 18. Chaque médecin de section adresse tous les trois mois, au médecin inspecteur, un rapport sur l'état des aliénés confiés à ses soins. Ce rapport est communiqué au comité permanent et transmis par celui-ci à la commission supérieure, avec les observations du médecin inspecteur, s'il y a lieu.

Art. 19. Indépendamment des médecins de sections, le service hygiénique et médical des aliénés peut être confié à tels médecins que désignent les administrations ou les personnes qui ont effectué leur placement. Dans ce cas, ces médecins sont soumis aux mêmes règles de surveillance et à la même responsabilité que les médecins de sections.

Art. 20. Il est établi à Gheel une infirmerie avec deux divisions principales, l'une pour les hommes, l'autre pour les femmes.

Il est annexé à l'infirmerie un certain nombre de cellules d'observation et de traitement.

Art. 21. Les médecins de sections, et généralement tous les médecins chargés du soin des aliénés dans la commune, peuvent, lorsqu'ils le jugent nécessaire, envoyer les malades à l'infirmerie en remettant à cet effet à leurs nourriciers un bulletin qui énonce les motifs de leur envoi.

Ce bulletin est présenté sans délai par le nourricier au médecin inspecteur qui autorise ou refuse l'admission après avoir pris, s'il y a lieu, les informations nécessaires.

Art. 22. Les traitements du médecin inspecteur et des médecins de sections sont fixés par le Ministre de la justice, sur la proposition de la commission supérieure d'inspection.

©BIUM

Art. 23. Pour couvrir cette dépense, ainsi que les frais occasionés par le placement et la surveillance des aliénés, il est constitué un fonds commun à l'aide d'une rétribution annuelle de 12 fr. par an payée pour chaque aliéné.

L'emploi et la répartition de ce fonds commun sont réglés par la commission supérieure. Il en est rendu compte annuellement au Ministre de la justice.

Art. 24. Les frais de traitement des malades à l'infirmerie sont remboursés en vertu d'un tarif arrêté chaque année par le Ministre de la justice sur la proposition de la commission supérieure.

Art. 25. Le payement des rétributions annuelles et le remboursement des frais de traitement mentionnés dans les deux articles qui précèdent, peuvent être remplacés par des abonnements, ou de toute autre manière en vertu de conventions particulières conclues entre la commission supérieure et les communes ou les administrations de bienfaisance et soumises à la ratification du Ministre de la justice.

Art. 26. Les médicaments prescrits par les médecins de sections sont pris indistinctement chez les pharmaciens de la commune qui auront accepté le tarif arrêté par la commission supérieure sur la proposition de la commission médicale de la province.

Le bénéfice de ce tarif peut être étendu, en vertu d'une décision du comité permanent, aux malades traités par les médecins particuliers.

Chapitre III.

Du placement des aliénés, de la désignation des nourriciers et des conditions auxquelles ils sont soumis.

Art. 27. Peuvent être placés dans la commune de Gheel les aliénés de toutes les catégories, à l'exception de deux à l'égard desquels il faut employer avec continuité les moyens de contrainte et de coërcition, les aliénés suicides, homicides et incendiaires, ceux dont les évasions auraient été fréquentes ou dont les affections seraient de nature à troubler la tranquillité ou à blesser la décence publiques.

Art. 28. La commission supérieure, le comité permanent et le médecin inspecteur entendus, arrête chaque année la liste des nourriciers autorisés à recevoir des aliénés.

©BIUM

Cette liste contient, dans autant de colonnes distinctes:

1) les noms et prénoms des nourriciers;
2) leur profession;
3) leur domicile;
4) le nombre et la description des pièces qu'ils peuvent affecter à la réception et au logement des aliénés;
5) le nombre des aliénés, qu'ils sont autorisés à recevoir;
6) le nombre des aliénés de chaque sexe qui sont déjà placés chez eux.

Art. 29. Il est interdit de placer des aliénés de sexe différent chez le même nourricier, sauf les exceptions autorisées par le comité permanent.

Art. 30. Les administrations et les particuliers peuvent placer leurs aliénés chez tels nourriciers qu'ils jugent convenable, sauf à se conformer aux conditions mises à ce placement.

Le secrétaire de la commission communique à cet effet la liste des nourriciers autorisés dont il est fait mention à l'article 26 qui précède et fournit d'ailleurs toutes les indications qui peuvent lui être demandées.

Art. 31. Chaque aliéné est placé sous la garde spéciale et la surveillance directe du nourricier chez lequel il est mis en pension. Celui-ci est responsable de tous les dommages ou dégâts que son pensionnaire peut occasioner.

Sauf le cas d'urgence ou de force majeure, il ne peut employer à son égard aucune mesure de correction ou de contrainte, tels que la reclusion, l'emploi des liens, de la ceinture ou de la camisole de force, sans y avoir été préalablement autorisé par le médecin de la section, qui en fait rapport au médecin inspecteur.

Art. 32. Un règlement rédigé par la commission supérieure, et approuvé par le ministre de la justice, détermine le régime auquel les aliénés doivent être soumis chez les nourriciers, leur nourriture, leur habillement, leur coucher, leurs occupations, les moyens de contrainte et de correction dont il peut être fait usage à leur égard, les soins hygiéniques dont ils doivent être l'objet, et généralement toutes les conditions auxquelles doivent se soumettre les nourriciers pour être portés ou maintenus sur la liste mentionnée à l'article 28.

©BIUM

Chapitre IV.

Du retrait et de la suspension des autorisations accordées aux nourriciers et des déplacements.

Art. 33. Tout nourricier qui enfreint les dispositions du règlement mentionné à l'article 32, qui refuse, néglige ou est hors d'état de se conformer, aux conditions essentielles qui lui sont imposées, est déclaré inhabile à recevoir des aliénés, et l'autorisation qui a pu lui être accordée à cet effet lui est retirée.

Art. 34. Le nourricier qui maltraite un aliéné, qui refuse ou néglige de suivre les instructions ou les ordres donnés par les membres de la commission supérieure, du comité permanent ou par les médecins, peut être frappé de la même incapacité.

Art. 35. Le retrait des autorisations est prononcé par la commission supérieure.

Art. 36. Le retrait d'autorisation peut également être prononcé par le comité permanent, sauf recours à la commission supérieure.

Art. 37. Le comité permanent peut ordonner le déplacement des aliénés ou leur changement de nourricier.

Chapitre V.

Des formalités à remplir à l'arrivée des aliénés dans la commune.

Art. 38. Chaque gardien ou conducteur d'un aliéné, à son arrivée dans la commune, remet les pièces dont il est porteur aux termes de l'article 9 de la loi du 18 Juin 1850, au secrétaire de la commission supérieure chargé de la tenue du registre mentionné à l'article 22 de la même loi.

Art. 39. L'aliéné, avant d'être placé chez son nourricier, est mis en observation à l'infirmerie et visité par le médecin inspecteur et par le médecin de la section à laquelle il appartient, afin de constater son genre d'aliénation.

La durée de la quarantaine est fixé par le médecin inspecteur.

Celui-ci peut dispenser de la quarantaine chaque fois que la position particulière ou l'état de santé de l'aliéné paraît l'exiger.

©BIUM

Chapitre VI.

De la sortie des aliénés.

Art. 40. Sont applicables aux aliénés placés dans la commune de Gheel les dispositions des articles 43, 44, 45, 47 et 48 du règlement général approuvé par l'arrête royal du 1 Mai 1851.

Toutefois le délai de 24 heures prescrit par les deux derniers articles sera porté à trois jours.

Art. 41. Le médecin inspecteur, sur l'avis des médecins de sections ou des médecins particuliers, provoque le renvoi de la commune des individus dont l'aliénation présente le caractère qui, aux termes de l'article 27 du présent règlement, doit motiver leur exclusion.

Sur le certificat du médecin inspecteur, le comité permanent avertit les administrations ou les personnes qui ont effectué le placement, et fixe un délai pour qu'elles fassent reprendre leurs aliénés. Ce délai expiré, le comité permanent prend les mesures nécessaires pour le renvoi de ces aliénés au lieu de leur domicile, au frais de qui de droit.

Chapitre VII.

Du transport des aliénés.

Art. 42. Sont applicables au transport des aliénés dirigés vers la commune de Gheel, les dispositions des articles 49 à 54 du règlement général du 1 Mai 1851.

Chapitre VIII.

Du tarif des pensions

Art. 43. Un tarif des pensions pour les aliénés placés dans la commune de Gheel est rédigé par la commission supérieure d'inspection, et transmis au Ministre de la justice par la députation permanente de la province qui y joint son avis.

Ce tarif est fixé par un arrête royal. Il est basé sur un minimum uniforme, calculé sur les frais indispensables à l'entretien et au traitement des aliénés. Il peut comprendre plusieurs classes de pensions en raison des soins que réclament les diverses catégories de malades: tranquilles, agités, malpropres etc.

©BIUM

Art. 44. Les pensions des aliénés placés par leurs familles ou par des particuliers peuvent être réglées de commun accord avec les nourriciers, sous l'unique réserve de ne pas être au-dessous du minimum fixé par le tarif approuvé par le gouvernement.

Chapitre IX.

Des primes et des récompenses à accorder aux nourriciers.

Art. 45. Des primes et des récompenses sont accordées aux nourriciers qui se distinguent par leur humanité et les soins qu'ils donnent à leurs pensionnaires.

Ces primes et ces récompenses peuvent être imputées sur le fonds commun mentionné à l'article 23 du présent règlement et sont décernées par la commission supérieure, le comité permanent, les médecins de sections et le médecin inspecteur entendus.

Chapitre X.

De la participation des aliénés aux exercices religieux et de l'aumônier.

Art. 46. Un aûmonier est spécialement attaché à l'établissement de Gheel.

Art. 47. Les aliénés, qui se rendent aux exercices religieux dans les églises de la commune, à moins qu'ils ne soient tranquilles et notoirement connus par leur conduite modeste et décente, doivent être accompagnés par leurs nourriciers.

Chapitre XI.

Des évasions.

Art. 48. Dans le cas d'évasion d'un aliéné, le nourricier doit en donner immédiatement connaissance au secrétaire de la commission et au bourgmestre de la commune.

Les agents de la force publique sont mis sans délai à la poursuite de l'aliéné évadé.

Art. 49. La commission supérieure d'inspection arrête un tarif fixé d'indemnité pour la reprise des aliénés évadés.

©BIUM

Chapitre XII.

De l'ordre et de la police par rapport aux aliénés.

Art. 50. La commission supérieure d'inspection s'entend avec l'administration de la commune pour la publication d'un règlement d'ordre et de police destiné à régler les rapports des habitants avec les aliénés, à prévenir tout abus, tout désordre, et spécialement à interdire aux aliénés la fréquentation des auberges et cabarets.

©BIUM

VII. Schwedisches Irrengesetz.

Kongl. Maj:ts nådiga Stadga, angående sinnessjukes behandling och wård.

Gifwen Stockholms Slott den 5 Mars 1858.

§. 1.

Mom. 1. Wid anläggning af hospital, afsedt för sinnessjukes wård, jakttages, att detsamma blifwer från hwarje annan inrättning afskiljdt, med fritt och sundt läge samt tillräckligt utrymme för det beräknade antalet af sjuka, så att dessa må kunna behörigen fördelas efter olika kön och sjukdomsart, samt lämplig sysselsättning och förströelse, så wäl inom hus som i fria luften, dem beredas.

Mom. 2. Wid förändring af redan befintligt hospital böra, så widt ske kan, enahanda grunder för inrättningens ordnande följas.

Mom. 3. Planen för anläggning, äfwensom för mera omfattande förändring, skall Wår nådiga pröfning underställas.

§. 2.

I de Län, der hospital icke finnes, skall wid Läns-Lazaretterne beredas tillfälle för sinnessjukes wårdande under kortare tid, intill dess de kunna utan olägenhet till wederbörligt hospital förflyttas.

§. 3.

Å hospital emottagas, behandlas och wårdas:

a) företrädeswis sådane sinnessjuke, som nyligen insjuknat,

©BIUM

VII. a. Schwedisches Irrengesetz.

Königl. Gesetz über Behandlung und Pflege der Geisteskranken.

Gegeben zu Stockholm den 5. März 1858.

§. 1.

Art. 1. Bei Anlage eines Hospitales, welches zur Pflege von Geisteskranken bestimmt ist, soll darauf gesehen werden, dass dasselbe von jeder anderen Einrichtung getrennt bleibe, freie und gesunde Lage, sowie auch hinreichenden Raum für die berechnete Anzahl von Kranken habe, so dass diese gehörig nach dem Geschlechte und der Art der Krankheit getrennt werden können und dass denselben sorgfältige Pflege und Zerstreuung sowohl im Hause als in freier Luft verschafft werde.

Art. 2. Bei der Umänderung eines schon vorhandenen Hospitales müssen soviel als möglich alle für die Einrichtung bestehenden Vorschriften befolgt werden.

Art. 3. Der Plan zur Neuanlage oder zu umfassenden Veränderungen soll Uns zur gnädigen Prüfung vorgelegt werden.

§. 2.

In den Provinzen, wo ein solches Hospital nicht vorhanden ist, sollen in den Provinzial-Krankenhäusern Vorkehrungen zur einstweiligen Pflege der Geisteskranken getroffen werden, bis diese ohne Mühe in ein geeignetes Hospital geschafft werden können.

§. 3.

In ein Hospital werden aufgenommen, darin behandelt und gepflegt:

a) vorzüglich solche Geisteskranke, welche kürzlich krank

©BIUM

och hwilka af denna anledning anses mera sannolikt kunna till helsan återställas;

b) de sedan längre tid sinnessjuke, hwilka äro wåldsamme eller opålitlige, och alltså måste såsom wådlige för samhället anses,

c) de, hwilka, i anseende till det twifwelaktiga i deras sinnesbeskaffenhet, för rättsmedicinska frågors beswarande behöfwa närmare undersökning; samt

d) de, hwilka af domstol förklarats, i anseende till wansinne, icke kunna fällas till answar för brottslig handling.

§. 4.

Mom. 1. Under den Öfwerstyrelse, som af Oss är eller warder i nåder förordnad, föres närmaste styrelsen öfwer hwarje hospital af en Direktion, i hwilken Landshöfding och Biskop äro i kraft af deras embeten, den förre Ordförande, den sednare vice Ordförande, och som för öfrigt utgöres af fyra Ledamöter, hwilka af Oss, uppå Öfwerstyrelsens förslag, i nåder utnämnas, och bland hwilka en af Oss förordnas att i Landshöfdings och Biskops frånwaro inom Direktionen föra ordet.

Mom. 2. Hospitals-Direktionens åligganden äro:

att hafwa närmaste tillsyn öfwer hospitalets förwaltning i alla delar, i öfwerensstämmelse med Lag, denna nådiga Stadga och särskilda instruktioner;

att upygöra förslag till och Öfwerstyrelsens pröfning underställa beklädnads-, utspisnings-, och årlig utgifts-stat för hospitalet, samt, i öfwerensstämmelse med den af Öfwerstyrelsen fastställda stat, de till utgifternas bestridande erforderliga medel, i mån af behof, från Öfwerstyrelsen reqvirera;

©BIUM

geworden sind und die aus diesem Grunde mehr Hoffnung zur Wiederherstellung geben;

b) die seit längerer Zeit Geisteskranken, welche gewaltthätig und aufsessig sind und daher als der Gesellschaft schädlich angesehen werden müssen;

c) solche, welche wegen Ungewissheit über ihren Geisteszustand zur Beantwortung von gerichtlich-medicinischen Fragen einer näheren Untersuchung bedürfen;

sowie auch endlich

d) solche, welche nach Ausspruch des Gerichts wegen Wahnsinn nicht für verbrecherische Handlungen zur Verantwortung gezogen werden können.

§. 4.

Art. 1. Was die Aufsicht betrifft, welche von Uns in Gnaden verordnet worden ist oder werden wird, so wird dieselbe über jedes Hospital zunächst von einer Direction geführt, in welcher der Landeshauptmann und der Bischof kraft ihres Amtes sind, ersterer als Präsident, letzterer als Vice-Präsident, und die im Uebrigen aus vier Mitgliedern besteht, die von Uns auf Vorschlag der Ober-Direction*) in Gnaden ernannt werden, und von denen Einer durch Uns bestimmt wird, in Abwesenheit des Landeshauptmannes und des Bischofs in der Direction zu präsidiren.

Art. 2. Die Obliegenheiten der Hospitals-Direction sind:

Die nächste Aufsicht über die Verwaltung des Hospitales in jeder Hinsicht auszuüben, übereinstimmend mit dem Gesetze, diesem gnädigen Gesetze und sonstigen besonderen Verordnungen;

den jährlichen Speisungs-, Bekleidungs- und Ausgaben-Etat für das Hospital aufzustellen und der Ober-Direction zur Prüfung vorzulegen, sowie auch, in Uebereinstimmung mit dem von der Oberdirection festgestellten Etat, die zur Bestreitung der Ausgaben erforderlichen Mittel von der Oberdirection zu fordern;

*) Die Oberdirection besteht aus fünf Rittern vom Seraphiner-Orden, dem ersten Ritterorden Schwedens. Das Collegium dieser fünf Seraphiner-Ordens-Ritter heisst: „Seraphin-Ordens-Gillet".

Die schwedischen Irren-Anstalten stehen nicht in Verbindung mit der medicinischen Administration; nur muss der Oberarzt dem Medicinal-Collegium ein Exemplar des Jahresberichts einsenden.

©BIUM

att pröfwa och godkänna förestående utbetalningar;

att hafwa inseende öfwer inventarii-förrådet, samt besluta om åtgärder för dettas kompletterande;

att, efter tagen kännedom af Sysslomannens räkenskaper för föregående året, desamma, jemte eget utlåtande öfwer förwaltningen i det hela, till Öfwerstyrelsen insända;

att upprätta förslag för tillsättande af Predikant, Läkare och Syssloman, samt, uppå Öfwer-Läkarens förslag, antaga Uppsyningsmän och Föreståndersko, äfwenson, uppå Sysslomannens förslag, ekonomie-betjeningen; samt att, i öfwerensstämmelse met de i denna Stadga fastställda allmänna grunder, till Öfwerstyrelsen afgifwa förslag till ordningsstadgar och utfärda instruktioner för betjeningen.

Mom. 3. Direktionen, hwars Ledamöter sig emellan fördela tillsynen och göromålen, skall, uppå Ordförandens kallelse, sammanträda inom hospitalet minst en gång i hwarje månad, eller oftare om göromålen så fordra.

Mom. 4. Direktionen kan fatta beslut, då tre af dess medlemmar äro närwarande.

Mom. 5. Inkomna ärenden skola, efter deras olika beskaffenhet, af Öfwer-Läkaren eller Sysslomannen skyndsamt anmälas.

Mom. 6. Ändring i beslut, som af directionen blifwit fattadt, må af den, som dertill finner sig befogad, sökas hos Öfwerstyrelsen, genom beswär, som skola dit ingifwas inom 60 dagar från den dag, klaganden af beslutet erhållit del.

§. 5.

Mom. 1. Wid hwarje hospital anställas:

a) en Öfwer-Läkare. Till denna befattning bör företrädeswis ifrågakomma Läkare, som, met witsordad fallenhet och håg för sinnessjukes behandling, förut wid hospital tjenstgjort.

Öfwer-Läkaren, som af Öfwerstyrelsen med instruction förses, är mellan directionens sammanträden inrättningens answarige styresman, till följd hwaraf alla till hospitalet hörande tjenstemän och tjenare äro honom i tjensten hörsamhet skyldige. Han eger i directionens öfwerläggningar deltaga och föredrager

©BIUM

diese ebengenannten Ausgaben zu prüfen und zu begutachten;

Aufsicht über das Inventarium zu führen, sowie über die Art und Weise seiner Vervollständigung zu beschliessen;

nachdem die Rechnungen des Verwalters vom vorhergehenden Jahre durchgesehen sind, dieselben zugleich mit einem eigenhändigen Berichte über die Verwaltung im Allgemeinen der Oberdirection einzusenden;

die Ernennung von Prediger, Arzt und Verwalter vorzuschlagen, sowie auf Vorschlag des Oberarztes Aufseher und Aufseherinnen, und auf den Vorschlag des Verwalters Hausdienerschaft zu ernennen, endlich in Uebereinstimmung mit den in diesem Gesetze festgesetzten allgemeinen Grundsätzen der Oberdirection Vorschläge zu Anordnungen und Instructionen für die Beamten zu machen.

Art. 3. Die Directionen, deren Mitglieder unter sich die Führung der Aufsicht und Geschäfte theilen, sollen auf Aufforderung des Präsidenten wenigstens einmal im Monat im Hospitale zusammentreten oder noch öfter, wenn die Geschäfte es erfordern.

Art. 4. Directionen können Beschlüsse fassen, wenn drei von ihren Mitgliedern zugegen sind.

Art. 5. Besondere Vorkommnisse sollen je nach ihrer Beschaffenheit vom Oberarzte oder vom Verwalter baldigst angemeldet werden.

Art. 6. Aenderungen in von einer Direction gefassten Beschlüssen müssen von dem, der sich dazu veranlasst fühlt, bei der Oberdirection nachgesucht werden, durch Beschwerde, die innerhalb 60 Tagen nach dem Tage, an welchem der Klagende den Beschluss erfahren hat, eingereicht werden muss.

§. 5.

Art. 1. Bei jedem Hospitale werden angestellt:

a) ein Ober-Arzt. Zu diesem Amte sollen vorzüglich solche Aerzte vorgeschlagen werden, deren Befähigung und Lust zur Behandlung von Geisteskranken im Dienste an einem Hospitale erwiesen ist.

Der Oberarzt, der von der Oberdirection mit Instructionen versehen wird, ist zwischen den Zusammenkünften der Direction der verantwortliche Director der Anstalt, in Folge dessen alle zum Hospitale gehörigen Beamten und Diener ihm im Dienste Gehorsam schuldig sind. Er muss an den Berathungen der

©BIUM

derwid alla fråger rörande sjukwården och den inre förwaltningen, med anförande till protokollet af sin egen mening, och anmäler till Direktionens pröfning de af honom widtagna åtgärder. Han eger ensam bestämma om de sjukes behandling och fördelning, answarar för journal-föringen, wakar öfwer ordningen inom inrättningen samt antager och afskedar den för sjukwården ansällda lägre betjeningen. Inom Mars månad hwarje år afgifwer Öfwer-Läkaren till Öfwerstyrelsen och Wårt Sundhets-Collegium, efter fastställda formulärer, fullständig berättelse om sjukwården inom inrättningen under det sistförflutna året. Öfwer-Läkaren må icke innehafwa annan tjenst eller utan Öfwerstyrelsens bifall till enskild wård hos sig emotagga sinnessjuka;

b) minst en biträdande Läkare, som efter fastställd instruktion wid sjukskötseln Öfwer-Läkaren tillhandagår;

c) en Predikant, som besörjer gudstjensten och öfriga presterliga göromål wid inrättningen, biträder wid de sjukes religiösa och moraliska handledning, efter Öfwer-Läkarens anwisning, samt anordnar och har tillsyn öfwer de sjukes underwisning;

d) en Syssloman, som handhafwer, enligt af Öfwerstyrelsen fastställd instruktion och under direktionens inseende, den ekonomiska förwaltningen och dermed i sammanhang stående angelägenheter;

e) erforderligt antal Uppsyningsmän, Föreståndersko r, biträden wid underwisningen i läsning, slöjder m. m. och lägre betjening.

Mom. 2. Öfwer-Läkare förordnas af Oss, after Sundhets-Collegii hörande, uppå Öfwerstyrelsens afgifna underdåniga förslag. Biträdande Läkare, Predikant och Syssloman antagas af Öfwerstyrelsen, uppå directionens förslag. Öfwer förslaget till predikant inhemtas wederbörande Consistorii utlåtande.

Mom. 3. Öfwer-Läkare, biträdande Läkare och Syssloman skola wara boende wid inrättningen.

§. 6.

Mom. 1. Om de wid hospital anställde tjenstemän befinnas, oaktadt af Direktionen gifwen warning, fortfarande försumlige eller motwillige, eller om Sysslomannen beträdes med

©BIUM

Direction theilnehmen und trägt dabei alle Fragen vor, welche die Krankenpflege und innere Verwaltung angehen, indem er seine eigene Meinung zu Protokoll giebt und die von ihm wahrgenommenen Mängel der Prüfung der Direction unterwirft. Er soll über die Behandlung und Vertheilung der Kranken allein bestimmen, ist für die Führung der Journale verantwortlich und nimmt an und verabschiedet die zur Krankenpflege angestellten unteren Diener. Im Monat März jeden Jahres giebt der Oberarzt der Oberdirection und Unserem Sanitäts-Collegium nach festbestimmten Formularen vollständigen Bericht über die Krankenpflege in der Anstalt während des verflossenen Jahres. Der Oberarzt darf keinen anderen Dienst (Praxis) versehen, noch auch ohne Erlaubniss der Oberdirection Geisteskranke zu selbstständiger Pflege bei sich aufnehmen;

b) wenigstens ein Hülfsarzt, der nach bestimmter Instruction bei der Krankenbehandlung dem Oberarzte zur Hand geht;

c) ein Prediger, der den Gottesdienst und die übrigen Pflichten eines Predigers in der Anstalt besorgt, nach Anweisung des Oberarztes bei der religiösen und moralischen Anleitung der Kranken hilft, und den Unterricht der Kranken anordnet und beaufsichtigt;

d) ein Verwalter, der abhängig von der durch die Oberdirection festgestellten Instruction und unter Aufsicht der Direction die ökonomische Verwaltung und die damit verbundenen Angelegenheiten besorgt;

e) eine erforderliche Anzahl von Aufsehern, Aufseherinnen Gehülfen beim Unterrichte im Lesen, Handarbeiten und dergl., und niedere Diener.

Art. 2. Der Oberarzt wird von Uns genehmigt, nachdem das Sanitäts-Collegium darüber vernommen ist, nach dem von der Oberdirection gemachten unterthänigen Vorschlage. Hülfsärzte, Prediger und Verwalter werden von der Oberdirection angestellt auf den Vorschlag der Direction. Ueber den Vorschlag zum Prediger werden die nöthigen Auslassungen des Consistorii eingeholt.

Art. 3. Oberarzt, Hülfsarzt und Verwalter sollen bei der Anstalt wohnen.

§. 6.

Art. 1. Wenn die bei der Anstalt angestellten Beamten ungeachtet von der Direction ertheilter Ermahnungen fortwährend saumselig oder muthwillig befunden werden, oder wenn

©BIUM

egennytta eller oredlighet, må Direktionen genast skilja den felaktige från utöfningen af sin tjenst och anmäla förhållandet hos Öfwerstyrelsen samt emellertid förordna någon skicklig och pålitlig person, som förrättar samma tjenst, intill dess Öfwerstyrelsens beslut i ämnet blifwit meddeladt.

Mom. 2. Skulle i afseende å Öfwer-Läkaren, som af Oss i nåder färordnas, sådant förhållande inträffa, som i nästföregående mom. anförmäles, bör anmälan derom hos Oss genom Öfwerstyrelsen i underdånighet göras.

Mom. 3. Skulle någon wid hospitalet anställt person låta komma sig till last sådan tjensteförseelse, som bör af domstol upptagas, anmäle Direktionen förhållandet hos Wår Befallningshafwande, som eger förordna allmän åklagare att förseelsen inför domstol åtala.

§. 7.

Tjenstemän och betjening, som längre tid med nit och trohet i hospitalets tjenst uppfyllt sina åligganden, må Direktionen då någon sådon af ålder eller sjukdom nödgas lemna tjensten, hos Öfwerstyrelsen anmäla till erhållande af det understöd eller årliga underhåll, som i mån af förtjenst och behof pröfwas skäligt.

§. 8.

Önskas för någon sinnessjuk wård å hospital, bör ansökning derom till Hospitals-Direktionen ingifwas. Sådan ansökning bör wara åtföljd af:

1) Behörig Läkares afgifna intyg angående den sjukes lefnadsförhållanden samt sjukdomens orsak och beskaffenhet, hwarwid till ledning tjena de fråger, som äro upptagna i bilagan till denna Stadga Litt. A.;

2) Prestbetyg äfwensom wederbörande Presterskaps eller andra trowärdiga personers, som om den sjukes förhållande ega kännedom, meddelade swar å de frågor, som finnas upptagna i bil. Litt. B.;

3) Uppgift dels på den klass, i hwilken med afseende på den ersättning, som bör till hospital enligt nedanstående 11 § erläggas, den sjuke önskas intagen, dels å den som för betalningen answarar, eller ock af wederbörande Fattigwårdsstyrelse meddeladt, af Kronobetjente eller Polismyndighet styrkt, intyg om den sjukes medellöshet eller mindre bemedlade wilkor.

©BIUM

der Verwalter auf Eigennutz oder Unredlichkeit betroffen wird, muss die Direction den Schuldigen sofort von der Ausübung seines Dienstes entheben, den Vorfall der Oberdirection anzeigen, wie auch inzwischen eine passende und zuverlässige Person vorschlagen, die den Dienst versieht, bis der Beschluss der Oberdirection in der Sache mitgetheilt ist.

Art. 2. Wenn in Betreff des Oberarztes, der von Uns in Gnaden angestellt ist, ein Vorfall in der Art, wie im vorigen Artikel erwähnt ist, eintritt, so soll die Oberdirection Bericht darüber an Uns erstatten.

Art. 3. Wenn ein bei einem Hospitale Angestellter sich ein Dienstvergehen zu Schulden kommen lässt, das vor das gewöhnliche Gericht gehört, so soll die Direction den Vorfall bei unserer Regierung anzeigen, die dann verfügen soll, dass die Sache vor Gericht komme.

§. 7.

Die Beamten und Bediensteten, die längere Zeit mit Eifer und Treue im Hospitale ihren Beruf erfüllt haben, soll die Direction, wenn ein solcher durch Alter oder Krankheit genöthigt wird, den Dienst zu verlassen, bei der Oberdirection anmelden zur Erlangung einer Unterstützung oder eines jährlichen Gehaltes, wie dieses je nach Verdienst oder Bedürfniss für nöthig befunden wird.

§. 8.

Wenn für einen Geisteskranken Aufnahme in ein Hospital gewünscht wird, muss das betreffende Gesuch an die Hospitals-Direction eingereicht werden. Dasselbe muss enthalten:

1) Ein gehöriges Zeugniss eines Arztes über die Lebensverhältnisse des Kranken, sowie über Ursache nnd Beschaffenheit der Krankheit, wozu die Fragen als Anleitung dienen, welche in Beilage A. aufgezeichnet sind.

2) Ein Prediger-Attest, sowie auch von dem betreffenden Prediger oder anderen glaubwürdigen Personen, die mit den Verhältnissen des Kranken bekannt sind, mitgetheilte Antworten auf die Fragen in Beilage B.

3) Angabe erstens, der Klasse, in welche man in Betreff der nach §. 11 an das Hospital zu erlegenden Bezahlung den Kranken aufgenommen zu sehen wünscht, dann Angabe des für die Bezahlung Einstehenden, oder auch ein von einem Kronbeamten oder der Polizei beglaubigtes Attest über die Mittellosigkeit oder geringere Zahlungsfähigkeit des Kranken.

©BIUM

I trägande fall, och då hospital är närbeläget, må Sockennämnd eller Polismyndighet, utan föregången ansökning, sinnessjuk till hospital insända, och förelägge Direktionen wederbörande att inom wiss tid till Direktionen inkomma med ofwanomförmälda handlingar.

§. 9.

Mom. 1. Med jakttagande deraf, att det för hospitalet i dess af Öfwerstyrelsen gillade Utgiftsstat beräknade antal sjuke inom hwarje klass icke öfwerskrides, eger wederbörande Direktion pröfwa och afgöra frågor om sinnessjuk persons intagande å hospitalet; men för den händelse, att detta antal skulle wara fyldt, åligger Direktionen att inkommande ansökningshandlingar, åtföljda af dess utlåtande, skyndsamligen insända till Öfwerstyrelsen, som eger att besluta, om och wid hwilket hospital den sjuke får intagas, samt derom meddela wederbörande Hospitals-Direktion underrättelse.

Mom. 2. Hospitals-Direktionens eller Öfwerstyrelsens beslut meddelas genom Direktionens försorg wederbörande, hwarefter, om ansökning blifwit bifallen, wid den sjukes förflyttning till hospital, skall till Direktionen aflemnas förbindelse för afgiftens erläggande, affattad i öswerensstämmelse med bil. Litt. C. och utgifwen af den person eller myndighet, som wården bekostar; börande, derest förbindelsen af enskild person utfärdas, dennes wederhäftighet wara behörigen styrkt.

Mom. 3. Öfwerlemnas någon till hospitalswård antingen för rätts-medicinska frågors utredande, eller såsom den der i anseende till sinnessjukdom ej kunnat för brottslig handling till answar fällas, bifogas derjemte den angående en sådan person hållna undersökning och det beslut, på grund hwaraf han bör å hospitalet intagas.

§. 10.

Finnes å hospital ej plats för sinnessjuk, som der bör intagas, eller hindra årstid eller andra omständigheter hans förflyttning till hospitalet, må han till Länets lazarett insändas för att der tillswidare wårdas; dock bör den sjuke, så snart det utan olägenhet kan ske, till hospital förflyttas, derwid Lazaretts-Läkaren medsände afskrift af den öfwer den sjukes förhållande under wistandet å lazarettet förda journal, med tillägg

©BIUM

In dringenden Fällen, oder wenn das Hospital nahe gelegen ist, darf der Districts-Ausschuss oder die Polizei den Geisteskranken ohne vorhergegangene Nachsuchung dem Hospitale übergeben und der Direction melden, dass in bestimmter Zeit den vorbenannten Anforderungen genügt werden soll.

§. 9.

Art. 1. Mit Rücksichtnahme darauf, dass die von der Oberdirection im Ausgaben-Etat für das Hospital berechnete Anzahl von Kranken in jeder Klasse nicht überschritten werde, muss die betreffende Direction die Fragen über die ins Hospital aufzunehmende Person prüfen und abfertigen. Für den Fall, dass diese Anzahl erreicht ist, muss die Direction die eingekommenen Gesuche, begleitet von ihrem Bericht, schleunigst der Oberdirection einsenden, die dann zu beschliessen, ob und in welches Hospital der Kranke aufgenommen werden kann, sowie die betreffende Direction zu unterrichten hat.

Art. 2. Der Beschluss der Hospital-Direction oder Oberdirection soll durch Vorsorge der Direction betreffenden Orts mitgetheilt werden, worauf, wenn das Gesuch genehmigt ist, bei der Einlieferung des Kranken ins Hospital der Direction für die Erlegung der Kosten ein Revers auszustellen ist, abgefasst in Uebereinstimmung mit Formular C., und von der Person oder Behörde, welche die Kosten trägt, ausgestellt; wenn die Verbindlichkeit von einer einzelnen Person übernommen ist, muss deren Zahlungsfähigkeit beglaubigt sein.

Art. 3. Wenn Jemand zur Pflege übergeben wird, der zur Beantwortung gerichtlich-medicinischer Fragen untersucht werden soll, oder der in Folge von Geisteskrankheit für verbrecherische Handlungen nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, wird nach geführter Untersuchung der richterliche Beschluss mitgetheilt, auf Grund dessen er ins Hospital aufgenommen werden kann.

§. 10.

Wenn im Hospitale sich kein Platz für den Geisteskranken findet oder wenn Jahreszeit und andere Umstände seine Fortschaffung zum Hospitale verhindern, muss er in das Provinzial-Krankenhaus geschickt und dort bis auf Weiteres verpflegt werden, doch muss der Kranke, sobald es ohne Ungelegenheit geschehen kann, nach dem Irrenhause geschafft werden, wobei der Krankenhaus-Arzt eine Abschrift des Journales über

©BIUM

af sådana upplysningar, hwilka kunna tjena till sjukdomens bedömande.

§. 11.

Mom. 1. Med afseende å den ersättning, som för sinnessjukes kur och wård till hospitalet erlägges, indelas de sjuke in tre klasser. Sjuke af första klassen erhålla enskildt rum, bettre kost och särskilda beqwämligheter. De, som tillhöra de öfriga klasserna, wårdas å de allmänna afdelningarna.

Till första klassen höra de sjuke, för hwilka betalas hela kostnaden för wård, underhåll och åtnjutna särskilda beqwämligheter.

Andra klassen utgöres af sådana sjuka, för hwilka medelkostnaden för föda och beklädnad erlägges.

Tredje klassen utgöres af de sjuke, hwilka såsom fattige wårdas, och för hwilka afgiften af Oss, efter Öfwerstyrelsens förslag, genom särskild nådig Förordning bestämmes.

Mom. 2. Öfwerstyrelsen skall, efter medeltalet af kostnaden wid alla hospitaler för nästföregående fem år, uppgöra och Wår pröfning underställa förslag till den afgift, som för följande fem år till hospitalen skall erläggas för sjuke, tillhörande första och andra klassen. Wårt nådiga beslut bör genom Öfwerstyrelsens försorg allmänneligen kungöras.

Mom. 3. Sedan wederbörande erhållit del af Hospitalets-Direktionens eller Öfwerstyrelsens beslut, att en sinnessjuk må å hospital wårdas, bör, om den sjuke tillhör första eller andra klassen, afgiften, räknad från den dag, då intagningen skett, genast erläggas för löpande halfår eller för den kortare tid, som Direktionen för den sjukes wård å hospitalet bestämt. Sedermera werkställes betalning förskottswis under första månaden af hwarje halfår, wid äfwentyr af utmätning, hwartill Wår Befallningshafwande, uppå anmälan, lemnar handräckning, samt med skyldighet att från förfallodagen godtgöra ränta efter fem för hundrade.

För sjuke, tillhörande tredje klassen, erlägges afgiften inom årets lopp i den ordning, som af Öfwerstyrelsen bestämmes.

Mom. 4. Hwad af inbetald afgift kan wara öfrigt från den

©BIUM

den Kranken mitsenden soll, unter Hinzufügung von Aufklärungen, welche zur Beurtheilung der Krankheit dienen können.

§. 11.

Art. 1. In Betreff der Bezahlung für Kur und Pflege, die ans Hospital erlegt wird, werden die Kranken in drei Klassen getheilt. Kranke der ersten Klasse erhalten besondere Zimmer, bessere Kost und sonstige Bequemlichkeiten. Die, welche den zwei anderen Klassen angehören, werden in den allgemeinen Abtheilungen verpflegt.

Zur ersten Klasse gehören die Kranken, für welche die ganzen Kosten für Pflege, Unterhalt und sonstige Bequemlichkeiten bezahlt werden.

Die zweite Klasse wird von solchen Kranken gebildet, für welche der Mittelsatz für Unterhalt und Bekleidung erlegt wird.

Die dritte Klasse besteht aus den Kranken, welche als Arme verpflegt werden und für welche die Kosten von Uns auf Vorschlag der Oberdirection durch besondere gnädige Verordnung erlegt werden.

Art. 2. Die Oberdirection soll nach dem Durchschnitt der Kosten für alle Hospitäler während der letzten fünf Jahre einen Anschlag machen und Unserer Prüfung unterwerfen über die Summe, welche für die folgenden fünf Jahre an die Hospitäler für Kranke der ersten und zweiten Klasse zu erlegen ist. Unser gnädiger Beschluss soll durch die Oberdirection öffentlich bekannt gemacht werden.

Art. 3. Wenn der Betreffende von dem Beschlusse der Hospital-Direction oder Oberdirection Kenntniss erhalten hat, dass ein Geisteskranker im Hospitale Aufnahme finden kann, so muss, wenn derselbe der ersten oder zweiten Klasse angehört, die festgesetzte Summe von dem Tage der Aufnahme an gerechnet für das laufende halbe Jahr oder für eine von der Direction für die Pflege des Kranken im Hause bestimmte kürzere Zeit bezahlt werden. Es muss die Bezahlung also praenumerando im ersten Monat jeden Halbjahres geschehen bei Gefahr der Ausweisung, wozu unsere Beamten nach geschehener Anmeldung Hülfe reichen, mit Verpflichtung, vom Verfallstage an fünf Procent Zinsen zu zahlen.

Für Kranke der dritten Klasse werden die Abgaben im Laufe des Jahres in der von der Oberdirection bestimmten Weise bezahlt.

Art. 4. Was von der bezahlten Summe übrig bleibt vom

©BIUM

dag, då en inom hospital wårdad person aflidit eller blifwit från inrättningen utskrifwen, ega wederbörande återbekomma, så wida anmälan derom sker inom ett år efter dödsfallet eller efter det personen inrättningen lemnat: dock må såsom ersättning för bestridd begrafningskostnad för sinnessjuk person, som inom hospital aflidit, tillgodoräknas inrättningen ett belopp, motswarande en månads underhåll.

Mom. 5. För å hospital wårdade wansinniga brottslingar utgår ersättningen af fångwårdsmedlen, på sätt redan är eller framdeles warder bestämdt.

§. 12.

Den egendom, sinnessjuk, tillhörande tredje klassen, till hospital medför, äfwensom den, hwartill han sedan blifwer egare, skall, då han inom hospitalet aflider, tillfalla hospitalsfonden, derest icke det fattigwårdssamhälle, som underhållskostnaden för den aflidne godtgjort, jemwäl erlägger skilnaden emellan det till hospitalet erlagda beloppet och det, som bort utgå för sjuk i andra klassen, räknad för hela den tid, personen inom hospitalet åtnjutit wård; wederbörande skyldemän dock förbehållen rätt att under wilkor, som i afseende på börd finnas stadgade, inlösa arfwejord, som hospitalshjon efterlemnat.

§. 13.

Wid sinnessjukes förflyttning från en ort till en annan jakttagas, i afseende på deras behandling och wård under resan, de föreskrifter, hwilka wederbörande Läkare kan finna nödiga eller lämpliga att lemna.

§. 14.

De sjuke skola wid hospital med mildhet behandlas. Inga andra twångsmedel må anwändas, än sådana, genom hwilka den sjuke, utan att kroppsligt misshandlas eller moraliskt förnedras, sättes ur stånd att skada sig eller andra.

§. 15.

För de sjuke skall, efter deras olika förhållanden och förmåga, beredas lämplig sysselsättning, såsom med trädgårdsskötsel, handaslöjder, läsning m. m., och skall, om så erfordras,

©BIUM

Tage des Todes oder Austritts einer im Hospitale verpflegten Person an, muss der Betreffende wiedererhalten, wenn er innerhalb eines Jahres nach dem Todesfalle oder dem Austritte aus der Anstalt sich dazu meldet; doch muss zur Bestreitung der Begräbnisskosten für im Hospitale gestorbene Geisteskranke der Anstalt eine Summe zu Gut gerechnet werden, welche den Unterhaltskosten für einen Monat entspricht.

Art. 5. Für im Hospitale verpflegte wahnsinnige Verbrecher geschieht die Bezahlung aus dem Gefangenen-Verpflegungs-Fond, in der Art wie bestimmt ist oder werden wird.

§. 12.

Das Eigenthum, welches ein Geisteskranker der dritten Klasse ins Hospital mitbringt, sowie das, wovon er Besitzer wird, soll, wenn er im Hospitale stirbt, dem Hospitalfond zufallen, sobald nicht die Armenverwaltung, welche die Kosten für den Gestorbenen bezahlt hat, den Unterschied bezahlt zwischen dem an das Hospital erlegten Betrage und dem, welcher für einen Kranken zweiter Klasse zu zahlen war, gerechnet für die ganze Zeit, während welcher die Person im Hospitale Verpflegung genossen hat; der betreffende Schuldner behält indessen das Recht, unter der Bedingung, welche beim Einlösungs-Rechte gesetzlich festgestellt ist, das Erbtheil einzulösen, welches dem Hospitaliten hinterlassen war.

§. 13.

Bei der Beförderung von Geisteskranken von einem Orte zum andern müssen in Betreff ihrer Behandlung und Pflege während der Reise die Vorschriften befolgt werden, welche die betreffenden Aerzte für nöthig oder nützlich halten.

§. 14.

Die Kranken im Hospitale müssen milde behandelt werden. Keine anderen Zwangsmittel dürfen angewandt werden, als solche, durch welche der Kranke, ohne körperlich misshandelt oder moralisch erniedrigt zu werden, ausser Stand gesetzt wird, sich und Anderen zu schaden.

§. 15.

Für die Kranken soll nach ihrem Verhalten und Fähigkeit sorgfältige Pflege stattfinden, so wie für Beschäftigung mit Handarbeiten, Lesen und Aehnlichem gesorgt sein und soll, wenn

©BIUM

underwisning häruti dem meddelas. Tillfälle till tjenliga förströelser, såsom musik m. m., bör dem äfwen beredas; allt met noga bestämd indelning af tiden.

§. 16.

Mom. 1. De sjuke må icke af någon besökas utan Läkarens wetskap och begifwande.

Mom. 2. Finner den sjukes målsman, skyldeman eller annan wederbörande anledning till anmärkning i afseende på den sjukes wård och behandling, ege han derom göra skriftlig anmälan hos Direktionens Ordförande. Denne infordre deröfwer Öfwer-Läkarens förklaring och förfare sedermera efter omständigheterna.

§. 17.

Mom. 1. Skulle till hospital såsom sinnessjuk införd person wid ankomsten befinnas icke lida af sådan sinnessjukdom, som till hospitalswård berättigar, må på Öfwer-Läkarens anmälan Direktionen gå i författning om personens ofördröjliga skiljande från hospitalet.

Mom. 2. Är sinnessjuk till helsan fullkomligt återställd, eller så förbättrad, att Öfwer-Läkaren pröfwar personen kunna utan fara för sig eller andra i hemmet wårdas, göre han om samma persons utskrifwande från hospitalet anmälan hos Direktionen.

Mom. 3. Den, som längre tid warit å hospital wårdad utan att lemna hopp om återställande, men ej widare är wådlig för sig eller andra, må, då utrymme eljest saknas för intagning af den, som i werklig sinnesrubbning nyss insjuknat, från hospitalet utskrifwas.

Mom. 4. Direktionen meddele sit beslut om en persons utskrifwande från hospitalet till den myndighet eller enskilda person, som för afgiftens erläggande answarat, och utsätte derwid den tid, inom hwilken den, som utskrifwes, bör från hospitalet afhemtas.

Mom. 5. Pröfwar Öfwer-Läkaren sådant utan äfwentyr kunna ske, må den till helsan fullkomligt återställde tillåtas att utan tillsyn af andra lemna hospitalet.

Mom. 6. Skulle wederbörande underlåta att inom den bestämda tiden från hospitalet afhemta den till utskrifning anmälde, må Direktionen efter omständigheterna antingen tillåta denne att, försedd med färpassning till hemorten, lemna

©BIUM

nöthig, hierin Unterricht ertheilt werden. Gelegenheit zu zweckmässigen Zerstreuungen, Musik und Aehnlichem soll ihnen ebenfalls geboten werden; alles mit bestimmter Zeiteintheilung.

§. 16.

Art. 1. Der Kranke darf von Niemand besucht werden ohne Mitwissen und Erlaubniss des Arztes.

Art. 2. Finden die Verwandten oder Angehörigen des Kranken Veranlassung zu Bemerkungen in Betreff der Pflege und Behandlung des Kranken, so müssen sie schriftliche Anzeige bei dem Vorsitzenden der Direction machen. Dieser verlangt darauf die Erklärung des Oberarztes und verfährt dann den Umständen gemäss.

§. 17.

Art. 1. Sollte eine als geisteskrank ins Hospital aufgenommene Person sich nicht mit einer solchen Krankheit behaftet zeigen, die zur Pflege im Hospitale berechtigt, so muss die Direction auf Anmeldung des Oberarztes Anstalten zu unverzüglicher Fortschaffung des Kranken aus dem Hospitale treffen.

Art. 2. Ist ein Geisteskranker vollständig hergestellt, oder hat er sich soweit gebessert, dass der Oberarzt glaubt, die Person könne ohne Gefahr für sich oder für Andere zu Hause verpflegt werden, so soll er bei der Direction Anmeldung wegen der Entlassung dieser Person aus dem Hospitale machen.

Art. 3. Der, welcher längere Zeit im Hospitale behandelt ist, ohne Hoffnung auf Wiederherstellung zu geben, muss, wenn kein Schaden für ihn oder für Andere zu befürchten ist, aus dem Hospitale entlassen werden, da es sonst an Raum zur Aufnahme solcher fehlt, welche an wirklicher Geistesverwirrung frisch erkrankt sind.

Art. 4. Die Direction theilt ihren Beschluss über Entlassung eines Kranken der Behörde oder der Person mit, welche für Bezahlung der Kosten verantwortlich ist, und bestimmt dabei die Zeit, innerhalb welcher der Ausgeschriebene abgeholt werden muss.

Art. 5. Findet der Arzt, dass solches ohne Gefahr geschehen kann, so soll es dem völlig Hergestellten erlaubt sein, ohne Aufsicht Anderer das Hospital zu verlassen.

Art. 6. Sollten die Betreffenden innerhalb der bestimmten Zeit den Abgemeldeten nicht abholen, so muss die Direction nach Umständen demselben erlauben, mit einem nach der

©BIUM

hospitalet, eller på wederbörandes bekostnad låta honom till hemorten försända.

Mom. 7. Åt medellösa personer, hwilka icke på wiss kommuns bekostnad warit å hospital intagne, må, då de såsom friska från hospitalet utskrifwas, af Direktionen tilldelas lämpligt understöd, högst motswarande kostnaden för en månads underhåll å hospitalet för sjuke, tillhörande tredje klassen.

§. 18.

Den myndighet eller enskilda person, som gjort ansökan om den sinnessjukes intagande på hospital, eller som för betalningen answarat, ware berättigad att den sjuke från hospitalet uttaga, äfwen innan denne blifwit från sinnessjukdomen fullkomligt återställd, om Öfwer-Läkaren anser sådant kunna ske utan wåda för allmänna säkerheten, och det behörigen styrkes, att sådan wård, som den sjukes tillstånd kräfwer, kan för honom i hemmet eller annorstädes beredas.

§. 19.

Är person, hwilken såsom wansinnig ej kunnat för brottslig handling till answar fällas eller straff undergå, men blifwit å hospital intagen, från sinnessjukdom återställd, göre Öfwer-Läkaren derom hos Direktionen skriftlig anmälan och bifoge derwid dels ett på anförda grunder meddeladt intyg om personens tillstånd, dels afskrift af journalen rörande personens förhållende inom hospitalet. Direktionen insände dessa handlingar jemte eget utlåtande till Öfwerstyrelsen, som, om den, efter Sundhets-Collegii hörande, finner personen, såsom från sinnessjukdom fri och af sådan anledning icke widare för allmänna säkerheten wådlig, kunna från hospitalet utskrifwas, eger anmäla förhållandet hos Wår Befallningshafwande till den åtgärd, som af Lag och Författningar bestämmes.

§. 20.

Aflider person, som är till wård å hospital intagen, skall genom Direktionens försorg underrättelse derom ofördröjligen meddelas den myndighet eller enskilda person, som för afgiftens erläggande warit answarig.

§. 21.

Mom. 1. Wid hwarje hospital skola, efter af Öfwerstyrel-

©BIUM

Heimath ausgestellten Passe das Hospital zu verlassen oder ihn auf Kosten der Angehörigen nach der Heimath begleiten lassen.

Art. 7. Mittellose Personen, welche nicht auf Kosten irgend einer Commune ins Haus aufgenommen waren, müssen von der Direction mit hinreichender Unterstützung versehen werden, entsprechend den Kosten für einmonatlichen Unterhalt für Kranke dritter Klasse.

§. 18.

Die Behörde oder Privatperson, welche die Aufnahme eines Geisteskranken nachgesucht hat oder für die Bezahlung verantwortlich ist, ist berechtigt, den Kranken aus dem Hospitale wegzunehmen, ehe er vollständig von der Geisteskrankheit hergestellt ist, wenn der Oberarzt glaubt, dass solches ohne Schaden für die allgemeine Sicherheit geschehen kann und die Angehörigen nachweisen, dass dem Kranken die erforderliche Pflege zu Hause oder anderwärts geboten werden kann.

§. 19.

Sind Personen, welche als wahnsinnig nicht für verbrecherische Handlungen zur Verantwortung gezogen und bestraft werden konnten, aber ins Hospital aufgenommen wurden, von der Geisteskrankheit hergestellt, so macht der Oberarzt darüber bei der Direction schriftliche Anmeldung und fügt ein auf angeführte Gründe mitgetheiltes Zeugniss über den Zustand der Person, sowie auch Abschrift des Journals über das Verhalten der Person im Hospitale bei. Die Direction schickt diese Verhandlungen mit einem eigenen Zusatze an die Oberdirection, welche, wenn sie nach Anhörung des Sanitäts-Collegiums die Person von Geisteskrankheit frei und aus diesem Grunde nicht weiter für die allgemeine Sicherheit gefährlich findet, den Vorfall Unserer von Gesetz und Verfassung bestimmten Regierung mittheilen muss, ehe die Person ausgeschrieben werden kann.

§. 20.

Stirbt eine zur Pflege ins Hospital aufgenommene Person, so soll auf Veranlassung der Direction unverzüglich die Behörde oder Privatperson, welche für die Kosten verantwortlich ist, davon unterrichtet werden.

§. 21.

Art. 1. In jedem Hospitale sollen sich genaue Journale,

©BIUM

sen fastställdt formulär, noggranna journaler finnas, och antecknas deri:

a) wid den sjukes intagande: den sjukes namn, ålder, yrke, födelseort och hemwist m. m., den persons namn eller den myndighet, som begärt wård för den sjuke, innehållet af besigtningsläkarens betyg samt undersökning om den sjukes lefnadsförhållanden och de omständigheter, hwarunder sjukdomen sig utwecklat, den sjukes kropps- och själstillstånd wid ankomsten till hospitalet m. m.; som kan leda till ett rätt bedömande af sjukdomens art;

b) under den sjukes wårdande: behandlingen jemte alla förändringar i tillståndet, med anmärkningar om den förmodade orsaken dertill; tiden när och orsaken hwarföre personen anmäles till utskrifning; det tillstånd, hwari han då befinnes; dagen, då han lemnar hospitalet; namnet å den person, som begärt utskrifningen; de wilkor, hwarunder den skett; den ort, till hwilken den wårdade sig begifwer m. m.;

c) wid wårdad persons aflidande inom hospitalet: dödsdagen och den förmodade dödsorsaken.

Mom. 2. Målsman, skyldeman eller wederbörande, som för erläggandet af afgiften till hospital answara, må, uppå anmälan, lemnas tillgång att inom inrättningen taga kännedom om dessa journaler, i hwad de röra den till deras omwårdnad hörande person.

Mom. 3. Förenämnde jonrnalen skola företes inför Direktionen till granskning minst en gång hwar tredje månad, och i desamma antecknas för hwarje gång, när detta skett, hwarom ock anmälan skall ske till Direktionens protokoll.

§. 22.

Mom. 1. Hwarje hospital bör en gång årligen, eller oftare, an Öfwerstyrelsen dertill finner anledning, inspekteras af den Öfwerstyrelsen till biträde i Nåder förordnade General-Direktören, eller den, hans ställe företräder. Till wederbörandes underrättelse skall, i serskild wid hospitalet förwarad bok, antecknas hwad wid hwarje inspektions-tillfälle anmärkes.

Mom. 2. General-Direktören, eller den, i hans ställe inspektion förrättat, åligger at om förrättningen och hospitalets tillstånd afgifwa berättelse till Öfwerstyrelsen.

§. 23.

Mom. 1. Enskild man eller bolag, som önskar anlägga

©BIUM

nach von der Oberdirection festgestellten Formularen, finden und Aufzeichnungen darin:

a) Bei der Aufnahme des Kranken: des Kranken Namen, Alter, Geschäft, Geburtsort und Heimath etc., der Namen der Person oder Behörde, welche Pflege für den Kranken verlangt, Inhalt des ärztlichen Zeugnisses, Nachweis über die Lebensverhältnisse des Kranken und die Umstände, unter welchen sich die Krankheit entwickelt hat, der körperliche und geistige Zustand des Kranken bei seiner Ankunft im Hospitale u. s. w., und was sonst zur Beurtheilung der Art der Krankheit dienlich ist.

b) Während der Verpflegung des Kranken: Behandlung und alle Veränderungen im Zustande des Kranken mit Angabe der verschiedenen Ursachen; die Zeit wann, und die Ursache wesshalb die Person zur Ausschreibuug angemeldet wird, der Zustand, in welchem sie sich dabei befand, Tag des Austritts, Namen der Person, welche die Ausschreibung verlangt, Bedingungen, unter welchen dies geschehen, Ort, nach welchem der Gepflegte geht u. s. w.

c) Beim Ableben eines im Hospitale Verpflegten: Todestag und vermuthliche Todesursache.

Art. 2. Bürgen oder sonstige für die Kosten verantwortliche Personen müssen auf Verlangen Erlaubniss erhalten, in der Anstalt Kenntniss vom Journale zu nehmen, soweit es die Pflege ihres Angehörigen angeht.

Art. 3. Vorgenannte Journale müssen mindestens alle drei Monate der Direction zur Durchsicht vorgelegt und soll jedesmal aufgezeichnet werden, wann das geschehen ist, worüber auch im Protokoll der Direction berichtet wird.

§. 22.

Art. 1. Jedes Hospital muss einmal jährlich oder öfter, wenn die Oberdirection dazu Veranlassung findet, von der Oberdirection inspicirt werden, welcher der in Gnaden ernannte General-Director oder dessen Stellvertreter beitritt. Zur Instruction der Betreffenden muss in einem besonderen, im Hospitale gehaltenen Buche aufgezeichnet werden, was bei jeder Inspection vorgefunden ist.

Art. 2. Der General-Director oder sein Stellvertreter muss über Leitung und Zustand des Hospitales Bericht an die Oberdirection erstatten.

§. 23.

Art. 1. Eine Privatperson oder Gesellschaft, welche eine

©BIUM

wård-eller kur-anstalt för sinnessjuke, bör för sådan anläggning söka Wårt Nådiga tillstånd. Wid ansökningen bifogas fullständig plan och beskrifning öfwer den tillämnade anläggningen till läge, byggnader, de sjukes behandling, tillfälle till deras sysselsättning m. m., uppgift å det beräknade sjukantalet, samt förbindelse att wid inrättningen anställa behörig Läkare, helst sådan som wid hospital förut tjenstgjort, hwilken skall sjukwården bestrida och för densamma answara; och må sådan anstalt icke öppnas, förr, än Wi, efter inhemtande af Öfwerstyrelsens och Sundhets-Collegii underdåniga utlåtanden, ansökningen bifallit.

Mom. 2. Sådana enskilda wård-eller kur-anstalter skola i allt, hwad med sjukwården eger gemenskap, wara ställda under kontroll af Öfwerstyrelsen öfwer hospitalerna i Riket, hwilken eger att genom anställda inspectioner om förenämnde anstalters tillstånd inhemta kännedom och hos Oss i underdånighet anmäla, om wid någon bland dem de wilkor icke uppfyllas, under hwilka wård-anstaltens inrättande blifwit medgifwet.

Mom. 3. Den Läkare, som förestår sådan inrättning, åligger att inom Mars månad hwarje år till Öfwerstyrelsen öfwer hospitalerna i Riket och till Sundhets-Collegium efter fastställda formulärer afgifwa fullständig berättelse om sjukwården inom inrättningen under sistförflutna året.

Mom. 4. Wid enskilda sjukwårds-inrättningar skola de föreskrifter rörande de sjukes mottagning och wård m. m., som för de allmänna hospitalerna äro meddelade i hwad de äro tillämplige, jakttagas.

Föreståndaren för inrättningen åligger att, då sinnessjuke till wård emottaggas, genast derom insända rapport till Öfwerstyrelsen öfwer hospitalerna i Riket och derwid foga styrkt afskrift af ojäfwig Läkares angående den sjuke afgifna intyg och af prestbetyg.

Mom. 5. Enskild sjukwårds-anstalt för sinnessjuke må icke till annan egare öfwerlåtas utan Wårt, efter underdånig ansökan, dertill lemnade Nådiga bifall. Ombyte af Läkare skall till Öfwerstyrelsens öfwer hospitalerna godkännande anmälas.

§. 24.

Mom. 1. Om enskild person i sitt hem emot betalning emottager sinnessjuk till behandling, ege wederbörande Pres-

©BIUM

Pflege- oder Heilanstalt für Geisteskranke anlegen will, muss Unsere gnädige Erlaubniss nachsuchen. Dem Gesuche wird ein vollständiger Plan über die beabsichtigte Anstalt beigelegt, enthaltend Lage, Gebäude, Behandlung der Kranken, Vorkehrungen für deren Beschäftigung u. s. w., Angabe der berechneten Krankenzahl nebst Verpflichtung, bei der Anstalt einen tüchtigen Arzt anzustellen, am liebsten einen solchen, der früher an einem Hospitale fungirt hat, der für die Krankenpflege sorgen muss und für dieselbe verantwortlich ist; auch soll eine solche Anstalt nicht eröffnet werden, ehe Wir, nach von der Oberdirection und dem Sanitäts-Collegium unterthänigst erstattetem Berichte, das Gesuch genehmigt haben.

Art. 2. Eine solche Privat-Pflege- oder Heil-Anstalt soll in Allem, was Krankenpflege anlangt, unter die Controle der Oberdirection des Reichshospitales gestellt werden, welche durch angestellte Inspectionen sich über den Zustand derselben Kenntniss verschaffen und Uns in Unterthänigkeit anmelden soll, ob bei irgend einer die Bedingungen nicht erfüllt werden, unter welchen ihre Einrichtung erlaubt wurde.

Art. 3. Der dirigirende Arzt einer solchen Anstalt muss in jedem März vollständigen Bericht, nach dem festgestellten Formulare über die Krankenpflege in der Anstalt während des verflossenen Jahres an die Oberdirection und das Sanitäts-Collegium erstatten.

Art. 4. Bei den Privat-Krankenanstalten müssen die Vorschriften über Aufnahme, Pflege der Kranken etc., welche für die allgemeinen Hospitäler gelten, soweit sie in Anwendung kommen können, befolgt werden.

Der Vorsteher muss, wenn Kranke zur Pflege aufgenommen werden, Bericht an die Oberdirection erstatten und eine beglaubigte Abschrift des ärztlichen Attestes über den Kranken und des Prediger-Attestes beifügen.

Art. 5. Privat-Anstalten für Geisteskranke dürfen nicht an andere Besitzer überlassen werden ohne Unsere auf unterthäniges Gesuch ertheilte gnädige Erlaubniss. Wechsel des Arztes muss zur Begutachtung der Oberdirection angemeldet werden.

§. 24.

Art. 1. Wenn eine Privatperson gegen Bezahlung Geisteskranke bei sich zur Behandlung aufnimmt, so müssen der

©BIUM

terskap och för allmänna sjukwården anställde Läkare att tillse, det den sjuke med omsorg och mildhet behandlas, samt wid motsatt förhållande derom göra anmälan hos Wår Befallningshafwande, som har att widtaga de åtgärder, hwartill omständigheterna kunna föranleda.

Mom. 2. Så wida de hos enskild person på en gång wårdade sinnessjukes antal öfwerstiger fem, bör hwad i nästföregående §. 23 för enskilda wård-anstalter föreskrifwet är lända till efterrättelse.

§. 25.

Då någon med tecken till sinnesrubbning insjuknar, bör af Läkare hans tillstånd undersökas. Om Läkare ej blifwit tillkallad genom deras försorg, som den sjuke omgifwa och wårda, åligger det wederbörande Presterskap, Sockennämnd eller Polismyndighet att derom besörja, hwilka myndigheter ock ega att tillse, det den sjuke utan wåldsam medfart sättes ur tillfälle att skada sig eller andra, och att han, så länge han är under enskild omwårdnad i sitt hem eller hos anhöriga eller hos andra, åtnjuter nödig och ändamålsenlig kur och wård.

©BIUM

betreffende Prediger und die zur öffentlichen Krankenpflege angestellten Aerzte darauf achten, dass der Kranke mit Sorgfalt und Milde behandelt werde und im entgegengesetzten Falle darüber an Unsere Behörde berichten, welche die erforderlichen Maassregeln zu treffen hat.

Art. 2. Sobald die bei einer Privatperson zu gleicher Zeit verpflegten Kranken fünf übersteigen, so müssen die im §. 23 für Privat-Pflegeanstalten gegebenen Vorschriften befolgt werden.

§. 25.

Wenn Jemand mit Zeichen von Geistesverwirrung erkrankt, muss von einem Arzte sein Zustand untersucht werden; wenn der Arzt nicht auf Veranlassung der Leute gerufen wird, welche den Kranken umgeben und pflegen, dann muss die betreffende Geistlichkeit, der Bezirks-Ausschuss oder die Polizei-Behörde dafür sorgen, dass der Kranke ohne gewaltsame Maassregeln ausser Stand gesetzt werde, sich oder Anderen zu schaden, und dass er, so lange er unter Privatpflege seiner Angehörigen oder Anderer steht, die nöthige und angemessene Pflege und Behandlung geniesse.

©BIUM

Register.

F. G. bedeutet: Französisches Irrengesetz.
G. G. „ Genfer Irrengesetz.
Nd. G. „ Niederländisches Irrengesetz.
E. G. „ Englisches Irrengesetz.
Nw. G. „ Norwegisches Irrengesetz.
B. G. „ Belgisches Irrengesetz.
S. G. „ Schwedisches Irrengesetz.

A.

Seite

Abtheilungen für Irre in allgemeinen Krankenhäusern:
F. G. 2, Art. 11, 12 13
Acte, von Irren vollzogene, Gültigkeit derselben:
F. G. 1, Art. 39 10
Administratoren für das Vermögen von Irren:
F. G. 1, Art. 31, 32 . . . . . 8—9
G. G. 1, Art. 13—15 . . . . . 20, 21
Nd. G. 1, Art. 28 44
E. G. §§. 95, 96 . . . . . 136—139
B. G. 1, Art. 29—33 . . . . . 187—188
Aerzte der Anstalten: B. G. 2, Art. 5—11 . . . . . 191—192
B. G. 3, Art. 14—26 . . . . . 206—208
F. G. 2, Art. 8—10 13
E. G. §. 57, 59 . . . . . 104—107
S. G. §. 5 . . . . . 218—221
S. G. §. 23 . . . . . 234—237
Nd. G. 2, Art. 9, 13 . . . . . 50, 52

©BIUM

Seite

Aerzte, Ernennung derselben: F. G. 2, Art. 3 12
— Wohnung derselben in der Anstalt: F. G. 2, Art. 30 . 17
E. G. §. 43 94
— Bestrafung derselben: F. G. 1, Art. 41 11
Nd. G. 1, Art. 30 46
Anmeldungen zur Aufnahme in Anstalten:
F. G. 1, Art. 8 2
G. G. 2, Art. 1—4 . . . . . 23, 24
Nd. G. 1, Art. 10—12 34
E. G. §§. 45, 46 . . . . . 94—97
B. G. 1, Art. 7 180
Anmeldungen über erfolgte Aufnahme:
F. G. 1, Art. 10 3
G. G. 1, Art. 5 19
E. G. §. 52 100
— über erfolgte Entlassung: F. G. 1, Art. 15 5
G. G. 2, Art. 7—9 24
E. G. §. 54 102
B. G. 1, Art. 16 183
Anstalten siehe: Irrenanstalten.
Arbeiten der Kranken in Anstalten: F. G. 2, Art. 15 . . . 14
Asyle, provisorische: B. G. 2, Art. 49—54 200
Atteste, ärztliche zur Aufnahme: F. G. 1, Art. 8 2
G. G. 2, Art. 1 23
Nd. G. 1, Art. 10—12 34
E. G. §§. 45—49 . . . . . 94—99
B. G. 1, Art. 8 181
Aufnahme in Irrenanstalten: F. G. 1, Art. 8—17 . . . . 2—4
G. G. 1, Art. 1—5 . . . . . 18, 19
E. G. §. 44—52 . . . . . 94—101
Nd. G. 1, Art. 10—22 . . . . . 34—40
Nw. G. §. 9—11 174
B. G. 1, Art. 7—12 . . . . . 180—182
„ 2, Art. 35—42 . . . . . 197—198
S. G. §. 3 215
„ §§. 8, 9 . . . . . 222—225
— Bedingungen derselben 1) für öffentliche Anstalten:
1) F. G. 1. Art. 8 2
2) für Privatanstalten: 1, Art. 9 3
— durch die Behörde angeordnet: F. G. 1, Art. 18—24 . 5—7
G. G. 1, Art. 2 18

©BIUM

Seite
G. G. 2, Art. 2 23
Nd. G. 1, Art. 10 34
— Verweigerung derselben: Nd. G. 1, Art. 13—15 36
— Ermächtigung zu derselben: G. G. 1, Art. 2, 3 18
Nd. G. 1, Art. 13 36
— in nicht concessionirten Häusern: E. G. §§. 90—91 130—134
— von Irren in Gefängnisse verboten: F. G. 1, Art. 24 . 6
B. G. 1. Art. 19 184
— in Gheel: B. G. 3, Art. 29—32 209
„ 3, Art. 38, 39 210
— provisorische in gewöhnliche Spitäler:
F. G. 1, Art. 24 6
S. G. §. 2 215
„ §. 10 224
Aufsicht über die Irrenanstalten: F. G. 2, Art. 1—2 . . 11—12
G. G. 1, Art. 10—12 20
S. G. §. 4 216
Nw. G. 1, §. 7 173
— über Irre in Privatpflege: S. G. §. 24 236
B. G. 1, Art. 25 186
(Vergleiche ausserdem unter: Irrenanstalten.)
Auskunft, officielle über eingeschlossene Irre: E. G. §. 84 126
Autorisirung zur Errichtung von Anstalten:
F. G. 1, Art. 5 1
B. G. 1, Art. 1—4 . . . . . 197—180
Nw. G. 1, Art. 1, 2 172

B.

Belohnungen für Wärter: B. G. 3, Art. 45 212
Berichte über die Aufnahmen: F. G. 1, Art. 20 6
Nd. G. 1, Art. 15 37
— der Commissare: E. G. §. 88 130
Beschäftigung der Kranken: S. G. 15 228
Besitzer von Privatanstalten, nothwendige Eigenschaften derselben: F. G. 2, Art. 18 14
Vertretung derselben: F. G. 1, Art. 27 16
E. G. §. 39 88
Besoldung der Aerzte: F. G. 2, Art. 14 14
— der Commissare: E. G. §. 3 58
— der Commissionssecretaire: E. G. §. 11 66
Besuche bei Irren in Anstalten: F. G. 1, Art. 29 8

©BIUM

Seite
E. G. §. 85 128
S. G. §. 16 230
Bevollmächtigte für Irre: F. G. 1, Art. 33 9

C.

Caution, von Besitzern von Privatanstalten zu erlegen:
F. G. 2, Art. 24 15
— Verwendung derselben: 2, Art. 25 15
Commissionen zur Beaufsichtigung der Anstalten:
F. G. 2, Art. 2, 4, 5 12
G. G. 3, Art. 1—5 26
Nd. G. 1, Art. 9 32
Nw. G. 2, §. 1—7 . . . . . 176—178
E. G. §. 3—23 . . . . . 52—77
S. G. §. 4 . . . . . 216—218
Concessionen zur Errichtung von Privatanstalten:
F. G. 2, Art. 17—23 . . . . . 14—15
G. G. 2, Art. 17—23 25
E. G. §§. 24—33 . . . . . 78—85
B. G. 2, Art. 22—27 . . . . . 194—195
S. G. §. 23 . . . . . 234—237
Nw. G. 1, §§. 2, 3 . . . . . 172—173
— Uebertragung derselben: E. G. §§. 29, 40 . . . . . 88—91
— Aufhebung derselben: F. G. 2, Art. 31 17
E. G. §§. 41, 42 92

D.

Diät armer Kranken in Privat-Anstalten durch die Aufsichts-Behörde festzusetzen: E. G. §. 82 124
Directoren von öffentlichen Anstalten: F. G. 2, Art. 5—11 12, 13
B. G. 2, Art. 5—7 . . . . . 191—192
— Absetzung derselben: F. G. 2, Art. 3 12
— Besoldung derselben: F. G. 2. Art. 14 14
— Ernennung derselben: F. G. 2, Art. 3 12
— von Privatanstalten: F. G. 2, Art. 17 14
— Vertretung derselben: F. G. 2, Art. 26—28 16
— Wohnungsanweisung für dieselben: F. G. 2, Art. 30 . 16

E.

Einschliessung, widerrechtliche, in Anstalten: E. G. §. 56 105
Entlassung der Kranken: F. G. 1, Art. 13, 14 4

Die Irrengesetze in Frankreich, Genf, den Niederlanden, England, Norwegen, ... - page 255 sur 262

©BIUM

Seite
G. G. 1, Art. 7—9 19
Nd. G. 1, Art. 25—27 . . . . . 40—44
E. G., §. 72—81 . . . . . 118—125
Nw. G. 1, §. 12—14 . . . . . 174—175
B. G. 1, Art. 13—17 . . . . . 182—184
„ „ 2, Art. 42—48 . . . . . 199—200
„ „ 3, Art. 40, 41 (Gheel) 211
S. G. §. 17—19 . . . . . 230—233
— auf Reklamation von Behörden oder Privatpersonen:
F. G. 1, Art. 14, 16, 30 . . . . . 4, 5, 8
G. G. 1, Art. 8 19
E. G. §. 72—74 . . . . . 118—121
S. G. §. 18 232
— auf Befehl des Procurators bei nicht erneuter Aufnahme-Ermächtigung: Nd. G. 1, Art. 24 42
— wegen ungesetzlicher Aufnahme: Nd. G. 1, Art. 25 . . . 42
— Verbot derselben durch die Behörden:
F. G. 1, Art. 21 6
G. G. 1, Art. 7 19
Nd. G. 1, Art. 26 42
Errichtung von Irrenanstalten s. unter „Irrenanstalten".

F.

Familienrath, Entscheidung desselben bei Entlassungen:
F. G. 1, Art. 14, 6 4
Flucht von Kranken: E. G. §. 53 100
B. G. 3, Art. 48, 49 212

G.

Gebäude für Irrenanstalten; Lage etc. derselben:
F. G. 2, Art. 22 15
S. G. §. 1 214
Gefängnisse, Aufnahme von Irren in dieselben verboten:
F. G. 1, Art. 24 6
B. G. 1, Art. 19 184
Geisteskrankheit, Definition derselben: Nd. G. 1, Art. 1 29
— Verfahren bei zweifelhafter: E. G. §. 95 136
Geisteskranke als Verbrecher und Angeklagte: Aufnahme derselben: B. G. 1, Art. 12 182
S. G. §. 9 224
— Entlassung derselben: B. G. 1, Art. 14 183

©BIUM

Seite

S. G. § 19 232

(Vergleiche ausserdem das Vorwort.)

Geistliche an Anstalten: B. G. 2, Art. 15 193

3, Art. 46, 47 212

S. G., § 5, c. 220

Gemeingefährlichkeit, Aufnahme wegen:

F. G. 1, Art. 18, 19 5

Nd. G. 1, Art. 10 35

— Entlassung wegen derselben inhibirt: Nd. G. 1, Art. 24, 26 43

E. G. §. 75 120

H.

Hülfsärzte: F. G. 2, Art. 3 12

B. G. 2, Art. 8 192

S. G. §. 5, b 220

I.

Interdiction, Provocation auf dieselbe durch den Procurator: G. G. 1, Art. 22 22

Nd. G. 1, Art. 20 41

Journale: F. G. 1, Art. 12 4

Nd. G. 1, Art. 14 36

„ „ 2, Art. 13 36

E. G. §§. 59, 60 106

S. G. §. 21 . . . . . 232—235

Nw. G. 1, §. 5 173

Irrenanstalten, öffentliche:

— Errichtung derselben: F. G. 1, Art. 1 1

B. G. 1, Art. 1 178

S. G. §. 1 215

Nw. G. 1 §. 1 172

— Eintheilung derselben in Heil- und Pflegeanstalten:

Nd. G. 1, Art. 2 29

Aufsicht über dieselben: F. G. 2, Art. 1, 2 11

G. G. 1, Art. 10—12 20

„ „ 3, Art. 1—5 26

„ „ 4, Art. 1—6 27

Nd. G. 1, Art. 7 33

B. G. 2, Art. 60—77 . . . . . 202—204

„ „ 3, Art. 1—12 . . . . . 204—206

Berichte über dieselben: Nd. G. 2, Art. 1—3 46

©BIUM

Seite
Nw. G. 1, §. 4 173
Aufnahme in dieselben in dringenden Fällen:
S. G. §. 8 224
Aufnahme von Nicht-Irren in dieselben verboten:
Nd. G. 1, Art. 3 30
— private; allgemeine Bestimmungen über dieselben: F. G. 2, Art. 17—35 . . . . . 14—17
B. G. 2, Art. 28, 29 196
S. G. §. 23 . . . . . 234—237
— Definition derselben: G. G. 1, Art. 1 18
Schliessung derselben: F. G. 2, Art. 31 17
G. G. 1, Art. 10 20
„ „ 2, Art. 12 25
Nd. G. 1, Art. 5 30
B. G. 1, Art. 4 180
„ „ 2, Art. 31—34 196

K.

Klagen von Kranken und Angehörigen:
F. G. 1, Art. 29 8
E. G. §. 56 104
Klassen, verschiedene, der Kranken: S. G. §. 11 226
Kosten für Irrenanstalten und Irrenpflege:
F. G. 1, Art. 25—28 7
B. G. 1, Art. 26—28 186
S. G. §. 11, 12 . . . . . 226—229
— Kosten für Aufnahme in Gheel: B. G. 3, Art. 43, 44 212

M.

Minister des Innern; Genehmigung desselben für die Anstalts-Reglements erforderlich: F. G. 1, Art. 7 2
Minderjährige, Verfahren bei Entlassung derselben:
F. G. 1, Art. 13 3
„ „ 1, Art. 17 5
B. G. 1, Art. 14 183

N.

Notar vom Gerichte für detinirte Geisteskranke bestellt:
G. G. 1, Art. 16 21
— Erlöschen von dessen Functionen: G. G. 1, Art. 20 . . 22

©BIUM

Seite

O.

Oberarzt, siehe unter „Aerzte“.

P.

Pensionirung von Anstaltsbeamten: S. G. §. 7 222
Polizei, Aufsichtsrecht derselben: G. G. 1, Art. 11 20
— Anzeige an dieselbe über erfolgte Entlassung: G. G. Art. 7 19
— in Gheel: B. G. 3, Art. 50 213
Präfecten, Pflichten und Befugnisse derselben in Bezug auf Irre: F. G. 1, Art. 9, 10 3
Art. 16 5
Art. 21 6
Privatanstalten s. unter „Irrenanstalten“.
Privatpflege von Geisteskranken: Nw. G. 1, §. 15—18 . . 175
S. G. §§. 24, 25 . . . . . 236—239
B. G. 1, Art. 25 186
— Einschränkung derselben (Privatcomité):
E. G. § 89—93 . . . . . 130—137
Procuratoren (Staatsanwälte, öffentliches Ministerium), Anzeigen an dieselben: F. G. 1, Art. 10 3
G. G. 1, Art. 5 19
„ „ 2, Art. 9 24
Nd. G. 1, Art. 9 33
„ „ 2, Art. 10 50
— Aufsicht derselben über Irre und Anstalten:
F. G. 1, Art. 29 8
„ „ 1, Art. 40 11
G. G. 1, Art. 11 20
Nd. G. 1, Art. 9 33
— Provocation derselben: F. G. 1, Art. 38 10
— sind zu hören vor allen Anordnungen von Administratoren: F. G. 1, Art. 40 11
G. G. 1, Art. 18 21

R.

Register über die Aufnahmen: F. G. 1, Art. 12 3
G. G. 1, Art. 12 20
Nd. G. 1, Art. 18 39
„ „ 2, Art. 11 50

©BIUM

Seite

E. G. §. 50 98

Reclamationen gegen Aufnahme-Ordres: G. G. 1, Art. 6 19

2, Art. 5, 6 24

— in Bezug auf oder von Kranken: F. G. 1, Art. 29 . . 8

B. G. 1, Art. 35 189

S.

Schemata für Aufnahmen, Entlassungen etc.: E. G. . 162—171

Stiftungen für Anstalten: Nd. G. 1, Art. 6 31

Strafen für Uebertretungen des Irrengesetzes und für Vergehen von Anstaltsbeamten: F. G. 1, Art. 41 11

G. G. 1, Art. 26—28 22

„ „ 2, Art. 15 25

Nd. G. 1, Art. 30 46

B. G. 1, Art. 38 189

S. G. §. 6 220

Strafverfahren bei Uebertretungen des Irrengesetzes: E. G. §. 100—109 . . . . . 140—153

T.

Tod von Irren in Anstalten, Anzeige darüber:

E. G. §. 54 102

S. G. §. 20 232

Transport von Irren: B. G. 1, Art. 20 184

B. G. 2, Art. 52, 53 200

S. G. §. 13 228

— Kosten desselben: 1, Art. 16 7

B. G. 2, Art. 58, 59 201

Trennung der Irren von anderen Kranken:

F. G. 1, Art. 5 . . . . . 1—2

Nd. G. 1, Art. 3 31

U

Uebertretungen gesetzlicher Bestimmungen:

F. G. 1, Art 41 11

(Siehe ausserdem unter „Strafen".)

V.

Vermehrung der Krankenzahl in Privatanstalten: F. G. 2, Art. 29 16

Vertretung Geisteskranker in Rechtsfragen: F. G. 1, Art. 33 9

F. G. 1, Art. 36 10

©BIUM

Seite
G. G. 1, Art. 16, 17 21
Verwalter von Anstalten: S. G. §. 5 220
Verwaltung der öffentlichen Anstalten: F. G. 2, Art. 1—16 11—14
G. G. 4, Art. 1—6 27
Nw. G. 1, §. 7 173
Verwaltungscommissionen für Anstalten:
F. G. 2, Art. 2, 4, 5 12
G. G. 3, Art. 1—5 26
„ „ 4, Art. 1—5 27
Nw. G. 1, §. 7 173
„ „ 2, §. 1—7 . . . . . 176—178
— als provisorische Administratoren für Irre:
F. G. 1, Art. 31 8
Visitation der Anstalten: F. G. 1, Art. 4 1
G. G. 2, Art. 13, 14 25
Nd. G. 2, Art. 5—7 . . . . . 48—51
E. G. §. 61—71 . . . . . 108—119
„ „ §. 110—113 . . . . . 152—155
Nw. G. 2, §. 1—6 . . . . . 176—178
S. G. §. 22 234
B. G. 1, Art. 21 184
Vormundschaft über Irre: F. G. 1, Art. 32 9
Art. 38 10
Nd. G. 1, Art. 28 44
G. G. 1, Art. 13—15 . . . . . 20—21
E. G. §. 95 136
B. G. 1, Art. 29 187

W.

Wärter, Wärterinnen: F. G. 2, Art. 34 17
B. G. 2, Art. 16 193
— Bestrafung derselben: E. G. §. 56 104

Z.

Zerstreuungen für Kranke: S. G. §. 15 228
Zustellungen, gerichtliche, für Irre in Anstalten: F. G. 1, Art. 35 10
G. G. 1, Art. 17 21
Zwangsmittel: Nw. G. 1, §. 4 173
B. G. 2, Art. 18, 20 193
S. G. §. 15 228

©BIUM

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.